

Die Familie als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung

Von

Friedel Bolle, Hermann Brandstätter, Klaus Heinemann,
Erich Kirchler, Hans-Günter Krüsselberg, Willi Meyer,
Wolfgang Stroebe, Wolfgang Wagner, Ulrich Witt

Herausgegeben von Horst Todt



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

Schriften des Vereins für Socialpolitik
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 164

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 164

Die Familie als Gegenstand
sozialwissenschaftlicher Forschung



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

Die Familie als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung

Von

Friedel Bolle, Hermann Brandstätter, Klaus Heinemann,
Erich Kirchler, Hans-Günter Krüsselberg, Willi Meyer,
Wolfgang Stroebe, Wolfgang Wagner, Ulrich Witt

Herausgegeben von Horst Todt



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Die **Familie als Gegenstand sozialwissenschaftlicher
Forschung** / von Friedel Bolle . . . Hrsg. von Horst

Todt. — Berlin: Duncker und Humblot, 1987.

(Schriften des Vereins für Socialpolitik,
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften;
N. F., Bd. 164)
ISBN 3-428-06169-1

NE: Bolle, Friedel [Mitverf.]; Todt, Horst [Hrsg.];
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften;
Schriften des Vereins . . .

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten.

© 1987 Duncker & Humblot GmbH, Berlin 41

Satz: Hermann Hagedorn GmbH & Co., Berlin 46

Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin 61

Printed in Germany

ISBN 3-428-06169-1

Vorwort des Herausgebers

In den Jahren 1984 und 1985 hat sich der Sozialwissenschaftliche Ausschuß der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Verein für Socialpolitik) mit Fragen der Familie beschäftigt. Nachdem die Familie in den vergangenen Jahren — nicht zuletzt auch durch das Werk von *Gary Becker* — die prononcierte Aufmerksamkeit von Ökonomen gefunden hatte, schien der Ausschuß der rechte Ort zu sein, das Bild von der Familie in einem fachlich breiter orientierten Gremium von Sozialwissenschaftlern zu diskutieren und durch Beiträge verschiedener Fachrichtungen umfassender darzustellen. Sicherlich kann ein solcher Band, der dadurch entstanden ist, daß Wissenschaftler unterschiedlicher Herkunft, Interessen und Arbeitsgebiete zum gleichen Phänomen einen Beitrag leisten, nicht einen systematischen Überblick über den Wissensstand geben. Trotzdem dürfte dieses Buch jedem Sozialwissenschaftler, der sich in die Materie einarbeiten möchte, nicht nur eine Orientierung über die aktuellen Probleme und die offenen Fragen, sondern auch über die verschiedenen Denkstile geben.

Im Sozialwissenschaftlichen Ausschuß wurden in der Vergangenheit stets Arbeiten diskutiert, die zahlreiche Einzelergebnisse präsentieren und diese zu einem Gesamtbild zusammenfügen. Dieser Tendenz bleibt der Ausschuß treu. Beiträge mit synoptischen Zügen und theoretische Arbeiten bilden den ersten Teil dieses Bandes.

W. Meyer skizziert in seinem Referat das Schema, das die Ökonomen von der Familie als einem mit ihren Methoden behandelbaren Phänomen entworfen haben. Er zeigt recht umfassend die Erfolge und Grenzen dieses Ansatzes auf. Die „ökonomische Familie“ in diesem Sinne folgt dem Rationalprinzip, wie es dem mikrotheoretischen Raisonement der Ökonomen entspricht. Die Übergänge zur „soziologischen Familie“ sind freilich fließend.

Dies wird besonders deutlich auch in dem Beitrag von *W. Stroebe* zur Partnerwahl. Dieses dem ökonomischen Denken scheinbar entrückte Problem erweist sich in der Realität regelhaft als recht rational gelöst, jedenfalls viel „vernünftiger“ als die Alltagserfahrung zuzugeben geneigt ist. Hier wird bei einem grundlegenden Fragenkomplex der Schulteranschluß zwischen den Sozialwissenschaften geübt, insofern als menschliches Verhalten (eingeschränkt) rational erklärt wird. Die Arbeit von *U. Witt* verbindet verschiedene familienökonomische Ansätze und spinnt die Fäden zur Biologie.

Die engste Thematik — aber auch die am stärksten theoretisch geprägte — hat der Beitrag von *F. Bolle* zum Gegenstand. *Bolle* setzt sich mit *G. Beckers*

„Theory of marriage“ auseinander und bleibt somit im Rahmen der „reinen Familienökonomik“. Speziell die Konsequenzen des Nutzenverbundes von Familienmitgliedern (Abhängigkeit der Nutzenfunktionen vom Nutzen anderer bzw. vom Konsum anderer) sind der Gegenstand einer genauen Analyse und positiver Kritik an Beckers Konzeption.

Die Familie kann nicht nur theoretisch, introspektiv oder vor dem Hintergrund breiter Erfahrungen diskutiert werden; sie soll und muß auch Gegenstand gezielter empirischer Untersuchungen sein.

H. G. Krüsselberg berichtete über seine empirischen Untersuchungen zu einem zentralen Thema der Familienökonomik, nämlich der Zeitallokation. Der Bezug zur Familienproduktionsfunktion wird hierbei deutlich. Ebenso wird die Größenordnung der Wertschöpfung in der Familie eindrucksvoll belegt.

Spezielleren Themen sind die verbleibenden Referate gewidmet. Die Untersuchung *K. Heinemanns* ist einem ökonomisch-sozialen Phänomen gewidmet, u. z. den vielfältigen innerfamiliären Konsequenzen der Frauenarbeitslosigkeit. Einer besonderen Klasse von Partnerkonflikten und ihrer Bewältigung gilt die Untersuchung von *H. Brandstätter*, *E. Kirchler* und *W. Wagner*. Die Rolle von Kategorien wie Harmonie und Disharmonie der Ehe für die Bewältigung der für einen Partner enttäuschenden Handlung des anderen wird hier empirisch beleuchtet.

Dieser Band kann Zeugnis dafür ablegen, daß die Fragen der Familienökonomie auch in Deutschland ein starkes Forschungsinteresse bilden. Allen Autoren ist zu danken; das gleiche gilt den Diskussionsrednern und Herrn *P. Claussen*, der deren Beiträge festgehalten hat.

Hamburg im Juni 1986

Horst Todt

Inhaltsverzeichnis

I. Zum Stand der sozialwissenschaftlichen Diskussion der Familie

Was leistet die ökonomische Theorie der Familie? Von <i>Willi Meyer</i> , Marburg	11
Diskussion zum Vortrag von W. Meyer	46
The social psychology of interpersonal attraction and partner choice By <i>Wolfgang Stroebe</i> , Tübingen	47
Diskussion zum Referat von W. Stroebe	61
Familienökonomik – Einige nicht-neoklassische Aspekte Von <i>Ulrich Witt</i> , Mannheim	63
Diskussion zum Referat von U. Witt	85
The Altruistic Family: Some Remarks on Becker's Theory of Marriage By <i>Friedel Bolle</i> , Hamburg	87
Diskussion zum Vortrag von F. Bolle	98

II. Empirische Untersuchungen zur Familie

Einige Hypothesen der „economics of the family“ im empirischen Test Von <i>Hans-Günter Krüsselberg</i> , Marburg	101
Diskussion zum Referat von H. G. Krüsselberg	128
Innerfamiliäre Folgeerscheinungen der Arbeitslosigkeit von Frauen Von <i>Klaus Heinemann</i> , Hamburg	129
Diskussion zum Referat von K. Heinemann	145
Rücksichtnahme und Betroffenheit von Ehepartnern in Konfliktsituationen Von <i>Hermann Brandstätter</i> , <i>Erich Kirchner</i> , <i>Wolfgang Wagner</i> , Linz	147
Diskussion zum Referat von H. Brandstätter	162
Stichwortverzeichnis	163

I. Zum Stand der sozialwissenschaftlichen Diskussion der Familie

Was leistet die ökonomische Theorie der Familie?*

Von *Willi Meyer*, Marburg

*Den Herren *Dieter Bräuninger*, Marburg, und *Klaus F. Zimmermann*, Mannheim, danke ich sehr für unveröffentlichte Arbeiten zur ökonomischen Theorie der Familie.

I. Die Eigenart der ökonomischen Handlungstheorie

1. Die Erklärung der Warenpreise, der Entlohnung von Dienstleistungen, des Umfangs und der Struktur der Produktion und des Einsatzes von Arbeitskräften — also die Erklärung von bestimmten sozialen Tatsachen — erfolgt in der Ökonomie auf der Grundlage einer Theorie des individuellen Handelns. Zentraler Bestandteil der ökonomischen Handlungs- oder Verhaltenstheorie ist die Vorstellung, daß Individuen ihre eigenen Ziele verfolgen, indem sie alles, was es in ihrer physischen und sozialen Umwelt gibt, nur unter dem Aspekt bewerten, ob und unter welchen Opfern an *eigenen* Gütern fremde Dinge oder Umstände den eigenen Zielen, Plänen oder Vorhaben nutzbar gemacht werden können.

Das *eigene Vermögen*, aufgefaßt als die Menge aller Dinge, Rechte, Fähigkeiten und persönlichen Züge, und die *Tauschverhältnisse* mit der Außenwelt bestimmen das, was an alternativ möglichen Güterkombinationen für eigene Zwecke jeweils verfügbar ist. Ändert sich dieser individuelle Möglichkeitsbereich, dann ändert sich auch in systematischer Weise das Handeln der Individuen, indem sich Tauschobjekte, Tauschpartner, Umfang oder Intensität des Austausches ändern. Alle Änderungen von individuellen Handlungen sind die Folge von Bestrebungen, den Tauschgewinn zu vergrößern, einen unvermeidlichen Rückgang so klein wie möglich zu halten oder Vermögensschäden durch Umwelteinflüsse auf einem optimalen Niveau zu halten. Der Tausch mit fremden Rechtsträgern oder Machthabern verbindet die eigenen mit den fremden Bewertungen von Vermögenobjekten.

2. Vermögen, individuelle Bewertungen und die Tauschmöglichkeiten mit der jeweiligen sozialen oder physischen Umwelt sind die Determinanten des Handelns. Jedes Individuum versucht sich dieser Umwelt *bestmöglich* anzupassen. Das bedeutet: Alle *veränderbaren* Aspekte oder Vorgänge der Umwelt eines Individuums haben in jedem beliebigen Zeitpunkt genau die optimale Ausprägung seiner alternativen Möglichkeiten. Also: Der Wohnraum, den jemand bewohnt, die Zahl der Autofahrten im eigenen Mercedes, die sich jemand pro Zeiteinheit leistet, das Jahreseinkommen in Geld, das jemand verdient, die

Freiheit, die jemand genießt, die (schöne) Umwelt, mit der jemand sich abfindet, die Regierung, von der man sich regieren und verwalten läßt, die Verfassung eines Landes, unter der man lebt, der Ehepartner, mit dem man zusammenlebt, die Zahl der Kinder, die jemand hat, die Haartracht, die er trägt, den Beruf, den jemand ausübt, ... das alles nimmt für jeden immer den bestmöglichen der aus eigener Kraft erreichbaren Werte an. Die Ökonomie behauptet nicht, daß für jeden alles machbar ist, aber: Was machbar ist, wird nur dann nicht gemacht, wenn es mehr an eigenen Gütern kostet, als es an anderen Gütern einbringt.

3. Die Ökonomie fingiert nicht selten Kollektivsubjekte, wie Firmen, Staaten oder Haushalte. Sie behandelt dann die Akteure aus Gründen der Vereinfachung oft so, als würden sie ihr Handeln als Beauftragte von sozialen Verbänden, Körperschaften oder Organisationen im Rahmen der ihnen übertragenen Kompetenzen ausschließlich auf die Erfüllung von Kollektivzielen richten. Der Ich-Bezug der ökonomischen Verhaltenslehre ist aber unvereinbar mit der Vorstellung, daß Individuen immer und ausschließlich Erfüllungshandeln praktizieren. Die ökonomische Verhaltenstheorie ist ebenfalls unvereinbar mit der Idee, daß das Verhalten der Menschen je nach dem institutionellen Milieu, in das sie eingebettet sind, unterschiedlichen Grundsätzen folgt. Als Mitglieder von Sportvereinen, von Fußballmannschaften, einer militärischen Kampftruppe, einer Kirche, einer Firma oder einer Familie verhalten sich die Individuen nicht nach anderen Grundsätzen, als wenn sie Mitglieder einer Straßenbande, einer öffentlichen Verwaltung, der Mafia, eines Golfklubs, eines Parlaments, eines Bordells oder eines Regierungskabinetts sind. Es gibt mit anderen Worten für die Ökonomie keine Wesensunterschiede zwischen den verschiedenen sozialen Welten.

Das bedeutet nicht, daß das konkrete Verhalten einer Prostituierten sich nicht vom konkreten Verhalten einer Chefsekretärin, einer Zeugin Jehovas oder eines weiblichen Leutnants der Heilsarmee unterscheiden dürfte. Alle diese Personen leben u. U. in (teilweise) verschiedenartigen Güterwelten; sie haben (teilweise) unterschiedliche Präferenzräume: was die eine mag, käme der anderen nie in den Sinn. Aber innerhalb ihrer jeweiligen Güterwelten verhalten sich alle gleich: Relativ teure Güter werden weniger intensiv nachgefragt, und eine allgemeine Erhöhung des Güterhimmels oder eine Erweiterung des Güterhorizontes, z. B. durch Verbesserung der terms of trade der eigenen Vermögensobjekte, führt immer zu einer Ausweitung der Nachfrage nach Gütern.

Spezielle Theorien über abweichendes Verhalten, über Regierungsverhalten, über Sekten, über Parteien, über Firmen, über primitive Völker, über Gewerkschaften oder über Familien sind überflüssig. Das einzige, was es da zu entdecken gibt, ist die Existenz unterschiedlicher Präferenzen und unterschiedlicher Vermögen.

4. Was auch immer die Soziologen durch ihre *empirischen* Methoden innerhalb der verschiedenartigen sozialen Welten, in denen Menschen sich eingenistet haben, finden mögen, *neue* Grundsätze des menschlichen Handelns werden dabei nicht ans Tageslicht kommen. Nicht neue Theorien des Handelns, sondern neuartige und unerwartete *Tatsachen* oder *Tatsachenkombinationen* sind die Frucht ihrer Tätigkeit: Daß Menschen unterschiedliche Götter anbeten, verschiedenartigen Idealen huldigen, hier der Vielweiberei frönen, dort dem Matriarchat ausgesetzt sind; daß die Meinungen über beliebige Sachverhalte merkwürdig verschieden und die Einstellung zu Fragen der Politik, zur eigenen Nation, zur Sexualität, zum Wert von Frauen und Kinder oder zur Freiheit und zum Recht teilweise befremdliche Dimensionen annehmen. Das sind die deskriptiven Neuheiten, die sie uns bescheren: eine Landkarte der Götter, Ideale, Meinungen und Einstellungen. Auch die Typologien oder empirischen Muster von Verhaltensweisen gehören zu der sozialen Kartographie: Interessante Erhellungen über vorgefundene Merkmalskombinationen, etwa zwischen Urbanität und Fruchtbarkeit oder beruflichem Status und Scheidungswahrscheinlichkeit etc., aber echte Handlungstheorien können durch solche Landkarten nicht ersetzt werden.

II. Die Leistungsfähigkeit von ÖKFAM: allgemeine Gesichtspunkte

5. Die ökonomische Theorie der Familie (ÖKFAM) ist keine neuartige Theorie, keine bahnbrechende Erfindung von *Gary Becker*, sondern die Anwendung der subjektiven Wertlehre auf eine besondere Klasse von Tätigkeiten und Entscheidungen von Individuen zur Gestaltung von intimen Beziehungen mit weitreichenden Konsequenzen für die Lebensqualität.

Wenn man nach der Leistungsfähigkeit von ÖKFAM fragt, so muß man sich zunächst nach geeigneten Beurteilungsgesichtspunkten umsehen. Da es weniger auf den Unterhaltungswert oder den ideologischen Wert von ÖKFAM ankommt, bleiben die üblichen kognitiven Aspekte von Theorien: ihre *Erklärungskraft* und ihr *Steuerungspotential*. Diese lassen sich aber bei keiner Theorie in einem absoluten Sinne angeben, sondern bestenfalls in einem *komparativen* Sinn. So kann ÖKFAM eine größere oder geringere Erklärungskraft aufweisen als die konkurrierenden Theorien des gesunden und erfahrenen Menschenverstandes oder als SOZFAM, die soziologische Theorie der Familie.

6. Der gesunde und erfahrene Menschenverstand ist im allgemeinen kein ernsthafter Konkurrent der ökonomischen Theorie, wenn es um ökonomische Probleme im engeren Sinne geht, also etwa um die Funktionsweise von Märkten, um die Auswirkung von Steuern, Zöllen und Geldverfassungen oder um die Beurteilung von alternativen Eigentumsrechten. Auf diesen Feldern wittert der gesunde Menschenverstand meist Ausbeutung, Übervorteilung oder Benachteiligung durch Machenschaften von Geschäftsleuten und glaubt Schutz

vor solchen Übeln durch paternalistische Eingriffe der Oberen oder seiner Regierung erhalten zu können. Aber in Familienangelegenheiten ist die Alltagstheorie vermutlich ein ernsthafter Konkurrent, weil praktisch jeder Erwachsene über sehr genaue Detailkenntnisse verfügt, so daß man ihm hier kaum etwas vormachen kann. Deshalb ist ein erster Prüfstein für jede sozialwissenschaftliche Theorie der Familie, in welchem Umfang sie mit den plausiblen Alltagstheorien übereinstimmt.

Allerdings sollte eine gute Theorie über das Alltagswissen hinausgehen, also wenigstens einige Voraussagen enthalten, die für das Alltagswissen unerwartet sind. Dieser theoretische Überschußgehalt müßte sich empirisch bestätigen lassen; andernfalls würde man die Wahrheit der „wissenschaftlichen“ Theorie ernsthaft in Frage stellen müssen. In analoger Weise könnte die komparative Leistungsfähigkeit von ÖKFAM auch gegenüber SOZFAM geprüft werden.

7. Aber worin besteht die mögliche — größere oder geringere — Erklärungskraft von ÖKFAM?

Da die ökonomische Verhaltenstheorie eine Theorie des individuellen Verhaltens ist, könnte man erwarten, mit ihrer Hilfe das familiäre Verhalten eines beliebigen Paares XY über ein beliebiges Zeitintervall hinweg erklären zu können. Also: Unter welchen Bedingungen X und Y eine Verbindung eingehen, wieviele Kinder sie zeugen werden, welche Investitionen sie tätigen, um eine bestimmte Qualität der Kinder zu erreichen, wie die Aufteilung ihrer Zeit ausfällt, wie die Aufteilung des Familieneinkommen aussehen wird, welche Umstände zur Duldung einer Nebenfrau oder eines Nebenmannes führen, unter welchen Bedingungen die Verbindung gelöst wird etc.

Derartige Erklärungen von *individuellem* Verhalten kann ÖKFAM nicht leisten. Das liegt daran, daß man wie bei Wetterprognosen nicht *alle* relevanten Anfangsbedingungen der Theorie einwandfrei feststellen kann, das heißt man kann die subjektiven Kosten der alternativen Handlungsmöglichkeiten nicht erfassen (ob sie prinzipiell nicht erfaßbar sind, möchte ich einmal offenlassen).

In jeder größeren Population sind die Merkmale, mit deren Hilfe man das familiäre Verhalten — oder den familialen Output — beschreiben kann, in einer bestimmten Weise verteilt. Die Dichtefunktion solcher Verteilungen kann ÖKFAM nicht erklären.

Nun kommen in solchen Populationen bestimmte Klassen von Merkmalskombinationen überhäufig vor, so daß z. B. in der Menge der Beobachtungseinheiten mit den Merkmalen K_i zwischen der Variablen y und der Variablen x eine bestimmte Relation yRx oder $y = f(x)$ überhäufig zu beobachten ist. Auch solche ausgezeichneten Klassen von Merkmalskombinationen mit der Eigenschaft: „Wenn K_i , dann yRx “ oder „Wenn K_i , dann $y = f(x)$ “ kann ÖKFAM nicht erklären, wenn R oder f quantitative Größenbeziehungen wiedergibt. Das liegt daran, daß ÖKFAM keine quantitativen Gesetzmäßigkeiten enthält. Allerdings kann ÖKFAM gewisse Eigenschaften solcher Klassen von überhäufigen

Merkmalskombinationen erklären: die *Vorzeichen* der Ableitungen von $f(x)$, d. h. die Vorzeichen partieller Regressionskoeffizienten.

Da ÖKFAM nicht die Möglichkeit enthält, alle relevanten subjektiven Kosten alternativer Handlungsmöglichkeiten zu erfassen, läßt sich K_i , die f kontrollierende Menge von Merkmalen, meist *nur empirisch* vollständig erfassen. Dabei zeigt sich immer wieder, wie unzuverlässig ein solches Verfahren ist: Merkmale K_i , die 1940, 1950, und 1960 als gute Kontrollen für f fungiert haben, können 1970 völlig versagen. Das spricht nicht gegen ÖKFAM.

8. Die Erklärungskraft von ÖKFAM besteht aber nicht nur darin, daß sie mit bisher beobachtbaren, d. h. mit *historischen* Merkmalskombinationen von Populationen vereinbar ist, also daß Regressionskoeffizienten das theoretisch erwartete Vorzeichen haben, sondern ÖKFAM muß als echte Theorie, deren Gehalt über Zusammenfassungen von Beobachtungen hinausgeht, auch Merkmalskombinationen als *möglich* behaupten, die es in der Geschichte (Erfahrung) noch nicht gegeben hat. Nur solche *kontrafaktischen* Sätze für hypothetische Situationen der Art: „Wenn K_h , dann $y = f(x)$ “ kennzeichnen echte Theorien. Wenn sie wahr sind, erlauben sie u. U. eine Steuerung des sozialen Geschehens. Die Frage wäre also, ob ÖKFAM in diesem Sinne theoretischer ist als das Alltagsdenken oder als SOZFAM.

Die erfolgreiche Reproduktion bestimmter Eigenschaften empirischer Muster des familialen Outputs auf der Grundlage von theoretischen Ideen wird häufig als *Test* von ÖKFAM angesehen: Haben die Regressionskoeffizienten das erwartete Vorzeichen, dann gilt der Test als bestanden. Das ist wegen der Problematik, die relevanten K_i *empirisch* entdecken zu müssen, vielleicht kein besonders wirksamer Test. Eine andere Testsituation liegt vor, wenn durch exogene Kräfte — Natur oder Regierungsbeschluß — das Vermögen der Individuen oder die Tauschraten *merklich* verändert werden. ÖKFAM müßte die dadurch bewirkten Änderungen zutreffend erklären können; dann hätte man ein Indiz für die *kausale* Relevanz der geänderten Tauschraten bzw. des geänderten Vermögens. Dieser Test gilt natürlich auch für das Alltagswissen und für SOZFAM, so daß man auch hier die komparative Leistungsfähigkeit von ÖKFAM feststellen könnte.

III. Heiratsmarkt, Polygamie und die Becker-These

9. Die Ehegemeinschaft von Mann und Frau ist durch eine ausgeprägte geschlechtsspezifische Arbeitsteilung gekennzeichnet, was die Verwendung der Zeit für Erwerbszwecke und für häusliche Tätigkeiten angeht. Diese Tatsache ist jedem bekannt; sie folgt natürlich auch aus der ökonomischen Theorie der Arbeitsteilung, wonach der Kooperationsertrag um so größer ist, je mehr Möglichkeiten für eine Spezialisierung genutzt werden können.

Wenn Frauen verheiratet sind, dann haben sie im Vergleich zu unverheirateten Frauen mehr Zeit und Geld in das Erlernen solcher Fähigkeiten investiert, die sich bei der Verrichtung von typischen Hausfrauentätigkeiten auszahlen; das heißt ihre Hausproduktivität ist relativ hoch und ihre Marktproduktivität ist relativ gering, jeweils gemessen an den Produktivitäten unverheirateter Frauen. ÖKFAM sagt voraus, daß der Marktlohn *verheirateter* Frauen gemessen am Marktlohn verheirateter Männer niedriger ist als der Marktlohn von *unverheirateten* Frauen gemessen am Marktlohn unverheirateter Männer. Tatsächlich war in den USA 1970 der Stundenlohnsatz der verheirateten Frauen 62% und der der unverheirateten Frauen 87% des Stundenlohnsatzes der verheirateten bzw. unverheirateten Männer.

10. Das sind mehr oder weniger triviale, d.h. mit der Alltagserfahrung übereinstimmende Folgerungen von ÖKFAM. Aber es gibt auch weniger triviale Konsequenzen. Das Alltagsdenken führt aufgrund der Erfahrung die Vorteile der ehelichen Arbeitsteilung auf biologische Faktoren zurück. ÖKFAM bestreitet diese Grundlage der Arbeitsteilung natürlich nicht. Aber sie geht über das Alltagsdenken hinaus, wenn sie behauptet, daß jede dauerhafte Personengemeinschaft einen Anreiz für ihre Mitglieder enthält, sich zu spezialisieren, und zwar unabhängig von ihrer biologischen Ausstattung. Die Erträge von Investitionen in *spezifisches* Humanvermögen sind um so größer, je *länger* dieses Vermögen genutzt werden kann. Wie wir von A. Smith wissen gilt das Gesetz: Die Vorteile der Arbeitsteilung werden begrenzt durch den Marktumfang, d.h. durch die mögliche Nutzungsdauer von spezifischem Kapitalvermögen.

Aufgrund dieses Gesetzes muß man erwarten, daß dauerhaft zusammenlebende homosexuelle Paare eine quasi-sexuelle Rollendifferenzierung vornehmen werden, die sich nicht wesentlich von der Arbeitsteilung in heterosexuellen Ehen unterscheiden dürfte. Solche Muster der Arbeitsteilung würden sich entwickeln, wenn die Rechtsordnung solche Verbindungen als gesetzmäßige Ehen anerkennen würde und wenn die Zahl der homosexuellen Menschen nicht zu klein ist.

Ob soziologische, sozialpsychologische oder psychologische Theorien etwas anderes voraussagen, weiß ich nicht. Jedenfalls glaube ich, daß die allgemeine Theorie der Arbeitsteilung für alle Menschengemeinschaften gilt. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß der Präzisionsgrad der Theorie nicht allzu groß ist.

11. Zwei oder auch mehrere Menschen verbinden sich nur dann zu einer Produktions- und Konsumgemeinschaft, wenn sich beide (oder alle) davon einen Vorteil versprechen. Man kann die Ehe als eine auf unbefristete Zeit gerichtete Vereinbarung von zwei Personen betrachten, das Vermögen zusammenzulegen und die dadurch erzielbaren Erträge individuell oder gemeinsam zu nutzen. Nennt man den Gesamtertrag der zusammengelegten Vermögen Z_{mf} und die auf beide entfallenden Teile des Eheinkommens Z_m und Z_f , dann gilt: m und f schließen sich nur dann zusammen, wenn Z_m größer Z_{sm} und wenn Z_f größer Z_{sf}

ist; d. h. das anteilige Eheinkommen muß für beide größer sein als das jeweilige Einzeleinkommen Z_{sm} bzw. Z_{sf} (s für single).

Wenn Z_{sm} der *Angebotspreis* des Mannes ist, dann ergibt sich eine übliche monoton steigende Angebotskurve potentieller Ehemänner in Abhängigkeit von Z_m , da die Angebotspreise der Männer verschieden sein dürften. Der Nachfragepreis der Frauen nach Männern kann durch Z_m kleiner $Z_{mf} - Z_{sf}$ dargestellt werden. Frauen mit dem geringsten Einzeleinkommen werden bereit sein, die größten Zugeständnisse oder die besten Offerten, gemessen in Z_m ($= Z_{mf} - Z_{sf}$), zu machen. Wegen der verschiedenen Werte für Z_{sf} ergibt sich eine monoton fallende Nachfragekurve der Frauen nach Männern in Abhängigkeit von Z_m . Die beiden Kurven schneiden sich irgendwo und bestimmen dadurch Z_m^0 , d. h. den Betrag des Eheinkommens, mit dem die Männer der Marktlage entsprechend rechnen können.

12. In diesem einfachen Marktmodell wird die *Verteilung* des Eheinkommens durch das Verhältnis der heiratsfähigen Männer zu den heiratsfähigen Frauen bestimmt: Steigt diese Proportion, dann sinkt das Eheinkommen der Männer und umgekehrt. Ferner: Haben die meisten Frauen außerhalb einer Ehe nur sehr ungünstige und wenig befriedigende Lebensmöglichkeiten, ist ihre Marktnachfrage also sehr elastisch, dann müssen sie den Männern einen entsprechend größeren Teil des Eheinkommens überlassen.

Das sind vage Behauptungen von ÖKFAM, die dem Alltagswissen entsprechen. Ihre *Überprüfung* ist vor allem deshalb schwierig, weil ÖKFAM nicht in der Lage ist, den Begriffen Z_{mf} , Z_m , Z_f etc. einigermaßen bestimmte Bedeutungen zu geben. Geldeinkommen oder Verfügung über Geldeinkommen durch die Partner können nur sehr unvollkommen wiedergeben, was man als durch eine Ehe erzielbaren Nutzenstrom aufzufassen hat. Wie man die Aufteilung des Eheinkommens in Z_m und Z_f empirisch identifizieren kann, bleibt somit unklar. Das verfügbare Geldeinkommen der Frauen, ihre Ausgaben für persönliche Zwecke, Schmuck oder andere Wertgegenstände könnten Anhaltspunkte sein. Bei konstant gehaltenem Einkommen der Familien müßte das Verhältnis Männer zu Frauen Unterschiede im persönlich verfügbaren Geldeinkommen oder im persönlichen Vermögen erklären. Ich kenne keine entsprechende Untersuchung.

Wenn der Ehelohn der Frauen mit steigendem Mann/Frau Verhältnis zunimmt, dann ist auch zu erwarten, daß *mehr* Frauen eine Ehe vorteilhaft finden. Folglich müßte in regionalen Querschnitten der Anteil der verheirateten Frauen an den heiratsfähigen Frauen positiv mit dem Mann/Frau Verhältnis variieren. Die *altersspezifische* Sexualproportion hat sich für verschiedene Datengruppen der USA tatsächlich als signifikante Variable für den Anteil der verheirateten Frauen erwiesen (*Freiden, 1974*).

13. Der Gewinn, den man aus einer Ehe ziehen kann, ist der Anreiz, eine solche Verbindung einzugehen. Der gesamte Ehegewinn ist $G = Z_{mf} - (Z_{sm} + Z_{sf})$.

Umstände, die den Gesamtgewinn von Ehen vergrößern oder verringern, müßten sich positiv oder negativ auf die Ehwillingkeit von Frauen auswirken.

Das Ausmaß der ehelichen Arbeitsteilung bestimmt den Gesamtgewinn. Je vollständiger die Spezialisierung, um so größer der Gesamtgewinn. Die Arbeitsteilung richtet sich nach den relativen Marktlohnsätzen für Männer und Frauen; je größer die Differenz, um so größer ist der Spezialisierungsanreiz und umgekehrt. Folglich könnte man erwarten, daß das Verhältnis der Männerlöhne zu den Frauenlöhnen im regionalen Querschnitt positiv mit dem Anteil der verheirateten Frauen variiert. Diese Erwartung wird für mehrere Datengruppen der USA erfüllt: Die partiellen Regressionskoeffizienten sind für alle Altersgruppen mit Ausnahme der 15-19 jährigen signifikant positiv (Freiden, 1974).

Eine der von Freiden verwendeten Datenmengen, eine Zufallsstichprobe von 530 Verwaltungsbezirken (Counties), zeigt einen *negativen* Zusammenhang zwischen dem Anteil der farbigen Bevölkerung und dem Anteil der verheirateten Frauen. Da das Lohnverhältnis Mann/Frau für Farbige in den USA niedriger ist als für Weiße und da niedrige relative Männerlöhne den Eheanreiz vermindern, ist der berichtete negative Zusammenhang ökonomisch zu erwarten.

Allerdings folgt der empirische Zusammenhang zwischen Männerlohn zu Frauenlohn und Anteil der verheirateten Frauen aus ÖKFAM nur unter einer weiteren Bedingung: das Niveau der Löhne müßte in allen Regionen ähnlich hoch sein. Bei gleichem Lohnsatzverhältnis könnte das Niveau der Frauenlöhne einmal hoch und in einer anderen Region niedrig liegen. Das hohe Lohnniveau für Frauen *verringert* aber ihre Nachfragepreise, was *cet. par.* zu einem geringeren Anteil der verheirateten Frauen führen müßte. Die berichteten Bestätigungen von ÖKFAM sind mit dieser Einschränkung zu würdigen: Die Daten widerlegen die Theorie nicht, aber der Test ist nicht sehr wirksam.

14. Wo *Polygamie* erlaubt ist und praktiziert wird, müßten sich bestimmte Voraussagen aus ÖKFAM für die Struktur der Ehen ergeben. Wenn das Eheleben überhaupt geschätzte *ehespezifische* Güter und Nutzungen erbringt, dann sollten wohlhabendere und leistungsfähigere Ehemänner mehr Ehefrauen haben als weniger fähige Männer. Diese Vermutung von ÖKFAM entspricht dem Alltagsdenken und den Tatsachen. Da die Leistungsfähigkeit der Männer mit dem Alter zunächst ansteigt und danach wieder abfällt, sollten nicht die älteren und deshalb vielleicht angesehenen Männer die meisten Frauen haben, sondern die Männer am Gipfel ihrer Leistungsfähigkeit. Wie *Grossbard* (1976) zeigt, läßt sich eine quadratische Beziehung zwischen dem Alter des Mannes und der Anzahl seiner Frauen für die 165000 islamischen Bewohner der Stadt Maiduguri im Nordosten von Nigerien nachweisen.

Wo Frauen überwiegend wegen ihrer Fruchtbarkeit geschätzt werden, sollten besonders fruchtbare Frauen nur wenige Mitfrauen haben. Wenige fruchtbare und besser ausgebildete Frauen können eine größere Zahl von weniger ergiebigen Frauen ersetzen und somit die knappen Ressourcen des Mannes

schonen. Die negativen Regressionskoeffizienten entsprechen diesen Erwartungen von ÖKFAM (Grossbard, 1976).

15. Vielweiberei wird meist aus religiösen Gründen in vielen Ländern der Welt abgelehnt oder verboten. Man macht Witze über Harems und ihre Paschas und glaubt, das Los der armen Frauen bedauern zu müssen, die, den Launen ihres Paschas ausgesetzt, als Lustobjekt und Gebährmaschine ihr Leben fristen müssen.

ÖKFAM sieht die Dinge ganz anders: Für die Frauen kann es kaum eine bessere Institution als Polygamie geben! Legale Polygamie bedeutet für die Frauen, daß die Marktnachfrage nach ihren Leistungen und Werten um ein Vielfaches größer ist als bei Monogamie. Die Nachfrage der fähigen Männer treibt den Wert der Frau hinauf; Mädchen stellen für ihre Eltern kein Unglück dar, sondern sind oft wertvoller als Knaben; sie werden deshalb nicht getötet, schlecht behandelt oder nur mangelhaft ausgebildet. Es wird kaum alte Jungfrauen geben, da der Wettbewerb der zahlungskräftigen Männer der Gesellschaft die Frauen knapp macht, so daß auch weniger ansehnliche Mädchen gute Aussichten haben, einen Ehemann zu finden. Das eheliche Durchschnittseinkommen der Frauen, Z_f , wird bei legaler Polygamie unter sonst gleichen Umständen höher sein als bei Monogamie.

Während Polygamie die Einehe zuläßt — sie scheint die häufigste Form der Ehe zu sein —, stellen monogame Gesellschaften durch ihre Gesetze und Rechtsorgane polygames Verhalten unter Strafe oder versagen (solchen) außer-ehelichen Beziehungen den sonst üblichen Rechtsschutz. Vermutlich werden derartige Rechtsvorschriften und Vorbehalte mit dem sittlichen Empfinden aller anständigen Bürger begründet.

Tatsächlich *beschränken* solche Rechte den Möglichkeitsbereich eines jeden Individuums. Da Einschränkungen von Möglichkeiten, in *freiwilligen* Vereinbarungen seinen Vorteil zu suchen, von Ökonomen als *wohlfahrtsmindernd* angesehen werden (sofern solche Tauschhandlungen keine negativen externen Effekte mit sich bringen), muß ÖKFAM gesetzlich vorgeschriebene Monogamie als eine wohlfahrtsmindernde soziale Regelung kennzeichnen. Wer Niederlassungsfreiheit, freien Außenhandel, Gewerbefreiheit, freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl und freie Grundstücksmärkte befürwortet, wer ferner wenig Verständnis für die Idee aufbringt, daß Gesetze den Besitz von Automobilen, von Wohnungen, von Grundstücken, von Privatflugzeugen, von Motor- oder Segeljachten oder von Radio- und Fernsehgeräten zahlenmäßig auf n Einheiten pro Person beschränken, der müßte eigentlich die *Verbote* der Vielfrauen- oder der Vielmännerehe ebenfalls als wohlfahrtsmindernd ablehnen.

Vielleicht haben die sozialen Normen der heterosexuellen monogamen Ehe evolutorische Vorteile *allgemein* kultureller Art, die solchen Gesellschaften größere relative Überlebens-, d. h. Machtchancen zuwachsen lassen, weil diese Normen die produktiven Kräfte in andere Richtungen lenken. ÖKFAM kann

solche Fragen nicht beantworten, wohl aber die Frage, unter welchen Bedingungen Polygamie oder Monogamie als gesellschaftliche Norm angenommen werden.

16. Einige Thesen von ÖKFAM entsprechen schlichten Alltagsweisheiten, andere sind unerwartet oder überraschend. Es gibt eine weitere These, die geradezu tollkühn anmutet: Beckers Erklärung der Verbreitung polygamer oder monogamer Eheverfassungen (*Becker*, 1981).

Die einfachste Erklärung des weltweiten Vordringens der Monogamie verweist auf die Verbreitung des Christentums und auf die darin enthaltene Ehemoral: „... bis daß der Tod euch scheidet“. Aber das ist für ÖKFAM *keine* befriedigende Erklärung. Nicht nur die Konsumgüternachfrage, das Arbeitsangebot, die Rate der Ersparnisbildung, die Wahl des Ehepartners und die Zahl der eigenen Kinder sind das Resultat von autonomen Handlungen, sondern auch: die politischen Auffassungen, die wissenschaftlichen Hypothesen, die religiösen und die moralischen Überzeugungen. Sie werden von Individuen akzeptiert oder verworfen, gelebt oder nicht gelebt, genutzt oder nicht genutzt. Solche Auffassungen und Überzeugungen sind im Prinzip *wählbar*, und alles, was gewählt werden kann, muß durch die allgemeine ökonomische Handlungstheorie erklärt werden können.

Die *tiefer* Erklärung des Rückganges der Polygamie durch ÖKFAM muß folglich die *schwächere Nachfrage* nach Polygamie als den eigentlichen Grund anführen. Wenn Faktoren benannt werden können, die theoretisch eine Verringerung des Ehegewinns polygamer Verbindungen verursachen, und wenn das Vordringen solcher Umstände historisch nachweisbar wäre, dann müßte man eine ökonomische Erklärung effektiver sozialer Ehenormen wohl gelten lassen, jedenfalls als eine neben anderen Erklärungsversuchen (siehe dazu allgemein *Opp*, 1983).

ÖKFAM-Theoretiker zeigen, wie die Elastizität der Nachfrage nach Fraueninputs in bezug auf die Effizienz der männlichen Fähigkeiten in bestimmter Weise von Eigenschaften der Hausgemeinschaftsproduktionsfunktion abhängt: von der Niveauelastizität und der Substitutionselastizität der weiblichen und männlichen Inputs. Allgemein gilt: „Die Elastizität der gewünschten Frauenzahl in bezug auf die Leistungsfähigkeit des Mannes hängt *positiv* von dem Grenzprodukt der Frauen relativ zum Grenzprodukt des Mannes ab“ (*Becker*, 1981, S. 51). Bei vergleichsweise hohem weiblichen Grenzbeitrag ist der Anreiz für Polygamie groß, bei niedrigem relativen weiblichen Grenzbeitrag nimmt der Anreiz für Polygamie ab.

Mit diesem Theorem kann man natürlich allein noch nichts erklären. Man muß zunächst einmal die wesentlichen Elemente der ehelichen Gemeinschaftsprodukte verschiedener Gesellschaften und den relativen Beitrag der Geschlechter dazu *feststellen*. Solche Feststellungen erfolgen üblicherweise durch *Rückgriff auf das Alltagsverständnis* oder aufgrund von *oberflächlichen Beobachtungen*:

Aus biologischen Gründen und unter den Lebensbedingungen einer primitiven Gesellschaft ist der marginale Beitrag der Frauen beim Austragen und bei der Aufzucht der Nachkommen erheblich größer als der Beitrag des Mannes. Wenn eine große Kinderzahl ein wesentliches Element der Nutzenfunktion einer typischen Ehegemeinschaft ist, dann sollte in primitiven Gesellschaften Polygamie vorherrschen und die Verteilung der Frauen auf die unterschiedlich effizienten Männer sollte sehr ungleichmäßig sein, was ja der Fall ist. Wenn die Gesellschaften mehr und mehr in großen Städten siedeln und sich über die Zeit hinweg *wirtschaftlich entwickeln*, dann sinkt die Nachfrage nach der *Kinderzahl* und es steigt die Nachfrage nach der *Kinderqualität* (Gesundheit, Ausbildung etc.). Der Grenzbeitrag der Männer zur Qualität ihrer Kinder ist aber wesentlich größer als ihr Beitrag zur *Kinderzahl*. „Folglich sagt unsere Analyse zutreffend voraus, daß die Polygamie als Regelehe in der Welt immer mehr an Boden verloren hat“ (Becker, 1981, S. 52f).

Das ist vermutlich eine *falsche* Erklärung des rückläufigen Geltungsbereichs der Polygamie. Aber nicht deswegen, weil die Grundideen von ÖKFAM unzutreffend sind, sondern weil andere Güter oder Übel, die bei der Verbreitung, Annahme oder Annahmeverweigerung von Normen eine Rolle spielen, nicht beachtet werden. Zunächst dürfte ja nur eine Minderheit der Männer, nämlich die Minderheit der besonders fähigen oder Mächtigen für Polygamie eintreten, weil alle anderen Männer eher Nachteile als Vorteile zu erwarten hätten. Das schließt natürlich nicht aus, daß es einer Minderheit von Mächtigen gelingt, gewisse Normierungen allgemeinverbindlich zu machen. Dazu müßte sie der Mehrheit andere Güter anbieten, die als Kuppelprodukt der betreffenden Normierung angesehen werden könnten, etwa bestimmte Heilsgüter, die ja regelmäßig zusammen mit sozialen Normen verkauft zu werden pflegen. Die allfälligen Heilslehren stellen ja oft die *Erlangung* des oder der Heilsgüter unter der Bedingung in Aussicht, daß soziale Normen *befolgt* werden. Wer an die Heilslehren glaubt, hat gute Gründe, die Normen zu befolgen.

Außerdem dürfte es Gegenbeispiele für den vermuteten Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und der Verbreitung der Polygamie geben. Der mittelalterliche Lebensstandard war im christlichen Abendland vermutlich nicht höher als der Lebensstandard der heutigen islamischen Welt. Kinder standen damals wohl auch bei den Christen im Zentrum ihrer Bemühungen ... “seid fruchtbar und mehret euch“. Trotzdem ist mir keine sonderlich starke Neigung dieser Menschen für Polygamie geläufig (wenn man von *August dem Starken* einmal absieht).

17. Abgesehen davon, daß die Becker-These u. U. falsch ist, enthält sie eine interessante Behauptung, nämlich daß die erwünschten Dimensionen der Gemeinschaftproduktion in einer Ehe — die Güter, deren Vermehrung erstrebt, bzw. die Übel, deren Abwehr man besorgen möchte — *nicht* durch soziale Normen oder Ideale bestimmt werden. Geanu so wie sich auf dem Warenmarkt

die Individuen an die jeweiligen Bedingungen — Preise und andere Konditionen — nach *ihren* Vorstellungen (Nutzenfunktionen) anpassen und genau so wie diese Marktbedingungen von den Handlungen *aller* Marktteilnehmer beeinflußt werden, so nehmen die Individuen auch die existierenden sozialen Normen als Beschränkungen der Möglichkeiten ihres Güterhimmels in Kauf, da Nichtbeachtung Güter kostet; sie passen sich an die existierenden Normen an und beeinflussen oder ändern die „Gleichgewichtsnormen“ durch ihre entsprechenden Handlungen. Die sogenannte *Internalisierung* von *sozialen* Normen oder Idealen in dem Sinne, daß sie zu individuellen Handlungsmaximen werden, also die Nutzenfunktionen $U(Z_1, \dots, Z_n)$ *ändern*, kann es nach ÖKFAM nicht geben.

Die Autonomie des Beckerschen Individuums ist nicht Kants Autonomie kraft menschlicher Vernunft, sondern eine *biologisch-physiologisch* fundierte Autonomie der Individuen gegenüber ihrer unmittelbaren *Umwelt*. Das *Wissen* um die Bedürfnisbefriedigungseigenschaften von Produkten, Beziehungen und Umständen ändert nicht die Nutzendimensionen Z_i und nicht die Nutzenfunktionen U , sondern die Produktionsfunktionen $Z_i = Z_i(X_i, t_i, E)$, wobei X_i die Marktprodukte und t_i den Zeiteinsatz bezeichnen, die für die Erzeugung der Nutzendimension Z_i erforderlich sind; E kennzeichnet die für Z_i relevanten Aspekte der Umwelt.

Im Laufe der Geschichte der sozialen Bewegungen haben immer wieder verschiedenartige Heilsgüter (Nirvana, Erlösung, ewige Verdammnis, Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen etc.) die Menschen zu erstaunlichen Taten motiviert. Für ÖKFAM sind die Heilsgüter physiologisch-seelische Attribute des Wohlbefindens Z_i und die Heilslehren entsprechen den Produktionsfunktionen $Z_i(\dots)$. Die Verwerfung eines Aberglaubens und die Annahme des wahren Glaubens ändern nicht die Attribute des Wohlbefindens, sondern die Produktionsfunktionen. Das sind alles spekulative, kühne oder gar tollkühne Ideen metaphysischer Natur; aber sie könnten wahr sein.

IV. Scheidungen bei ÖKFAM und SOZFAM

18. Bei vollkommener Information oder minimalen Suchkosten würde es nur optimale Verbindungen oder Paare geben; ein Wechsel würde niemanden besser stellen. Die für die Z -Produktion wesentlichen Eigenschaften der Individuen wären so verteilt, daß zwischen den Ausprägungen *komplementärer* Eigenschaften *positive* und daß zwischen den Ausprägungen von *substituierbaren* Eigenschaften *negative* Korrelationen zu beobachten wären: Die besonders markt-tüchtigen Männer (hoher sozialökonomischer Status) wären mit den besonders haustüchtigen Frauen (allgemeingebildete, äußerlich reizvolle, in allen Haushalts-, Bewirtungs- und Unterhaltungsangelegenheiten bewanderte Frauen) verheiratet und umgekehrt. Es würde Scheidungen geben aus Gründen der Abwechslung und weil sich die Z -relevanten Eigenschaften im Zeitablauf ändern

mögen. Scheidungen würden allerdings nicht in den ersten Ehejahren, sondern später erfolgen.

Eine erste, der Alltagserwartung entsprechende Voraussage von ÖKFAM stützt sich auf die *hohen Informationskosten* des Heiratsmarktes. Manche für den Ehegewinn wichtigen komplementären Eigenschaften sind nur unter großem Zeitaufwand herauszufinden. Folglich ist zu vermuten, daß die meisten Scheidungen in den ersten Ehejahren anfallen werden.

Je wirksamer die Mittel zur Empfängnisverhütung sind, um so häufiger werden das voreheliche intime Zusammensein oder Probeehen geübt werden; das ist jedem bekannt. Unter sonst gleichbleibenden Bedingungen müßte man *geringere* Scheidungsraten feststellen können, da gewisse Informationskosten durch die modernen Verhütungsmittel stark gesunken sind. Mir ist keine einschlägige Untersuchung dieser Vermutung, die den Alltagsvorurteilen und Befürchtungen gegenüber jugendlichen Ausschweifungen entgegengerichtet ist, bekannt.

Kleine Kinder *erhöhen die Suchkosten* von geschiedenen Müttern nach einem neuen Partner. Folglich müßte eine erneute Ehe ein *höheres* Scheidungsrisiko haben, als im Durchschnitt zu beobachten ist. Das scheint tatsächlich der Fall zu sein (Becker, Landes, Michael, 1977).

Auch bei unvollkommener Information dürften die Häufigkeiten von fähigen, mittelfähigen und weniger fähigen Paarungen überzufällig sein. Je fähiger die Paare, um so größer ist der Ehegewinn und um so größer ist der Gewinn der Fortführung solcher Ehen. Männer mit hohem sozialökonomischen Status sollten also eine geringere Scheidungsrate aufweisen als andere Männer. Auch diese Voraussage von ÖKFAM stimmt mit den Erfahrungen, aber nicht mit den Vorurteilen des einseitig informierten Alltagsmenschen überein.

19. Wenn Z_m und Z_f das jeweils erwartete Vermögen (Gegenwartswert der Nutzenströme) für Mann und Frau aus der Ehe sind und wenn $Z_{m,d}$ und $Z_{f,d}$ das aufgrund der Scheidung erwartete Vermögen bezeichnet, dann sagt ÖKFAM eine Scheidung voraus, wenn

$$Z_m + Z_f \text{ kleiner } Z_{m,d} + Z_{f,d}$$

ist. Hierbei ist es unerheblich, ob die Scheidung nur einvernehmlich oder ob sie auch einseitig verlangt werden kann. Auch wenn der Mann durch eine Scheidung gewinnen könnte, wird er sie *nicht* vollziehen, wenn die Summe der Vermögen nach Trennung kleiner ist als die Summe des Ehevermögens. Die Frau kann und wird dann aus dem gemeinsamen Ehevermögen ein hinreichend lukratives Bleibangebot unterbreiten. Umgekehrt: Wenn der Mann durch eine Scheidung verlieren würde ($Z_{m,d}$ kleiner Z_m), die Summe der getrennten Vermögen aber größer als die Summe der gemeinsamen Vermögen ist, dann wird sich der Mann mit seinem Ausscheiden abfinden. Kurz: Wenn der erwartete

Trennungsgewinn, $Z_{f,a} - Z_f$, größer ist als der erwartete Trennungsverlust, $Z_m - Z_{m,a}$, dann ist eine Trennung für beide die beste Alternative; das erforderliche Bleibeangebot wäre für den Verlierer zu hoch.

Aus der obigen Ungleichung geht hervor, daß die Scheidungshäufigkeit bei geringen Verhandlungskosten finanzieller und seelischer Art von der Ausgestaltung des Scheidungsrechts in bezug auf die Zuteilung des Kündigungsrechts — gemeinsam oder jeder allein — ziemlich unabhängig sein müßte. Die Änderung des Scheidungsrechts in Californien vom Zustimmungs- und Schuldprinzip zum individuellen Kündigungsrecht scheint die Scheidungsrate nicht dauerhaft verändert zu haben (Becker, 1981, S. 228). Allerdings könnte diese Änderung des Scheidungsrechts die *Verteilung* des gemeinsamen Scheidungsgewinns zuungunsten der Frauen ändern, da ihnen in der Regel die Obhut der Kinder anvertraut wird und sie allgemein stärker in ehespezifisches Kapital investiert haben, dessen Wert durch eine Trennung erheblich sinkt.

20. Welche anderen Folgerungen lassen sich aus der Ungleichung ziehen? Gibt sie Hinweise auf Größen, die mit der Scheidungsrate korrelieren müßten?

Alles, was den Scheidungsgewinn ($G_d = Z_{m,a} + Z_{f,a} - Z_{mf}$) vergrößert, vergrößert auch die Scheidungsrate:

- die Einführung einer negativen Einkommenssteuer, die jedem ein bestimmtes Mindesteinkommen garantiert, oder staatliche Unterstützung alleinstehender Mütter erhöhen die Scheidungsrate;
- eine größere Erbschaft oder ein Lottogewinn eines Partners erhöhen dessen Chancen einen *besseren* anderen zu finden;
- ein *unerwarteter* Aufstieg im Beruf, eine *unerwartete* Verschlechterung der Gesundheit, eine überraschend hohe oder geringe Gebärfähigkeit verschlechtern für einen Partner die Leistungsfähigkeit der bestehenden Ehe relativ zu anderen Möglichkeiten, und die Scheidungsrate steigt. Für empirische Bestätigungen siehe Becker, Landes, Michael, 1977, S. 1160f.

Außerdem muß man bei allen Ehen, in denen der Ehegewinn gering ist oder absinkt, mit höheren Scheidungsraten rechnen. Nach ÖKFAM sinkt der Ehegewinn mit steigendem relativen Einkommen der Frauen. Folglich sollten die Scheidungsraten mit der *Ausbildung* der Frauen steigen, was zutrifft; bei Negern in den USA ist die Lohnrelation Mann/Frau wesentlich geringer als in der weißen Bevölkerung. Diesem Unterschied müßte ein Unterschied der Scheidungsraten entsprechen, den es tatsächlich gibt.

21. Das fortschrittliche Scheidungsrecht in der Bundesrepublik Deutschland hat für eine Reihe von Ehen eine drastische Änderung des Scheidungsgewinns gebracht: Die Regel, wonach der wirtschaftlich Stärkere dem Schwächeren bei einseitiger Kündigung Unterhalt nach Maßstäben zu gewähren hat, „die von ehelichen Lebensverhältnissen gesetzt wurden“, sichert den Schwächeren vor überraschender Kündigung durch den Stärkeren, aber *nicht umgekehrt*. Die Aneignung des Anteils Z_f aus dem Gemeinschaftseinkommen Z_{mf} ist somit *ohne*

Gegenleistung von f (oder m) möglich: Der für große Teile von Z_f zu zahlende Preis durch f strebt gegen Null. Daß die Nachfrage danach groß, d. h. daß die kostenlose Gewinnmitnahme verlockend sein muß, ist eine theoretische Folgerung aus ÖKFAM. Allerdings hätte durchschnittliche Menschenkenntnis ausgereicht, die unerwünschten Folgen des fortschrittlichen Scheidungsrechts vorherzusehen.

22. Zwischen ÖKFAM und SOZFAM besteht ein wesentlicher Unterschied, der vielleicht für alle primär theoretischen Disziplinen gegenüber allen primär empirisch orientierten Disziplinen kennzeichnend ist: SOZFAM besteht aus einer unglaublich reichhaltigen Sammlung empirisch ermittelter Beziehungen, im Fall der Ehe aus Beziehungen zwischen (abhängigen) Variablen, die irgendwie die *Qualität der Ehe* erfassen und (unabhängigen) Variablen, die mit der Ehequalität positiv oder negativ korreliert sind. *Lewis* und *Spanier* (1979) führen allein 75 sogenannte first order propositions an, also Behauptungen eines geringen Allgemeinheitsgrades. Sie scheinen alle ziemlich gut bestätigt zu sein, und zwar in dem Sinne, daß die jeweiligen Einzelbefunde, die sich den 75 FOPs zuordnen lassen, überwiegend ähnliche Beziehungen berichten. Jeder FOP ist also eine Verdichtung einer Vielzahl von Untersuchungen. Aus diesen empirischen Generalisierungen, den FOPs, erzeugen *Lewis* und *Spanier* 13 SOPs (second order propositions) und drei TOPs (third order propositions). Man hat es hier also offensichtlich mit einem quasi-induktiven Verfahren der Gewinnung von empirisch gehaltvollen Hypothesen zu tun. Da diese Sammlung von Sätzen der Erfahrung und der Analyse von US-Ehen entstammt, kann man kaum den Anspruch erheben, Qualität und Stabilität von Ehen aus *anderen* Sozialwelten damit erklären zu können. Ausdrücklich findet man einen entsprechenden Hinweis bei *Adams* 1979, der die empirischen Generalisierungen über die Partnerwahl zusammenstellt.

Eine zentrale Idee von SOZFAM ist in diesem Zusammenhang die Vermutung einer *positiven* Beziehung zwischen der *Qualität* und der *Stabilität* einer Ehe. Diese Beziehung wird wiederum *positiv* durch externen (normativen) Druck (Verwandte, Freunde etc.) und *negativ* durch die Existenz von besseren Alternativen außerhalb der bestehenden Ehe beeinflusst. Die Scheidungsrate wird also etwa durch eine Gleichung der Art:

$$SCHR = K EQ^{-1} END^{-a} AA^b$$

erklärt; mit EQ = Ehequalität, END = externer normativer Druck, AA = alternative Anziehung; K ist ein Skalenfaktor, a und b sind Parameter. Ehequalität könnte mit dem erwarteten Ehegewinn von ÖKFAM, $G = Z_{mf} - (Z_{ms} + Z_{fs})$, korrelieren; der externe normative Druck und die alternative Anziehung sind Größen, die den Scheidungsgewinn, $Z_{mf,d} = Z_{m,d} + Z_{f,d} - Z_{mf}$, negativ bzw. positiv beeinflussen.

Die *allgemeinen* theoretischen Ideen von ÖKFAM und SOZFAM sind hier also recht ähnlich. Beide sagen übrigens die kontraintuitive Möglichkeit von *Scheidungen* für Ehen mit *hoher* Qualität und von *stabilen* Ehen mit *niedriger* Ehequalität voraus. Es ist nicht so leicht zu sehen, ob SOZFAM bei der Analyse des Ehe- und Scheidungsrechts zu ähnlichen Folgerungen gelangt wie ÖKFAM.

23. Eine Konsequenz aus ÖKFAM scheint *nicht* aus SOZFAM zu folgen, nämlich, daß ein positiver Scheidungsgewinn für *einen* Partner *keine* hinreichende Bedingung für eine Scheidung ist. ÖKFAM behauptet ja, daß der *Scheidungsgewinn* des einen Partners *größer* sein muß als der *Scheidungsverlust* des anderen. Andernfalls kann der vom Verlust bedrohte Partner durch ein großzügiges *Bleibeangebot* seinen Verlust in Grenzen halten. (Wenn der Mann durch Scheidung 100 gewinnen kann, die Frau dadurch aber 200 verliert, dann kann sie den Flüchtigen durch das Angebot von 130 halten; sie verliert dann nur 130 statt 200). Dieses Bleibeangebot muß natürlich nicht in einer ausdrücklichen mündlichen oder schriftlichen Erklärung zum Ausdruck kommen, sondern wird in einer *Verhaltensänderung* des vom Verlust bedrohten Partners seinen (deutlichen) Niederschlag finden: Das Nörgeln über gelegentliche Fehlritte *nimmt ab*, freundliche Zuwendungen *nehmen zu*, bei Planungen für größere Ausgaben wie Urlaub, Wohnungseinrichtung, Auto, Kinder etc. ist der eine *entgegenkommender* usw.

Vielleicht sind solche Situationen ein guter Testfall für die komparative Erklärungskraft von ÖKFAM und SOZFAM. Der Haken dabei ist nur, daß SOZFAM solche Verhaltensänderungen als *Erhöhung* der Ehequalität identifizieren würde, worauf dann auf eine größere Ehestabilität geschlossen werden könnte. Immerhin könnte ÖKFAM solche Verhaltensänderungen *erklären*, während SOZFAM sie nur *registrieren* könnte. Außerdem könnte ÖKFAM u. U. die Bedingungen angeben, unter denen Bleibeangebote *nicht* erfolgreich sein werden, wann es trotz Zugeständnissen, trotz die Ehequalität erhöhenden Verhaltens nicht zur Aufrechterhaltung der Verbindung kommen dürfte. Zu Testzwecken müßte ÖKFAM allerdings eines leisten, was bisher — *trotz allem nutzentheoretischen Aufwand* — sehr vernachlässigt worden ist: genaue Untersuchungen über den *Inhalt* von Z_m , Z_f und Z_{mf} . Im übrigen müssen die bei Ehestreitigkeiten oft zu beobachtenden Gefühlsaufwallungen der Eifersucht, des Hasses etc. von ÖKFAM nicht als Präferenzänderungen gedeutet werden. Es handelt sich entweder um plötzliche Einsichten aufgrund neuer Informationen oder um emotionale Begleitmusik, die die Logik der Situation nicht ändert und die bei hinreichender Zeit verhallt.

24. SOZFAM unterscheidet drei Klassen von Merkmalen, die mit der Ehequalität korrelieren: (1) Voreheliche Faktoren, (2) sozialökonomische Merkmale einer Ehe und (3) Merkmale der innerehelichen Beziehungen. Die Variablen der ersten beiden Klassen geben — in der Sprache von ÖKFAM — Hinweise auf den erwarteten oder anfallenden Ehegewinn. Die dritte Klasse von Faktoren gibt Auskunft über die Produktionsfunktion $Z_i = Z_i(X_i, t_i; E)$: über

die *Beachtung*, die sich Partner schenken, über die *emotionale Belohnungen*, die sie austauschen, über den Grad der verbalen *Kommunikation* und über den Grad der *Gemeinsamkeit* bei allen Tages- und Freizeitgeschäften (Interaktion).

Die aufgedeckten Korrelationen der Variablen in Klasse eins und zwei mit der *Ehequalität* müßten sich mit ÖKFAM erklären lassen. Zum Beispiel ist die negative Korrelation der Ehequalität mit vorehelichen sozialökonomischen Statusunterschieden (FOP 2) zu erwarten, da der erwartete Ehegewinn mit zunehmender Differenz abnimmt; Intelligenzunterschiede müßten aus dem gleichen Grund ebenfalls *negativ* mit Ehequalität korrelieren, was laut FOP 4 der Fall ist; die physische Gesundheit der Partner beeinflusst nach ÖKFAM den erwarteten Ehegewinn, was zu entsprechenden Korrelationen von Gesundheit und Ehequalität führen müßte; FOP 15 bestätigt diese Erwartung; voreheliche Schwangerschaft ist nach FOP 24 negativ korreliert mit Ehequalität. ÖKFAM läßt das erwarten, weil voreheliche Schwangerschaft das Ehekapital der Frau vermindert, die Suchkosten nach passenden Partnern drastisch erhöht (wegen des Zeitablaufs) und somit in überzufällig vielen Fällen zu einer mangelhaften Partnerwahl führen muß. Ob sich alle FOPs, SOPs und TOPs, die SOZFAM ausgesiebt hat, aus ÖKFAM ableiten lassen, ist zu bezweifeln, da die FOPs Dimensionen von *Z* beschreiben, die in der Sprache von ÖKFAM nicht vorkommen.

25. Einige Befunde von SOZFAM sind für ÖKFAM besonders interessant, weil sie ÖKFAM zu *widersprechen* scheinen. Es geht dabei um die Frage, wie sich die *Erwerbstätigkeit* der Frau auf die *Ehequalität* auswirkt bzw. mit ihr korreliert ist. ÖKFAM vermutet eine *negative* Beziehung, wegen einer wahrscheinlich nicht optimalen Arbeitsteilung. Tatsächlich finden die Soziologen auch, daß die *nicht* erwerbstätigen Ehefrauen eine allgemein bessere Ehequalität berichten als erwerbstätige Ehefrauen (Stoltz, 1960; Nye, 1961; Axelson, 1963; Grover, 1963; Fogarty, Rapoport, and Rapoport, 1971; alle angegeben in Lewis and Spanier, 1979). Dieser Befund wird von Lewis und Spanier nicht als FOP geführt, vielleicht weil er eine ähnliche Botschaft enthält wie FOP 26, wonach ein hoher beruflicher Status des Ehemannes mit hoher Ehequalität verbunden ist, was auch aus ÖKFAM folgt.

Aber FOP 29 behauptet eine *positive* Beziehung zwischen der Arbeitszufriedenheit der erwerbstätigen Ehefrau und der Ehequalität. Dieser Zusammenhang scheint besonders dann zu gelten, wenn das Fraueneinkommen einen wesentlichen Teil des Familieneinkommens ausmacht, die Berufstätigkeit eher aus einer freiwilligen Entscheidung hervorgegangen ist (ihr nicht vom Manne nahegelegt wurde) und wenn der Mann ihre Anstrengung und berufliche Leistung gebührend anerkennt (Lewis and Spanier, 1979, S. 288). Für ÖKFAM stellt sich dieser Sachverhalt so dar: Die Bedingungen der *Freiwilligkeit* und der angemessenen *Gegenleistung* des Mannes deuten an, daß hierdurch eine für *günstigere* Verteilung von Z_{mf} hergestellt worden ist, *obwohl* Z_{mf} vielleicht insgesamt wegen der Minderung der Arbeitsteilung gesunken sein mag. Außerdem: Bei

geringer Marktproduktivität des Mannes ist eine vollständige Arbeitsteilung nicht unbedingt effizient. So kann bei fünfstündiger Hausarbeit je Tag das Grenzprodukt der weiblichen Hausarbeit unter dem Marktwert ihrer Arbeitszeit fallen, so daß sich ein Überwechseln in die Erwerbstätigkeit lohnt (Investitionen in Hausgeräte haben vielleicht inzwischen Teile des Humanvermögens der Hausfrau entwertet). Das gilt natürlich a fortiori, wenn die Erwerbszeit des Mannes nicht oder kaum ausgedehnt werden kann oder der Marktlohnsatz des Mannes mit steigender Arbeitszeit fällt (Nebentätigkeit) oder wenn der Marktlohn des Mannes gar unter dem Marktlohn der Frau liegt (Mann Verkäufer, Frau Sekretärin). In dem einen Fall realisiert die Frau einen Verteilungsgewinn, im anderen steigt das Familieneinkommen Z_{mf} . In beiden Fällen steigt Z_f . Folglich kommen die positiven Berichte dieser Frauen für ÖKFAM nicht unerwartet.

Andererseits, wenn relativ schlecht verdienende Männer ihre Frauen dazu bewegen können, arbeiten zu gehen, ohne sie dafür zu belohnen, dann liegen darin Anzeichen für eine Umverteilung von Z_{mf} zugunsten von m . Die Männer bewerten die Marktprodukte ihre Frauen höher als deren Hausprodukte. Wenn sich Frauen zur Arbeit nötigen lassen, dann sollten sie nach ÖKFAM nur schlechte Wechselchancen haben oder bei einer eventuellen Trennung mit einem großen Verlust rechnen. Frauen, die Hausarbeit der Erwerbstätigkeit bei unveränderten „Restriktionen“ (d.h. bei unveränderter Bewertung ihrer häuslichen Tätigkeit durch ihren Mann) vorziehen (bei geänderten Restriktionen natürlich nicht mehr), sollten nach ÖKFAM eine sinkende Ehequalität berichten, wenn sie gefragt werden. Tatsächlich berichten überwiegend Frauen mit Kleinkindern von ihrer geringen Ehequalität unter den angegebenen Bedingungen.

Da ÖKFAM die relativen subjektiven Bewertungen in den genannten Fällen a priori nicht kennen kann und vielleicht auch nicht festzustellen vermag, wird man nicht von einer echten Erklärung solcher Befunde sprechen können. Daß ÖKFAM mit vielen Befunden von SOZFAM aber wenigstens vereinbar sein dürfte, scheint unzweifelbar.

V. Die Erklärung der Fruchtbarkeit von Familien

26. Das generative Verhalten wird seit langem untersucht. Es gibt einen großen Reichtum an Daten für die verschiedensten Länder, Regionen, Städte und Zeitperioden. Entsprechend der Fülle der Daten gibt es eine Vielfalt von empirischen Generalisierungen über Variablen, die mit der Fruchtbarkeit korrelieren, aber es gibt kaum eine erklärungskräftige Theorie. SOZFAM enthält mindestens 32 Generalisierungen, die sich alle dem theoretischen Gesichtspunkt zuordnen lassen, wonach die *Heterogenität* der Umwelt, der Normen, der persönlichen Erfahrung und der sozialen Beziehungen einen *negativen* Einfluß auf die Fruchtbarkeit haben (Cogswell and Sussman, 1979).

Der Land-Stadt Unterschied und der Wandel der Bevölkerungsweise beim Übergang von der vorindustriellen zur entwickelten Gesellschaft machen die mögliche kausale Relevanz der Homogenität-Heterogenitäts Dimension plausibel, mehr aber auch nicht. Stellt man SOZFAM die Frage, ob staatliche Kindersubventionen die Fruchtbarkeit erhöhen, dann kann man kaum eine der 32 FOPs finden, die darauf eine Antwort gibt. (Aber vielleicht ist eine solche Frage zu naiv.)

Für ÖKFAM ist die Zahl der Kinder eines Paares eine Variable, die man beeinflussen oder steuern kann, und alles, was durch Handeln zu beeinflussen ist, muß von ÖKFAM erklärt werden können.

Da die *natürliche* Fruchtbarkeit mit 8-12 Kindern größer ist als die *gewählte* Fruchtbarkeit, unterliegt die Nachfrage nach Kindern nur der Üblichen Beschränkung durch das Einkommen und die Güterpreise.

ÖKFAM macht die Beobachtung, daß Menschen aus den unterschiedlichsten Gründen Kinder haben wollen und bereit sind, dafür andere Güter, die sie ebenfalls haben könnten, in einem *gewissen Umfang* aufzugeben. Deshalb ist es theoretisch zulässig, *Kinder als Güter* neben anderen Gütern aufzufassen, deren Erzeugung und Nutzung das Leben einer Ehegemeinschaft ausmachen. Die Haushaltsaktivität „Kinder“ (Z_k) kostet Ressourcen ($X_k \cdot t_k$) sowohl für die Aufzucht, Unterhaltung und Ausbildung der Kinder als auch für die Steuerung der Ausbringungszahl (nicht zu wenige, aber auch nicht zu viele). Je nach ökonomischer und sozialer Umwelt (E) sind Kinder mehr Konsumgut oder mehr Investitionsgut (als Arbeitskraft, Alterssicherung oder als Grundlage für Machtansprüche). In früheren Zeiten hat vermutlich der Investitionscharakter von Kindern im Vordergrund gestanden, heute scheint mehr der Konsumgut-aspekt — die Freude an der bloßen Existenz von Kindern ohne Berechnung ihrer Nützlichkeit im engeren Sinne — vorzuherrschen.

Die beiden Güter Kinder (N) und elterlicher Lebensstandard (S) seien die zwei Dimensionen des elterlichen Güterraums. Die Größe von N beschränkt bei gegebenen Möglichkeiten I (volles Einkommen) den erreichbaren Wert von S : Je mehr N , um so weniger S ist möglich und umgekehrt. ÖKFAM behauptet, daß die Wahl der Werte der Variablen N und S *systematisch* erfolgt, und nicht etwa ausgewürfelt wird.

Wenn der marginale subjektive Nutzwert je Einheit von N *größer* als der marginale alternative Nutzwert des Ressourcenaufwandes für N , nämlich μp_n ist, dann werden *mehr* N -Leistungen oder N -Nutzungen und *weniger* S -Nutzungen gewählt und umgekehrt. Hierbei ist p_n der Preis für N in I -Einheiten und μ der marginale Nutzwert einer I -Einheit. Wenn N positiv ist, dann muß es ein N^* geben, so daß

$$U_n = U'(N^*) = \mu p_n = U_s = U'(S^*) = \mu p_s \text{ gilt oder} \\ U_n/U_s = p_n/p_s \text{ mit } S^* = I/p_s - p_n/p_s N^*,$$

wobei p_s der Preis des elterlichen Lebensstandards in I -Einheiten ist. Da die subjektive Bewertung von zusätzlichen N - oder zusätzlichen S -Einheiten abnehmen dürfte, sind *niedrige* relative Kinderpreise ($p_n/p_s =$ Preis je Kindereinheit in Einheiten des elterlichen Lebensstandards) mit *größeren* Kindereinheiten verbunden und *hohe* relative Kinderpreise mit *geringeren* Kindereinheiten. Mit anderen Worten: Unterschiede in p_n/p_s sind bei gleichem vollem Einkommen I mit entsprechenden Unterschieden der Kinderzahl korreliert.

27. Viele Beobachtungen lassen sich mit dem Nachfragegesetz von ÖKFAM erklären oder jedenfalls deuten: In Regionen, wo Kinder wirtschaftlich, d. h. als Einkommensquelle, wertvoll sind, (p_n ist dann relativ niedrig), sollten die Familien größer sein als in Regionen, wo Kinder nur die Kostgänger ihrer Eltern sind (p_n ist relativ hoch). Landwirtschaftliche Ehen haben in der Tat meist mehr Kinder als Stadtehen; das gilt sowohl für Brasilien und Indien als auch bis vor kurzem für die USA. Die *Mechanisierung* der Landwirtschaft *senkt* den Arbeitskraftwert der Kinder (p_n steigt); folglich sollte mit steigender Mechanisierung das Fruchtbarkeitsgefälle von Land zu Stadt sinken, was zu beobachten ist (Becker, 1981). Wenn Mütter besonders dann staatliche Gelder für ihre Kleinen bekommen, wenn sie alleinstehend sind, dann steigt für sie mit U_n/p_n je I -Einheit gemessene Wert von Kindern, weil p_n für sie sinkt. Angleichung mit U_s/p_s ist durch eine Erhöhung der Kinderzahl möglich. Folglich müßte ein staatliches Programm zur großzügigen Unterstützung von alleinstehenden Müttern das Verhältnis der außerehelichen zu den ehelichen Geburten erhöhen; auch das kann man beobachten (Becker, 1981).

In U_n/p_n hängt der Ressourcenaufwand p_n in erheblichem Umfang von dem Wert der Mutterzeit ab. Je höher der alternative Nutzwert der Mutterzeit, um so unergiebig ist ihre Verwendung in der Kinderaktivität: U_n/p_n sinkt, weil p_n steigt. Ein geringerer Wert von N (Kinderzahl) könnte die Ergiebigkeit der Frauenzeit erhöhen. Mißt man den Wert der Mutterzeit anhand der Marktlohnsätze, dann müßten sich regionale Unterschiede zeigen: Je *höher* der Lohnsatz für Frauen, um so *geringer* müßte die Zahl der Kinder von verheirateten erwerbstätigen Müttern sein, was der Fall ist (Mincer, 1963; Becker, 1981).

28. Das sind alles plausible, mit den Alltagserwartungen vereinbare Voraussetzungen. Sie scheinen im großen und ganzen auch mit den Generalisierungen von SOZFAM zu harmonisieren. Wenn man aber zu dem Einfluß von I , dem vollen Einkommen (= Gesamtwert der Ressourcen von Mann und Frau in einer Gemeinschaft \doteq Marktwert der Zeit), auf die Nachfrage nach Kindern kommt, dann scheint es mit der Erklärungskraft von ÖKFAM vorbei zu sein, da wir seit mindestens 100 Jahren sinkende Fruchtbarkeit und stark steigendes Einkommen beobachten können:

Die Geburtenrate je 1000 Einwohner sinkt in Deutschland von 37,6 auf 9,7; in England von 34,5 auf 12,5; in Frankreich von 25,1 auf 14; in Italien von 36,9 auf 15,1; in Schweden von 30,3 auf 12,6; in den USA von 35,2 auf 14,8; in Rußland von 49,3 auf 18,0; in Ungarn von 45,6 auf 18,4. (Andorka, 1978).

Die Geburtenrate war also vor 100 Jahren *zwei-* bis *viermal* höher als heute. Gleichzeitig ist das Pro-Kopf-Einkommen gewaltig gestiegen: in den USA real mit jährlich 1,9% und in England real mit jährlich 1,2%, was für die USA eine mehr als *sechsfache* und für England eine mehr als *dreifache* Einkommenssteigerung bedeutet.

Diese Zahlen enthalten u. a. das, was man den demographischen Übergang nennt: von hohen Geburten- und Sterberaten zu niedrigen Sterbe- und Geburtenraten und von Familien mit durchschnittlich 5 Kindern pro Ehe zu Familien mit durchschnittlich 1,5 bis 2 Kindern pro Ehe. Wie kann man diese Entwicklung erklären?

29. Die früher üblichen Deutungen des demographischen Übergangs verweisen auf die folgenden Ursachen der sinkenden Geburtenraten:

- Sinken der Sterberaten als Folge der modernen Medizin;
aber: das erklärt nicht die sinkende Familiengröße, sondern nur die geringe Zahl der *Geburten*.
- Erhöhung des Lebensstandards;
aber: das widerspricht z. T. neueren Querschnittsdaten.
- Industrialisierung;
aber: das widerspricht der Beobachtung, daß häufig zum Beginn der Industrialisierung (Schweiz, England, Holland, Rußland und Ruhrgebiet) die Fruchtbarkeit gestiegen ist und daß Regionen mit *schnellerer* Industrialisierung meist eine größere Fruchtbarkeit aufweisen als Regionen mit *langsamerer* Industrialisierung.
- Urbanisierung, Ausbildung und Kenntnisse von wirksamen Verhütungsmethoden;
aber: das erklärt nicht, warum Frankreich schon 100 Jahre früher den Übergang zur modernen Bevölkerungsweise vollzogen hat.

Aus den angeführten und aus weiteren Gründen halten die Bevölkerungswissenschaftler die früher akzeptierte Erklärung des demographischen Übergangs heute nicht mehr für befriedigend (*Andorka, 1978*).

Easterlin hat jüngst eine Erklärung vorgeschlagen, die auf biologische, soziologische und ökonomische Gesichtspunkte zurückgreift. Die *Easterlin*-Theorie entspricht in ihrer allgemeinen logischen Struktur dem Erklärungsversuch von ÖKFAM, indem sie die Fertilität als ein Problem der Wahl unter einschränkenden Bedingungen auffaßt (*Easterlin, 1978*). Ein wesentlicher Unterschied zu ÖKFAM besteht allerdings in 2 Punkten:

- (1) Modernisierung (Ausbildung, Verstärkung, neue Produkte etc.) bewirkt eine *Geschmacksänderung* zu Gunsten eines modernen (materialistischen) Lebensstils und zu Lasten des altmodischen Gutes „Kind“. Diese Geschmacksänderung kann stärker sein als der positiv angenommene Einkommenseffekt.

- (2) *Easterlin* vermutet, daß mit langfristig steigendem Einkommen die Generation der Kinder im Vergleich zu ihren Eltern ein *höheres Anspruchsniveau* bezüglich der *materiellen Voraussetzungen* eines guten Lebens entwickeln. Der Inhalt der Anspruchsnorm stammt aus dem Elternhaus und entspricht dem Lebensstandard, den sich die Eltern leisten konnten, als die Kinder im Alter von 15-20 gewesen sind. Wenn die eigenen *Verdienstaussichten* der erwachsen gewordenen Kinder einen ähnlich hohen Lebensstandard wie den ihrer Eltern als erreichbar erscheinen lassen, dann werden Ehen gegründet und Kinder in die Welt gesetzt, *sonst nicht*.

Wenn man hinreichende Geschmacksverschiebungen oder Erhöhungen des erforderlichen Konsumstandards annimmt, dann sind Abnahme der Fertilität oder Abnahme der Kinderzahl trotz Erhöhung des Einkommens im Rahmen einer ökonomischen Deutung des generativen Verhaltens zu erwarten. Die Frage ist, ob es empirische Anhaltspunkte für derartige Veränderungen der Nutzenfunktion gibt.

Nehmen wir die vermutete Erhöhung des Konsumstandards. Bei Wohlhabenden dürfte er *keinen* Einfluß auf die Kinderzahl haben, aber gerade die Oberschicht hat mit dem Wandel des generativen Verhaltens begonnen. Also müßte man in dieser Schicht nach Anzeichen für Geschmacksänderungen forschen. Die ökonomisch ärmeren Unterschichten müßten eher zögernd das neue Muster übernommen haben, weil die Verbesserung des Lebensstandards dort zunächst nur geringe Fortschritte gemacht hat; das dürfte den Tatsachen entsprechen. Für Mittelschichten hängt eine Voraussage sinkender Fertilität von der *Geschwindigkeit* des Wachstums und von *Veränderungen* der Lohndifferenz zwischen jungen und ausgereiften Arbeitskräften ab. *Langsames* Wachstum bei unveränderter oder zunehmender Lohndifferenz müßte erhebliche (negative) Auswirkungen für die Fruchtbarkeit haben; schnelles Wachstum oder abnehmende Lohndifferenz müßte mit relativ hoher Fertilität gekoppelt sein, da die jungen Leute schnell den Konsumstandart ihrer Eltern erreichen können. Mobile Aufsteiger müßten allgemein mehr Kinder haben als der Durchschnitt, Absteiger entsprechend weniger. Ohne nähere historische Untersuchungen ist schwer zu sagen, wie weit die *Easterlin*-Hypothese trägt.

Anhaltspunkte für Geschmacksänderungen könnten veränderte Einstellungen zur Größe der Familie und zu dem angestrebten Konsumstandard sein. Historische Untersuchungen, die darauf eingehen, kenne ich nicht. Aber in Taiwan hat *Freedman* entsprechende Korrelationen gefunden (*Freedman*, 1972; *Easterlin*, 1978). Wenn auch Einstellungen notorisch schlechte Prädiktoren des *konkreten* Verhaltens sind, so könnten sie vielleicht doch relativ zuverlässige Hinweise auf die langfristige Orientierung von Lebensplänen geben. Wie dem auch immer sein mag, *Easterlins* Deutung oder Erklärung des demographischen Übergangs mit Hilfe von Veränderungen des Geschmacks der Menschen bezüglich ihres Lebensstils — lieber weniger Kinder und dafür mehr Konsumgüternutzung — ist sehr plausibel und vielleicht sogar wahr.

30. Was kann ÖKFAM zum Wandel der Bevölkerungsweise sagen? Zunächst, was ist eigentlich zu erklären? Einmal der Zusammenhang, daß auf sinkende Sterberaten sinkende Geburtenraten gefolgt sind. Zum anderen: Moderne Umwelt, veränderte Produktionstechniken, neuartige Arbeitsplätze etc. gehen einher mit einer deutlich verminderten Zahl an Kindern, die ein Paar großgezogen hat.

Die drastisch sinkende Sterblichkeit, insbesondere die Säuglingssterblichkeit, ist für die Familien eine *exogene* Größe. Sie vermindert bei unveränderter Geburtenrate die Grenzbewertung U_n der Kinder, da der Nutzenstrom, den Kinder erbringen, anschwellen würde. Wenn N^* , die gewünschte Kinderzahl, nur unwesentlich zunimmt (I und p_n also ungefähr konstant bleiben), dann sinkt die von N abgeleitete Nachfrage nach *Geburten*; folglich sinkt die Geburtenrate.

Ferner: In der modernen Welt *sinkt* der Wert der Kinder als *Investitionsgut* stark ab; das erhöht p_n , weil der in I ausgedrückte Investitionsertrag ausbleibt; folglich sinkt N^* .

Außerdem ermöglicht die moderne Zeit die Anwendung von verbesserten Verhütungsmitteln bzw. Verhütungsmethoden. Weil es billiger geworden ist, die Geburt von Kindern zu verhüten, werden mehr Geburten verhindert. Bei unvollkommenen Verhütungstechniken oder bei teureren Verhütungsmethoden ist die beobachtete Kinderzahl N^o meistens erheblich größer als die gewünschte Zahl N^* . Die moderne Zeit bringt N^o näher an N^* heran, was die Zahl der Kinder je Familie vermindert.

ÖKFAM kann also auf eine Reihe von Ursachen hinweisen, die während des Übergangs zur modernen Bevölkerungsweise sowohl die Geburtenrate als auch die Kinderzahl je Familie negativ beeinflußt haben dürfte. Aber da ist das *große* Einkommenswachstum: Von 1890 bis 1930 steigt in England das Einkommen/Kopf auf das 1,6-fache. Die durchschnittliche Zahl der Kinder pro Familie sinkt gleichzeitig von 4,34 auf 2,42. Ist das für ÖKFAM plausibel? Nun, zunächst dürfte die Zunahme des Sozialprodukts pro Kopf um den Faktor 1,6 eine *Überschätzung* des Wachstums des vollen Einkommens sein. Je nach Annahme über die Aufteilung von I auf das Markteinkommen Y und auf das Hauseinkommen H und je nach Annahmen über die Wachstumsrate der Produktivität der Hausfaktoren, könnte die Zunahme von I nicht 60%, sondern nur 30% gewesen sein. Nimmt man ferner an, daß der in moderner Zeit ausbleibende Investitionsertrag den realen Kinderpreis verdoppelt hat und unterstellt man weiter, daß zwischen U_n und N eine umgekehrt proportionale Beziehung besteht, dann sollte N^* auf die Hälfte fallen. 50% von 4,34 Kindern je Familie 1890 ergibt 2,17 Kinder. Die Erhöhung von I um 30% macht bei einer Einkommenselastizität von 1 eine Kinderwunschnzahl von 2,17 mal 1,3 = 2,82 Kinder pro Familie 1930. Davon müßte man noch einen unbestimmten Abzug wegen der stärkeren Verhütungsnachfrage veranschlagen, so daß man u. U. in

die Nähe von 2,5 Kindern pro Familie käme. Tatsächlich hatten die englischen Familien im Durchschnitt 2,42 Kinder.

Ist eine solche Überlegung zum demographischen Übergang weniger erklärungskräftig als die Erklärung unter Hinweis auf Geschmackswandel?

31. Positive Einkommensänderungen, *optimistische Erwartungen* hinsichtlich des zukünftigen Einkommens und das *Niveau* des Einkommens korrelieren in allen Datenmengen *positiv* mit der Fruchtbarkeit. Allerdings ist das *Einkommensniveau* nur dann signifikant, wenn es in Einheiten des Durchschnittseinkommens von relevanten Bezugsgruppen gemessen wird.

Duesenberrys Theorie des relativen Einkommens erklärt diesen Zusammenhang recht gut (*Freedman*, 1963; *Andorka*, 1978). Die Differenz zwischen Anspruch, der auf dem Wege sozialer Vergleichsprozesse entsteht, und der Wirklichkeit scheint *motivierend* zu wirken: *positiv* auf den Konsum hochwertiger Konsumgüter oder andere Indikatoren der individuellen Leistungsfähigkeit, *negativ* auf alle Ausgabenquellen, die dem Konsumwunsch oder der Vorzeigeaktivität der Unterleister entgegenstehen.

ÖKFAM kann den motivierenden Einfluß des *relativen* Einkommens nicht erklären; man müßte „psychische Kosten“ der Unterleister postulieren, denen diese Person durch verstärkten Vorzeigekonsum zu begegnen suchen. Im Rahmen von ÖKFAM wären das reine Ad-hoc-Konstruktionen. Die entscheidende Frage ist natürlich, ob die verschiedenartigen Sachverhalte: Fruchtbarkeit, Konsum, der Bestand qualitativ hochwertiger Konsumgüter, das Arbeitsangebot verheirateter Frauen etc. besser mit Hilfe der relativen Einkommenshypothese oder besser mit ÖKFAM erklärt werden können.

32. Es gibt nicht nur Konjunkturschwankungen, sondern auch Wellen in der Fruchtbarkeit. Für die USA läßt sich z.B. eine lange Welle der *gesamten* Fruchtbarkeit (Geburten einer hypothetischen Kohorte von 1000 Frauen aller gebärfähigen Altersstufen (14-49) in einem Jahr) von 1920 bis 1970 nachweisen. Hochpunkte dieser Welle fallen auf die Jahre 1920 und 1957, Tiefpunkte in die Periode 1933- und nach 1970. Die Gipfelwerte der gesamten Fruchtbarkeit erreichen die Werte 3500 bis 3700, die Talwerte liegen bei 2100 bzw. 2500. Der Unterschied zwischen Talwert 1933-39 und Gipfelwert 1957 macht 75% aus.

Easterlin (1973) zeigt, daß diese Welle der gesamten Fruchtbarkeit recht gut mit der zeitlich um drei Jahre vorlaufenden Welle des *relativen* Einkommens von jungen Ehemännern (14-24 Jahre) korreliert. Das relative Einkommen oder der relative ökonomische Status wird aus dem Verhältnis des Markteinkommens der jungen Ehemänner zum Einkommen ihrer Eltern vier Jahre früher ermittelt.

Diese relative Einkommenshypothese von *Easterlin* zur Erklärung der US-Geburtenwelle von 1920 bis 1975 scheint in den USA allgemein akzeptiert zu werden (*Schultz*, 1981). Vertreter von ÖKFAM erheben gegen die Erklärungskraft dieser Hypothese einige Einwände (vgl. *Schultz*, 1981):

- Der wahrscheinliche Einfluß der Erwerbsbeteiligung von Frauen auf die Fruchtbarkeit werde nicht berücksichtigt. Sowohl die Fruchtbarkeit als auch die Erwerbsbeteiligung seien *Folgen* von Entscheidungen zur Ressourcenverwendung einer Ehegemeinschaft. Deshalb müßten die eigentlichen Ursachen, nämlich die Entwicklung der Männer- und Frauenlöhne, eventuell des Geschmacks, herangezogen werden.
- Der von Easterlin behauptete Zusammenhang müsse sich auch im *Querschnitt* nachweisen lassen, falls das *relative* Einkommen tatsächlich die Fruchtbarkeit *kausal* beeinflusse. Im Querschnitt sei der Lebensstandard in einer kinderreichen Familie pro Kopf relativ niedrig. Junge Erwachsene aus kinderreichen Familien hätten also immer einen überdurchschnittlich hohen ökonomischen Status: Ihr Prokopfeinkommen ist wesentlich höher als ihr früherer Anteil am elterlichen Konsumeinkommen. Das umgekehrte gilt für junge Erwachsene aus kleinen Familien; deren relativer ökonomischer Status ist immer niedrig. Falls die Zahl der gewünschten Kinder der jungen Erwachsenen sich am Vorbild ihrer Eltern orientiert, falls es also eine Art *Kindernorm* gäbe oder eine Präferenz für Kinder, müßte sich ein positiver Zusammenhang ergeben zwischen der Fruchtbarkeit und dem relativen Einkommen. Dieser Zusammenhang existiert im Querschnitt tatsächlich. Aber er ist *keine* Bestätigung für den von Easterlin unterstellten Mechanismus — Erfüllung einer *Konsumnorm* —, sondern die Folge der *Verteilung* von Präferenzen für Kinder über die Bevölkerung *und* die Folge der Annahme, daß solche Präferenzen oder Leitbilder in bezug auf die Familiengröße von den Eltern übernommen werden (Schultz, 1981; Ben-Porath, 1975).
- Im übrigen könne die *Easterlin-Hypothese* anhand von Querschnittsdaten nicht korrekt überprüft werden: Der Lebensstandard der *zweiten* Generation sei keine exogene Größe, sondern eine Variable, deren Wert von der zweiten Generation im Rahmen ihrer Möglichkeiten und unter Berücksichtigung ihrer Präferenzen für oder gegen Kinder *gewählt* werde. Aus diesem Grunde kann der sogenannte relative ökonomische Status — das Verhältnis der Einkommen der Kinder zum Einkommen ihrer Eltern — keine exogene, für die Individuen gegebene Größe sein, von der ein *systematischer* Einfluß auf die Fruchtbarkeit ausgehen könne. Easterlins Hypothese müsse deshalb anders formuliert werden: Wahrhaft exogene, d. h. *unerwartete*, Wellen des individuellen Einkommens werden in entsprechende Wellen der Kinder-nachfrage übertragen (Schultz, 1981).

Sofern sich die *Easterlin-Hypothese* auf den von Duesenberry ausgearbeiteten Zusammenhang der *sozialen Relativität* der *Konsumansprüche* stützt, sind alle Einwände von ÖKFAM, die die Unglaubwürdigkeit der *Easterlin-Hypothese* begründen wollen, *irrelevant*. Man geht offensichtlich davon aus, daß es nur eine *erkennbar* zutreffende Theorie zur Erklärung der Phänomene, die menschliches Handeln hervorbringen, geben könne. Diese Annahme ist mit Sicherheit falsch.

In den Realwissenschaften kann man die Wahrheit von Theorien nicht erkennen.

Außerdem nimmt ÖKFAM an, daß die eigene theoretische Orientierung: alles menschliche Handeln hänge bei relativ stabilen Präferenzen *allein* von den Ressourcenbeschränkungen und deren Änderungen ab, wahr sein *müsse*, so daß sich alle anderen sozialwissenschaftlichen Theorien des menschlichen Handelns *notwendig* innerhalb des Rahmens von ÖKFAM zu bewähren hätten. Auch diese Auffassung ist *unhaltbar*; sie bedeutet die *Dogmatisierung* einer, und zwar der ökonomischen, Perspektive. Die Ablehnung *dieser* Ansprüche von ÖKFAM ist natürlich vereinbar damit, daß ÖKFAM tatsächlich eine größere Erklärungskraft haben kann als andere Theorien.

33. Die Erwerbsquote verheirateter Frauen steigt in allen entwickelten Ländern, in den USA z. B. von 4,5% im Jahre 1890 auf 13,8% im Jahre 1940 und auf 44,4% im Jahre 1975. SOZFAM hat lange Zeit an diese Entwicklung große Befürchtungen geknüpft, insbesondere über die nachteiligen Folgen für die Erziehung und die charakterliche Entwicklung von Kindern erwerbstätiger Mütter. Über das Elend der Schlüsselkinder hat auch der Alltagsverstand sich seine Meinungen gebildet. Aber: Alle soziologischen Untersuchungen zu dieser Frage in den USA zeigen sehr deutlich: Es gibt weder positive noch negative Effekte (*Rallings and Nye, 1979*).

ÖKFAM läßt *keine negativen* Vermutungen zu: Die Möglichkeit, durch einen anderen Einsatz der Familienressourcen allgemein *mehr* Güter zu erzielen, führt nur bei *inferioren* Erzeugnissen zu einer Mindernachfrage. Alle anderen Güter werden *mehr* nachgefragt. Daß der Charakter oder das soziale Wohlverhalten der eigenen Kinder ein inferiorer Gutsaspekt sein sollte, ist, z. T. aus ökonomischen Gründen, nicht anzunehmen. Folglich sollte auch der Aufwand, der zur Erziehung und Betreuung *erforderlich* ist, nicht abnehmen, wenn das volle Einkommen der Familie steigt. Das impliziert nicht, daß der *Zeitaufwand* der Mutter für ihre Kinder unverändert bleiben müßte.

34. Die Wirksamkeit bevölkerungspolitischer Maßnahmen ist ein möglicher Testfall für ÖKFAM, da hierbei nicht nur historische Datenmuster gedeutet werden ohne eindeutig feststellbare exogene Faktoren. *Einzelne* politische Maßnahmen sind vermutlich in einem *höheren* Grade als exogen anzusehen als die meisten anderen ökonomischen Variablen, bei denen oft das Henne-Ei-Problem der Verursachung besteht.

ÖKFAM würde als besonders wirksam die *Subventionierung* der Kinderproduktion durch allgemeine Steuern empfehlen. Die beste *Form* der Subvention ist nicht unbedingt die Geldzahlung. Schwangerschafts- und Mutterschaftsurlaub für mehrere Jahre und Sicherung des Humanvermögens der Frau durch Arbeitsplatzgarantie könnten die finanziellen Zuwendungen ergänzen; andernfalls müßte der Barwert dieser Güter — freie Zeit, keine Minderung des Humanvermögens — durch entsprechend hohe Geldzahlungen erstattet wer-

den. In unserem Ausdruck $U_n = \mu p_n$ sinkt durch Subventionierung der Kinderproduktion p_n , der Preis der Kinder in Einheiten des vollen Einkommens ausgedrückt. Gleichzeitig steigen durch die allgemeine Steuer p_n und p_s , oder es sinkt I . Da p_n aber nur für heirats- und zeugungsfähige Menschen sinkt, steigt nur der Konsumwert ihrer Ressourcen *im Vergleich zur subventionslosen Zeit*, und zwar um so mehr, je mehr Kinder sie erzeugen, während der Konsumwert der Ressourcen der kinderlosen Paare um den transferierten Steuerbetrag sinkt. Mit anderen Worten: Es steigt der Möglichkeitsbereich der kinderwilligen Paare. Außerdem gilt für alle *fruchtbaren* Paare ein verändertes Verhältnis $p_n/p_s = U_n/U_s$: der relative Preis der Kinder, ausgedrückt in Lebensstandardeinheiten der Eltern, sinkt. Folglich könnte sich die Zahl der Kinder je fruchtbare Ehe aufgrund des Einkommenseffektes und des Substitutionseffektes der Subvention erhöhen.

Wie hoch müßte die Subvention der Kinderproduktion ausfallen, damit ein *spürbarer* Effekt erzielt werden kann? Die Theorie enthält keine Anhaltspunkte, da sie keine quantitativen Konstanten kennt. Deshalb muß man sich mit einigen Spekulationen behelfen.

Wenn der fehlende Investitionsertrag der Kinder beim Übergang zur modernen Gesellschaft wirklich die wesentliche Ursache für die Einschränkung der Kinderzahl gewesen sein sollte, dann hätte man einen Anhaltspunkt über die erforderliche Höhe der Kindersubvention: sie müßte den Preis der Kinder halbieren. Bei einer Familie mit drei Kindern innerhalb von fünf bis sieben Jahren dürfte der insgesamt aufgewendete Ressourcenwert weit über dem Verdienst eines Facharbeiters liegen. Zu dem entgangenen Markteinkommen der Mutter müssen *alle* kinderspezifischen Ausgaben und die Wertminderung ihres Erwerbsvermögens gerechnet werden. Allerdings braucht man nicht den *gesamten* Ressourcenverzehr für Kinder zu ersetzen, *wenn Kinder Güter sind*, da die Eltern in dem Fall freiwillig bereit sein werden, Teile ihres vollen Einkommens zu opfern. So würde man vermuten, daß der Anreiz eines durchschnittlichen Marktlohnes ausreichen könnte, drei Kinder zu halten.

Angenommen, die Einkommenselastizität der Nachfrage nach Kindern sei etwa 1. Wenn Eltern im allgemeinen ohne staatliche Unterstützung ungefähr 1,5 bis 2 Kinder in die Welt setzen, dann sollte eine 30%-ige Erhöhung des vollen Einkommens zu Familien mit zwei bis drei Kindern führen. Ein durchschnittlicher Lohn für gelernte Arbeit dürfte etwa ein Drittel des vollen Einkommens eines Ehepaares ausmachen. In dieser Höhe müßte sich also etwa die Kindersubvention bewegen.

35. Tatsächlich zeigen die erfolgreichen Beispiele der Bevölkerungspolitik, daß derartige Größenordnungen die Kindersubvention wirksam machen.

Ungarn gewährt seit 1965 den berufstätigen Frauen großzügige Familienhilfe und einen bezahlten Mutterschaftsurlaub bis zum dritten Geburtstag des Kindes. Die finanziellen Zuwendungen machten 1972 bei drei Kindern 72% des

durchschnittlichen Prokopfeinkommens aus (Andorka, 1978). Das könnte dem Lohn für weibliche Arbeit entsprechen (Bolte, Kappe, Schmid, 1980).

Die Geburtenrate stieg pro 1000 von 12,9 im Jahre 1962 auf 18,4% im Jahre 1975, was einen Zuwachs von 43% ausmacht. Die gesamte Fruchtbarkeit (einer hypothetischen Kohorte) stieg von 1794 im Jahre 1962 auf 2320 im Jahre 1974. Die Geburten je Gebärzeit und je Frau stiegen also im Durchschnitt von 1,8 Kinder auf 2,3 Kinder. Gleichzeitig veränderte sich das Verhältnis der allgemeinen Fruchtbarkeit der erwerbstätigen Frauen (sie werden allein subventioniert) zu den nicht erwerbstätigen Frauen von $50/64 = 0,78$ im Jahre 1963 auf $66/49 = 1,34$ im Jahre 1969. Das heißt: Die Fruchtbarkeit der erwerbstätigen subventionierten Frauen ist *gestiegen*, die der nichterwerbstätigen und nicht subventionierten Frauen ist gesunken. Das ist genau das, was ÖKFAM voraussagen würde.

Frankreich betreibt seit 1939 eine gezielte Bevölkerungspolitik. Der Erfolg ist bemerkenswert: Die Geburtenrate liegt 1940-44 bei 14,7 (je 1000 Einwohner) und 1972 bei 16,9. Die Nettoproduktionsziffer liegt in Frankreich um 1935/39 auf 0,86, 1946/49 auf 1,33 und 1960/64 auf 1,34. Seit dem sinkt sie leicht und hatte 1970/73 den Wert 1,16; der Wert für die Bundesrepublik Deutschland ist für 1970/74 0,81. Im Jahre 1925 betrug die gesamte Fruchtbarkeit in Frankreich 2000 Kinder, wenige Jahre nach Einsetzen der Bevölkerungspolitik und während der deutschen Besatzung (!) steigt die Ziffer auf 2200 bis 2300 Kinder.

Frankreich hat die Form der Geldzahlung als Kindersubvention gewählt. Neben der Familienhilfe, die für das 2. Kind 20% und für das 3. Kind 50% des durchschnittlichen Regionaleinkommens ausmacht, erhält die Mutter, falls sie *nicht* erwerbstätig ist, bei zwei Kindern zusätzlich 40% und bei drei Kindern zusätzlich 50% des regionalen Durchschnittseinkommens. Bei zwei Kindern macht die Subvention 60%, bei drei Kindern $20\% + 50\% + 50\% = 120\%$ des regionalen Durchschnittseinkommens aus.

Seit Ende der sechziger Jahre versucht die Tschechoslowakei dem Geburtenrückgang entgegenzuwirken (Senker, 1983). Der 1968 eingeführte *unbezahlte* Jahresurlaub für erwerbstätige Mütter nach der Geburt eines Kindes wurde allerdings nur von wenigen in Anspruch genommen. Deshalb hat man 1970 einen *bezahlten* zweijährigen Erziehungsurlaub für erwerbstätige Frauen nach der Geburt des zweiten Kindes eingeführt. Sowohl berufstätige wie nicht berufstätige Frauen erhalten für die Geburt eines zweiten Kindes zwei Jahre lang eine Mütterbeihilfe in Höhe von mindestens 25% eines durchschnittlichen Arbeitseinkommens. 1973 wurde das Kindergeld mit einer starken Progression für das zweite und das dritte Kind erhöht. Allein das Kindergeld beträgt bei zwei Kindern ca. 23% und bei drei Kindern ca. 63% eines durchschnittlichen Arbeitseinkommens. Zusammen mit der Mütterbeihilfe verdient eine Mutter von zwei Kindern in den ersten beiden Jahren nach der Geburt ihres zweiten Kindes ca. 48% (23% Kindergeld + 25% Mütterbeihilfe), als Mutter von drei

Kindern kann sie zwei Jahre lang mindestens ca. 88% eines Arbeitseinkommens verdienen (63% Kindergeld für drei Kinder + 25% Mütterbeihilfe).

Diese Kombination von finanziellen und nichtfinanziellen Anreizen hat sich anscheinend sofort ausgewirkt. So stieg die Geburtenrate von 14,9 je 1000 Einwohner im Jahre 1968 auf über 19 in den Jahren von 1973 bis 1976. Seitdem fällt sie allerdings wieder und erreicht 1981 den Wert 15,5. Der Anteil der zweitgeborenen Kinder an den Geburten liegt von 1973 bis 1978 mit mehr als 38% erheblich über dem Anteilswert von 33,4% des Jahres 1970; der Anteil der Drittgeborenen steigt seit 1973 ebenfalls an. Die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern liegen in den Jahren von 1973 bis 1979 für die Altersgruppe unter 35 Jahre zum Teil erheblich über den Werten der Periode 1965 bis 1969. Die Nettoreproduktionsziffer liegt 1968 auf 0,95, steigt 1974 auf 1,14 und sinkt bis 1979 auf 1,11 ab (Senker, 1983, S. 509f.). Diese Indikatoren der Fruchtbarkeit zeigen eindeutig, daß die Subventionierung der Kinderproduktion den erwarteten Erfolg gehabt hat, jedenfalls kurzfristig.

Die DDR erlebte ebenfalls einen drastischen Rückgang der Geburten, teilweise verursacht durch die Legalisierung der Abtreibung im Jahre 1972. Von 1970 bis 1974 sinkt die Geburtenrate um ca. 24% (von 13,9 auf 10,6 je 1000 Einwohner), und die Summe der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern geht im selben Zeitraum um ca. 30% zurück: von 2193 auf 1540 je 1000 Frauen (Vortmann, 1978). Damit weisen die Bundesrepublik und die DDR 1974 etwa den gleichen Wert der gesamten Fruchtbarkeit auf.

Ähnlich wie Ungarn und die CSSR reagiert die DDR mit Maßnahmen, die Zweit- und Drittgeburten gezielt fördern sollen. Das Kindergeld bleibt niedrig, aber die erwerbstätige Mutter kann seit Anfang 1976 für ein Jahr, unter besonderen Umständen auch für drei Jahre, von der Arbeit freigestellt werden (Babyjahr). Bei der Geburt ihres zweiten Kindes erhält die Mutter ein Jahr lang eine monatliche Mütterunterstützung in Höhe von 30% ihres durchschnittlichen Arbeitseinkommens, das hier mit 900 Mark angesetzt wird. Bei der Geburt des dritten Kindes macht die Unterstützung etwa 39% eines Arbeitseinkommens aus. Mit dem zweiten Kind verringert sich ein zinsloser Kredit für junge Ehen um ca. 14%, mit dem dritten Kind um weitere 23% eines Jahreseinkommens. Aufs Jahr gerechnet bringt das zweite Kind also ca. 44% (= 30% + 14%), das dritte Kind weitere 62% (= 39% + 23%) eines Jahreseinkommens. Das ist finanziell erheblich weniger als die CSSR und als Ungarn für die Unterstützung von Familien mit mehr als einem Kind aufwenden. Die Folgen sind dennoch vergleichbar: Die Zahl der Geburten ist 1977 in der DDR um ca. 23% höher als 1975 (Vortmann, 1978, S. 220, 230); die Geburtenrate je 1000 Einwohner steigt von 10,8 im Jahre 1975 auf 13,3 im Jahre 1977 (Vortmann, 1978, S. 224); die Summe der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern steigt von 1975 bis 1977 um 19% und erreicht 1978 und 1979 etwa den Wert 1850, während die gesamte Fruchtbarkeit in der Bundesrepublik weiter auf 1400 fällt (Dinkel, 1984, S. 29).

Die Erhöhung der Fruchtbarkeit in der DDR ist fast ausschließlich auf die Zunahme der Geburten von Zweit- und Drittkindern zurückzuführen (*Vortmann*, 1978, S. 227).

Die durch die Freistellung gewonnene *Zeit* scheint für einen Teil der Frauen in der DDR ein hinreichend großer Anreiz zu sein, mehr als ein Kind haben zu wollen. Möglicherweise spielen auch größer gewordene Zuteilungschancen für knappen Wohnraum eine gewisse Rolle. Auffällig ist jedenfalls, daß in der DDR die Fertilität in den Städten größer zu sein scheint als auf dem Lande (*Dinkel*, 1984, S. 95). Es ist offenbar besser, Kinder und eine eigene Wohnung zu haben, als ohne Kinder mit dem Ehepartner bei den Eltern wohnen zu müssen.

36. Die ungefähre Übereinstimmung der Resultate der Bevölkerungspolitik mit dem, was man aufgrund von ÖKFAM vermuten würde, ist natürlich kein Beweis für die Wahrheit von ÖKFAM. Gleichzeitig mit den ökonomischen Subventionen ist in allen Ländern auch die öffentliche Einstellung zu Kindern verändert worden. Wirksame Politik muß eben verkauft werden. Wie groß der Einfluß dieser sozialpsychologischen Kräfte für die Veränderung der Fruchtbarkeit gewesen ist, vermag ich nicht zu sagen.

Im übrigen muß man feststellen, daß die erwähnten erfolgreichen Maßnahmen auf höchst elementaren theoretischen Überlegungen beruhen, nämlich auf der einfachen Vermutung, daß Frauen bei hinreichend hohem finanziellen Anreiz und bei hinreichend geringen Einbußen ihrer zukünftigen Erträge aus Erwerbstätigkeit (Erhalt des Arbeitsplatzes) bereit sind, einen Teil ihrer Zeit und Mühe für die Geburt und Betreuung ihrer Kinder aufzuwenden.

VI. Kinder als Güter oder Übel: Wie es euch gefällt

37. Die Tatsache, daß Frauen auf entsprechend große ökonomische Anreize (Geld und Zeit) wie erwartet reagieren, ist mit unterschiedlichen Deutungen der Gütereigenschaften von Kindern vereinbar: Kinder können heute als relativ teure Güter angesehen werden, die man sich u. U. kaum leisten kann, oder als Übel, die man zu vermeiden trachtet. ÖKFAM deutet das Vorhandensein von Kindern in einer Familie als Nutzen spendenden Umstand. Diese Deutung führt jedoch zu einer theoretischen *Anomalie*, denn die Nachfrage nach diesem Gut scheint im Zeitablauf trotz stark steigendem Einkommen abzunehmen. Jedenfalls überwiegt nach Zimmermann, einem ausgezeichneten Kenner der gesamten Literatur, „für Datenmaterial nach 1960 der negative Zusammenhang“ (*Zimmermann*, 1984, S. 32). Das ist eine ganz ungewöhnliche Reaktion der Nachfrage nach einem *Gut* auf Einkommenssteigerungen. Es würde, auf andere Güter übertragen, bedeuten, daß z. B. mit steigendem Einkommen die Nachfrage nach Wohnraum, nach Nahrungs- und Genußmitteln und nach Autonutzungen *abnehmen* würde. Nur wenn die Einkommenssteigerungen notwendig mit einer starken Preissteigerung der betreffenden Güternutzung verbunden ist, kann

man sich bei steigendem Einkommen eine Verminderung der nachgefragten Mengen vorstellen.

Tatsächlich ist es denkbar, daß im Zeitablauf eintretende Einkommensverbesserungen gerade unter solchen Umständen stattfinden, die auch eine starke Erhöhung des Wertes der zum Kinde alternativen Verwendung der Ressourcen einer Familie bewirken, daß, mit anderen Worten, der ökonomische Preis für Kinder mit dem Einkommen stark steigt; Einkommens- und (Schatten-) Preisänderungen wären dann nicht unabhängig. Bei Annahme geeigneter Parameterkonstellationen der Nutzenfunktion ist dann eine anomale Nachfragereaktion in bezug auf die Kinderzahl mit der Güterhypothese vereinbar (Zimmermann, 1984, S. 17 ff.) Die *Behauptung*, daß derartige Parameterkonstellationen *tatsächlich* dem generativen Geschehen in der jüngsten Zeit zugrunde liegen, bedeutet natürlich auch, daß eine allgemeine Einkommenssenkung, z. B. in Form einer erzwungenen hohen Umweltabgabe je Familie, die Fruchtbarkeit *anregen* würde.

Eine einfachere Beseitigung der Nachfrageanomalie bestünde in der Übelhypothese der Kindernachfrage. Die Einkommenslage einer Familie hätte dann keinen Einfluß auf die Fruchtbarkeit; in allen Vermögensschichten müßte man ein aktives Vermeidungsverhalten beobachten können (auch Wohlhabende vermeiden Krankheiten und Vermögensverluste) und je leichter das Übel (Empfängnis, Geburt) zu vermeiden ist, umso mehr Übel würden vermieden werden. Die *Duldung* des Übels erforderte eine ansehnliche Entschädigung in Geld oder sonstigen knappen Gütern. Solche Subventionen für die Kinderproduktion sollten unter Geltung der Übelhypothese differenziert wirken und vor allem die Bereitschaft zum Kinde bei jenen Gruppen fördern, die mit angestrebten Gütern schlecht versorgt sind.

Bei Geltung der Güterhypothese müßte schon eine *teilweise* Übernahme der Kosten für Kinder durch Dritte die Bereitschaft, Kinder zu haben, merklich erhöhen. Es ist nämlich zu vermuten, daß es immer einen gewissen Teil von Paaren gibt, die gerade noch unschlüssig sind, ob sie sich ein weiteres Kind leisten können. Diese Klasse der noch Unentschiedenen bedarf nur eines kleinen Anstoßes, einer geringen Subvention, um die Geburt eines weiteren Kindes vorteilhaft zu finden. Erfolgreiche Bevölkerungspolitik könnte in diesem Falle recht billig sein.

Im Unterschied dazu ergeben sich aus der Übelhypothese ganz andere Folgen. Übel werden freiwillig nur geduldet, wenn die Vermeidungskosten zu hoch sind oder wenn eine Entschädigung die Übelfolgen mehr als ausgleicht. Bei Geltung der Übelhypothese müßten mindestens *alle* Kosten der Kinderaufzucht von dritter Seite übernommen werden, d.h. die Kosten der Ausbildung, der Ernährung, der Unterbringung, der Bekleidung, des Lohnentgangs etc. Die Übelhypothese impliziert also, daß eine erfolgreiche Bevölkerungspolitik sehr aufwendig wäre.

Die Übelhypothese muß nicht für jedes Kind einer Familie und sie muß nicht für alle Familien gelten. Schon wenn einige Familien Kinder schlechthin und andere das zweite oder weitere Kinder (sofern sie noch nicht geboren sind) als Übel ansehen, wird verständlich, warum global eine negative Einkommenselastizität zu beobachten ist und warum marginale Förderungsmaßnahmen unwirksam bleiben. Sobald nämlich der Anteil jener Paare in der Bevölkerung, für die Kinder oder weitere Kinder ein Übel sind, nicht zu klein ist, muß die Einführung einer sehr billigen und angenehmen Verhütungsmethode in ganz kurzer Zeit einen drastischen Rückgang der Geburten bewirken, und zwar *völlig unabhängig von der Entwicklung der Lohnsätze*. Die allgemeine Verfügbarkeit der Pille in der Bundesrepublik gegen Ende der sechziger Jahre müßte demnach einen Sturz der Fruchtbarkeit ausgelöst haben. Tatsächlich sinkt die von der Altersstruktur ziemlich unabhängige Summe der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern von 1968 bis 1973 um 35,3%, während gleichzeitig der Reallohnsatz um 34,3% gestiegen ist.

Man könnte also durchaus die theoretische Anomalie von ÖKFAM völlig anders als in der gewohnten Weise aufzulösen versuchen. Dabei ist die hier ins Spiel gebrachte Alternative: Kinder als Güter oder als Übel, nur als Hinweis darauf zu verstehen, wie wenig informativ ÖKFAM in bezug auf die Kräfte ist, die menschliches Verhalten letztlich antreiben. Hier zeigt sich, wie an vielen anderen Beispielen (Meyer 1981, Meyer 1982), daß die ökonomische Theorie des menschlichen Verhaltens bisher keine adäquate Auffassung von den menschlichen Bedürfnissen entwickelt hat, sondern einfach aufgrund getätigter Handlungen ad hoc auf *irgendwelche*, diesen zugrunde liegenden, Motive schließt. Das ist bequem und wohl auch oft zutreffend, insbesondere wenn es um die Deckung von *bekannt*en Bedürfnissen durch Nahrung, Bekleidung, Behausung, Unterhaltung und soziale Anerkennung geht. Aber im Zusammenhang mit der Frage, ob Kinder als Güter oder als Übel aufgefaßt werden und wie die Anomalie der sinkenden Familiengröße bei steigendem Einkommen zu erklären ist, zeigen sich die Grenzen eines derartigen Vorgehens.

38. Daß mit rein ökonomischen Variablen wie den Lohnsätzen für Männer und Frauen das generative Verhalten in der Bundesrepublik nicht befriedigend zu erklären ist, zeigen auch ökonometrische Zeitreihenuntersuchungen (Ermisch, 1980). Danach hat der Reallohnsatz für Männer in Familien mit nur einem Verdiener eine stark positive, in Familien mit Doppelverdienern jedoch eine stark negative Wirkung auf die gesamte Fruchtbarkeit. Der Lohnsatz für Frauen ist statistisch meist nicht signifikant und scheint eher anregend auf die Fruchtbarkeit von erwerbstätigen Frauen zu wirken. Die Erklärung der auffälligen Veränderung der gesamten Fruchtbarkeit von 1950 bis 1977 mit einer seit 1955 sanft ansteigenden und seit 1967 stark abfallenden Tendenz wird von Ermisch überwiegend durch Bezug auf Gründe versucht, die den starken Anstieg der Erwerbsquote von jungen verheirateten Frauen plausibel machen. In diesem Zusammenhang werden insbesondere die gestiegenen materiellen Ansprüche

genannt, deren Erfüllung durch immer bessere Erwerbsmöglichkeiten für Frauen erreichbar wurden. Die materiellen Ansprüche selbst bilden sich, so vermutet Ermisch in Anlehnung an *Easterlin*, aufgrund des *Familieneinkommens*, dessen Größe und Verausgabung die jungen Paare in ihrer eigenen Jugend erlebt haben (*Ermisch*, 1980, S. 139).

Hier wird also die Dynamik der Anspruchsbildung in einem sozialen Kontext bemüht, um die Erwerbsbeteiligung von jungen Frauen zu erklären. Warum allerdings gerade *materielle* Güter des Lebensstandards Gegenstand der Ansprüche werden, bleibt unerklärt. Nicht alles, was Eltern vorleben, machen die Kinder in ihrem späteren Leben nach. Woher also der Zug zum Materiellen?

In diesem Zusammenhang sind einige Ungereimtheiten von Ermischs ökonomischer Analyse erwähnenswert. So stützen die Tatsachen seiner Meinung nach nicht die relative Einkommenshypothese von *Easterlin*. Als Erklärung der Fruchtbarkeit in der Bundesrepublik verwirft Ermisch deshalb die *Easterlinhypothese* unter dem Vorbehalt, daß der verwendete Index (Reallohn in t bezogen auf Reallohn in $t - 7$) das relative Einkommen im Sinne der *Easterlinhypothese* richtig erfaßt (*Ermisch*, 1980, S. 129). Gleichzeitig verwendet allerdings unser Autor die zentrale Idee von *Easterlin* (wonach die materiellen Ansprüche eines Paares im Vergleich zu den Einkommensmöglichkeiten des Mannes die Entscheidung beeinflusst, wer erwerbstätig sein wird), um die Entwicklung der Fruchtbarkeit in der Bundesrepublik verbal plausibel zu machen (S. 137ff.).

Bei der Schätzung des *Easterlinmodells* ergeben sich für den Reallohn der Frau die theoretisch richtigen *negativen* Koeffizienten. Sie werden als Hinweis gedeutet, daß ein Modell im Sinne von ÖKFAM, in dem die Opportunitätskosten der Kinderbetreuungszeit betont werden, bessere ökonomische Resultate erwarten läßt. Die Spezifikation und Schätzung dieses Modells zeigt nun jedoch *positive* Koeffizienten für den Reallohn der Frau (die allerdings nicht signifikant sind). Das soll jetzt ein Hinweis sein auf die Kompensation des Substitutionseffekts durch den Einkommenseffekt. Die starke negative Wirkung des Reallohns von Männern in Familien mit erwerbstätigen Ehefrauen auf die Fruchtbarkeit zeigt angeblich, daß steigende Löhne die Männer in solchen Ehen veranlaßt, Hausarbeitszeit und Kinderbetreuungszeit durch Freizeit und vermehrte Erwerbstätigkeit zu ersetzen. Dagegen soll der stark positive Effekt des Reallohns für Männer auf die Fruchtbarkeit in Familien, wo nur der Ehemann erwerbstätig ist, symptomatisch für das Überwiegen des Einkommenseffektes sein (*Ermisch*, 1980, S. 132).

Eine derartige Verwertung der ökonomischen Theorie scheint dem Motto zu folgen: *Wie es euch gefällt*. Das muß man nicht unbedingt dem Autor Ermisch anlasten, der die Daten nach allen Regeln der ökonomischen Kunst ausgewertet hat. Vielmehr ist die tiefere Ursache dafür die mangelnde Erklärungskraft einer auf psychologische Fundierung verzichtenden ökonomischen Verhaltenstheorie.

Literaturverzeichnis

- Adams, Bert W.* (1979): Mate selection in the United States: A Theoretical Summarization, in: Burr, Hill, Nye, Reiss (1979).
- Andorka, R.* (1978): Determinants of Fertility in advanced Societies. London.
- Becker, Gary S.* (1981): A Treatise on the Family. Cambridge: Harvard University Press.
- *Landes, E. M. and Michael, R. T.* (1977): An Economic Analysis of Marital Instability. „Journal of Political Economy“, 85, 1141 - 1189.
- Ben-Porath, Y.* (1975): First Generation Effects on Second Generation Fertility. „Demography“, 12/3, 397 - 406.
- Bolte, K. M., Kappe, D. und Schmid, J.* (1980): Bevölkerung. 4. völlig neu überarbeitete Auflage. Opladen.
- Burr, W., Hill, R., Nye, P.I., Reiss, I. L.* (1979): Contemporary Theories about the Family. Research-Based Theories, Vol. I. The Free Press.
- Cogswell, B. E. and Sussman, M. S.* (1979): Family and Fertility, in: Burr, Hill, Nye, Reiss (1979).
- Dinkel, R.* (1984): Die Auswirkung eines Geburten- und Bevölkerungsrückgangs auf Entwicklung und Ausgestaltung von gesetzlicher Alterssicherung und Familienlastenausgleich. Berlin.
- Ermisch, J. F.* (1980): Time Costs, Aspirations and the Effect of Economic Growth on German Fertility. „Oxford Bulletin of Economics and Statistics“, 42, 125 - 143.
- Easterlin, R. A.* (1973): Relative Economic Status and the American Fertility Swing, in: Sheldon, E. B. (1973).
- (1978): The Economics and Sociology of Fertility: A Synthesis, in: Tilly (1978).
- Freedman, D. S.* (1963): The Relation of Economic Status to Fertility. „The American Economic Review“, 53, 414 - 426.
- Freiden, A.* (1974): The U. S. Marriage Market, in: Schultz, T. W. (1974).
- Grossbard, A.* (1976): An Economic Analysis of Polygyny: The Case of Maiduguri. „Current Anthropology“, 17, 701 - 707.
- Lewis, R. A. and Spanier, G. B.* (1979): Theorizing about the Quality and Stability of Marriages, in: Burr, Hill, Nye, Reiss (1979).
- Meyer, W.* (1981): Bedürfnisse, Entscheidungen und ökonomische Erklärungen des Verhaltens, in: Wert- und Präferenzprobleme in den Sozialwissenschaften. Hrsg. von R. Tietz, Berlin.
- (1982): The research programme of economics and the relevance of psychology, in: Social Psychology and Economics. Ed. by Stroebe, W. and Meyer, W., The British Psychological Society.
- Mincer, J.* (1963): Market Prices, Opportunity Costs and Income Effects, in: Christ, C. et al. (Eds.), Measurement in Economics: Studies in Mathematical Economics and Econometrics in Memory of Yehuda Grunfeld. Stanford , S. 67 - 82.
- Opp, K. D.* (1983): Die Entstehung sozialer Normen. Tübingen.

- Rallings, E. M. and Nye, F. I. (1979): Wife-Mother Employment, Family and Society, in: Burr, Hill, Nye, Reiss (1979).*
- Schultz, T. P. (1981): Economics of Population. Addison-Wesley.*
- Schultz, T. W. (Ed.) (1974): Economics of the Family. The University of Chicago Press.*
- Senker, W. (1983): Demographische Lage und Bevölkerungspolitik in der CSSR. „Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft“, 9, 497-512.*
- Sheldon, E. B. (Ed.) (1973): Family Economic Behavior. Lippincott Company.*
- Strümpel, B., Morgan, J.H. and Zahn, E. (Eds.) (1972), Human Behavior in Economic Affairs. Essays in Honor of George Katona. Amsterdam.*
- Tilly, Ch. (Ed.) (1978): Historical Studies of Changing Fertility. Princeton University Press.*
- Vortmann, H. (1978): Geburtenzunahme in der DDR — Folge des „Babyjahrs“. „Vierteljahreshfte zur Wirtschaftsforschung“, Heft 3, 1978, 210-232.*
- Zimmermann, K. F. (1984): Die ökonomische Theorie der Familie. Universität Mannheim, Discussion-Paper No. 287-84.*

Diskussion zum Vortrag von W. Meyer

Was leistet die ökonomische Theorie der Familie?*

Die relative Erklärungsstärke und Vorhersagefähigkeit der ökonomischen Theorie der Familie wird in der Diskussion mehrfach berührt und unterstrichen. Beispielsweise könne die Theorie recht gut das Scheidungsverhalten sehr gut verheirateter Ehepartner erklären — es können eben noch bessere Alternativen erreichbar sein. Auch hinsichtlich der Qualität der Kindererziehung sei die Vorhersage der ökonomischen Theorie der Familie wahrscheinlich korrekt: Die Mitarbeit der Ehefrauen führt nicht zur relativen erzieherischen Vernachlässigung der Kinder, sondern die Qualität der Erziehung wird durch die Erwerbstätigkeit der Mütter steigen, da sie positiv mit dem Familieneinkommen korreliert ist. Als Test der Leistungsfähigkeit könnte in bezug auf das Heiratsverhalten eine rückläufige Heiratsquote in Deutschland nach Änderung des Scheidungsrechts mit seinen Risiken und eine Zunahme der Homogamie insbesondere für Ehepartner, die zum zweitenmal heiraten, angesehen werden. Die Ursache für die relative Leistungsfähigkeit der ökonomischen Theorie der Familie wird in einer besseren Methodik gesehen, die es gestattet, mehrere relevante Einflußgrößen in Beziehung zueinander zu bringen. Hierdurch sei es möglich, die in Einfachregressionen gelegentlich auftauchenden falschen Vorzeichen zufriedenstellend zu erklären.

* Protokoll der Sitzung des Sozialwissenschaftlichen Ausschusses der Gesellschaft für Wirtschaft- und Sozialwissenschaften am 13. 4. 84 in Oberursel.

The social psychology of interpersonal attraction and partner choice¹

By *Wolfgang Stroebe*, Tübingen

There is a striking discrepancy between the accounts given of the process of partner choice by social scientists and those of everyday experience. According to popular descriptions people meet, fall in love, and get married. Social scientists have always been reluctant to adopt this simple view. Looking at the social composition of actual marriages, they have been impressed by the prevalence of *homogamous choices*, that is, the *matching of marital partners* in terms of numerous demographic and sociological characteristics (e.g. age, socioeconomic background, education). They argued that a decision making process that resulted in such a predictable and sensible outcome could not be all that haphazard: the process of partner choice had to be governed by principles of rational decision making.

Thus, most sociological and psychological analyses of attraction and mate selection (e.g. *Berscheid & Walster*, 1969; *Burgess & Huston*, 1979; *Huesman & Levinger*, 1976; *Murstein*, 1970; *Winch*, 1958) have been formulated in terms of a sociopsychological model of rational choice, namely, the theory of social exchange (e.g. *Blau*, 1964; *Homans*, 1961; *Thibaut & Kelley*, 1959). Based on an analogy between economic transactions and other kinds of social interaction, exchange theory conceives of human groups as comparable to economic markets, though with more things exchanged than can be measured in terms of money (*Simpson*, 1970). The central assumption of exchange theory is that the „consequences or outcomes for an individual participant of any interaction or series of interactions can be stated ... in terms of the rewards received and the costs incurred, these values depending upon the behavioral items which the two persons produce in the course of their interaction“ (*Thibaut & Kelley*, 1959, p. 13). Costs and rewards do not refer to monetary but to psychological factors. Rewards are the pleasures, satisfactions, and gratifications a person enjoys. Costs are the physical or mental effort required for an action, or the embarrassment and the anxiety that may accompany it. Whether individuals enter into a relationship and remain in it will depend on the adequacy of the outcomes they receive from that relationship.

¹ This paper develops some ideas outlined earlier in Stroebe & Frey (1980) and Stroebe & Stroebe (1984). I am grateful to Kenneth Gergen, Mary Gergen, Chester Insko and Margaret Stroebe for their helpful comments on a previous version of this paper.

The claim that the process of partner choice can be described reasonably well in terms of a model of rational decision making does not preclude the possibility that we may feel affection for, be romantically attached to, or even infatuated by, and sexually dependent on our partners. Nor does the model assume that the considerations ascribed to the decision makers function on a conscious level.

Our discussion of the social psychology of interpersonal attraction and partner choice will be formulated in terms of exchange theory. According to this approach individuals are guided in their partner choice by their self-interest. From any collectivity of potential mates, they search for that individual who gives the greatest promise of providing them with optimal outcomes. Accepting these assumptions as a starting point, we will have to deal with the following three research problems: (1) the identification of characteristics which might be perceived as rewarding in a potential partner, (2) the theoretical explanation of the nature of these rewards, and (3) the analysis of the decision processes that lead up to the choice of a marital partner. We will begin with an analysis of the last problem, since it will allow us to develop a theoretical framework for the discussion of the determinants of mate selection.

1. Partner choice as a sequential decision making process

Two decades ago, *Alan Kerckhoff*, a sociologist, and *Keith Davis*, a social psychologist, jointly published a paper (*Kerckhoff & Davis, 1962*) which presented a „filter theory“ of mate selection that has since dominated the thinking in this area. According to this theory, the process of mate selection can be conceived of as a sequence of choice points, with different “filters” operating at each stage of the selection period. According to *Kerckhoff & Davis (1962)* *social homogamy* is the selection principle of the first filter, while *value consensus* and *need complementarity* are hypothesized to hold second and third positions. The basic assumption of this model is that in passing through these filters increasing numbers of individuals are eliminated until finally only the ideal “match” remains.

The assumption of a sequential decision making process is very compatible with recent developments in decision theory, especially the rejection of *maximization* in favour of *satisficing* strategies (*Simon, 1976*). According to the maximizing assumptions still implicit in most of modern economic theory, the decision maker is assumed to estimate the comparative value of *every viable alternative* in terms of expected benefits and costs. As *Simon (1976)* pointed out, such a strategy would require the decision maker to process so much information that impossible demands would be made on his mental resources (*Janis & Mann, 1977*). *Simon* suggested therefore, that decision makers *satisfice* rather maximize. Instead of searching for the best available alternative, they look for a course of action that is “good enough”, i. e. satisfies some minimal standards. This strategy involves a more superficial search for information. “All that the person has to do

is consider alternative courses of action sequentially until one that ‘will do’ is found” (*Janis & Mann, 1977; p. 25*).

While *Simon* saw limits of the human capacity to process information as the major reason for the rejection of maximization strategies, there are additional constraints in mate selection which force the actor to adopt a sequential process of decision making. *Firstly*, the information about a potential spouse candidate varies in accessibility. Whereas the socioeconomic background or the physical attractiveness of a person can be ascertained without interaction, information about psychological characteristics which determine compatibility can only be collected in the course of extended interaction. *Secondly*, when partners become more and more committed the relationship tends to change from one oriented towards purely socioemotional goals to one that has to cope increasingly with task demands. With this change in the basis of the relationship, aspects of the partners’ personality or ability which seemed irrelevant in the earlier stages of the relationship gain in importance.

The notion of sequences of filters, with each filter using different criteria to reduce the number of potential alternatives, is structurally similar to one satisficing strategy, the “elimination-by-aspects” model of *Tversky (1972)*. According to this approach, decision making is essentially a sequential narrowing down process, similar to the logic employed in the game of “Twenty Questions”. Starting with the most important requirement, all potential alternatives that do not contain the selected aspect are eliminated. The process continues for each requirement in turn, until a single alternative remains.

The filter model of *Kerckhoff & Davis (1962)* has been elaborated by *Duck (1973)*, *Levinger & Snoek (1972)*, *Lewis (1972)*, *Murstein (1970)*. However, rather than presenting these various models, we will use the notion of filtering factors as a heuristic framework and discuss determinants of attraction in terms of the filtering processes of *availability, desirability, compatibility* and *completion*.

2. The determinants of attraction and partner choice

2.1. Availability

People rarely marry strangers and although there is something like love at first sight, it usually takes some time to know a person well enough to consider matrimony. This restricts the sample of potential spouse candidates to individuals whom one meets in settings which allow informal interactions to develop, like neighbourhoods, schools, work, and social clubs. Thus, residential propinquity has been found to be a particularly important determinant of mate selection. *Bossard (1931)*, who examined the addresses on 5000 marriage licenses in which one or both applicants had lived in Philadelphia, found that one third had residences situated within five blocks of each other at the time of their

marriage. The percentage of marriages decreased steadily and markedly as the distances between the residences increased. Similar results were reported in a number of further studies (for a review see *Kerckhoff*, 1974).

This association of geographical distance and marriage frequency is presumably mediated by two variables (1) the probability of social contact and (2) the costs of maintaining a relationship. While the mediating role of social contact has been convincingly demonstrated in a classic study by *Festinger et al.* (1950), the operation of cost factors has been shown more recently by *Nahemow & Lawton* (1975). In line with our reasoning, these authors hypothesized that individuals will be the more willing to incur the cost in time and effort to maintain a relationship with a distant other, the greater the attractiveness of that other person. In support of this hypothesis, the authors who studied friendship patterns in a housing estate found an inverse relationship between similarity of friends and proximity of residence. Friendship between people of different ages and races was found almost exclusively among those who lived very close to one another.

As *Kerckhoff* (1974) suggested, any characteristics of the social system that segregates males and females into non-interacting subsegments of the population is likely to have the same effect as residential segregation. *Kerckhoff* (1974) described these distributional processes in terms of the following analogy: "...one can think of the total population of potential spouse candidates as a flow of persons who move through a network of social and spatial channels. The basic structure of that network is established by the residential distribution of families with adolescents and children. Beyond that, however, there are other factors influencing the flow" (p. 73). It has to be assumed, therefore, that the observed pattern of mate selection is not only a function of preferences but also of the geographical and social distribution of kinds of people in our society. In economic terms, these influences determine the individual's opportunity set, and thus belong to the constraints imposed on individual choice.

2.2 Desirability

There is a further restriction on choice that is responsible for homogamy with regard to culturally valued physical, psychological, or social characteristics. In our society most people would prefer a partner who is good looking, wealthy, or educated to one who is ugly, poor, or uneducated. If we assume that each marriageable individual is out to get the most desirable spouse possible, we would expect marital partners to be highly similar to each other on these variables. This similarity would be due to the competitiveness of the marriage market rather than a preference for homogamous choices.

Homogamy with regard to such culturally valued characteristics has been studied most intensely for physical attractiveness. Thus, *Murstein* (1972), who

had pictures of marital partners rated on physical attractiveness, found that the similarity in the degree of attractiveness of pictures of actually married couples was higher than of randomly paired pictures. *Stroebe & Stroebe* (1984) use the following example to illustrate the effect of market competition on this choice process: "A moderately good looking woman might be asked out by a number of men, some physically more attractive and some less. She is likely to prefer offers from the better looking males but she might find that these relationships typically end with the men leaving her for some other attractive woman. In such moments of distress, she is likely to accept offers of friendship from men who make up in adoration what they lack in good looks. Again, she might find that these affairs never last, this time because she is tempted away by some better looking male. This process of trial and error, which used to be called "dating", goes on until finally the "right" man comes along whom she is happy with ever after. He will be most attractive man she could get and she will be the most attractive woman he could get."

If we disregard, for the moment, a couple's relative standing on other valued dimensions, it would follow from our analysis that a relationship should be the more stable, the more similar the partners are with regard to physical attractiveness. Thus, married couples should be more similar than dating couples, and couples going steady should be more similar than short term dates. In support of this hypothesis, *Cavior & Boblett* (1972), who studied the similarity in physical attractiveness of dating and marital couples, reported a correlation of 0,19 for their dating but 0,73 for their marital couples. This difference in correlations is highly significant.

One objection to this analysis is that physical attractiveness is only one of many valued characteristics. Certainly a marital partner should be good looking, but he or she should also be intelligent, a nice person, well educated, from a good family, etc., etc. The problem is that individuals combining all these positive characteristics are hard to find and even harder to marry. Thus, one's marital choice is likely to involve some compromise. If one places extreme importance on physical attractiveness, one has to lower one's sight with regard to educational attainments or wealth of potential spouse candidates. Economists call this "substitution" and assume that individuals are always willing to give up some quantity of any good for some more of any other good. The maximum reduction of any good that a person is willing to incur to get one unit more of some other specified good can be expressed as a rate of substitution.

This analysis suggests that since discrepancies should compensate each other, the evidence for homogamy in the choice of marital partners would be even stronger if it were studied across the whole cluster of culturally valued characteristics rather than for any single dimension. It would also be interesting to study rates of substitution. There is evidence, for example, that women are more willing than men to substitute physical attractiveness for some other characteristics. Thus, a number of researchers (e. g. *Stroebe et al., 1971; Walster et*

4*

al., 1966) reported male choice of heterosexual partners to be much more affected by the physical attractiveness of the partner than were female choices. It is not quite clear which other characteristics are involved in this trade off. There is some evidence that in same sex friendships women are more affected than men by attitude similarity (Hill & Stull, 1981). With regard to choice of marital partners, the fact that traditionally a woman's social status is determined by the socioeconomic achievements of her husband would suggest that women are forced to some extent to substitute socioeconomic promise for good looks.

2.3 Compatibility

Once two individuals have begun to interact frequently and to consider (or at least not to rule out) a romantic relationship, the actual development of that relationship will depend on their psychological compatibility. Research on compatibility has mainly concentrated on two classes of variables: attitudes and personality traits.

2.3.1. Attitude similarity

The prediction that individuals will be attracted to others who hold similar attitudes can be derived from exchange theory (Thibaut & Kelley, 1959) as well as from social comparison theory (Festinger, 1954). It is obvious that a person who likes to go to concerts and hates movies should get along better (i.e. produce better outcomes) with a partner who holds the same attitudes than with somebody who loves movies and hates concerts at least, if they like to do things together. A less obvious reason, however, why attitude similarity leads to liking is that agreement with others acts as consensual validation (Festinger, 1954) increasing one's trust in the soundness of that particular attitude. Disagreement, on the other hand, is perceived as punishing, because it frustrates the individual need for cognitive clarity and lowers confidence in one's ability to interact effectively with one's environment.

Numerous studies of the similarity-attraction relationship (Byrne & Blalock, 1963; Kandel, 1978; Laumann, 1969; Levinger & Breedlove, 1966) are purely correlational. Although they typically demonstrate greater attitude similarity for friendship pairs or marital couples than would be expected for randomly paired individuals, these findings are ambiguous with regard to the direction of causality: it cannot be ruled out that attitude similarity is not a cause but a consequence of friendship formation or even that a third variable such as social class is responsible for both the attitude similarity and the formation of the relationship.

Field studies of same sex friendship pairs (Curry & Emerson, 1970); Griffit & Veitch, 1974; Levinger, 1972; Newcomb, 1961) remove the ambiguity about the temporal sequence of events by measuring attitude similarity before the first

meeting of their subjects. Thus, in the classic study by *Newcomb* (1961) students who were transferring to the University of Michigan filled out the Allport-Vernon Scale of Values before they moved to Michigan and into a student dormitory provided by the experimenter. Although *Newcomb* reported greater attraction the more similar these students were in terms of their values, the statistical analysis leading to these conclusions has been severely criticized by *Levinger & Breedlove* (1966). Furthermore, the replications of this study by *Curry & Emerson* (1970) and *Levinger* (1972) did not find evidence for the similarity-attraction relationship.

Results of a more recent field study (*Hill & Stull*, 1981) suggest a sex difference in the liking of similar others: only the female friendship pairs showed an effect of attitude similarity. Since previous field studies either used only male subjects (*Levinger*, 1972; *Newcomb*, 1961) or combined the data for both sexes (*Curry & Emerson*, 1970), a failure of male friendships to be affected by attitude similarity could have been responsible for the lack of reliable results in these studies. Unfortunately, there are two problems in interpreting the findings of the study by *Hill & Stull* (1981). First, the authors do not suggest a theoretical explanation to account for this sex difference and neither exchange theory nor social comparison theory offer any obvious interpretation. Second, since these studies have been concerned with same sex friendships, the question remains whether conclusions can be generalized to heterosexual romantic relationships. Using hypothetical situations, *Stroebe et al.*, (1971) found a comparable sex difference in the importance of attitude similarity with heterosexual pairs for liking but not for dating and marrying measures. This suggests that there may be no such sex difference in the importance of attitude similarity for romantic relationships.

Thus, conclusions about the effect of attitude similarity on attraction are less clearcut than we are led to believe by social psychology textbooks. The major reason for this discrepancy is that textbook authors typically base their accounts on experimental studies of the "simulated stranger" design (*Byrne*, 1969, 1971). Subjects in these experiments have to indicate their liking for another person (the "simulated stranger") on the basis of an attitude questionnaire, alleged to have been filled out by this "stranger". In fact, the questionnaire has been made up by the experimenter to show a given degree of similarity to the subject's attitudes measured at some earlier time. That such studies reliably show a strong effect of attitude similarity on attraction may be due to the fact that with this kind of manipulation the experimenter can make sure that the information about attitude similarity is really conveyed to the subject. Since participants in field studies have to learn about their partners' attitudes through incidental discussions, it is feasible that subjects never cover the topics for which attitude similarity has been established. Thus, the one field study that strongly supports the relationship is a study by *Griffitt & Veitch* (1974) conducted in a simulated air raid shelter. Since subjects in this study spent ten days in a room measuring 28 m², it is likely that they discussed their responses to the 44 items of the attitude

questionnaire, which had been administered to them at the outset of the study to measure attitude similarity. This would make the procedure of the study rather similar to the “simulated-stranger” design.

2.3.2 *Similarity or complementarity of personality?*

Research on the effect of partner personality on attraction has been guided by two apparently contradictory notions which can be paraphrased in terms of the time honoured sayings “like marries like” and “opposites attract”. While the notion that personality similarity leads to liking appeared to be so plausible to most authors that they saw no need for theoretical derivations. The hypothesis that opposites attract gained theoretical credence with the formulation of the theory of need complementarity by *Winch* (1958). Although developed before the publication of exchange theories by *Thibaut & Kelley* (1959) or *Homans* (1961), *Winch's* model can be easily integrated into such a framework. It is based on the following three assumptions: (1) Individuals seek partners who give the greatest promise of providing them with maximum need gratification. (2) Mutual need gratification can be achieved best if two partners are complementary in their needs. (3) Two needs are complementary if “A’s behavior in acting out A’s need X is gratifying to B’s need Y and B’s behavior in acting out B’s need Y is gratifying to A’s need X” (*Winch*, 1958, p. 93). Thus, need complementarity has the unique feature that it allows individuals to satisfy their partners’ need while satisfying their own at the same time. As both partners can produce behavior which is rather valuable to the partner at low cost to themselves, their relationship should result in better outcomes than that of partner whose need constellations are not complementary.

While this part of *Winch's* theory is completely compatible with the theoretical views espoused by this author, objections have to be raised against his operationalization of need complementarity. *Winch* distinguishes two types of need complementarity: with regard to the same need individuals are complementary (Type I) if, and only if, both partners differ in the strength of this need. For example, a strong need for dominance in one person would be complementary with a weak need for dominance in the partner. The greater the strength of a need in A, the weaker it should be in his partner B to achieve complementarity. Thus, a negative interspousal correlation is hypothesized. While this assumption may be reasonable for some needs, there are others where a positive correlation appears more plausible. For example, it does not seem plausible that a person with a strong sexual need should achieve maximum gratification with a partner of weak sexuality.

Similar objections can be raised against *Winch's* conceptualization of Type II Complementarity, which involves the gratification of different needs. Here *Winch* made an unsystematic selection of need constellations, some of which are rather plausible (e. g. nurturance — succurance) while others do not appear to be

very reasonable (e. g. autonomy — hostility). It is not surprising therefore, that of the more than two dozen studies conducted to test the need-complementarity hypotheses, only two (*Kerckhoff & Davis*, 1962; *Lipetz et al.*, 1970) found any support for need complementarity and the results of one of these studies (*Kerckhoff & Davis*, 1962; *Lipetz et al.*, 1970) found any support for need complementarity and the results of one of these studies (*Kerckhoff & Davis*, 1962) could not be replicated in a more recent investigation by *Levinger et al.* (1970).

Studies of the effect of personality similarity on attraction have fared only marginally better. While interpersonal correlations on measures of intelligence tend to be around 0,40 (*Johnson et al.*, 1980), tests of temperament traits rarely reach significant correlations (*Vandenberg*, 1972). From our theoretical perspective, the failure of these studies to yield consistent and interpretable results is hardly surprising. Depending on the trait dimension studied, we would expect positive, negative, or zero order correlations. Thus, any study of the effect of personality on interpersonal attraction will be successful only if, after an analysis of the demands of the marital situation, specific hypotheses are derived and tested for specific personality dimensions.

2.4 Completion

The welfare of any group depends on the fulfillment of two kinds of functions: the maintenance of social relationship among members (compatibility) and the performance of tasks for coping with the objective environment. However, groups can be regarded as varying on a continuum that ranges from a “complete concern with sociability” to a “complete concern with task performance” (*Steiner*, 1972) and, depending on their location on that dimension, satisfaction with interpersonal relations or with task achievement may become more important for group maintenance. Since most couples start out as socioemotional groups, and only later develop into task groups, it is likely that only after partners have proved compatible and started acting as a team, does complementarity in terms of ability traits become important. This type of complementarity has been called the “completion principle” by *Catell & Nesselroade* (1977), which these authors describe as follows: “Choice in marriage is directed also by a desire to possess characteristics (by sharing them in the possessed partner) which are felt by the individual to be necessary to his or her general life adjustment. For example, ... a person who is not managing his affairs too intelligently would obviously experience gains from a wiser partner. It is not part of the principle that it must occur consciously, but only that it is sought and conduces to marriage stability if achieved” (p. 351).

Since research on the performance of family tasks (e.g. *Levinger*, 1964) has consistently shown a high degree of task specialization, a complementarity in underlying abilities would seem plausible. However, closer inspection of these

different tasks (e. g. putting out trash, repairing things around the house, keeping in touch with relatives) makes it seem unlikely that this specialization is based on differences in ability. One further complication for the complementarity hypothesis could derive from a potential interference of complementarity in ability traits with compatibility. While it might be sufficient for task performance if one member of the family is intelligent and well educated while the other is, for example, handsome and practical, a high differential on these dimensions might create problems with interpersonal relations.

3. An evaluation of the filter model

In the previous section, while critically assessing the relevant research, we attempted to demonstrate that a number of alleged determinants of attraction have indeed been shown to affect the formation of relationship. We also ordered these determinants into a sequence of “filters” which seemed intuitively plausible. Starting with pre-interaction variables such as proximity or desirability, we moved to factors which should only be effective once an interaction between partners has taken place. So far we have not demonstrated the empirical validity of the assumed sequential nature of decision making in partner choice.

Interpreted strictly as an “elimination-by-aspects” model, the notion of filter factors implies that once the relationship has progressed beyond a certain choice point, a particular filter should not be used any longer in eliminating potential partners. Unfortunately, this assumption has not fared well in empirical studies. Rather, the limited evidence seems to suggest that individuals consciously reevaluate their relationships in terms of all relevant determinants of attraction. For example, the finding in the *Cavior & Boblett* (1972) study, that marital couples showed a greater similarity in physical attractiveness than dating couples contradicts the expectation derived from the filter model that physical attractiveness is a pre-interaction filter that determines who one dates, but that selection during dating is mainly conducted in terms of psychological compatibility. Similarly, in a study of the causes of breakups before marriage, *Hill et al.* (1976) found that the couples who broke up did not differ significantly from couples who stayed together on personality and attitude variables, while significant differences existed between the two groups in terms of sociological and demographic similarity. This led these authors to the following conclusions: “. . . if there is a sequence of filters in mate selection, it is different from the ones usually proposed. Whereas models like those of *Kerckhoff* and *Davis* (1962) and *Murstein* (1970) propose that couples are first filtered on social characteristics and stimulus factors and later on attitudes and values, our data suggest a more complex pattern. It appears that social and stimulus factors (including age, education, intelligence, and physical attractiveness) may continue to be important even after attitudinal and value filtering have occurred. Thus our data lend support to the operation of social and psychological filters in mate selection, but

lead us to question the value of simple fixed-sequence theories of filtering” (Hill et al., 1976, p. 154/155).

How can findings such as these be reconciled with the assumption of sequential choice points implied in the filter theory. I would argue that these hypotheses were based on two typical misconceptions about the process of mate selection. The first misconception is that all dating will eventually end in marriage, unless the partners experience fundamental psychological incompatibility beforehand. Dating is thus seen merely as a means to an end, and the end is marriage. This quaint notion was never really true and is even less so today. People often enjoy heterosexual relations for their own sake and dating partners are frequently chosen just as that — partners for a few dates. Thus, a dating relationship is very transient and does not imply a great deal of commitment. The finding that dating partners are less well matched for physical attractiveness than marital partners may therefore merely reflect the fact that less care is exercised in choosing a short term rather than a long term partner.

The second misconception about mate selection is that marital partners are chosen from a limited and stable “field of eligibles” (Winch, 1958). Although this may sometimes be the case, it is unlikely to be very typical. For most individuals the pool of potential spouse candidates is permanently fluctuating, with some individuals dropping out, and new one’s being added. While the individuals leaving the field are no problem for the filter model, the newcomers create some difficulties. Suppose a young man has been going steady with a woman of moderate good looks for some time. He is thus at the compatibility stage when he is introduced to a better looking woman who shows some interest in him. With further encouragement, he is likely to abandon his previous date and to start dating the new acquaintance. The reason why he broke up the old relationship was not incompatibility, but the fact that his new date was physically more attractive than the previous one. Since the dating and marriage market is competitive, this kind of temptation is more likely to arise if the former date was not an optimal match, i.e. if there was a discrepancy between partners in their physical attractiveness or in some sociological characteristics. This, however, is exactly the pattern of results reported by Hill et al. (1976).

Thibaut & Kelley (1959) made an important distinction between the satisfaction with and the dependence on a relationship. While the degree of *satisfaction* in a relationship is determined by one’s evaluation of the goodness of the outcomes from that relationship compared to outcomes experienced in similar interactions in the past, the *dependence* on that relationship is determined by the outcomes one could expect in alternative relationships. Thus, the dissolution of a relationship is not dependent on one’s satisfaction with a given partner, but on the quality of the outcomes one expects with potential alternative partners.

We would argue that the filter model offers a good description of the determinants of satisfaction but not of dependence. While satisfaction is initially

mainly affected by sociological and physical characteristics, psychological compatibility or the complementarity in ability traits may grow in importance with the development of the relationship. However, as soon as new attractive alternatives are added to one's opportunity set, pre-interaction variables again become important, since they are the only information available about the new alternative. But since the costs of leaving the established relationship (including the risk one takes with the new partner) have to be deducted from the expected alternative outcomes, the discrepancy between new and old must be sizeable before the wise man gives up his "bird in the hand" and leaves for "the bushes".

References

- Berscheid, E. & E. Walster*: Interpersonal Attraction. Reading Mass.: Addison-Wesley, 1969.
- Blau, P. M.*: Exchange and power in social life. New York: Wiley, 1964
- Bossard, J. H. S.*: Residential propinquity as a factor in mate selection, *American Journal of Sociology*, 1932, 38, 219-224.
- Burgess, R. L. & T. L. Huston* (Eds.): Social exchange in developing relationships. New York: Academic Press, 1979.
- Byrne, D.*: Attitude and attraction, in: Berkowitz, L. (Ed.), *Advances in experimental social psychology* (Vol. 4). New York: Academic Press, 1969
- The attraction paradigm. New York: Academic Press, 1971.
- & B. *Blalock*: Similarity and assumed similarity of attitude between husbands and wives. *Journal of Abnormal and Social Psychology*, 1963, 67, 636-640.
- Cattell, R. B. & J. R. Nesselroade*: Likeness and completeness theories examined by sixteen personality factor measures on stably and unstably married couples, *Journal of Personality and Social Psychology*, 1967, 4, 351-361.
- Cavior, N. & P. J. Boblett*: Physical attractiveness of dating versus married couples, *Proceedings of the 8th Annual Convention of the American Psychological Association*, 1972, 7, 175-176.
- Curry, T. J. & R. M. Emerson*: Balance theory: A theory of interpersonal attraction? *Sociometry*, 1970, 33, 216-238.
- Duck, S. W.*: Personality similarity and friendship choice: similarity of what, when? *Journal of Personality*, 1973, 41, 543-558.
- Festinger, L.*: A theory of social comparison processes. *Human Relations*, 1954, 7, 117-140.
- *S. Schachter & K. Back*: Social pressures in informal groups: A study of a housing project. New York: Harper, 1950.
- Griffitt, W. & R. Veitch*: Preacquaintance attitude similarity and attraction revisited: Ten days in a fall-out shelter. *Sociometry*, 1974, 37, 163-173.
- Hill, C. T. & D. E. Stull*: Sex differences in effects of social and value similarity in same-sex friendship, *Journal of Personality and Social Psychology*, 1981, 41, 488-502.

- Hill, C. T., Z. Rubin & L. A. Peplau: Brakeups before marriage: The end of a hundred and three affairs. *Social Issues*, 1976, 32, 147-162.
- Homans, C. G.: *Social behavior: Its elementary forms*. New York: Harcourt, Brace & World, 1961.
- Huesman, L. R. & G. Levinger: Incremental exchange theory: A formal model for progression in dyadic social interaction. In Berkowitz, L. & Walster, E. (Eds.), *Advances in experimental social psychology* (Vol. 9). New York: Academic Press, 1976.
- Janis, E. L. & L. Mann: *Decision-making*. New York: 1977.
- Johnson, R. C., F. M. Ahern & R. E. Cole: Secular change in degree of assortative mating for ability, *Behavioral Genetics*, 1980, 10, 1-8.
- Kandel, D. B.: Similarity in real-life adolescent friendship pairs, *Journal of Personality and Social Psychology*, 1978, 36, 306-312.
- Kerckhoff, A. C.: The social context of interpersonal attraction, in: Huston, T. L. (Ed.), *Foundations of interpersonal attraction*. New York: Academic Press, 1974.
- & K. E. Davis: Value consensus and need complementarity in mate selection. *American Sociological Review*, 1962, 27, 295-303.
- Laumann, E. D.: Friends of urban men, *Sociometry*, 1969, 32, 54-69.
- Levinger, G.: Note on need complementarity in marriage, *Psychological Bulletin*, 1964, 61, 153-157.
- Little sand box and big quarry: Comments on Byrne's paradigmatic spade for research on interpersonal attraction, *Representative Research in Social Psychology*, 1972, 3, 3-19.
- Levinger, G. & J. Breedlove: Interpersonal attraction and agreement: A study of marriage partners, *Journal of Personality and Social Psychology*, 1966, 3, 367-372
- Levinger, G. & K. J. Snoek: Attraktion in Beziehungen: Eine neue Perspektive in der Erforschung zwischenmenschlicher Anziehung, in: Mikula, G. & Stroebe, W. (Hrsg.): *Sympathie, Freundschaft, Ehe: Psychologische Grundlagen zwischenmenschlicher Beziehungen*. Bern: Huber, 1977.
- Levinger, G., D. J. Senn & B. W. Jorgensen: Progress toward permanence in courtship: A test of the Kerckhoff-Davis hypothesis. *Sociometry*, 1970, 33, 427-443.
- Lewis, R. A.: A developmental framework for the analysis of premarital dyadic formation. *Family Process*, 1972, 11, 17-48.
- Lipetz, M. E., I. H. Cohen, J. Dworin & L. S. Rogers: Need complementarity, marital stability, and marital satisfaction, in: J. K. Gergen & D. Marlowe (Hrsg.): *Personality and Social Behavior*. Reading, Mass.: Addison-Wesley, 1970, 201-21.
- Murstein, B. I.: Stimulus, value, role: a theory of marital choice, *Journal of Marriage and the Family*, 1970, 32, 465-481.
- Physical attractiveness and marital choice, *Journal of Personality and Social Psychology*: 1972, 22, 8-12.
- Nahemow, L. & M. P. Lawton: Similarity and propinquity in friendship formation, *Journal of Personality and Social Psychology*, 1975, 32, 205-213.

- Newcomb, T. M.*: The acquaintance process. New York: Holt, Rinehart & Winston, 1961.
- Simon, H. A.*: Administrative behavior. New York: 1947, 3rd Ed. 1976.
- Simpson, R. L.*: Theories of social exchange, General Learning Press, 1972.
- Steiner, I. D.*: Group process and productivity. New York: Academic Press, 1972.
- Stroebe, W. & B.S. Frey*: In defense of economic Man: Towards an integration of economics and psychology, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1980, 119-148.
- Stroebe, W. & M.S. Stroebe*: When love dies: An integration of attraction and bereavement research, in: H. Tajfel (Ed.), The social dimension: European developments in social psychology. Cambridge University Press, 1984
- Stroebe, W., C. A. Insko, V. D. Thompson & B. Layton*: The effects of physical attractiveness, attitude similarity, and sex on various aspects of interpersonal attraction, Journal of Personality and Social Psychology, 1971, 18, 79-91.
- Thibaut, J. & H. Kelley*: The social psychology of groups. New York: Wiley, 1959.
- Tversky, A.*: Elimination by aspects: a theory of choice, Psychological Review, 1972, 79, 281-299.
- Vandenberg, S. G.*: Assortative mating, or Who marries Whom? Behavioral Genetics, 1972, 2, 127-157.
- Walster, E., V. Aronson, D. Abrahams & L. Rottmann*: Importance of physical attractiveness in dating behavior, Journal of Personality and Social Psychology, 1966, 4, 508-516.
- Winch, R. F.*: Mate selection: A study of complementary needs. New York: Harper, 1958

Diskussion zum Referat von W. Stroebe

Zwischenmenschliche Anziehung und Partnerwahl: Eine sozialpsychologische Analyse*

Der Hauptpunkt der Diskussion betraf die Beziehung der vorgetragenen Filtertheorie der Partnerwahl zu G. Beckers „Theory of Marriage“. Ausgehend vom Vergleich der Verfügbarkeitschranke der Filtertheorie mit der durch die Such- und Informationskosten gegebenen Restriktion der Nutzenmaximierung in Beckers Modell wurde der Unterschied dahin gedeutet, daß Beckers cost-benefit-Analyse zwar anwendbar sei, jedoch zu unspezifisch zur Erklärung der Abläufe bei der Partnerwahl sei. Die sozialpsychologische Filtertheorie fülle hier insofern eine Lücke, als sie den bei Becker fehlenden Entscheidungsprozeß zu erklären versuche. Die Ansätze würden daher im Endergebnis kompatibel sein. Ergänzend wird auf die Analogie von W. Stroebe's Filterprozeß, der nicht linear durchlaufen werden muß, wie zustimmend bemerkt wurde, mit dem Operations-Research-Problem des „optimal stopping“ aufmerksam gemacht, in dem gleichfalls Rückkoppelungen, Informationsgewinnungs- und Kontrollphasen auftreten. Eine Verknüpfung der Verfügbarkeitschranke mit dem Lebensalter sei anzustreben, da nach empirischen Beobachtungen die Wahlchancen ab dem 25. Lebensjahr fallen. Ferner könnten bei einer Wiederholung der Suche nach einem Partner, z.B. für eine zweite Ehe, aufgrund eines Lernprozesses die Kriterien der Partnersuche verändert sein hinsichtlich der Reihenfolge, der Bewertung etc. Die Frage nach der Fortsetzung oder Reduzierung der Partnersuche, nachdem eine Entscheidung getroffen wurde, also die Frage nach der Ehemoral, leitete bereits zum Thema des folgenden Referats über. Es wurde auf die verhaltensbestimmende Wirkung der „Kosten“ einer Trennung, die in erheblichem Maße nicht allein pekuniär seien, wie Untersuchungen über die Folgen von Verwitwungen gezeigt hätten, hingewiesen.

* Protokoll der Sitzung des Sozialwissenschaftlichen Ausschusses der Gesellschaft für Wirtschaft- und Sozialwissenschaften am 13. 4. 84 in Oberursel.

Familienökonomik – Einige nicht-neoklassische Aspekte*

Von *Ulrich Witt*, Mannheim

1. Einleitung

Der Erklärungsbereich der Familienökonomik ist klar abgegrenzt. Es geht um die ökonomischen Handlungsformen und ihre Koordination in der im wesentlichen durch die biologische Verwandtschaftsbeziehung definierten Familiengruppe.¹ So klar die Abgrenzung, so verschiedenartig und vielschichtig sind jedoch die Probleme, auf die man in diesem sich wie ein sozioökonomischer Mikrokosmos darbietenden Bereich trifft. So werden Thesen diskutiert, die die geschlechtsspezifische, intrafamiliäre Arbeitsteilung betreffen, die Eheform (mono- vs. polygam) und den Familientypus (Groß- vs. Kleinfamilie), Fertilitätstrends in Volkswirtschaften unterschiedlichen Entwicklungsstands und Teilnahme der Frauen am Erwerbsleben, Kinderwunsch und „-qualität“, Partnerwahl und Scheidung usw. Kann es für alle diese verschiedenen Probleme eine einheitliche, einfache Theorie geben?

Die neoklassische Familienökonomik (für einen breiten Überblick *Schultz* 1974, *Becker* 1981) scheint das nahezulegen. Das einfache Erklärungsmuster soll sich aus der Betrachtung der Opportunitätskosten der beteiligten Individuen ergeben, genauer aus dem wohlbekannten, neoklassischen Verhaltensmodell, das — neben der Erweiterung um den Aspekt der haushaltsinternen Produktion — einfach nur verallgemeinert wird. Wie in der ursprünglichen Version wird von der Wahl der am höchsten bewerteten Alternative unter vorgegebenen Beschränkungen ausgegangen, doch sollen sich Alternativen, Beschränkungen und Präferenzen nicht mehr nur auf materielle Güter beziehen. Das in dieser Weise verallgemeinerte einfache Modell kommt nicht nur in der Familienökonomik zum Zuge. Alle Bereiche menschlichen Handelns werden in letzter Zeit zum

* Für Anregungen und Kritik bin ich *W. Güth* und *K. F. Zimmermann* zu Dank verpflichtet.

¹ Um diese Gruppe näher zu bestimmen, können je nach Fragestellung zusätzliche Kriterien herangezogen werden wie räumliche Gemeinschaft, z. B. in einem Haushalt, oder ein bestimmter Mindestverwandtschaftsgrad. Gesellschaften mit hoch entwickelten Rechtssystemen, die das Adoptionsrecht kennen, haben die Familienbeziehung zwar durch eine mögliche Kooptation nicht notwendig leiblich Verwandter erweitert. Der Regelfall bleibt aber auch hier die leibliche Abstammung zur Bestimmung von Familienbanden.

Anwendungsgebiet gemacht — vom Sexualverhalten (*McKenzie* und *Tullock* 1975, 49-73) bis zum Selbstmord (*Hamermesh* und *Soss* 1974) von der Ökonomik der Kriminalität (z.B. bei *Becker* 1976, 39-85) bis zu der des Kirchgangs (*Azzi* und *Ehrenberg* 1975).

Die Ausdehnung einer so einfachen Theorie auf so verschiedenartige Dinge erscheint allerdings verdächtig — wie sich unten zeigen wird, kein unberechtigter Eindruck. Unter Ökonomen ist ein so allgemein erhobener Geltungsanspruch denn auch nicht unumstritten (siehe *Stigler* 1984). Auch die Familienökonomik *Beckerscher* Prägung wird (außerhalb Chicagos) mit eher verhaltenem Ton gewürdigt (z.B. *Ben-Porath* 1982, *Hannan* 1982). Aber in der Entwicklung einer Alternative zum neoklassischen Ansatz gibt es Schwierigkeiten. In der Theorie existieren eine ganze Reihe interessanter *Einzelansätze*, etwa über den Zusammenhang zwischen demographischer Entwicklung und ökonomischem Wachstum (z.B. in *Simon* 1977), zwischen ehelicher Fruchtbarkeit, sozialen Normen und individuellem Lebensgefühl (*Easterlin, Pollak* und *Wachter* 1980), oder zwischen Fertilitätsrückgang im Rahmen des sog. demographischen Übergangs und verschiedenen (sozial-) psychologischen Faktoren (*Leibenstein* 1975) — ganz zu schweigen von der großen Zahl mehr oder weniger theoretisch fundierter empirischer Untersuchungen auf signifikante statistische Zusammenhänge zwischen den Zeitreihen verschiedenster familienökonomisch relevanter Variablen.² Es fehlt jedoch an Vorstellungen darüber, wie ein *allgemeiner*, alternativer Ansatz aussehen könnte, der einen einheitlichen Zugang zum heterogenen Erklärungsbereich der Familienökonomik eröffnet. Allein mit der Kritik des neoklassischen Modells ist es deshalb nicht getan. Was könnte die Grundlage für die gewünschte theoretische Alternative abgeben?

Wegen der letztlich biologisch definierten Familiengruppe bietet es sich an, Vergleiche mit einer anderen umfassenden, aber ebenfalls relativ einfachen Theorie verwandtschaftsbezogenen Verhaltens anzustellen: der Soziobiologie. Damit soll nicht etwa die Soziobiologie zur theoretischen Alternative stilisiert werden. Aus Gründen, die unten darzulegen sind, werden im Gegenteil dem Versuch, soziobiologische Einsichten direkt auf menschliches (Familien-) Verhalten zu übertragen, wenig Chancen eingeräumt. Aber gerade diese Argumente machen auf Grundlagen menschlichen Verhaltens aufmerksam, die im neoklassischen Modell nicht oder nur sehr unzulänglich repräsentiert sind. Eine theoretische Aufarbeitung dieser Grundlagen könnte den Boden für einen allgemeinen Alternativansatz bereiten. Die Auseinandersetzung mit der Soziobiologie übernimmt im folgenden also quasi eine Katalysatorfunktion. Sie führt

² Für einen Überblick mit ausführlicher Diskussion dieser Untersuchungen siehe *Zimmermann* (1985). Eine Übersicht über eine Vielzahl heterodoxer Erklärungsversuche für das Fertilitätsverhalten ist in *Leibenstein* (1974) enthalten. Für eine Gegenüberstellung der neoklassischen Familienökonomik und konkurrierender soziologischer Hypothesen über familienbezogenes Verhalten siehe auch den Beitrag von *Meyer* (1987) in diesem Band.

zu der Frage, wo die Orientierung des autonomen individuellen, menschlichen Willens herkommt und welche Rolle dabei neben der biologischen Erbschaft die sog. „kulturelle Erbschaft“ spielt. In ökonomischen Termen läuft dies hauptsächlich auf die Frage hinaus, wie die für das individuelle Verhalten entscheidenden Präferenzen entstehen und unter dem Einfluß welcher Faktoren sie sich im Zeitablauf weiterentwickeln.

Die nachfolgenden Überlegungen sind wie folgt gegliedert: Die Abschnitte 2-6 beschäftigen sich zunächst mit der soziobiologischen Argumentation. Die Betrachtung konzentriert sich auf jene Problemstellungen bei der Erklärung tierischen Verhaltens, die denen der Familienökonomik ähneln — Arbeitsteilung zwischen Eltern, mono- vs. polygames Verhalten, Fertilität und demographische Entwicklung. Unzweifelhaft besitzt der Mensch eine biologische, genetisch bestimmte Ausstattung, die auch für sein Verhalten relevant ist. Die Frage, ob man deshalb die Ratio der soziobiologischen Argumentation übertragen kann, um auch das familienbezogene Verhalten des Menschen zu erklären, wird in Abschnitt 8 diskutiert, nachdem zuvor in Abschnitt 7 kurz die korrespondierenden Beiträge der neoklassischen Familienökonomik gesichtet worden sind. Abschnitt 9 schließt das Papier mit einem kurzen Ausblick auf eine mögliche theoretische Alternative in der Familienökonomik ab, die sich auf natürliche Weise aus der Auseinandersetzung mit der Soziobiologie ergibt.

2. Evolution und Soziobiologie

Versteht man unter „Familie“ allgemein den temporären Zusammenschluß von Individuen mit der Fähigkeit, potentiell Nachwuchs hervorzubringen und großzuziehen, den evtl. Nachwuchs eingeschlossen, dann läßt sich eine interessante Parallele ziehen. Fast alle Phänomene, für die die Familienökonomik im Bereich der menschlichen Familiengruppe eine Erklärung sucht, finden sich in mehr oder weniger abgewandelter Form auch im Tierreich: Arbeitsteilung zwischen Paarungspartnern in den Vorbereitungen für und der Aufzucht von Nachwuchs, mono- oder polygame Paarungsbeziehungen, Fertilität und Regulierung des Populationszuwachses, usw. Betrachten wir zunächst, wie das allgemeine Erklärungsmuster aussieht, das die Soziobiologie für diesen Bereich anbietet.

Die Basis ist hier die *Darwinsche* Theorie der natürlichen Auslese, die sich in groben Zügen wie folgt skizzieren läßt.³ Die Eigenschaften der Individuen (Phänotypen) in einer raum-zeitlich bestimmten Population einer Spezies z. B. ihre Flügellänge, die Feinheit des Geruchssinns oder die Färbung des Pelzes sind erblich, d. h. durch das genetische Programm (Genotypus), das die Individuen

³ Ausführliche Darstellungen dieser Evolutionstheorie finden sich in jeder Einführung in der Biologie und sind teilweise auch in die Texte zur Soziobiologie aufgenommen, z. B. bei *Wilson* (1975, 63-105).

tragen, festgelegt. Entsprechend den individuellen Unterschieden in diesen Eigenschaften weist der Genbestand in der Population eine Häufigkeitsverteilung über die verschiedenen Genausprägungen auf. Die individuellen Unterschiede können die Individuen unter den Bedingungen der ihnen vorgegebenen Umwelt zu unterschiedlichen Überlebens- und Fortpflanzungserfolg befähigen. Dabei ist zu beachten, daß die Umgebungsbedingungen auch von den individuellen Eigenschaften der artgleichen Konkurrenten um Nahrung, Revier und Paarungspartner abhängen.

Da der Fortpflanzungserfolg darüber entscheidet, welche Gene in welchem Umfang zur Reproduktion gelangen, ist der Genbestand in der nächsten Generation der Population ebenso wie die Zusammensetzung individueller Eigenschaften davon abhängig, wie gut die Angepaßtheit (genetische Eignung, „fitness“) der jeweiligen Varianten in der vorangegangenen Generation war. Individuen, die sich auf Grund ererbter Fähigkeiten in der Umgebung besonders gut fortpflanzen und den Nachwuchs großziehen können, breiten ihre genetische Ausstattung entsprechend den Vererbungsgesetzen in stärkerem Maße aus als Individuen, die mit ihren ererbten Eigenschaften weniger Erfolg haben. Über eine Abfolge von Generationen paßt sich der Genbestand in einer Population und mit ihm die Zusammensetzung der individuellen Eigenschaften z.B. hinsichtlich Flügellänge, Geruchssinn, Pelzfärbung etc. in dieser Weise an die herrschenden Umgebungsbedingungen an. Sind diese Bedingungen stationär und wird der Genbestand in der Population schließlich nicht mehr durch weitere Selektionsvorgänge verändert, spricht man davon, daß ein evolutorisches Gleichgewicht für die Population erreicht ist. Da die genetische Anpassung an der relativen Eignung der individuellen Eigenschaften ansetzt, kann man den Ablauf auch als iterativen Optimierungsprozeß auffassen. Er mündet im evolutorischen Gleichgewicht in eine optimale Adaption oder Eignung.⁴

Neben starken Veränderungen in der Umwelt einer Population, die einen erneuten und/oder veränderten Anpassungsprozeß erzwingen können, gibt es auch Quellen endogener genetischer Variabilität, die die Anpassung in Gang halten oder neu anstoßen können. Dies sind hauptsächlich Mutationen, d. h. die zufälligen Veränderungen der Genstruktur bei der Reproduktion, die zu abgewandelten über- oder unterlegenen Varianten (Phänotypen) führen können. Weiter kann die Zuwanderung genetisch andersartiger Individuen in die Population — der sog. Genfluß — den Genbestand und damit die Basis der Selektionsvorgänge verändern.

Diese wohlbekannte Grundstruktur des biologischen Evolutionsmodells wird in der Soziobiologie nun, zurückgehend auf *Hamilton* (1964), auf das Sozialver-

⁴ Da jeder Anpassungsprozeß von einer vorgefundenen genetischen Ausstattung startet und aus dieser die am besten angepaßten Eigenschaften selektiert, ist das evtl. erreichte Optimum relativ zur Anfangsausstattung zu sehen, d. h. die „adaptive Landschaft“ (*Wilson* 1975, 21-27) weist theoretisch mehrere lokale Optima auf.

halten von Tieren ausgedehnt unter der Voraussetzung, daß dieses ebenfalls genetisch fixiert ist. D.h. ebenso wie etwa Flügellänge, Geruchssinn oder Pelzfärbung unterschiedlich gut an die Umgebungsbedingungen angepaßt sein und zum Fortpflanzungserfolg befähigen können, soll dies auch für unterschiedliche individuelle Ausprägungen des sozialen Verhaltens gelten.⁵ Das in einer Population beobachtbare Sozialverhalten wird entsprechend mit seiner genetischen Eignung in der gegebenen Umwelt erklärt. An den folgenden Beispielen läßt sich die Ratio der Argumentation leicht verdeutlichen.

3. Arbeitsteilung zwischen Eltern und das Konzept der evolutionsstabilen Strategie

Im eigenen Nachwuchs wird (bei geschlechtlicher Fortpflanzung) im Mittel die Hälfte der eigenen Gene eines Individuums weitergegeben. Zumeist müssen für das Überleben der Nachkommen vor der Geburt Aufwendungen z. B. durch Reviernahme und/oder Nestbau getroffen werden, ebenso nach der Geburt z. B. in Form von Futter, Schutz, Pflege etc. Genetisch fixiertes Verhalten, das diese Leistung vernachlässigt, kann zwar mehr Zeit und Kraft für das Werben neuer Paarungspartner erübrigen, aber es hat wegen der geringen Überlebenschancen des Nachwuchses, auf den diese Gene übergehen, unter Umständen auch einen Selektionsnachteil, zumindest wenn es bei beiden Eltern vorliegt. Möglich ist natürlich auch, daß Paarungspartner *X* sich vorzeitig von der Aufzuchtleistung zurückzieht und damit Paarungspartner *Y* zwingt, die Aufzucht alleine zu vollenden, um nicht auch den Untergang seiner, *Y*'s, Gene zu riskieren. Welche Form der Brutpflege bzw. Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern wird in der Evolution resultieren?

Um diese Frage zu beantworten, kann man ein Konzept heranziehen, das aus einer speziellen Anwendung der Spieltheorie hervorgegangen ist: das Konzept der evolutionsstabilen Strategie (ESS). Es wird in der Soziobiologie neuerdings zunehmend eingesetzt, um den Gleichgewichtszustand einer Population bei interdependenter Anpassung, d. h. häufigkeitsabhängiger Selektion zu charakterisieren (siehe v. a. *Maynard Smith* 1982 und die dort angegebene Literatur). Die statische Konstruktion — in der Evolutionsbiologie sonst eher die Ausnahme — kommt der in der Ökonomik verbreiteten Methodik entgegen. Eine rigorose Entfaltung des Konzepts besitzt beträchtliche Feinheiten. Der Leser sei dazu auf

⁵ Das *Darwinsche* Konzept der individuellen Eignung muß dabei erweitert werden in das der sog. Gesamteignung, da verwandte Individuen einen Anteil Gene gemeinsam haben und für deren Ausbreitung das Zusammenwirken der Verwandten ausschlaggebend sein kann. Dieser Umstand ist der Schlüssel, um genetisch programmierte Kooperation und „Altruismus“, wie Soziobiologen ihn verstehen, zu erklären. Das aus der ökonomischen Perspektive nicht uninteressante Altruismusproblem bleibt hier ausgeklammert, siehe dazu *Witt* (1985).

Selten (1983) verwiesen. Der Grundgedanke läßt sich jedoch am einfachen Beispiel der gerade aufgeworfenen Frage skizzieren.

Angenommen, der Beitrag einer bestimmten Verhaltensweise — hier der Beteiligung (B) bzw. Nichtbeteiligung (N) an der Brutpflege — zur genetischen Eignung eines Individuums einer bestimmten Spezies läßt sich durch einen Erwartungswert für die Zahl der Nachkommen je Brutperiode ausdrücken. Im gegebenen Beispiel ist der Erwartungswert vom Verhalten des Partners abhängig. Sei x die mittlere Zahl der nach einer Paarung zur Welt gebrachten Jungtiere, eine vom Brutverhalten unabhängige Konstante. Die Überlebenswahrscheinlichkeit der Neugeborenen ist, p_2 , p_1 bzw. p_0 , je nachdem, ob beide Eltern, ein bzw. gar kein Elternteil die Brutpflege übernehmen. Verläßt ein Elternteil die Brut, so sei seine Wahrscheinlichkeit für eine anderweitige Paarung mit Nachwuchs in derselben Periode mit q_m bzw. q_f für das männliche bzw. weibliche Tier notiert. Die Nachkommenserwartung in Abhängigkeit vom eigenen und vom Partnerverhalten ergibt sich unter diesen Voraussetzungen wie in Abbildung 1.

		weiblich	
		B	N
männlich	B	$p_2 x$	$p_1 x \cdot (1 + q_f)$
	N	$p_1 x$	$p_0 x \cdot (1 + q_f)$
		$p_2 x$	$p_1 x$
		$p_1 x \cdot (1 + q_m)$	$p_0 x \cdot (1 + q_m)$

Abb. 1: Genetische Eignung des Brutpflegeverhaltens in Abhängigkeit von den Verhaltenstypen (obere rechte Ecke: Weibchen; untere linke Ecke: Männchen).

Abbildung 1 läßt sich auch als Auszahlungsmatrix eines einfachen, nichtsymmetrischen Bimatrix-Spiels auffassen. Eine bestimmte Verhaltensweise, z. B. B oder N oder eine solche, die mit einer bestimmten Häufigkeit zwischen B und N abwechselt, kann entsprechend als reine bzw. gemischte Strategie des Spiels in Abbildung 1 interpretiert werden. Entscheidend dabei ist, daß die jeweilige Verhaltensweise nicht diskretionär gewählt, sondern als genetisch fixiert angesehen wird. Eine ESS ist dann jene Strategie (ererbte Verhaltensweise), die, allgemein verbreitet in einer Population, auf Grund ihrer überlegenen Eignung

das Eindringen einer Strategie-Mutante in die Population unter den Bedingungen der natürlichen Auslese ausschließt.⁶ Im Falle der Abbildung 1 gibt es eine ganze Reihe möglicher ESS und es hängt ausschließlich von den Größenrelationen zwischen p_2 , p_1 , p_0 , q_m und q_f ab, welche die relevante ist: (i) die reine Strategie B für beide Partner oder (ii) N für beide oder (iii) die reine Strategien B für das Weibchen einerseits und N für das Männchen andererseits oder (iv) umgekehrt oder (v) die gemischte Strategie, die beide B mit Häufigkeit h^* und N mit Häufigkeit $1-h^*$ wählen läßt.⁷ D.h. die natürliche Auslese kann hier dazu führen, daß beide Elternteile Brutpflegen oder keiner von beiden oder nur einer, während der andere sich davon macht. Die maßgeblichen Parameterwerte sind letztlich durch physiologische Voraussetzungen und die geschlechtliche Fortpflanzungstechnik festgelegt. Konkrete Erklärungen der in der Evolution erreichten Arbeitsteilung machen daher eine genauere Betrachtung dieser Bedingungen erforderlich.⁸

Bei im Wasser lebenden Fisch- und Froscharten z. B. legen die Weibchen ihre Eier zuerst im Wasser ab. Anschließend werden diese von den Männchen besamt, häufig ohne daß das Weibchen noch präsent ist. Letzteres „wählt“ also

⁶ Wird mit I die ESS und J die Strategie-Mutante bezeichnet, dann ist die Bedingung erfüllt, wenn entweder $E(I,I) > E(J,I)$ oder $E(I,I) = E(J,I)$ aber $E(I,I) > E(J,J)$ wobei, $E(i,j)$ die genetische Eignung eines Individuums mit Verhaltensweise i angibt, das auf ein Individuum mit Verhaltensweise j trifft, $i = I, J, j = I, J$ siehe *Maynard Smith* (1982, 10-20) und zum diskutierten Beispiel ebenda 123-130. Zur Vereinfachung ist hier angenommen, daß die Verhaltensweise jeweils nur an die Nachkommen des eigenen Geschlechts (unabhängig vom Typ des anderen Elternteils) vererbt wird, die relevante asymmetrische Strategie also lautet: „wenn weiblich, dann Verhalten der Mutter, wenn männlich, dann Verhalten des Vaters“.

⁷ Die Strategien (i) – (v) sind schon im einfachen Fall $q_m = q_f = q$ ESS für verschiedene Überlebenswahrscheinlichkeitsverhältnisse: wenn $p_2/p_1 > 1 + q$ und $p_1/p_0 > 1 + q$ ist (i) die einzige ESS; kehren sich beide Ungleichheitszeichen um, ist es (ii); wenn $p_2/p_1 > 1 + q > p_1/p_0$ sind (i) und (ii) mögliche ESS, wenn $p_2/p_1 < 1 + q < p_1/p_0$ (iii) und (iv). Für die letzten beiden Fälle existiert darüber hinaus eine gemischte Strategie mit

$$h^*(B) = \frac{p_0(1+q) - p_1}{p_2 - p_1 + (1+q)(p_0 - p_1)}, \quad h^*(N) = 1 - h^*(B),$$

die eine ESS ist (dabei ist in diesem Fall anstelle der Auszahlungen $p_1 \cdot x \cdot (1+a)$ bzw. $p_0 \cdot x \cdot (1+q)$ gesetzt worden: $(p_1+z)x$ bzw. $(p_0+z)x$ mit $z = q((1-h)p_0 + hp_1)$). In analoger Weise läßt sich für den allgemeineren Fall $q_m \neq q_f$ argumentieren. Fall (iv) liegt dann für Abb. 1 etwa vor, wenn $(1+q_f) > p_2/p_1 > (1+q_m)$ und $(1+q_f) > p_1/p_0 > (1+q_m)$.

⁸ Siehe dazu *Trivers* (1972), *Wilson* (1975, 324-330), *Dawkins* (1978, 151-178), *Wickler* und *Seibt* (1977, 204-221), *Barash* (1980, 171-196). Bereits die Existenz zweier Geschlechter bei allen höheren Tierarten ist de facto ein Zeichen von Arbeitsteilung. Sie verzehrt allerdings wegen des Paarungsaufwands erheblich mehr Energie und Zeit und ist zudem anfälliger für Störungen. In der Evolution konnte sich die geschlechtliche Differenzierung daher nur wegen der sehr viel größeren genetischen Variabilität durchsetzen, die sie hervorzubringen in der Lage ist. In stark veränderlichen Umgebungen erhöht diese die Anpassungs-, d.h. Überlebensfähigkeit; siehe dazu z. B. *Wilson* (1975, 315-324).

in diesen Fällen Strategie N und für das Männchen bleibt keine bessere Antwort als B falls $p_1/p_0 > 1 + q_m$, d. h. falls die Chance anderweitiger Gelegebesamung den erwarteten Eignungsverlust bei Verlassen der Brut nicht kompensiert. Hier kann also häufig weiblich N und männlich B als *ESS* erwartet werden. Tatsächlich ist die Zahl der Fälle, in denen das Männchen die ausschließliche Brutpflege übernimmt auffallend hoch (fast $2/3$ bei den Brutpflege treibenden, systematischen Fischfamilien). Bei landlebenden Tieren muß die Befruchtung dagegen im weiblichen Körper erfolgen. Die Brutpflege übernimmt bis zur Eiablage bzw. Geburt automatisch ausschließlich das Weibchen. Auf Grund analoger Überlegungen kann man erwarten, daß danach Brutpflege evtl. gemeinschaftlich aber kaum allein durch das Männchen erfolgt. Tatsächlich entspricht dies der Beobachtung.⁹

In allen Fällen, in denen die Nahrungsbedingungen oder die Bedrohung durch Freßfeinde eine gemeinsame Brutpflege erforderlich machen, um Nachkommen großzuziehen, hat ein genetisch bedingtes kooperatives Aufzuchtverhalten zwischen den Geschlechtern einen Selektionsvorteil (B männlich und weiblich ist eine *ESS*). Unter einigen besonderen Voraussetzungen hinsichtlich Nahrungsbeschaffung und Kleinkindfürsorge könnte sich hier eine Form der (genetisch angelegten) zwischengeschlechtlichen Arbeitsteilung als evolutionsbegünstigt erwiesen haben, die man in menschlichen Gesellschaften überwiegend beobachten kann (siehe z. B. *Boserup* 1970, 15-35). So spekuliert *van der Berghe* (1980), daß vor einigen Millionen Jahren die frühen Hominiden bei ihrem Übergang zu einer gemischten Ernährung, die auch das Erlegen oder den Raub (Aasverwertung) von erlegten Säugetieren einschloß, zu einer kooperativen Nahrungssuche gezwungen wurden. Dies erforderte nicht nur den Zusammenschluß größerer Gruppen von Jägern, sondern auch das Ausschwärmen über weitere Distanzen. Schwangere und stillende Frauen — bei der damaligen Lebenserwartung die Mehrzahl der erwachsenen Frauen — sowie Kinder konnten daran nicht partizipieren. Eine genetisch bedingte Neigung zur Jagd (und später Kriegführung gegen konkurrierende Hominiden-Gruppen) bei den Männern und zur Kinderpflege und zum Sammeln nicht oder wenig beweglicher Nahrungsteile bei den Frauen könnte so evtl. selektionsbegünstigt gewesen sein.

4. Mono- vs. polygame Beziehungen

Im Tierreich sind alle Formen von Paarungssystemen: Monogamie, Polygamie (Vielweiberei), Polyandrie (Vielmännerei), Promiskuität (i. S. der Abwesen-

⁹ Bei den Weibchen ist unter diesen Bedingungen jedoch ein Verhalten evolutionsbegünstigt, das Paarungsbereitschaft davon abhängig macht, daß die Männchen erhebliche Vorleistungen für die Aufzucht erbringen z. B. durch Bereitstellung eines Reviers (d. h. eines gesicherten Nahrungsaufkommens), eines Nestes oder durch ein Auffüttern des Weibchens, siehe dazu den nächsten Abschnitt.

heit stabiler Paarbeziehungen) anzutreffen. In jedem Fall scheinen die spezifischen Unterschiede in den Lebensbedingungen der einzelnen Arten jeweils anderen Paarungsformen einen Selektionsvorteil zu verleihen. Die näheren Begründungen knüpfen an die Überlegungen im vorigen Abschnitt an (siehe *Wilson* 1975, 326-331, *Wickler* und *Seibt* 1977, 320-333, *Barash* 1980, 159-170). Wiederum geht es um die Frage, ob die eigenen Gene besser in einer exklusiven Beziehung mit einem Paarungspartner in einer Fortpflanzungsperiode weitergegeben werden können oder nicht. Denn das jeweils praktizierte Verhalten ist ja genetisch festgelegt und wird sich daher um so besser ausbreiten können, je mehr überlebenden Nachwuchs es gibt.

Bedarf der Nachwuchs zunächst eines so hohen Fütterungsaufwands, daß der Ausfall eines der Paarungspartner die Überlebenschancen zumindest einiger Jungtiere mindern würde, dann ist ein intensives Bemühen beider Elternteile, d. h. eine monogame Beziehung offenbar adaptiv begünstigt. Dies ist etwa bei der überwiegenden Mehrzahl der Vögel der Fall. Auch hier könnte allerdings das Männchen theoretisch den Eignungsverlust bei Verlassen des Weibchens nach der Begattung dadurch überkompensieren, daß es sich mit weiteren Weibchen paart. Ein solches, „treuloses“, männliches Verhalten würde dem Weibchen die ganze Last der Aufzucht aufbürden und doch eine verminderte Ausbreitung dessen eigener Gene bedeuten (denn es kann ja den zu erwartenden Nachwuchsverlust nicht kompensieren). Jedes Verhalten des Weibchens, das seinen Paarungspartner an Treulosigkeit hindert, wird also Selektionsvorteile haben. Eine Möglichkeit dazu ist, dem Männchen, wie schon erwähnt, vor einer Paarung Vorleistungen abzuverlangen. Hierzu kann auch ein hoher Werbungsaufwand zählen, der die Chancen des (treulosen) Männchens, anderweitig noch einen Paarungspartner zu finden, deutlich herabsetzt.

Allerdings können aus einem hohen, hinsichtlich der Fortpflanzung selbst unproduktiven Werbungsaufwand auch Nachteile für beide Paarungspartner erwachsen: Zeugung und Aufzucht des Nachwuchses verzögern sich und geraten u. U. in eine ungünstige Jahreszeit. Träfe ein bereitwilliges, auf große Umwerbung verzichtendes Weibchen auf ein treues Männchen, könnten beide deshalb früher mit der Aufzucht beginnen und daraus Vorteile ziehen. Je mehr bereitwillige Weibchen in der Population existieren, um so größer würde jedoch auch der Selektionsvorteil für eine treulose Männchen-Mutante. Eine starke Ausbreitung einer solchen Mutante würde andererseits wieder zurückhaltende Weibchentypen begünstigen. Dieses Beispiel verdeutlicht widerstrebende Selektionstendenzen in einer Population, wobei der jeweilige Selektionsvorteil eines Typus von der Häufigkeit der übrigen Typen in der Population abhängig ist. Im allgemeinen resultieren hier zyklische Evolutionsverläufe (siehe *Maynard Smith* 1982, 199-202), die nur zufällig einen Gleichgewichtszustand erreichen.

Bei Säugetieren ist Monogamie die Ausnahme. Es herrschen Polygynie und Promiskuität vor. Bedingt durch die Ausstattung der weiblichen Tiere mit

Milchdrüsen entfällt die Mitwirkungsmöglichkeit der Männchen in der Nahrungsversorgung des Nachwuchses weitgehend. Ihr Beitrag erschöpft sich in einer Schutzfunktion und der Sicherung eines Reviers, das den Nahrungsbedarf des Weibchens und der größeren Jungtiere deckt. Diese Leistungen sind jedoch nicht notwendig an eine exklusive Paarbeziehung gebunden. Die Ausbreitungsmöglichkeit der männlichen Gene wächst mit der Zahl der in einer Fortpflanzungsperiode befruchteten Weibchen. Eine evolutionsbedingte Tendenz zur Polygynie ist bei männlichen Säugern also einleuchtend. Allerdings bedeutet Polygynie bei annähernd ausgeglichener Häufigkeit der Geschlechter in der Population, daß einige der Männchen von der Nachwuchszeugung ausgeschlossen bleiben müssen. D. h. Polygynie erhöht den Wettbewerb um die Weibchen, es spaltet die männliche Population in Kämpfen um Revier und Harem in mehr und weniger durchsetzungsfähige.

Aus der Perspektive des Weibchens betrachtet stellt sich die Frage, sich einem Harem anzuschließen, also ein Männchen mit dessen übrigen Weibchen zu teilen, oder sich an einen „Junggesellen“ zu binden, sofern dieser wenigstens ein Revier vorweisen kann. Da die männliche Mitwirkung in der Nachwuchspflege nebenrangig ist, dürfte die Entscheidung für den Harem dann begünstigt sein, wenn er in einem soviel besseren (z. B. sichereren) Revier angesiedelt ist, daß die geringere Anteilnahme des Männchens je weiblichem Partner dadurch überkompensiert wird. Darüber hinaus kann sich in dem Harembesitz eines Männchens auch eine überlegene Eignung ausdrücken, so daß ein Weibchen, das sich mit einem solchen Männchen paart, in seinem Nachwuchs genetisch an dieser höheren Eignung partizipiert.¹⁰

Promiskuität (Beziehung zu wechselnden Partnern) bedeutet, daß dem Männchen die Kontrolle darüber entzogen ist, ob der neugeborene Nachwuchs seine eigenen Gene oder die von anderen männlichen Tieren repräsentiert. Eine genetisch fixierte Neigung, Aufzuchtaufwand für genetisch fremden Nachwuchs zu betreiben, der auf Kosten eigenen Nachwuchses geht, ist freilich nicht selektionsbegünstigt. Auf Dauer wird sich in der Evolution daher bei Promiskuität kein über die Befruchtung hinausgehendes Engagement der Väter für die Kinder durchsetzen können. Wo die Anpassung dennoch durch Hilfe bei der Aufzucht erhöht wird, muß diese durch andere Individuen erbracht werden, die

¹⁰ Für eine ähnliche Erklärung der Polyandrie siehe *Barash* (1980, 163-164). Wie weit im Harem die Interessengegensätze zwischen den Geschlechtern gehen können, zeigt das Beispiel der Harem-Übernahme bei den Serengeti-Löwen (*Wickler* und *Seibt* 1977, 85-94). Eindringende Männchen, die einen Harem erobern, zeigen Feindseligkeit gegenüber allen Neugeborenen (die die Gene des Vorgängers tragen), bis hin zum Tötungsversuch. Da Weibchen, die ein Neugeborenes verlieren, schneller wieder brünstig werden, ist dieses männliche Verhalten evolutionsbegünstigt — es erlaubt schnellere und damit mehr Nachkommenschaft. Die Weibchen dagegen verteidigen ihre Neugeborenen, denn für sie sind sie einige von relativ wenigen Nachkommen, in denen die eigenen Gene weitergegeben werden können. Ihr Verlust kann im Prinzip auch durch eine schnellere Hervorbringung von Nachwuchs mit dem neuen Haremsinhaber nicht kompensiert werden.

mit dem Nachwuchs genetisch verwandt sind, mit wem immer er gezeugt wurde. Dies sind v. a. die Geschwister der Mutter, die im Mittel 1/4 der Gene mit dem Nachwuchs gemeinsam haben oder die übrigen Kinder der Mutter (Geschwister haben untereinander die Hälfte der Gene gemeinsam). Für beides finden sich Beispiele (siehe *Wickler und Seibt 1977*, 218-221). Auch matrilineare Verwandtschaftssysteme in menschlichen Gesellschaften, in denen der Bruder der Mutter einen Teil der sonst Vätern vorbehaltenen Rolle übernimmt, sind mit dieser Argumentation in Verbindung gebracht worden (*Alexander 1974, Kurland 1979*).

5. Fertilität und demographische Entwicklung

Die soziobiologischen Beiträge zum Zusammenhang zwischen Fertilität und demographischer Entwicklung (siehe *Wilson 1975*, 274-276; *Dawkins 1978*, 117-131) beschäftigen sich vor allem mit der Frage, wie sich die Regulierung des Populationsumfangs entsprechend den Möglichkeiten erklären läßt, die das Nahrungsangebot der Umgebung bietet. Offenbar wird dies durch ganz verschiedene Mechanismen erreicht. Betrachten wir zunächst die Situation von Arten, in denen einzelne Männchen Reviere bevölkern. Im Lebensgebiet (Habitat) dieser Arten ist die Anzahl der den Bedarf eines Männchens bzw. einer Familie deckenden Reviere stets beschränkt und die Qualität — Nahrungsaufkommen, Schutz vor Freßfeinden usw. — unterschiedlich. Die Population wächst im allgemeinen bis alle Reviere in der Reihenfolge der Besitzergreifung vergeben sind. Von diesem Moment an sind Reviere eine knappe, umkämpfte Ressource. (Aber auch vorher kann es schon zu Kämpfen um den Besitz besserer Reviere zwischen den Männchen kommen.) Revierbesitzer haben in solchen Kämpfen i. d. R. einen Vorteil (*Wickler und Seibt 1977*, 292-295). Im einfachsten Fall verteilen sich die Weibchen über die vorhandenen Reviere (mit denen die Männchen sie geworben haben) und paaren sich mit den Männchen. Wie wird nun der dem vorhandenen Revierbestand angemessene Bevölkerungsumfang eingehalten?

Im Prinzip gibt es zwei Regulative, die den Populationsumfang beeinflussen: Zu- und Abwanderung von Individuen und Geburten und Todesfälle. Variiert die Zahl der Geburten *nicht* systematisch invers mit dem bereits erreichten Populationsumfang, muß ein Überschuß des tatsächlichen über den ansiedelbaren Bevölkerungsbestand in jeder Generation durch Abwanderung ausgeglichen werden. Genau diese ergibt sich als Nebeneffekt des Revierallokationsmechanismus: Gelingt es den herangewachsenen Jungtieren nicht, ein frei gewordenes Revier zu ergattern oder sich eines zu erkämpfen, werden sie in die Randgebiete abgedrängt. Wegen des mangelnden Nahrungsaufkommens dort verhungert ein großer Teil. Zur Fortpflanzung gelangt keiner der Abgedrängten. Auch wenn diese Art der Populationsregulierung selbst nicht im Erbgut der Art programmiert ist, reproduziert sie sich doch stets als Ergebnis der Einzelselektion, die alle

Tiere, die nicht zur Revierverteidigung bzw. -eroberung geeignet sind, von der Fortpflanzung ausschließt.¹¹ Ein ähnlicher Mechanismus läßt sich in Tiersozietäten beobachten, die sich wegen Kooperationsanforderungen beispielsweise bei der Jagd oder zum Schutz des Nachwuchses bilden (z. B. Rudel oder Horden).¹²

Ein ganz anderer Mechanismus liegt dagegen bei einer endokrin gesteuerten Verminderung der Fruchtbarkeit der Weibchen vor. Dieses Phänomen läßt sich z. B. bei Arten, die in Kolonien siedeln, häufig feststellen. Hier handelt es sich offenbar um ein genetisch fixiertes populationsregulierendes, individuelles Verhalten. Bei Übervölkerungs-, „Streß“ reagieren die Weibchen in manchen Fällen mit einem Ausbleiben der Brunst. (Aus bisher noch nicht geklärten Gründen können dabei auch Rangunterschiede eine Rolle spielen, da das Ausbleiben der Brunst um so häufiger beobachtet wurde, je niedriger der Status des Weibchens). In anderen Fällen, z. B. in Brutkolonien (in denen keine Statusunterschiede zwischen Weibchen ausgebildet werden) reagieren sie oft auch mit einer Senkung des durchschnittlichen Gelegeumfangs. Die genetisch fixierte hormonale Steuerung ist vermutlich selektionsbegünstigt: Weibchen, die bei Überbevölkerung nicht mit einer Verringerung des Geleges reagieren, sind erhöhten Belastungen dadurch ausgesetzt, daß sie trotz der Nahrungsverknappung eine unverändert große Menge von Nahrung für ihre Brut beschaffen müssen, wenn alle Nachkommen eine Überlebenschance haben sollen. Da dies im allgemeinen kaum realisierbar ist, wird selbst bei erhöhtem Aufwand nur ein Teil der Brut großgezogen werden können. Unter Umständen bedeutet das weniger Nachwuchs als bei einer Selbstbeschränkung von Anfang an. Jedenfalls reduziert ein stark ansteigender Brutpflegeaufwand im Mittel die Häufigkeit der Empfänglichkeit und damit die Nachkommenserwartung.

¹¹ Man kann sich fragen, warum Männchen, die kein Revier erworben haben, nicht immer weiter kämpfen, sondern sich relativ schnell abdrängen lassen. *Dawkins* (1978, 127) versucht dies damit zu begründen, daß solcher kräfteverzehrender Kampf sich nicht auszahlt, da im Wege des Nachrückens für verstorbene Revierinhaber auch später noch eine Chance besteht, zu einem Revier zu gelangen: „If the odds of an outcast's succeeding to a territory in this way are greater than the odds of his gaining one by fighting, then it may pay him, as a selfish individual, to wait in the hop that somebody will die, rather than squander what little energy he has in futile fighting.“

¹² Auch hier wird der Zugang zu knappen Ressourcen ausgekämpft, nunmehr jedoch im Wege einer Statusverteilung. Die zwangsläufige Folge ist wiederum die Populationsregulierung. Durch interne Kämpfe wird sowohl zwischen den Männchen (sofern mehrere vorhanden sind) als auch zwischen den Weibchen eine Rangordnung festgelegt. Diese Rangordnung regelt u. a. den Zugang zur Nahrung, z. B. der erlegten Jagdbeute, aber auch den Zugang zu Weibchen, wenn diese brünstig sind. Wird die Gruppe relativ zum Nahrungsangebot ihrer Umgebung zu groß, kommt es zu einem Abdrängungseffekt. Wer davon betroffen wird, richtet sich nach der zuvor ausgekämpften Rangordnung. Rangniedrige Individuen werden bei Verknappung von Beutetieren vom Riß verdrängt und tendieren dazu, die Gruppe zu verlassen. Für einige Beispiele siehe *Wickler und Seibt* (1977, 340-344).

6. Die Ratio der soziobiologischen Argumentation — eine Zwischenbilanz

Wenn es um die Erklärung familienbezogenen Verhaltens geht, dann folgt die Biologie, die für manche Ökonomen paradigmatischen Charakter hat (siehe *Hirshleifer 1977*), einer einfachen Logik: dem Prinzip der natürlichen Auslese. Jedes Verhalten ist hier, von einigen fakultativ gelernten Komponenten bei höheren Tierarten abgesehen, im genetischen Programm festgelegt, das ein jedes Individuum erbt. Innerhalb der Art weist das Verhalten die übliche genetische Varianz auf, einschließlich gelegentlich auftretender Mutationen. Ausschlaggebend für die im Laufe der Generation erfolgende Verhaltensanpassungen in der Art sind die Beiträge der jeweiligen Verhaltensausrüstungen zum relativen Fortpflanzungserfolg ihrer Träger. Genauer betrachtet funktioniert der ganze Mechanismus also wie eine Konkurrenz leicht verschiedener, genetischer Programme, die unterschiedlich an ihre Umgebung angepaßt sind. Die Möglichkeit für die Gene mehr oder weniger erfolgreich zu überleben und weitergegeben zu werden — nicht das individuelle Lebensinteresse des Trägers der Gene — entscheidet über den Pfad der Anpassung.¹³ Das Schlagwort von den „eigennütigen Genen“ (*Dawkins 1978*) und der „Herrschaft der Gene“ hat einen wahren Kern.

Darüber hinaus hat das der langfristigen Verhaltensvolution zugrundeliegende Prinzip, auch wenn es nur ein Implikat der generativen Reproduktionstechnik der Natur ist und als solches einer Intentionalität entbehrt, einen ökonomischen Charakter. Das begünstigte, in seiner Ausbreitung geförderte, familienbezogene Verhalten richtet sich nach den Opportunitätskosten der Gene. Oder anders ausgedrückt: die Selektion „wählt“ unter den durch die Umgebung festgelegten Beschränkungen stets die Variante mit dem größten Überlebens- und Ausbreitungswert für die Gene. Die implizite These über die „Präferenzordnung“, die dieser Auswahl zugrunde liegt, ist sehr einfach und leicht empirisch zu überprüfen.

Der Mensch ist selbst aus dieser Evolution hervorgegangen und in seiner Stammesgeschichte hat es sicherlich ähnliche Einflüsse auf die Entwicklung seines Verhaltens gegeben. Heißt das, daß das familienbezogene Verhalten des Menschen, seine intrafamiliäre Arbeitsteilung, die gewählte Eheform, Kinderwunsch und Fertilität nach demselben Prinzip zu erklären sind wie in den vorangegangenen Abschnitten — daß man also die Einsichten der Soziobiologie auf das menschliche Verhalten in diesem Bereich übertragen kann? Falls dies zu verneinen ist, was sind dann die Gründe dafür, daß der Mensch als einziges Lebewesen von den skizzierten Prinzipien der Verhaltensbestimmung abweicht?

¹³ Das kann eine so extreme Form annehmen wie bei einigen Insekten, wo es zur Herausbildung flügelloser Männchen kommt, offenbar weil diese von den jeweiligen Weibchen nach der Kopulation besser gefressen werden können und damit die Aussichten des Weibchens, den Nachwuchs heranzuziehen, verbessern (*Thornhill 1976*).

Welche Prinzipien der Verhaltenswahl haben sich an deren Stelle etabliert? Wir wollen die Diskussion dieser Fragen zunächst vertagen und erst einmal kurz sichten, was die Familienökonomik effektiv zu den in den vorigen Abschnitten diskutierten Problemen beiträgt, soweit es das Verhalten des Menschen angeht.

7. Der Zusammenhang zur Familienökonomik

Schon ein flüchtiger Überblick über den Stand der Familienökonomik (*Schultz 1974, Becker 1982, Zimmermann 1985*) macht eines deutlich: Von einer funktionalen oder kausalen Erklärung, einer Begründung immer wieder beobachteter Regelmäßigkeiten im familienbezogenen Verhalten wie sie auf der Basis des Prinzips der natürlichen Auslese von der Soziobiologie angeboten wird, kann hier nicht die Rede sein. Beckers Überlegungen zur intrafamiliären, geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung z.B. sollen zeigen, daß ökonomisches Verhalten die Konsequenzen *biologischer* Differenzen verstärken, unter Umständen aber auch eliminieren kann (*Becker 1981, 14-37*). Die Basis bilden bei ihm Hypothesen, die aus seiner Humankapitaltheorie stammen. Sie behaupten, daß die Akkumulation unterschiedlichen Handlungswissens bei Eheleuten im Laufe einer ehelichen Arbeitsteilung zu unterschiedlicher Effizienz in den jeweiligen Tätigkeiten führt, selbst wenn zu Anfang identische Fähigkeiten vorliegen. Die Effizienzunterschiede begründen komperative Vorteile, die ihrerseits Anlaß zu weiterer Spezialisierung auf die jeweilige Tätigkeit sind. Diese Spezialisierung äußert sich unter vollständigen Konkurrenzbedingungen auch in Entlohnungsunterschieden, wenn einer der Ehepartner sein Tätigkeitsfeld wechselt. Werden Frauen etwa nach vorheriger Hausfrauenarbeit berufstätig, so sollte ihre Entlohnung (sofern sie sich nach ihrer Grenzproduktivität richtet) wegen des von verheirateten Männern in der Arbeitsteilung gewonnenen Effizienzvorsprungs deutlich unter der Entlohnung jener Männer liegen.

Dieselbe Argumentation gilt natürlich auch, wenn sich die Eheleute umgekehrt spezialisieren. *Warum* aber in den industrialisierten Ländern Männer eher die Erfahrung in marktorientierten Tätigkeiten sammeln und Frauen eher in haushaltsorientierten, das erklärt *Beckers* Theorie nicht. Die Begründung dieses letztlich für die empirische Beobachtung ausschlaggebenden Phänomens wird aus einer Übertragung soziobiologischer Argumente (*Wilson, Barash* u.a. werden zitiert) gewonnen. Auch die Ausführungen zur Eheform, zum Thema Mono- vs. Polygamie (*Becker 1981, 38-65*), lesen sich wie eine Paraphrase auf die soziobiologischen Thesen über diese Problematik. Der offenbar empirisch sehr bedeutsame Zusammenhang zwischen wirtschaftlich-produktionstechnischen Bedingungen und Eheform (siehe z.B. *Boserup 1970, 37-51*), der aus der ökonomischen Perspektive besondere Beachtung verdient, findet demgegenüber viel zu wenig Aufmerksamkeit. Einige neue Aspekte ergeben sich dort, wo ökonomische Auswirkungen diskutiert werden: Unter Bedingungen eines „effizienten Heiratsmarktes“ haben die jeweiligen Eheformen Einfluß auf den

Preis (das zurechenbare Einkommen), daß die Eheleute erzielen. Entsprechend lassen sich redistributive Effekte ableiten für den Fall, daß durch gesetzliche Regelungen (z. B. Verbot der Vielweiberei) in einen solchen Markt eingegriffen wird. Gerade in diesen Punkten ist der Nutzen der theoretischen Verfeinerung allerdings zweifelhaft. Im Gegensatz zu vielen anderen Kulturen gibt es in den hochzivilisierten abendländischen Gesellschaften mit ihrer Betonung der Individualität — der mannigfaltigen Informationsprobleme wegen — auch nicht annäherungsweise einen effizienten Heiratsmarkt.

Lediglich in der Untersuchung von Fertilität und demographischer Entwicklung (bei *Becker* 1981 auf den Seiten 93-112) zeichnet sich eine unabhängige Erklärung ab und sie steht teilweise im Widerspruch zu der der Soziobiologie. Schon das einfachste Nutzenmaximierungsmodell zeigt das.¹⁴ Betrachtet man Kinder als langlebige (Konsum-)Güter unter anderen und unterstellt man die üblichen Eigenschaften der individuellen Präferenzordnung über diese, die zu stetigen, (strikt quasi-)konkaven Nutzenfunktionen führen, dann resultieren die üblichen Vorzeichen von Einkommens- und Substitutionseffekt. D.h. mit zunehmenden Opportunitätskosten sinkt — außer im Giffen-Fall — die Kinderzahl. Mit zunehmendem Einkommen steigt sie — es sei denn, Kinder sind inferiore „Güter“. Nun sind aber abnehmende Nachwuchszahlen bei einer relativen Abnahme des Preises anderer Konsumgüter, also ein erhöhtes Wohlbefinden eines „Phänotypus“ auf Kosten seiner Fortpflanzung etwas, das ganz sicher der natürlichen Auslese zum Opfer fiele, wenn es nach den Regeln der Soziobiologie ginge. Eine individuelle Präferenzordnung, die ein solches Verhalten hervorbringt, ist mit den impliziten „Präferenzen“ der Gene unvereinbar. Die Frage wäre also, wie eine solche individuelle Präferenz sich entgegen den Selektionskräften durchsetzen kann.¹⁵

Der vorausgesagte (positive) Einkommenseffekt ist dagegen mit den soziobiologischen Thesen kompatibel. Er läßt sich jedoch in den letzten 150 Jahren, in denen die Menschheit die drastischen Einkommenszuwächse ihrer Geschichte erlebt hat, nicht eindeutig empirisch bestätigen. Tatsächlich stößt man hier auf das historische Faktum, daß die wissenschaftlich-technische Revolution in diesem Zeitraum die „Nische“ der menschlichen Art vergrößert hat und gerade in den fortgeschrittensten Gesellschaften deren relative Fruchtbarkeit doch — einem säkularen Trend folgend (siehe *Wander* 1979) — zurückgeht. Dies ist eine

¹⁴ Seine stärkste Voraussetzung, die auch in ausgefeilteren Modellen häufig wieder zu finden ist, siehe etwa die Beiträge in *Schultz* (1974), ist die statische Konstruktion. Es wird eine einmalige, für die gesamte Lebenszeit geltende Entscheidung unter vollständiger Information durch die Eheleute unterstellt. Eine Kritik der Annahmen findet sich bei *Turchi* (1975); siehe auch Fußnoten 17 unten

¹⁵ Dasselbe gilt für die inverse Beziehung zwischen Wert der Zeit der Frau — ihren Opportunitätskosten beim Kinderaufziehen gewöhnlich ausgedrückt in den potentiell zu erzielenden Lohnsätzen — und der Kinderzahl. Diese Beziehung folgt aus der Erweiterung des allgemeinen neoklassischen Optimierungsmodells um den Aspekt der haushaltsinternen Produktion.

einzigartige Reaktion an der sich spätestens die Frage entzünden muß, was die Soziobiologie zur Erklärung menschlichen Verhaltens leistet.

Die im prognostizierten Substitutionseffekt deutlich werdende Problematik der menschlichen Präferenzbildung und -autonomie wird von *Becker* nicht erkannt — kaum verwunderlich, wo er eine Begründung der individuellen Präferenzen, eine Theorie darüber wie sie zustandekommen und sich verändern, ja sogar explizit abgelehnt (*Stigler* und *Becker* 1977). Das empirische Ausbleiben des Einkommenseffektes heischt aber auch bei ihm eine Erklärung. Wiederum wegen der einmal eingenommenen Haltung bezüglich der Präferenzproblematik, wird die Möglichkeit eines Präferenzwandels nicht erwogen, obwohl sie sich ganz natürlich anbietet und in den übrigen Sozialwissenschaften viele Bemühungen in dieser Richtung laufen (siehe *Wiswede* 1981) — eine verpaßte Chance interdisziplinärer Zusammenarbeit. Statt dessen wird eine neue Variable, die Kinder-„qualität“, eingeführt, um aus dem so erweiterten Modell den historisch beobachteten Rückgang der Nachfrage nach Kindern resultieren lassen zu können. Mit zunehmenden Wohlstand — so der einfache Hintergedanke — substituieren die Leute Kinderquantität gegen -qualität.

So wie Qualität ausgedrückt wird, nämlich als Ausgabenbetrag für jedes Kind (*Becker* 1981, 95) ergibt sich diese „Substitution“ jedoch schon rein definitorisch: sie folgt wenn das Einkommen wächst, die durchschnittliche Kinderzahl — aus welchen Gründen auch immer — sinkt und der Anteil der Kinderausgaben am Familienbudget nicht überproportional zurückgeht. Eine solche Erweiterung grenzt hart an eine Tautologie. Sie *erklärt* nicht die Abnahme der Fertilitätsrate. Die Gründe, die de facto bei *Becker* den Rückgang plausibel machen müssen, sind schon lange bekannt und erscheinen hier nicht in einem neuen Licht. Z. B. wird die These vom abnehmenden Nutzen von Kindern als Arbeitskraft beim Übergang von agrarischen zu urbanen Siedlungsformen angeführt.¹⁶ Dies ist eine plausible Hypothese, aber als Basis einer *allgemeinen* Theorie ist sie sicherlich nicht geeignet.

Es fällt schwer zu bestimmen, was das umfangreiche theoretische Modell der neoklassischen Familienökonomik nun effektiv aussagt. Die Theorien der individuellen Nutzenmaximierung und der haushaltsinternen Produktionstechnik, die in dem Modell verarbeitet werden, sind so allgemein gehalten, daß das Optimum, das man ableiten kann, jeweils mit einer Vielzahl verschiedener beobachteter Verhaltensweisen kompatibel gemacht werden kann. Um konkrete, empirisch gehaltvolle Hypothesen (die etwas für unvereinbar mit dem Modell erklären), ableiten zu können, müßten detaillierte Informationen über die tatsächlichen Präferenzen, Produktionsvorstellungen und das Entscheidungsverhalten verarbeitet sein. Einfache Überlegungen zeigen aber schon, daß keine

¹⁶ *Becker* (1981, 96-97). Diese These wird gelegentlich auch als Abnahme des Nutzens von Kindern als Investitionsgut bzw. Versicherungsfaktor ausgedrückt, siehe *Leibenstein* (1974), *Roppel* (1979); vgl. auch *Meyer* (1987) in diesem Band.

der Modellvoraussetzungen mit den tatsächlich herrschenden Bedingungen in Einklang zu bringen ist.¹⁷ Dieses Dilemma läßt sich im Rahmen des neoklassischen Verhaltensmodells wohl kaum überwinden. Kann eine Auseinandersetzung mit der Frage, ob die Soziobiologie nun auf menschliches Verhalten übertragbar ist eventuell dabei helfen, einen andersartigen theoretischen Ansatz in der Familienökonomik zu entwickeln?

8. Was kann man für die familienökonomische Debatte lernen?

Wenden wir uns nun zunächst der Frage zu, inwieweit die Einsichten in das Sozialverhalten von Tieren, die durch die Soziobiologie gewonnen werden, auch auf das familienbezogene Verhalten des Menschen anwendbar sind. Es besteht kaum ein Zweifel, daß sich die Entwicklung der menschlichen Rasse in der Vergangenheit nach denselben Prinzipien biologischer Evolution vollzogen hat, wie sie in Abschnitt 2 kurz skizziert wurden. Aus diesem Grunde ist ein Großteil des menschlichen Verhaltensrepertoires genetisch festgelegt, v. a. die unbewußten Teile. Und es ist auch anzunehmen, daß der Selektionsdruck in den frühen Phasen der menschlichen Stammesgeschichte ausreichte, um eine genetische Fixierung sozialer, z. B. familienbezogener Verhaltensweisen durchzusetzen. Die Entwicklung der menschlichen Intelligenz ist allerdings ein einzigartiger Vorgang. Vor allem wohl durch die Zunahme des menschlichen Gehirnvolumens und die Herausbildung einer für eine differenzierte Phonetik geeigneten Stimmtraktanatomie (siehe *Wilson* 1975, 547-559) ist hier eine eigene, *kulturelle* Entwicklung ermöglicht worden. Sie ist gekennzeichnet durch die Akkumulation, symbolische Aufzeichnung und Weitergabe von individueller Erfahrung, ferner durch eine kreative, problemlösende Denkfähigkeit. Beides hat den Menschen in eine Lage gebracht, die ihm wie keiner anderen Spezies die Kontrolle und Manipulation seiner Umgebung ermöglicht.

Diese Entwicklung bedeutet eine drastische Verminderung des Selektionsdrucks auf höhere, v. a. die kognitiv kontrollierten Verhaltensformen. Zwar würde eine menschliche Mutante, die nicht in der Lage ist reflexartig den Rumpf einzuknicken, wenn sie nach hinten fällt, stark verminderte Fortpflanzungsmöglichkeiten haben und daher nach wie vor verdrängt. Aber die Bereitschaft katholischer Geistlicher, das Zölibat effektiv zu praktizieren, ist auch nach mehr

¹⁷ Zwar werden Restriktionen in den Handlungsmöglichkeiten durch die Individuen wahrgenommen, aber weder in der Vollständigkeit noch der Unveränderlichkeit wie unterstellt; tatsächliches Entscheiden in so komplexen Fragen wie etwa der Familienplanung ist myopisch und rollierend; Präferenzen wandeln sich — nach allem was man weiß — häufig und systematisch, ohne daß dies offenbar antizipiert wird; als Konsequenz ergeben sich zeitliche Inkonsistenzen im individuellen Verhalten. Versuche, diesen Bedingungen theoretisch Rechnung tragen, führen zu einem verhaltenswissenschaftlichen Handlungsmodell, das die neoklassische Konstruktion unter stark idealisierenden Annahmen als Spezialfall enthält, siehe *Witt* (1987, Kap. III).

als 1000 Jahren noch nicht der Selektion zum Opfer gefallen — hat also offensichtlich andere als genetische Reproduktionsmechanismen. Eine wesentliche Voraussetzung des biologischen Evolutionsmodells — die natürliche Auslese — wird beim neuzeitlichen Menschen erst an viel weiter nach außen verschobenen Grenzen als bei allen anderen bekannten Spezies wirksam. Innerhalb jener Grenzen ist Raum für andersartige Einflüsse entstanden und die Erklärung auch des familienbezogenen menschlichen Verhaltens kann deshalb nicht allein in einer Reduktion auf eventuelle, differenzielle genetische Eignungsvorteile bestehen. Die „eigennützigen“ Gene haben wie es *Wilson* (1975, 550) formuliert, den größten Teil ihrer „Souveränität“ fortgegeben.

Dies ist der Grund, weshalb sich soziobiologische Einsichten nicht einfach auf den Menschen übertragen lassen.¹⁸ Die Rückkoppelungsstufe des biologischen Evolutionsmodells fällt hier aus und die naheliegende Frage taucht auf, welche Prinzipien der Verhaltensbedingung nun an die Stelle des Prinzips der maximalen Gesamteignung treten. Nach der heute weitgehend akzeptierten koevolutorischen Auffassung (für eine ausführliche Übersicht und Begründung siehe *Lumsden* und *Wilson* 1981) hat der nachlassende Selektionsdruck eine Emanzipation eigenständiger, nicht an genetischer Eignung ausgerichteter Ziele des menschlichen Phänotypus erlaubt. Persönliches (phänotypisches) Wohlergehen und/oder andere kulturspezifische Werte, die nicht auf eine Maximierung der Zahl überlebender Nachkommen hinauslaufen, können verhaltensbestimmend und über Generationen hinweg ohne Selektions-Sanktionen verfolgt werden. (Man kann dies auch aus einer näheren Untersuchung der ererbten Mechanismen der Verhaltensanpassung beim Menschen begründen, in denen die zwischenmenschliche Interaktion eine entscheidende Rolle spielt, siehe *Witt* 1985). Über diese Einflußnahme wirkt sich etwas auf die Entwicklung der höheren menschlichen Verhaltensformen aus, was man häufig die „kulturelle Erbschaft“ nennt.

Hinter diesem Etikett verbirgt sich ein äußerst vielschichtiger Zusammenhang: der universelle, über Jahrtausende akkumulierte und überlieferte Bestand an Wissen gehört hier ebenso dazu wie die Summe der gruppen- oder gesellschaftsspezifischen Weltbilder und Wertsysteme und mehr oder weniger idiosynkratische individuelle Einstellungen, Erfahrungen und Verhaltensmuster. Aus dieser von der Menschheit geschaffenen Gesamtinformationsmenge wird dem jeweiligen Individuum im Laufe seiner Lebensgeschichte in seiner Umwelt, wie durch einen Filter, nur eine Auswahl zur Rezeption angeboten. Was daraus an Inhalten durch Kommunikation oder auf dem Wege der Imitation

¹⁸ Aus dieser Einschätzung folgt unter anderem, daß *Malthus'* Theorie der demographischen Entwicklung — obwohl sie Darwin inspiriert hat (siehe *Becker* 1981, 94) — selbst kein Anwendungsfall für das Prinzip der natürlichen Auslese ist. Zwar werden bei Übervölkerung vermutlich zuerst schwächere Individuen nicht überleben. Für das Fertilitätsverhalten und andere, menschlichen Intentionen folgenden Handlungen ergibt sich daraus jedoch kein wirksamer *genetischer* Anpassungseffekt.

erlernt, individuell verarbeitet und dabei eventuell erweitert worden ist — Wissen, Fertigkeiten, Attitüden, affektive Haltungen und Wertvorstellungen — beeinflußt in jedem Zeitpunkt die individuelle Verhaltenswahl. Es wirkt damit seinerseits über den Interaktionszusammenhang auf die kulturelle Erbschaft und den Wissenserwerb anderer Individuen zurück.

In der Perspektive des ökonomischen Handlungsmodells betreffen diese Einflüsse die individuellen Präferenzen und das verfügbare Wissen über Handlungsalternativen. Solange man diese beiden Konstrukte jeweils ad hoc so spezifiziert, daß ein beobachtetes Verhalten sich logisch aus einer Maximierung der unterstellten Präferenzordnung unter den vorausgesetzten Beschränkungen der Handlungsalternativen ergibt, wie es in den erweiterten Anwendungen des neoklassischen Modells auf alle möglichen Phänomene geschieht, können keine neuen Einsichten gewonnen werden. Es wird jeweils nur ein weiteres Mal bestätigt, daß sich beobachtete Phänomene stets in dieser Form rationalisieren lassen. Um den Freiraum aufzufüllen, der in der Erklärung menschlicher, familienbezogener Handlungen von der Soziobiologie gelassen wird, muß eine umfassendere, empirisch gehaltvolle Verhaltenstheorie erarbeitet werden. Sie muß die interaktive Entwicklung der Präferenzen und Wissenserwerb und -weitergabe beim Menschen klären.

Es ist gut denkbar, daß eine solche Theorie eine generelle Richtung offenbart, der der Präferenzwandel unterliegt. Nämlich die Tendenz, sich mit zunehmender Zeit vom genetisch angelegten, durch die Soziobiologie erklärten Verhalten zu entfernen, hin zu einem von menschlicher Ratio geplanten Verhalten, das durch die jeweiligen kulturelle und ökonomische Umgebung geprägt ist. Trifft dies zu, dann *führt die Entwicklung weg von der geschlechterspezifischen, intrafamiliären Arbeitsteilung, weg von der* (bei der natürlichen Ausstattung des Menschen begünstigten) *polygynen Eheform und weg von einer am Reproduktions-, „Interesse“ der Gene orientierten Fertilitätsverhalten.*

9. Resümee und Ausblick

Die beiden vorangegangenen Abschnitte konzentrierten sich darauf zu zeigen, daß die Argumentationsweisen der Soziobiologie und des neoklassischen ökonomischen Modells im Hinblick auf familienbezogenes Verhalten teils komplementär teils kontrovers sind. Die neoklassische Familienökonomik stützt sich aber an der entscheidenden Stelle, in der Präferenztheorie und der Theorie der Haushaltsproduktion, auf so allgemein gehaltene Konzepte, daß sie empirisch kaum scheitern kann. Überspitzt ausgedrückt: das neoklassische Modell tendiert dazu, *alles* zu erklären, auch im Bereich der Familienökonomik, aber *nichts* zu verbieten. In der Auseinandersetzung mit der Soziobiologie muß man demgegenüber das Phänomen betonen, daß eigenständige, von der ererbten Orientierung abweichende, individuelle, menschliche Präferenzen entstanden sind und sich nach empirischen Regularitäten verändern. D.h. es werden eine

empirisch gehaltvolle Präferenztheorie erforderlich und theoretische Vorstellungen über die Rolle von Wissenserwerb und -verarbeitung.

Was zunächst als Argument gegen vorschnelle Transferversuche in Sachen Soziobiologie dient, kann damit auch zum Ausgangspunkt einer weniger sterilen Theorie in der Familienökonomik gemacht werden. Eine solche Fundierung steht in klarem Gegensatz zu *Beckers* Grundannahme gegebener, unveränderlicher (und im wesentlichen auch interpersonell gleichartiger) individueller Präferenzen. Es ist zu vermuten, daß Zustandekommen und Wandel individueller Präferenzen Vorgänge sind, in denen die Interaktion mit der Umgebung eine entscheidende Rolle spielt. In der Perspektive der Familienökonomik sind dies v. a. die innerfamiliären Interaktionen. Wo anders als gerade in der Familie findet der Großteil der Sozialisation und der Präferenzprägung statt? Dabei haben aber sicherlich auch über die Familie hinausgreifende Einflüsse Bedeutung: Normen, Bräuche, Ideale und deren Wandel. Rekonstruiert man die hier wirksamen Mechanismen — die Beiträge anderer Humanwissenschaften können dazu nutzbar gemacht werden — müßte sich ein tieferes theoretisches Verständnis familienbezogenen ökonomischen Verhaltens gewinnen lassen.

Die Verbreiterung der Basis fordert freilich ihren Preis. Die einfachen statischen Modelle müssen durch dynamische ersetzt werden. Vermutlich stellen sich bei den so verschiedenartigen Problemen der Familienökonomik die präferenzbildenden und -beeinflussenden Prozesse darüber hinaus jeweils eigentümlich und mit einer komplexen Eigendynamik dar, erst recht wenn Vergleiche unterschiedlicher Kulturen und historischer Zeiträume eingeschlossen sind. Wenn dies zutrifft, kann man vermuten, daß zwar die Allgemeinheit einer solchen Theorie nicht in Gefahr ist. Aber so *einfach*, wie die neoklassischen Ökonomen sich die Erklärungen für die heterogenen Phänomene in der Familienökonomik oft machen, werden diese dann wohl nicht mehr sein.

Literaturverzeichnis

- Alexander*, R. D. (1974): The Evolution of Social Behavior, Annual Review of Ecology and Systematics, Vol. 5, 325-383.
- Azzi*, C. und R. *Ehrenberg* (1975): Household Allocation of Time and Church Attendance, Journal of Political Economy, Vol. 83, 27-56.
- Barash*, D. P. (1980): Soziobiologie und Verhalten, Berlin — Hamburg: P. Parey.
- Becker*, G. S. (1976): The Economic Approach to Human Behavior, Chicago: Univ. of Chicago Press.
- (1981): A Treatise on the Family, Cambridge, Mass.: Harvard Univ. Press.
- Berghe*, P. L. van den (1980): The Human Family: A Sociobiological Look, in: J.-S. Lockard (ed.), The Evolution of Human Social Behavior, New York: Elsevier, 67-85.
- Ben-Porath*, Y. (1982): Economics and the Family — Match or Mismatch? A Review of Becker's A Treatise on the Family, Journal of Economic Literature, Vol. XX, 52-64.
- Boserup*, E. (1970): Woman's Role in Economic Development, London: Allen and Unwin.
- Dawkins*, R. (1978): The Selfish Gene, London: Granada Publ.

- Easterlin, R. A., R. A. Pollak, M. L. Wachter* (1980): Toward a More General Economic Model of Fertility Determination: Endogenous Preferences and Natural Fertility, in: R. A. Easterlin, Population and Economic Change in Developing Countries, Chicago: Univ. of Chicago Press, 81-149.
- Hamermesh, D. S. und N. M. Soss* (1974): An Economic Theory of Suicide, Journal of Political Economy, Vol. 82, 83-98.
- Hamilton, W. D.* (1964): The Genetical Theory of Social Behavior, Journal of Theoretical Biology, Vol. 7, 1-52.
- Hannan, M. T.* (1982): Families, Markets, and Social Structures: An Essay on Becker's A Treatise on the Family, Journal of Economic Literature, Vol. XX, 65-72.
- Hirshleifer, J.* (1977): Economics from a Biological Viewpoint, Journal of Law & Economics, Vol. XX, 1-52.
- Kurland, J. A.* (1979): Paternity, Mother's Brother, and Human Sociality, in: A. Chagnon, W. Irons (eds.), Evolutionary Biology and Human Social Behavior — An Anthropological Perspective, North Scituate, Mass.: Duxbury Press, 145-180.
- Leibenstein, H.* (1974): An Interpretation of the Economic Theory of Fertility: Promising Path or Blind Alley? Journal of Economic Literature, Vol. XII, 457-479.
- (1975): The Economic Theory of Fertility Decline, Quarterly Journal of Economics, Vol. 89, 1-31.
- Lumsden, C. J. und E. O. Wilson* (1981): Genes, Mind and Culture: The Coevolutionary Process, Cambridge: Harvard Univ. Press.
- Maynard Smith, J.* (1982): Evolution and the Theory of Games, Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- McKenzie, R. B. und G. Tullock* (1975): The New World of Economics — Explorations into the Human Experience, Homewood, Ill.: R. D. Irwin.
- Meyer, W.* (1987): Was leistet die ökonomische Theorie der Familie? in diesem Band.
- Roppel, U.* (1979): Die Geburtenentwicklung als Ergebnis von Konsum- und Investitionsentscheidungen der Eltern, in: Beihefte der Konjunkturpolitik 26, Probleme der Bevölkerungsökonomie, Berlin: Duncker & Humblot, 107-139.
- Schultz, T. W.* (ed.) (1974): Economics of the Family, Chicago: Univ. of Chicago Press.
- Selten, R.* (1983): Evolutionary Stability in Extensive Two-Person Games, Mathematical Social Sciences, Vol. 5, 269-363.
- Simon, J. L.* (1977), The Economics of Population Growth, Princeton: Princeton Univ. Press.
- Stigler, G. J.* (1984): Economics — The Imperial Science? Scandinavian Journal of Economics, Vol. 86, 301-313.
- Stigler, G. J. und G. S. Becker*, (1977): De Gustibus Non Est Disputandum, American Economic Review, Vol. 67, 76-90.
- Thornhill, R.* (1976): Sexual Selection and Parental Investment in Insects, American Naturalist, Vol. 110, 153-163.
- Trivers, R. L.* (1972): Parental Investment and Sexual Selection, in: B. Champell (ed.), Sexual Selection and the Descent of Man, Chicago: Aldine, 136-179.
- Turchi, B. A.* (1975/76): Microeconomic Theory of Fertility: A Critique, Social Forces, Vol. 54, 107-125.
- Wander, H.* (1979): Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum im Entwicklungsprozeß, in: Beihefte der Konjunkturpolitik 26, Probleme der Bevölkerungsökonomie, Berlin: Duncker & Humblot, 31-50.

- Wickler, W.* und *U. Seibt* (1977): *Das Prinzip Eigennutz*, Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Wilson, E. O.* (1975): *Sociobiology — The New Synthesis*, Cambridge, Mass.: Harvard Univ. Press.
- Wiswede, G.* (1981): Sozialpsychologische Aspekte der Präferenzbildung, in: R. Tietz (Hrsg.), *Wert- und Präferenzprobleme in den Sozialwissenschaften*, Berlin: Duncker & Humblot, 83-110.
- Witt, U.* (1985): Economic Behavior and Biological Evolution — Some Remarks on the Sociobiology Debate, *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, Vol. 141, 365-389.
- (1987): *Individualistische Grundlagen der evolutorischen Ökonomik*, Tübingen: Mohr.
- Zimmermann, K. W.* (1985): *Familienökonomie. Theoretische und empirische Untersuchungen zur Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenentwicklung*, Berlin usw.: Springer.

Diskussion zum Referat von U. Witt

Familienökonomik — einige nicht neoklassische Aspekte*

Zustimmend wird auf die Rolle der kulturellen Faktoren hingewiesen, die auch die familienbezogenen Verhaltensweisen beeinflussen. Die soziobiologisch bestimmten Verhaltensmuster können insoweit nur als Ausgangspunkt aufgefaßt werden zu einer breiten, kulturell veranlaßten Auffächerung auf mögliche Lebens- und Verhaltensformen, denen keine offenkundigen Selektionswirkungen im Sinne der Soziobiologie eignet, wie verschiedene Beispiele zeigen. Allerdings wird einer von der Soziobiologie aus aufwickelbaren, systematischen Theorie des Präferenzwandels mit erheblicher Skepsis begegnet (wenn auch der Bedarf an einer guten Theorie des Präferenzwandels durchaus anerkannt wird). So werden insbesondere die durch eine solche Theorie eröffneten Freiräume eher als Mangel empfunden, da der Ansatz zu „groß“ sei und in seinen Aussagen dann unverbindlich bleiben würde. Präferiert wurde deutlich eine Forschungsstrategie kleiner, genau spezifizierter Schritte mit einer Analyse der jeweiligen langfristigen Gleichgewichtseigenschaften. Entscheidend sei der Erklärungswert einer Theorie, die von ihr eröffneten Freiräume seien von geringer Bedeutung. Das die Diskussion prägende Beispiel im Vergleich der theoretischen Ansätze, soziobiologischer Ausgangspunkt einerseits, Neoklassik andererseits, war die aus der Familienökonomik bekannte Entscheidung über die Kinderzahl in der Familie und die Erklärung ihres historischen Wandels.

* Protokoll der Sitzung des Sozialwissenschaftlichen Ausschusses der Gesellschaft für Wirtschaft- und Sozialwissenschaften am 10. 5. 1985 in Celle.

The Altruistic Family: Some Remarks on Becker's Theory of Marriage*

By *Friedel Bolle*, Hamburg

Abstract

In *Gary S. Becker's* Theory of Marriage, the effect of altruism on family behaviour is one of its most interesting themes. This paper tries to clarify assumptions, and it will contradict some of *Becker's* propositions: (A) *Becker* does not always exclude the impossible case of "excessive altruism". (B) In the modelling of the marriage market the assumptions about love have to be discussed more thoroughly. The assignment of spouses is likely to be indeterminate. (C) *Becker's* insurance argument does not always apply.

One might hesitate to apply economic theory to such complex and seemingly irrational behaviour as observed in marriage and family decisions. Many persons might consider it a crazy idea to explain the number of children in a family by utility maximization, and it might appear to be ridiculous to postulate a "marriage market" in which the assignment of spouses is governed by a system of prices (aspiration levels of income). But as microeconomic theory is a *general* theory of behaviour — it *must* be applicable also in this field. Persons who do not trust in microeconomic theory at all may find George Bernard Shaw's statement confirmed when he says: "There is no subject on which more dangerous nonsense is talked and thought than marriage." But in such a situation one can only do better.

Though there had been some preceding studies, *Gary S. Becker's* "Theory of Marriage"¹ is surely the first broad and consequent application of microeconomic theory to the analysis of marriage and family behavior. An extended version of his thoughts is to be found in his monograph "A Treatise on the Family" (1981).

In a first step analysis, *Becker* assumes everybody to be completely selfish. The advantage of marriage lies in the possibility of team production, namely in specializing effects and in economics of scale. The assignment of spouses is — in general uniquely — determined by a marriage market.

* I would like to thank Professor *Gary S. Becker* for his valuable comments on a first version of this paper.

¹ Published 1974 in: Th. W. *Schultz* (Ed.), "Economics of the Family", and also in the *Journal of Political Economy* (Part I: 1973, Part II. 1974). It is cited here as 1974a: pages refer to the former source.

Becker deepens his analysis by introducing interdependencies of welfare within the family. This partial aspect of love² — called “caring” or “altruism” or sometimes also “love” by *Becker* — and its consequences for marriage and family decisions is the theme of this paper. We want to clarify the assumptions, extend the work of *Becker* in some points and contradict him in others. Especially, we will show: (A) *Becker* does not always exclude the impossible case of “excessive altruism”. (B) In the modelling of the marriage market the assumptions about love have to be discussed more thoroughly. The assignment of spouses is likely to be indeterminate. (C) *Becker*’s insurance argument does not always apply.

1. Interdependent Utility Functions

There are two possibilities of expressing the externalities of consumption in the framework of utility theory. We can assume that *i*’s utility is influenced by his own and by *j*’s consumption. *Collard* (1978) calls this the “commodity related form”. *Within the family* this assumption is best explained by a paternalistic attitude³ of *i* (perhaps the mother) towards *j* (perhaps the child). As an alternative we can assume that *i*’s utility is influenced by *j*’s utility instead of by *j*’s consumption. Using again a term of *Collard* we call this the “utility related form”^{4, 5}

The question of which of these cases is the basis of interdependencies is by no means negligible as we will see. *Becker* starts with the utility related form but points out that we can derive the commodity related form from it and gives us an example (1981, pp. 200/201; 1974 a, p 324; 1974 b, pp. 1080/1081). This derivation, however, has to be handled carefully and the underlying assumptions have to be made clear.

Let us concentrate on the 2-person family. *i*’s utility is

$$(1) \quad u^i = u_a^i + f^i(x^i, u^j), \quad j \neq i,$$

² There is no general agreement about the conditions of love. *Blood’s* (1969) cautious definition is: “Love is blend of many elements — sexual attraction, companionship, care, and affirmation.”

³ As Professor *Becker* pointed out to the author the notion of paternalism may become conceptually difficult if we take into consideration the possibility that the mother has superior information. If the child possessed this superior information he would perhaps act in the same way that he is forced to, anyway.

⁴ For the utility related form *Collard* assumes a utilitarian welfare function, and so do *Archibald* and *Donaldson* (1976). At least in this case the distinction between utility and welfare seems to be rather artificial.

⁵ Surprisingly there is no connection between *Becker*’s work on interdependent utility and the other literature on this theme, originating from *Hochman* and *Rodgers* (1969) and *Frisch* (1971), where questions of Pareto optimal redistribution of income and Pareto optimal exchange are discussed.

where x^i is a positive real number measuring the aggregate consumption of i . Utility must be an absolute measure for well-being in this case. u^j enters i 's utility function in the same way as does commodity consumption, and it seems to be completely natural to assume that this "utility consumption" is not fundamentally different from the consumption of a meal or a warm bath. So u is far more than a mere choice indicator but expresses the amount of felicity, the degree of pleasant feeling, or however we would like to describe it. *Collard* (1978, p. 8) is sceptical about the possibility of observing the other's welfare: "With the utility related approach which is obviously in some degree more genuinely concerned with the *alter*, a delicate chain of sympathy seems to be required on my part unless others wear utility meters, as it were, on their faces." This seems to be an objection to the quality only but not to the evaluation of other people's welfare itself. Social animals, including man, have necessarily learnt to estimate the feelings and moods of their neighbours.

u_a^i measures the exogenous influences (health, satisfaction at work, relations to other persons, etc.) and is assumed to be additively separable for the sake of simplicity. $f_w^i = \partial f^i / \partial w^j$ is a measure of care or love which i feels towards j . $f_w^i = 0$ implies selfishness, $f_w^i < 0$ describes envy or hate. In the following we will always assume that u^i is differentiable and that

$$(2) \quad \begin{aligned} f_w^i &\geq 0, & i, j = 1, 2, i \neq j \\ f_w^i &> 0, & i, j = 1, 2, i \neq j. \end{aligned}$$

The utilities of persons 1 and 2 are "adjusted" or "in equilibrium" if (1) holds for $i = 1$ and $i = 2$. But how is such an equilibrium reached? x^1, x^2, u_a^1, u_a^2 given, u^1 and u^2 are the solution of a system of 2 equations and it is as implausible that the equilibrium is reached by a sort of computation as it is for the equilibrium prices in an exchange economy. So let us assume an adjustment process

$$(3) \quad u_t^i = u_a^i + f^i(x_t^i, u_{t-1}^j), \quad i = 1, 2, \quad j \neq i,$$

where t is a discrete time index. i reacts to the observation of j 's utility and vice versa. We get the cases described in figure 1: No equilibrium at all, an unstable equilibrium, a stable equilibrium, more than one equilibrium.⁶

An equilibrium is unstable, if $f_w^i \geq 1/f_w^j$ or $f_w^i f_w^j \geq 1$. The interacting of individuals whose utility functions have no equilibrium or only an unstable equilibrium must be self-destroying.

So let us assume that there is one and only one stable equilibrium point which is a continuous function of x^1, x^2, u_a^1 , and u_a^2 . Under this assumption we can concentrate on comparative statics. Thus the reduction to the commodity related form which *Becker* proposes is possible.

⁶ In the above mentioned example of *Becker* there are two equilibria. *Becker*, however, does not take any notice of the (unstable) equilibrium $u^1 = u^2 = 0$.

Let us now investigate the influence of x^1 , x^2 , u_a^1 , and u_a^2 on the equilibrium values of u^1 and u^2 . By the total differentiation of (1) we get

$$(4) \quad du^i = du_a^i + f_{x^i}^i dx^i + f_{u^i}^i du^i, \quad i = 1, 2, \quad j \neq i$$

and therefore

$$(5) \quad du^i = \frac{du_a^i + f_{u^i}^i du_a^i + f_{x^i}^i dx^i + f_{u^i}^i f_{x^j}^j dx^j}{1 - f_{u^i}^i f_{u^i}^j}.$$

Changes of i 's autonomous utility du_a^i or such changes caused by his own income differences, $f_{x^i}^i dx^i$, are enlarged with the multiplier $1/(1 - f_{u^i}^i f_{u^i}^j)$. Changes of the other's utility affects i with the multiplier $f_{u^i}^j/(1 - f_{u^i}^i f_{u^i}^j)$.⁷ In the case $f_{u^i}^i f_{u^i}^j \geq 1$ the equilibrium is unstable, a case which we have already excluded.

2. The Allocation of Family Income

If it is possible to transfer resources between the two family members, i.e. $dx^1 = -dx^2$, then i will support j as long as (see (5))

$$(6) \quad f_{x^i}^i < f_{u^i}^i f_{x^i}^j.$$

The transfer ends when relation (6) becomes an equality; it does not start at all if the adverse relation holds. Let us assume initial distributions \bar{x}^1 , \bar{x}^2 . There are the following possibilities:

- (6) applies for 1, not for 2.
- (6) applies for 2, not for 1.
- (6) applies for none of them.
- (6) or the equality applies for both.

Case d) implies $f_{u^i}^i f_{u^i}^j \geq 1$ and has therefore to be excluded. In case c) there will be no transfers and in cases a) and b) one of the family members will support the other until c) is reached.

Following *Becker* we can describe this process of allocation in the commodity related form as well. The line $x^1 + x^2 = \bar{x}^1 + \bar{x}^2$ in Figure 2 gives the total budget restriction. e_1 is the optimal allocation for 1, e_2 is the optimal allocation for 2. If the initial distribution lies on the right side of e_1 (case b) above) then 1 will transfer resources to 2, if the initial distribution lies on the left side of e_2 (case a) above) then 2 will transfer resources to 1, if the initial distribution lies between e_1 and e_2 no transfers are made at all.

If e_1 and e_2 coincide or change their position we are in case d). In the description given by figure 2 it is far from clear that we have to exclude this case

⁷ Such multiplier effects have already been described by *Prais and Houthakker* (1955) for interdependent demand functions.

because of reasons of stability.⁸ *Hochman and Rodgers* (1974) consider the possibility $e_1 = e_2$.⁹ *Collard* (1978) calls the problem arising from the “excessive altruism” involved in this case the “After-you-problem” thinking of “... two polite individuals each of whom insists that the other pass through the doorway first, ...”. *Becker* often mentions the possibility $e_1 = e_2$ (for example, 1981, p. 181; 1974a, p. 329, 330, 332) and he even says (1974b, p. 1020): “Of course, just as there may be no head [means: case c] if all members are sufficiently selfish, so there may be none if they are sufficiently altruistic. Each would want to transfer resources to the other members, but no one would want to accept transfers.” *Becker* is aware of such instability in cases $f_u^1 f_u^2 \geq 1$ (see 1981, ps. 200, 201; 1974b, footnote 30) but the quotations above show that he does not always take into account the fact that instability and “sufficient” or “excessive” altruism coincide.

Before turning to the “marriage market” let us regard one of the most interesting propositions about the altruistic family. If the initial distribution lies on the right side of e_1 1 is called an “efficient altruist” or “the head” (of the family) or a “benefactor”, 2 is then called a “member” (of the family) or a “beneficiary” (*Becker*, 1974b, 1981). Let us assume that 1 is the head and let us additionally assume that the member’s utility is a superior good for the head¹⁰, then we get the following result: The member’s goal and the head’s goal are identical — both want to maximize the total family income.

The final allocation of income is independent of the initial distribution as long as 1 continues to be the head. Thus the member would avoid any action which enlarges his income by dx when the head’s income is lowered by more than dx , and he would not resist against lowering his income by dx when the head’s is enlarged by more than dx . As this proposition is also true for completely selfish members (and even for members who envy other members) *Becker* calls it the *Rotton Kid Theorem*. As long as the head is sufficiently altruistic even “rotten kids” act voluntarily to the benefit of the whole family.

3. The Marriage Market

Because of specializing and economics of scale the common household production of man and woman is usually larger than the sum of their single productions. These advantages of team production are surely the most important reason for a common household. Let us first put aside family goods

⁸ We need not exclude this case if we assume the commodity related form to be basic.

⁹ See their Figure 1 and footnote 4, p. 753.

¹⁰ This is an important assumption. *Becker* (1981, p. 179) argues that “... positive income of the beneficiary appears to require that her utility be a superior commodity to her benefactor.” That is not correct: There may be a level of income which is optimal from the point of view of the beneficiary. Below this level her utility is a superior good for her benefactor, above this level it is an inferior good.

(public goods within the family) and ask about how the common production is distributed. In the theory of the Linear Assignment Problem (*Koopmans and Beckmann, 1957*) there is a theorem which may help us to answer this question.

Let p_{ij} be the production of man i and woman j when sharing a common household. Let men and women be ordered in such a way that the matching of man i and woman i , $i = 1, \dots, n$ maximizes the total production, i.e.

$$\sum_i p_{ii} = \max_{\{j(i)\}} \sum_i p_{ij(i)}$$

where $\{j(i)\}$ describes alternative assignments. Then there are (usually infinitely many) distributions of the common production $p_{ii} = m_i + w_i$, $i = 1, \dots, n$, so that

$$p_{ij} \leq m_i + w_j, \quad i, j = 1, \dots, n.$$

Such a distribution stabilizes the total production maximizing assignment: men and women cannot increase their “aspiration levels” m_i and w_i in any other match. As this stability is restricted to the total production maximizing assignment the matching of men and women is usually uniquely determined.

We have implicitly assumed that the numbers of men and women are equal and that everybody’s share m_i or w_i , respectively, exceeds his or her production when living alone. Without this assumption, some men and women would simply leave the marriage market. More severe is the limitation of the distribution between men and women because of the public good character of a part of the production and because of caring.

When introducing caring into the marriage market an important question has to be settled in advance: is the emotional attachment for all possible spouses completely decided from the very beginning (case (A)) or are we obliged to evaluate possible matches by means of expected caring which will develop in the course of time (case (B)). To express it in other words: do we assume in case (A) the utility function of all individuals to be constant and to incorporate all caring as a fact, or do we assume in (B) the utility function of the individuals to be variable and incorporate caring as an option?

When *Becker* (1981, p. 82) argues that “... M_i can benefit from a match with [the beloved] F_j because he could then have a more favourable effect on her welfare — and thereby on his own utility ...” he seems to argue under assumption (A).¹¹

This assumption, however, considerably complicates the analysis of individual decisions in the marriage market. Other possible spouses also have a positive

¹¹ To support this opinion we can also cite the general assumption stated in the preface of his monograph (1981, p. ix): “This volume uses the assumptions of ..., stable preferences, ...”.

influence on the welfare of F_j so that M_i , in order to maximize his utility by enlarging F_j 's utility, must possibly renounce his match with F_j .¹² The utilities involved in a match are not independent of the formation of other matches. This means, however, that we are no longer in the Linear Assignment Problem but in a problem similar¹³ to the Quadratic Assignment Problem (Koopmans and Beckmann, 1957) with all its unpleasant consequences for the marriage market which is no longer able to establish a stable assignment.

As Becker does not mention such interdependencies elsewhere and as there is also some support of (B)¹⁴ let us now analyse the implications of this assumption. When caring is involved the marriage market can no longer be described by means of incomes. Participants in this market will try to evaluate the possible gains of a match in terms of utility. Instead of the income distribution we have to regard the utility distribution, which is described by the utility possibility curve. The curve in Figure 3 can be derived from Figure 2 with variable income distributions.

Because of voluntary redistribution, the two subjects cannot leave the region $[u_{\min}^i, u_{\max}^i]$. Without caring, a man or a woman who has many good opportunities — i.e. possible matches with high production — usually can exploit this situation by taking a large share of the common production. In the presence of caring, there is a natural limit for exploitation. These restrictions on utility transfers are strengthened by the existence of public goods within a family. The consequence is a possible indeterminateness of the assignment on the marriage market and a different optimizing behavior of the market participants when compared with a situation without caring.

Let us regard the following example:

	M_1	M_2
F_1	[1,3] [4,8]	[4,8] [1,3]
F_2	[4,8] [1,3]	[1,3] [4,8]

¹² In *Edmond Rostand's* play "Cyrano de Bergerac" the hero both helps and protects his rival, and lets him win his beloved cousin in order to make her happy.

¹³ If the $u^i(x^1, \dots, x^n)$ are quadratic functions, we are exactly in the Quadratic Assignment Problem, — if they are arbitrary non-linear functions, we are in a *similar* problem.

¹⁴ "... caring partly results from living together, and some couples marry partly because they anticipate the effect of living living together on their caring." (Becker, 1974a, p. 331).

In each of the boxes the utility limits from Figure 3 are given. Assume, for example, that Figure 3 describes the match (F_1, M_1) and that u^1 is the utility of F_1 , and u^2 the utility of M_1 . Then $[u_{\min}^1, u_{\max}^1] = [1, 3]$ is the interval of possible utility for F_1 and $[u_{\min}^2, u_{\max}^2] = [4, 8]$ that of M_1 .

Independent of the utility distribution, F_1 would like to marry M_2 , M_2 wants to marry F_2 , F_2 wants M_1 , and M_1 wants F_1 .¹⁵ The assignment $(F_1, M_1), (F_2, M_2)$ makes the women feel discontented, the assignment $(F_1, M_2), (F_2, M_1)$ the men. Once established both assignments are stable because in every alternative match one partner would lose.

In such a situation it is most important for the market participants to fight for the proper spouse and not to care so much about the distribution of income. Those men or women who promise high levels of utility to several potential spouses are much sought after whereas in a situation without caring their attractiveness would suffer because they would require a large income share.

What we have learned in this section is that in any case (under assumption (A) or (B)) love brings confusion and indeterminateness to an otherwise unproblematical market – a fact which matchmakers and writers of comedies have known all the time.

4. The Insurance Argument

The common goal of maximizing the family income (stated by the Rotten Kid Theorem) is a considerable advantage for the altruistic family. Additionally, ... “caring often completely eliminates the incentive to ‘steal’ and thus the need to police”. (*Becker*, 1974 a, p. 330). I.e. if e_1 and e_2 in Figure 2 are close together there is little incentive for a member to take more than the head is willing to give. According to *Becker* (1981, p. 176, 177) a further advantage is that “... altruism helps families insure their members against disasters and other consequences of uncertainty: each member of an altruistic family is partly insured, inasmuch as all other members are induced to bear some of the burden ...”.

We must distinguish between two sources of insurance. Firstly, in a family where incomes and autonomous utilities vary randomly and independently, there are probably always winners and losers. So, putting aside the multiplier effects, even without redistribution there is a variance-decreasing effect for interdependent utility function when compared with the situation of an isolated individual (as far as we can compare such situations).

The second source of insurance which *Becker* locates is the mitigation of a loss through redistribution by the head. We want to investigate this proposition more closely.

¹⁵ Similar situations sometimes appear in comedies. In *Shakespeare's* “Twelfth Night” Viola loves Orsino, Orsino loves Olivia, and Olivia loves Cesario. *Shakespeare* closes the circle by identifying Viola and Cesario — a woman in men’s clothes.

Let us first look at a simple example.

$$(7) \quad u^i = u_a^i + g^i(x^i) + \beta^i u^i, \quad \beta^i = \text{const.}$$

For such utility functions the distribution of income by the head is independent of the autonomous utilities. Thus losses of autonomous utilities of any magnitude will not influence the final income distributions. Every loser of autonomous utility suffers from a multiplied loss (and every winner enjoys a multiplied gain).

Let us now investigate the general case and show that the head cannot avoid a multiplied loss. For small losses of utility (no matter from which source) he cannot regain utility by redistribution because he has already distributed income so that $f_{x^1}^1 = f_{u^2}^1 f_{x^2}^2$. A large loss can be thought of as consisting of many small losses so that this argument applies as long as the head remains in his position as a head.

When the family income decreases by Δx the utility of the head decreases by

$$(8) \quad \Delta u^1 = \int_{x-\Delta x}^x \left(\frac{d\hat{u}^1}{dx} + \frac{d\tilde{u}^1}{dx} \right) dx$$

where $d\hat{u}^1$ is the change of utility without redistribution and $d\tilde{u}^1$ is the change of utility because of redistribution. Under the assumption that the family income is always optimally distributed we have $d\tilde{u}^1/dx = 0$ and thus

$$(9) \quad \Delta u^1 = \int_{x-\Delta x}^x \frac{f_{x^1}^1}{1 - f_{u^2}^1 f_{u^2}^2} \Big|_{f_{x^1}^1 = f_{u^2}^1 f_{x^2}^2} dx.$$

$f_{x^1}^1 / (1 - f_{u^2}^1 f_{u^2}^2)$ is the (usually variable) marginal utility of family income for the head. The only rational possibility to compare this with the marginal utility of a person living alone is the assumption that $f_{x^1}^1$ is his or her marginal utility of income. We must conclude that the head has no possibility of avoiding a multiplied loss as long as he remains the head.

For a member there is at least the possibility that he is insured. If a loss of utility is responded to by a redistribution of income in his favour, this has considerable effect because of $f_{x^2}^2 > f_{x^1}^1 f_{u^2}^1$.

We should, however, keep in mind that together with the establishment of a family a "risk premium" is paid because of the enlargement of the common income. On the other hand, at least in the modern 2-person (husband-wife) family the advantages of specializing and economics of scale are reduced by washing machines, fast foods etc., and all kinds of services offered from the outside. So for some risk-averse persons — especially for potential heads — the risk premium may appear to be insufficient to compensate for the enlarged

variance of utility. These persons should be, especially, the sensitive ones who expect a large amount of caring within the family.¹⁶

5. Concluding Remarks

Up to now we have assumed that the information about the other's utility is always available and that it is given unbiasedly. But it is well known that people often try to give us a worse or a better impression of their well-being — even within the family.

There is a German proverb — “Shared grief is half grief, shared joy is double joy” — which advises us to give unbiased information to our friends. In the light of the last section, however, this proverb does not always give us good advice. For the head it is advantageous to share his joy but he is better off if he keeps silent about his grief. A member who receives compensation in the case of grief should possibly report about it — but then he should keep silent about his joy because the head would lower his income.¹⁷ A detailed analysis about the optimal extent of lying about one's well-being must include the costs of lying.

We have kept our model as close as possible to that of Becker because his propositions should be discussed. But of course one may ask whether major deviations from this model might be advantageous.

There is, for example, an alternative proposal by *Arrow* (1975, p. 17) for defining altruism: “The welfare of each individual depends ... on his contributions to the utilities of others.” This is an interesting aspect which implies that within an altruistic family everybody transfers gifts and services to everybody, an implication which is well observed and which seems to be rather important for marital stability. Of course, this is also just another partial aspect of love which should complete our view of altruism (love, caring) but not replace it.

References

- Arrow*, K. J.: *Gifts and Exchanges*, in: E. S. Phelps (Ed.), *Altruism, Morality and Economic Theory*, Russel Sage Foundation, New York, 1975, pp. 13-28.
- Archibald*, G. C. and D. *Donaldson*: *Non-paternalism and the Basic Theorem of Welfare Economics*, *Canadian Journ. Econ.* 9, 492-507.
- Becker*, G. S.: *A Theory of Marriage*, in: Th. W. Schulz, “*Economics of the Family*”, The University of Chicago Press, Chicago and London, 1974, pp. 299-344.

¹⁶ In *George Bernard Shaw's* ‘*Village Wooing*’ Z. Says: “You know, if I fell in love with a man, I'd never marry him: he could make me so miserable.”

¹⁷ He must weight the reduction of income against the abandonment of the multiplier process.

- A Theory of Social Interactions, *Journ. Pol. Econ.* 82, 1974b, 1064-1093.
- A Treatise on the Family, Harvard University Press, Cambridge and London, 1981.
- Blood, R. O.*: Marriage, The Free Press, New York, 1969.
- Collard, D.*: Altruism and Economy, Oxford, 1978.
- Frisch, K.*: Die Kontraktkurve bei Interdependenzen im Konsum, *Kyklos* XXIV, 1971, 644-659.
- Giertz, J. F.*: A Limited Defense of Pareto Optimal Redistribution, *Public Choice* 39, 1982, 277-282.
- Hochman, H. M.* and *J. D. Rodgers*: Pareto Optimal Redistribution, *AER* 59, 1969, 542-557.
- — “Redistribution and the Pareto Criterion”, *AER* 69, 1974, 752-757.
- Koopmans, T. C.* and *M. Beckmann*: Assignment Problems and the Location of Economic Activity, *Econometrica* 17, 1957, 53-76.
- Lazear, E. P.* and *R. Michael*: Family Size and the Distribution of Real Per Capita Income, in: *AER*, Vol. 70, No. 1, 1980.
- Prais, S. J.* and *H. S. Houthakker*: The Analysis of Family Budgets, Cambridge Press, 1955.
- Schelling, Th. C.*: Ethics, Law, and the Exercise of Self-Command, in: “The Tanner Lectures on Human Values”, University of Utah Press, Cambridge University Press, 1983, pp.43-80.

Diskussion zum Vortrag von F. Bolle

Bemerkungen zu interdependenten Nutzenfunktionen und Beckers „Theorie of Marriage“*

Die Diskussion befaßt sich mit der Interpretation, zweckmäßigen Modellierungen und Meßbarkeitsaspekten interdependenter Nutzenfunktionen. Der Nutzen eines Partners j als ein Argument in der Nutzenfunktion eines anderen Partners i werfe die Frage auf, wie dieser überhaupt zur Kenntnis der Nutzenfunktion des Partners j gelange. Da das doch wohl nicht objektiv feststellbar sei, dürfte es sich beim Nutzen des Partners um eine konjekturale Größe handeln, so daß Abweichungen zwischen tatsächlichem Nutzen und dem Eindruck, den der Partner davon hat, auftreten können. Eine weitere Frage sei, wie man sich die Gewinnung von Informationen über die Nutzhöhe des Partners, die das eigene Nutzenniveau beeinflusst, aber u. U. ja auch Argument eben der Nutzenfunktion des Partners sein könne, vorzustellen habe. Wenn hier eine Interaktion bestehe und der Informationsprozeß über die jeweils bestehenden Nutzenniveaus Zeit beanspruche, sei die Formulierung interdependenter Nutzenfunktionen „in utility related form“ zumindestens unpraktisch. Die Vorstellung sei hier offenbar, daß der Informations- und Anpassungsprozeß sehr schnell verlaufe, weil für den Partner Nutzenänderungen als Änderung der Befindlichkeit des Angehörigen leicht erkennbar seien (z. B. an Änderungen der Physiognomie).

Der Ausdruck „Versicherung“ für die mögliche Kompensation von autonomen Nutzenänderungen, z. B. durch Einkommensverluste, wird als unglücklich empfunden, da es sich nicht um unverbundene Verlustrisiken handele, wie sie zum Versicherungsbegriff gehören. Richtig sei aber, daß eine Risikogemeinschaft bestehen könne (so wird bei zwei Erwerbstätigen in der Familie die Varianz des Familieneinkommens bereits sinken) und daß der Versorgungsaspekt der Familiengründung dort seine sachliche Berechtigung finde.

* Protokoll der Sitzung des Sozialwissenschaftlichen Ausschusses der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften am 13. 4. 1984 in Oberursel.

II. Empirische Untersuchungen zur Familie

Einige Hypothesen der „economics of the family“ im empirischen Test

Von Hans-Günter Krüsselberg, Marburg

1. Eine Vorbemerkung: Familie im Feld zwischen Wissenschaft und Politik

Dieser Beitrag gliedert sich in unsere Diskussion über „Sozialwissenschaftliche Probleme der Familie“ wie folgt ein: Mich interessieren diese Fragen unter dem Aspekt praktizierter Familienpolitik und hier speziell unter dem der wissenschaftlichen Fundierung dieser Politikvariante. Mir scheint, daß zwei Gründe für verstärkte Forschungsbemühungen in diesem Bereich sprechen. *Erstens*: Für Familienpolitik ist immer wieder — zu Recht — in Anspruch genommen worden, daß sie „Querschnittscharakter“¹ aufweise. Gemeint ist, daß Familie als gesellschaftliche Institution bezüglich ihrer Mitglieder verhaltensprägend wirkt, dabei zugleich aber im Einflußbereich nahezu aller anderen gesellschaftlichen Institutionen liegt. Konsequentermaßen gibt es kaum eine sozialwissenschaftliche Teildisziplin, die nicht in irgendeiner Form „Familie“ (mit-)behandelt. So entstehen Bindestrich-Erklärungen z. B. als familien-soziologische, familien-ökonomische, familien-psychologische, familien-rechtliche Aussagen, die unverbunden bleiben und deshalb nur Partial-Theorie begründen. Wenn Politik auf partieller Grundlage stattfindet, bleibt sie defizitär. Sobald eine Politikvariante Querschnittscharakter aufweist, droht — so meine ich — die Gefahr, daß Interdependenzen negiert werden. Oft erscheint dies der Tagespolitik hilfreich, weil damit Komplexität reduziert werden kann. Das aber verringert zugleich die Neigung, nach adäquateren Theoriemustern für die Politikdiskussion zu suchen.

Aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, daß *zweitens* immer wieder — bis zur unmittelbaren Gegenwart — als zentrales Defizit von Familienpolitik ihre „Theorielosigkeit“ genannt wird. Aber — wir alle wissen es — keine Politikversion ist völlig ohne theoretischen Bezug; und hier schien in der Nachkriegszeit *eine* Version zu dominieren: die soziologische. Sie ging von der Grundthese moderner Familiensoziologie aus, die zentrale Funktion der

¹ Siehe hierzu z. B. Krüsselberg, Familienpolitik — Aufgaben und Probleme, 1985, S. 435 ff.

modernen Familie sei der „Aufbau der sozialkulturellen Person des Menschen“ im Rahmen einer kleinen Gruppe. Gelegentlich wurde — so *René König* (1974, S. 71) — davon gesprochen, es sei die Familie, die durch ihre Aktivitäten eine „zweite Geburt“ des Menschen leiste.

Diese „Leistungsthese“ relativiert immerhin deutlich die lange Zeit nahezu unangefochtene These vom massiven Funktionsverlust der Familie im Industrialisierungsprozeß. Jene Funktionsverlust-These unterstellt, die Erziehungsfunktion, die Wissensvermittlungs-, Ausbildungs-, Versicherungs- und Versorgungsfunktion, der Schutz der Kranken, Invaliden und Alten seien den Familien verlorengegangen oder ihnen durch andere gesellschaftliche Institutionen entzogen worden. Vor dem Hintergrund dieser Auffassung erschien die *Familie lediglich als Intimgruppe*, womit allein noch das Binnenverhältnis der Familie, z. B. ihre Autoritätsstruktur oder die familiäre Rollenverteilung, Kriterien der Partnerwahl u. a. m. wissenschaftliche Aufmerksamkeit zu beanspruchen vermochte.

Wenn Öffentlichkeit und politische Parteien diese Einschätzung teilen, wird für die Praxis der Politik von zwei Konsequenzen auszugehen sein; sie sind sehr unterschiedlicher Art:

1. Mit der These von der Familie als Intimgruppe läßt sich jeglicher Verzicht auf politischen Gestaltungs- oder Regelungsbedarf rechtfertigen. Der absolute Autonomieanspruch für Familien gilt dann selbstverständlich auch für Entscheidungen, Kinder zu haben. Damit entsteht allerdings ein Problem: die Gefahr der Entkoppelung der Mikro- und Makrodimension der Gesellschaft. Dann würde man z. B. unter Außerachtlassung des Tatbestandes, daß für Familien Kinderkosten entstehen, im politischen Kalkül entweder von der Vermutung ausgehen, Familien regelten den Kinderbedarf ihrer Gesellschaft — wie auch immer dieser beschaffen sein mag — in ganz natürlicher Weise, oder die Annahme verabsolutieren, alle anderen Tatbestände gesellschaftlichen Lebens einschließlich der sozialen Sicherung seien mit jeglicher Bevölkerungsentwicklung kompatibel oder ohne „gewichtige Wohlfahrtseinbußen“ in exakt bestimmbarer Form an beliebige Bevölkerungsstrukturen anpaßbar.
2. Eine zweite — weitgehend anders gelagerte — Konsequenz wird ebenfalls im Erwartungsbereich liegen, wenn Familie als Intimgruppe gesehen wird: die Entdeckung der möglicherweise unterschiedlichen Interessenlagen von Mitgliedern der Familie und die Anerkennung individueller Rechte als etwaige Begründungen für familienpolitische Initiativen. Sie prägten die politische Auslegung des Zweiten Familienberichts. Sein Titel lautet bekanntlich: Familie und Sozialisation. Ihn leitete *K. Focke*, die damalige Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, mit dem Hinweis ein, schließlich müßten „die Entwicklungsbedingungen und damit das Wohl der Kinder als die *grundlegende Richtschnur* für Familienpolitik“ (Hervorhebung H. G. K.) angesehen werden. Das Gutachten untermauere damit die Auffas-

sung der Bundesregierung, Familienpolitik erfülle eine Aufgabe im Rahmen einer umfassenden Gesellschaftspolitik, die die Zielelemente umfasse: „Mehr Chancengleichheit für alle, mehr Selbstentfaltung für den Einzelnen, mehr Eigenverantwortung und Mitbestimmung aller Familienangehörigen innerhalb der Familie und im gesamten gesellschaftlichen Raum“ (Vorwort zum Zweiten Familienbericht, 1975).

Erneut scheint für Familienpolitik das Binnenverhältnis ausschlaggebend zu sein — und zwar in einer stark individualisierenden, manche meinen: betont „emanzipatorischen“ Wendung, die z. B. für einen ökonomischen Zugang keinen Raum mehr läßt. Möglicherweise ist diese „emanzipatorische“ Grundhaltung ein wichtiger Grund dafür, daß viele Vertreter anderer Sozialwissenschaften die Verwendung des Begriffs Humanvermögen durch den Ökonomen kritisieren. Für den Ökonomen bedeutet Vermögen Handlungspotential in allen seinen denkmöglichen Formen. Humanvermögen heißt: menschliches Handlungspotential. Voraussetzung für individuelles Handlungspotential ist der „Aufbau der soziokulturellen Person“; in der Sprache der ökonomischen Theorie also der Aufbau von Humanvermögen, und Humanvermögen ist eine Basiskomponente der Ökonomik des Familienhaushaltes.²

2. Die Grundelemente der „Familienökonomik“

Drei Grundelemente sind es, um die sich das Theoriekonzept der „Familienökonomik“ gruppiert. Im Zentrum steht der bereits genannte Begriff des Humanvermögens. Zwei weitere Säulen dieses Theorieansatzes sind die Zeitallokationsbetrachtung sowie die Idee der Haushaltsproduktionsfunktion. Ihre sinnvolle Verwendung ermöglicht es — das ist meine These —, Familienpolitik theoretisch angemessen zu fundieren.

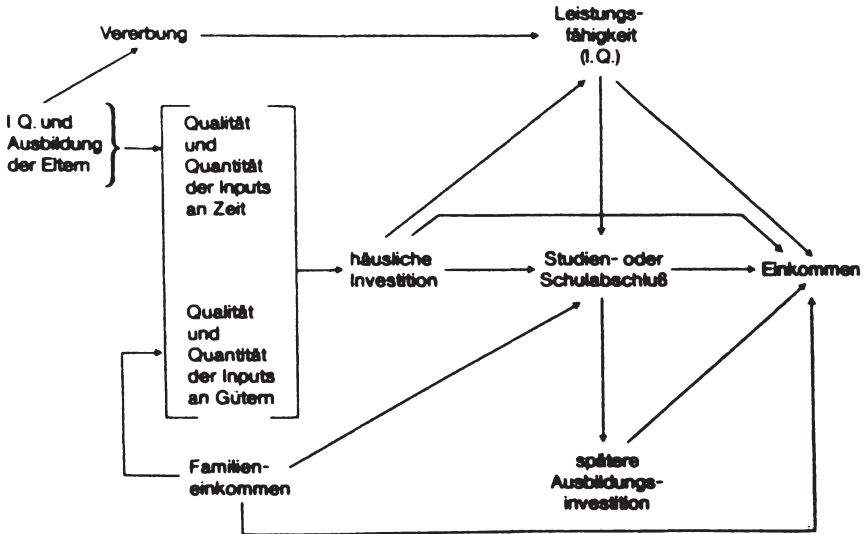
2.1 Humanvermögen³

Zur Veranschaulichung der familienpolitischen Relevanz des Konzepts Humanvermögen ist eine Abbildung besonders geeignet, die von A. Leibowitz

² Es wäre gewiß der Mühe wert, bei der Erörterung familienpolitischer Fragestellungen darüber nachzudenken, ob nicht wie für die Prozebelemente des Wirtschaftens auch für Familientätigkeiten zu prüfen ist, inwieweit sie typische Merkmale eines Produktionsprozesses, eines Kooperationsprozesses, eines Prozesses der Risikotransformation und der Bestandsumschichtung sowie eines Konkurrenzprozesses enthalten. Siehe zu dieser Terminologie *Grass, Stützel*, 1984, S. 63 ff.

³ Siehe zur sozialpolitischen Bedeutung dieses Begriffs *Krüsselberg*, Vitalvermögenspolitik und die Einheit des Sozialbudgets: Die ökonomische Perspektive der Sozialpolitik für das Kind, 1979, S. 143 ff., sowie zur gesellschaftstheoretischen Zuordnung *Krüsselberg*, Wohlfahrt und Institutionen: Betrachtungen zur Systemkonzeption im Werk von Adam *Smith*, 1984, insbes. S. 205 ff.

entworfen und von mir in verschiedenen anderen Zusammenhängen weiter verwendet worden ist.



Quelle: Leibowitz, 1974, S. 434; Krüsselberg, 1976, S. 24.

Abb. 1: „Vermögensabhängigkeit“ des Einkommens

Hier wird die häusliche Investition zu einem Schlüsselbegriff einer Familienpolitik, die die Frage nach dem konkreten Leistungsvolumen der Familie für Gesellschaft interessiert. Erörtert werden die Möglichkeiten von Familien, an der Bildung von Humanvermögen beteiligt zu sein.

2.2 Die Produktionsfunktion des Familienhaushalts

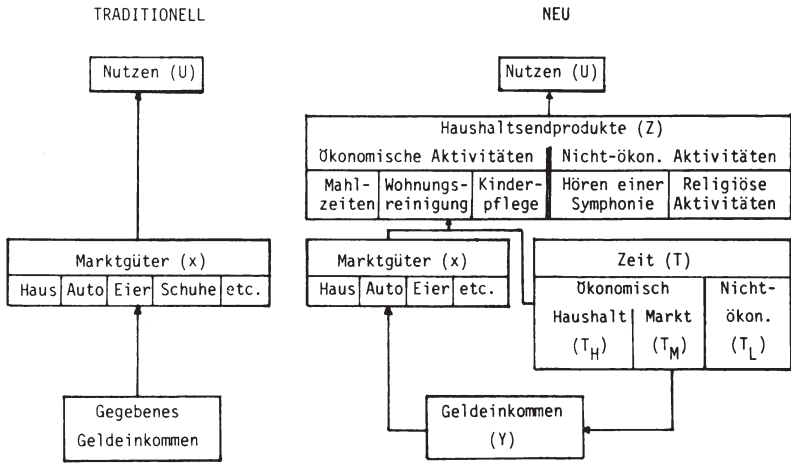
Sehr anschaulich zeigt zudem Abb. 1 eine grundlegende Idee der Ökonomik der Familie: Die Familie bzw. der Familienhaushalt ist die Entscheidungsinstanz für die Allokation von Zeit und Gütern auf Haushaltskonsum und Haushaltsproduktion. Ausgangspunkte dieses theoretischen Ansatzes sind einmal Nutzenfunktionen, in die Grundbedürfnisse bzw. Güter eingehen, zum anderen Produktionsfunktionen. Letztere enthalten Mengen von über den Markt vermittelten Gütern und Dienstleistungen, Mengen eigener Zeit sowie Bildung, Ausbildung und andere „umweltbezogene“ Variable neben den Charakteristika solcher Personen, die die (hier: lediglich auf die Interessen und Bedürfnisse von Familienmitgliedern bezogene) Produktion beeinflussen.

Die Annahme, die Familie integriere die Wohlfahrt ihrer Mitglieder in einer intern konsistenten familialen Nutzenfunktion, begründet eine neue Forschungsaufgabe. Grundlage ist eine Theorie der Interaktionen zwischen Personen unter Beachtung dessen, daß Verhaltensweisen durch Eigenschaften und Reaktionen anderer sozialer Handlungseinheiten (der jeweiligen sozialen Umwelt) beeinflußt werden. Der Handlungsbereich einer Person wird umschrieben durch das Konzept des Humanvermögens als Bestandsgröße, deren Wert sich bemißt nach Maßgabe ihres sozialen Einkommens. Dieses resultiert aus der Summe monetärer Einkommen und den Begünstigungen, die die soziale Umwelt einer Person vermittelt. Das bedeutet z. B., daß der Nutzen für eine Person i durch den Verbrauch eines bestimmten meritorischen Gutes seitens einer Person j positiv oder negativ beeinflußt werden kann.

Die Haushalte der Familien erscheinen vor dem Hintergrund dieser Aspekte als „Mehrprodukt-Unternehmen“ mit einem internen Austauschsystem, das aus mehreren Personen mit Funktionenteilung besteht, die alle sowohl auf Markt- als auch auf externe und interne Nichtmarkt-Signale reagieren. In solcher Perspektive nimmt die Sozialisation in der Familie den Charakter einer Investition in Humanvermögen an. Dabei fällt dem Haushalt die für die Moderne außerordentlich bedeutsame Funktion zu, externen Wandel umzusetzen in familiales Handeln. Solche Entscheidungen sind nicht unabhängig vom Stand der Technik und dem Wissen um die Verfügbarkeit solcher Technik (einschließlich der Sozialtechnologie). Die Haushaltsproduktionsfunktion wird damit zu einem wichtigen Instrument der Analyse. Auch die Nachfrage des Haushaltes nach Kollektivleistungen im Bereich von Gesundheit, Muße, Ausbildung, Kommunikation und Verkehr ist schließlich eine aus den Entscheidungen über Haushaltsproduktion abgeleitete Größe.

2.3 Zeitallokation

Im Denkansatz der Familienökonomik kommt der Entscheidung über die Allokation (den Einsatz) der menschlichen Zeit im Haushalt, der individuell knappsten (weil nicht vermehrbaren) Ressource, eine dominante Bedeutung zu. Zentral wird hier die Erörterung der Konsequenzen, die sich in entwickelten Industriegesellschaften dadurch ergeben, daß infolge hoher Investitionsleistungen privater und öffentlicher Haushalte die Qualität des Humanvermögens und damit, relativ zu anderen ökonomischen Ressourcen, der ökonomische Wert der menschlichen Zeit ständig wächst. Diese Zunahme des (am jeweiligen Ausbildungsniveau gemessenen) ökonomischen Wertes menschlicher Zeit bestimmt die Qualität des Handlungspotentials der Haushaltsproduzenten, von der wiederum die Qualität der haushaltlichen Produktion abhängt. Das impliziert selbstverständlich, daß auch die Qualität der Nutzung kollektiver Leistungen mit den Qualitätsattributen menschlicher Akteure korrespondiert. Dieser Denkansatz revoltiert gegen die tradierten (negativ gewendeten) Bewertungs-



ALGEBRAISCHE DARSTELLUNG

Maximiere Nutzen

$$U = f(x_1, x_2 \dots x_n)$$

unter der Bedingung

$$\sum_{i=1}^n p_i x_i = \bar{y} \quad (\text{Einkommens-} \\ \text{restriktion})$$

Maximiere Nutzen

$$U = g(Z_1, Z_2 \dots Z_n)$$

unter der Bedingung

$$Z_i = h_i(x_1^i, x_2^i \dots x_j^i \dots x_n^i, T_H^i) \quad (\text{Haushaltsprodukt-} \\ \text{tionstechnologie})$$

$$Y = W T_M \quad (\text{Lohntransformation})$$

$$T_M + T_H + T_L = T \quad (\text{Zeitrestriktion})$$

$$\sum_{i=1}^n p_i x_i = Y \quad (\text{Einkommensrestriktion})$$

Wobei $U =$ Nutzen

$n =$ Anzahl der Güter

$x_i =$ Menge des Gutes i

$p_i =$ Preis des Gutes i

$\bar{y} =$ exogen gegebenes Einkommensniveau

$Z_i =$ Haushaltsendprodukt i

$W =$ Stundenlohn

$x_j^i =$ Marktgut j für die Produktion des Haushaltsendprodukts i

$Y =$ Gesamteinkommen

$T =$ insgesamt verfügbare Zeit

$T_M =$ Zeitaufwand für Marktarbeit

$T_H^i =$ Hausarbeitszeit für die Produktion des Haushaltsendprodukts i

$T_L =$ Zeit für Freizeitaktivitäten

Quelle: Hawrylyshyn, 1977, S. 81 (Übersetzungen d. Verf.)

Abb. 2: Schematischer Vergleich der traditionellen und der neuen Theorie des Haushaltsverhaltens

maßstäbe für haushaltliche Aktivität. Ihrer hohen Arbeitsintensität entspricht ein hoher individueller und gesellschaftlicher Nutzen. Erst im Familienhaushalt (und im wesentlichen durch nur einige seiner Mitglieder, den Eltern nämlich) erfolgt jene Transformation der Leistungsangebote der marktlichen und nichtmarktlichen Außenwelt in haushaltseigene Versorgungsleistungen, die individualisierte, d. h. auf die Bedarfssituation spezifischer Familienmitglieder ausgerichtete Nutzenrealisierungen ermöglichen.⁴

Offensichtlich zeichnen sich hier Ansatzpunkte ab, die eine Analyse zum Abbau von Handlungsdefiziten in typischen Familienformen der Gegenwart ermöglichen. Gegenstand ist die jeweils empirisch relevante Kombination von familialen Nutzen- und haushaltlichen Produktionsfunktionen. Notwendig wird die Erfassung spezifischer Verhaltensweisen in Haushalten und Familien. Hier sind u. a. die Wirkungen von Interesse, die von Unterschieden im „Preis“ (= ökonomischer Wert) für die Zeit der Eltern auf die Entscheidung für Kinder ausgehen. Es ist zu prüfen, inwieweit die Einheit Familie-Haushalt auf Änderungen der relativen Preise entsprechend den Aussagen der ökonomischen Theorie reagiert, ob etwa die Erhöhung des Preises für die Zeit der Mutter zu einer Verminderung der Kinderzahl führt. Es wäre festzustellen, ob mit steigendem Familieneinkommen die Bedeutung von Investitionen in die Humanvermögensqualität von Kindern tatsächlich zunimmt und inwieweit hier die Qualität des Humanvermögens der Eltern eine Rolle spielt. — Wenn dann auch der Beitrag kollektiver Leistungen zum Versorgungsniveau der privaten Haushalte als Ergebnis eines Kombinationsprozesses aus öffentlichem Angebot und privater Nutzung anzusehen ist, ist die analytische Brücke zum Politikfeld leicht zu erkennen.

Meines Erachtens läßt sich die im Vergleich zum traditionellen Ansatz gewandelte theoretische Betrachtungsweise und damit das neue Theoriekonzept sehr gut anhand jenes Schemas veranschaulichen, das von *Hawrylyshyn* 1977 vorgelegt wurde (Abb. 2).

3. Das Hypothesensystem der Ökonomik des Familienhaushaltes

Der „Erfolg“ des Denkansatzes der Familienökonomik wird gelegentlich an der Fülle der Überprüfungs- und Anwendungsversuche seiner Hypothesen gemessen. Hier ist zunächst festzustellen, daß die Hypothesen, die auf der Basis dieses Theoriekonzepts formuliert wurden, sehr unterschiedlichen Gehalt besitzen und zugleich auf oft sehr heterogene Lebensbereiche abstellen. Um dies zu verdeutlichen, werden im folgenden einige Beispiele genannt.

- I. Die durch die Eheschließung ermöglichten Größenvorteile und Spezialisierungsgewinne steigern sowohl die einzel- als auch die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt.

⁴ Siehe hierzu *Krüsselberg*, 1975, S. 161 ff., ferner ders., 1978, S. 211 ff.

- II.1. Das Ausbildungsniveau (insbesondere das der Ehefrau) und die Fruchtbarkeit sind *ceteris paribus* negativ miteinander verknüpft.
- II.2. Die Erwerbstätigkeit der Ehefrau hat *ceteris paribus* einen negativen Einfluß auf die Fruchtbarkeit.
- II.3. Bei steigendem Einkommen wird ein dem Einkommenseffekt entgegenwirkender Preiseffekt wirksam, da Familien aus höheren Einkommenschichten tendenziell Kinder „höherer Qualität“ wünschen, was höhere Kinderkosten bedeutet (*Becker*, 1976, S. 171 ff.).
- II.4. Bei einem hohen Anteil von Familien, die den Status, d.h. ihre soziale Schicht wechseln, ist damit zu rechnen, daß die Aufsteiger einen vergleichsweise hohen Anteil ihres Einkommens für Statusgüter verausgaben. Dies könnte zu einer Verminderung der gewünschten Kinderzahl führen (*Leibenstein*, 1975, S. 1ff.).
- II.5. Je knapper die Ressourcen eines Paares relativ zu seinem Anspruchsniveau erscheinen, desto geringer ist die Anzahl der gewünschten Kinder (*Easterlin*, 1975, S. 54ff.).
- III.1. Die Aufteilung der Arbeit bzw. die Differenzierung von Rollen innerhalb der Familie vollzieht sich unter Berücksichtigung von Komplementaritäts- und Substitutionsbeziehungen im Haushaltsmanagement sowie von komparativen Vorteilen bezüglich unterschiedlicher Fertigkeiten und Einkommenspotentialen, mit denen Familienmitglieder ausgestattet sind.
- III.2. Das zunehmende Arbeitsmarktengagement hat vermutlich einen tendenziell destabilisierenden Effekt auf die Ehe, verbessert die Verhandlungsmacht der Ehefrau, ist in aller Regel mit einer größeren Arbeitsbelastung verbunden und zwingt zahlreiche Ehemänner, von alten Rollenklischees, welche der Frau die Rolle der Hausfrau und Mutter aufdrängen, abzurücken.
- III.3. Überdurchschnittlich qualifizierte Frauen, die am Arbeitsmarkt mit einem überproportionalen Anteil vertreten sind, verbringen weniger Zeit mit Hausarbeit als vergleichsweise niedrig qualifizierte Frauen — u.a. vermittels der Verwendung von Kapitalgütern oder durch die Substitution ihrer eigenen (teuren) Zeit durch diejenige anderer Arbeitskräfte. Dies gilt jedoch nicht für die Kinderbetreuung. Besonders bei Frauen mit hohen Ausbildungsabschlüssen zeigen sich unterdurchschnittliche Substitutionselastizitäten. Offensichtlich liefern die verfügbaren Substitute nicht die Qualität bei der Kinderbetreuung wie sie selbst.
- III.4. Die vergleichsweise immer noch geringe Arbeitsmarkteteiligung der Ehefrau sowie eine größere Diskontinuität ihrer Berufstätigkeit zeichnen über niedrigere Humanvermögensinvestitionen und eine größere Entwertungsrate des Humanvermögensbestandes für zumindest einen erheblichen Teil der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen

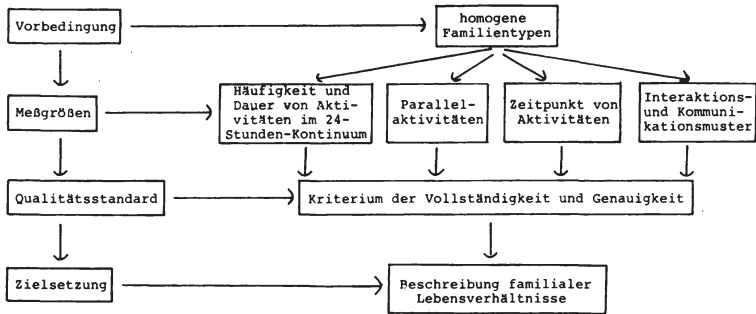
verantwortlich. Hinzu kommt, daß der relativ schmale Bereich der für Frauen zugänglichen Betätigungsfelder vielfach zu einem Überangebot an Arbeitskräften in den entsprechenden Teilarbeitsmärkten geführt hat, welches den Lohnsatz zusätzlich drückte.

Wie gesagt, diese Beispiele, die sich zudem auf die Themenbereiche „Eheschließung“, „familiales Fruchtbarkeitsverhalten“, „eheliche Arbeitsteilung und Rollenverständnis“ beschränken, stellen insgesamt gesehen nur eine kleine Auswahl aus dem breit gelagerten Fächer familienökonomischer Thesen dar. Gleichwohl demonstrieren sie erhebliche Unterschiedlichkeit bezüglich der Möglichkeit ihrer empirischen Überprüfung. Das bedeutet, daß der Forscher im Einzelfall stets zu entscheiden hat, mit welcher Methode er arbeiten will, und damit zugleich abgrenzt, welche Erklärungsbereiche er zu öffnen versucht. Im allgemeinen wird er sich hier von bestimmten Basisorientierungen und Zielsetzungen leiten lassen.

4. Der empirische Zugang über die Lehre von den Familienfunktionen

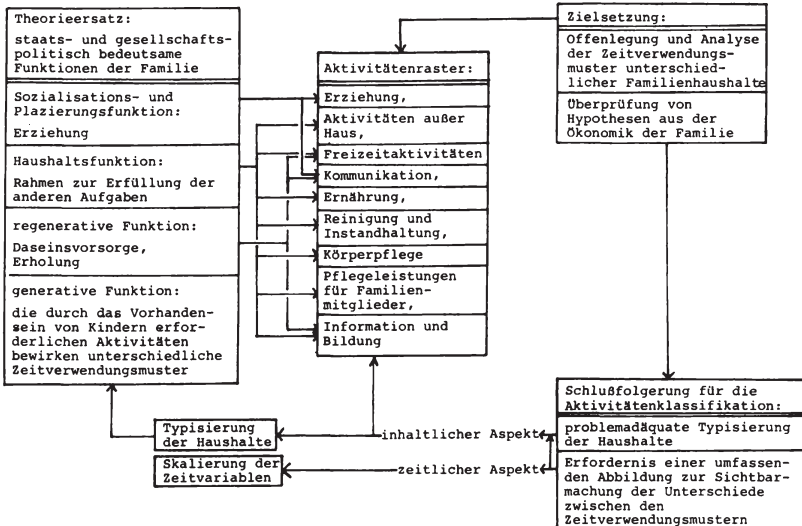
Wie einleitend bereits angedeutet wurde, will die Familienökonomik den Leistungscharakter von Familie aufdecken und dessen ökonomischen Wert bestimmen. Zeit ist hier neben dem Gütereinsatz, der über Einkaufsfunktionen zu erfassen ist, die knappe, weil begrenzt verfügbare Ressource. Nun wird die Ermittlung des Zeitrasters im Familienzusammenhang zum zentralen Analysefeld. Zeit ist der bislang am wenigsten untersuchte Input der Haushaltsproduktionsfunktion. Die Haushaltsproduktion wird zur Grundlage einer Wertermittlung familialer Aktivität. Als empirische Aufgabe folgt daraus notwendigerweise die Aufdeckung der Strukturen des Familienzeitbudgets. Das familiäre Zeitbudget wird zum Ausgangspunkt für die Abschätzung der volkswirtschaftlichen Bedeutung von Familientätigkeit.

Ein Zeitbudget ist das Ergebnis des Einsatzes einer Methode zur Erfassung der innerhalb eines bestimmten Zeitraums ausgeübten Aktivitäten eines Respondenten (siehe zum folgenden auch Hilzenbecher, 1984, S. 70 ff.). Zeitbudgetuntersuchungen gehen im allgemeinen von einem 24-Stunden-Tag aus und halten innerhalb dieses begrenzten Zeitraums vor allem Zeitpunkt, Dauer, Reihenfolge, Häufigkeit und Ort der verschiedenen Handlungen fest. Das Ziel, den Umfang, die Kontinuität und die wechselseitige Verzahnung möglichst aller relevanten Aktivitäten sichtbar zu machen, verlangt darüber hinaus einen Einblick in die Kontinuität des Tagesablaufs bzw. die Zeichnung eines chronologischen Bildes. Schließlich soll erfaßt werden, wie sich die Allokation der Zeit während des Tages vollzieht. Zwischen diesen Allokationsmechanismen und den innerfamilialen Kommunikations- und Interaktionsmustern ist zudem eine enge Beziehung zu vermuten. Insgesamt ergeben sich dann die Schlußfolgerungen der Abb. 3.



Quelle: Hilzenbecher, 1986 a, S. 34.

Abb. 3: Prinzipielle Anforderungen für die Ermittlung von Zeitbudgets zur Beschreibung familialer Lebensverhältnisse



Quelle: Krüsselberg, Auge, Hilzenbecher, 1986, S. 131.

Abb. 4: Der Einfluß der Zielsetzung und der „familialen Funktionen“ auf die Ausgestaltung des Zeitbudgetansatzes

Sollen die Leistungselemente der Institution Familie politikorientiert bestimmt werden, bedarf es m. E. nicht unbedingt einer umfassenden theoretischen Grundlegung. Hier reicht es offensichtlich aus, auf jene Ideen zu rekurrieren, die Familienpolitik verstehen als Maßnahmenbündel zur Stärkung der Fähigkeit von Familien, jene Funktionen zu erfüllen, die als staats- und gesellschaftspolitisch bedeutsam erscheinen (siehe hierzu etwa Dritter Familienbericht, 1979, S. 16ff.).

Explizit sprechen wir hier von „Theorieersatz“. Gemeint ist damit ein Problemverständnis, das im einzelnen deshalb nicht weiter „hinterfragt“ wird, weil der damit vorgezeichnete Bezugsrahmen ausreicht, das empirisch anfallende Material „sinnvoll“ anzuordnen. Über die Art solcher Zuordnungen sowie über die Beziehungen zwischen dieser funktionalen Perspektive und den daraus abgeleiteten Implikationen für die Ausgestaltung des Zeitbudgetansatzes informiert Abb. 4.

5. Einige Allokationsmuster

Im zweiten Halbjahr 1982 führte das Institut für Sozial- und Familienpolitik am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg unter meiner wissenschaftlichen Leitung eine Untersuchung durch, an der sich insgesamt 1106 Familien beteiligten (siehe hierzu im einzelnen *Krüsselberg, Auge, Hilzenbecher*, 1986, S. 125ff.). Die konkrete Struktur der Stichprobe, d. h. ihre Untergliederung nach Kinderzahl und Erwerbsstatus der Frau, zeigen die folgenden Tabellen 1 bis 3 auf.

Um Informationen über die Aufteilung und Verwendung der verfügbaren Zeit zu erhalten, wurde ein auf der Tagebuch-Methode basierendes Erhebungsinstrument genutzt — die Respondenten nahmen eigene Zeitaufschreibungen vor —. Die Haushaltsmitglieder notierten auf einer vorgegebenen Aktivitätenliste (siehe Tabelle 6), wieviel Zeit sie pro Tag und im Tagesverlauf für die einzelnen Tätigkeiten aufgewendet hatten.

Einige der dabei ermittelten Zeitallokationsmuster sollen im folgenden demonstrieren, daß bei Berücksichtigung der Merkmale Kinderzahl und Umfang der wöchentlichen Erwerbszeit der Frau äußerst heterogene Zeitverwendungsmuster zu erkennen sind. Sie sind folglich maßgeblich im Spiel, wenn es gilt, die für andere Aktivitäten in den privaten Haushalten verfügbaren Zeitressourcen zu bestimmen. Fallen nun tatsächlich in den Familienhaushalten weitere Arbeiten an, die bei (nach subjektiver Einschätzung) „normaler“ Haushaltsführung notwendigerweise zu erledigen sind, taucht die wichtige — auch gesellschaftspolitisch hochrangige — Frage auf, ob durch Verknappungstatbestände Spannungssituationen oder gar Belastungskumulationen auftreten werden, die politischen Handlungsbedarf begründen könnten.

Tabelle 1
Haushalte nach Familientyp

Familientyp	Haushalte	
	Anzahl	Prozent
Ehepaare, Ehefrau nicht bzw. weniger als 10 Stunden in der Woche erwerbstätig		
ohne Kinder im Haushalt	91	8
mit 1 Kind im Haushalt	108	10
mit 2 und mehr Kindern im Haushalt	211	19
Ehepaare, Ehefrau 10 und mehr Stunden in der Woche erwerbstätig		
ohne Kinder im Haushalt	188	17
mit 1 Kind im Haushalt	198	18
mit 2 und mehr Kindern im Haushalt	222	20
Alleinerziehende		
mit 1 Kind im Haushalt	52	5
mit 2 und mehr Kindern im Haushalt	36	3
Insgesamt	1106	100

Quelle: Krüsselberg, Auge, Hilzenbecher, 1986, S. 139.

Tabelle 2
Haushalte nach der Zahl der Kinder unter 18 Jahren

Kinder unter 18 Jahren im Haushalt	Haushalte	
	Anzahl	Prozent
ohne Kinder	279	25
1 Kind	358	32
2 Kinder	274	25
3 Kinder	143	13
4 Kinder	43	4
5 und mehr Kinder	9	1
Insgesamt	1106	100

Quelle: Krüsselberg, Auge, Hilzenbecher, 1986, S. 140.

Tabelle 3
Haushalte nach dem Umfang der Erwerbstätigkeit der Frau

Ehefrau ist normalerweise ... Stunden in der Woche erwerbstätig	Haushalte	
	Anzahl	Prozent
nicht erwerbstätig	316	29
unter 10	108	10
10 bis unter 20	125	11
20 bis unter 30	198	18
30 bis unter 40	62	6
40 und mehr	297	27
Insgesamt	1106	100

Quelle: Krüsselberg, Auge, Hilzenbecher, 1986, S. 140.

Daß diese Frage wiederum nur unter Bezugnahme auf bestimmte Kriterien (normativer Art oder auch unter Rückgriff auf etwaige Plausibilitätsurteile) bejaht oder verneint werden kann, enthebt die Wissenschaft nicht ihrer Aufgabe, zunächst die Fakten auszumachen. Exakt dies ist die Absicht dieses Untersuchungsschritts.

Das erste Allokationsmuster (Tabelle 4) belegt, daß sich mit zunehmender Kinderzahl *kein* proportional ansteigender zeitlicher Aufwand für die Bewältigung aller der Hausarbeit zuzurechnenden Blöcke ergibt, wenngleich — wie nicht anders zu erwarten ist — die Belastung der Frauen mit zunehmender Kinderzahl größer wird. Bei einzelnen Blöcken zeigt sich zwischen Zeitaufwand und der Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder kein nennenswerter Zusammenhang. Bei anderen ergeben sich erst in Familien mit 3 und mehr Kindern signifikante Unterschiede.

Die bei der Aktivitätengruppe „Wohnungsreinigung“ angesprochenen Differenzen von 103 bzw. 140 Minuten bei 0 Kindern bzw. 3 und mehr Kindern haben mit hoher Wahrscheinlichkeit in der Kinderzahl ihren Ursachenfaktor. Zum einen benötigt ein 5 und mehr-Personen-Familienhaushalt eine entsprechend größere Wohnung. Weiterhin wird hier angesichts des vergleichsweise niedrigen verfügbaren Pro-Kopf-Einkommens die Anstellung einer Haushaltshilfe erst den höheren Einkommensschichten möglich sein.

Bereits diese Zahlen unterstreichen den von der Ökonomik der Familie herausgestellten hohen Ertrag der von den Frauen erbrachten häuslichen Dienstleistungen. Mit zunehmender Kinderzahl wächst die für Hausarbeit (ohne Kinderbetreuung) aufzuwendende Zeit bis auf durchschnittlich über 6 Stunden pro Tag an. Nicht allein die Zahl der im Haushalt lebenden Kinder stellt einen

eigenständigen Einflußfaktor der Zeitverwendung der Frauen dar, auch das Alter der Kinder ist als originäre Zeitverwendungsdeterminante zu sehen. Dies belegt Tabelle 5. Insbesondere der Zeitaufwand für den Aktivitätenblock „Kinderbetreuung“ korreliert hoch signifikant mit dem Alter der zu versorgenden Kinder. Die für Kinderbetreuungsaktivitäten aufgewendete Zeit beträgt in der Gruppe der Familien mit einem Kind unter 3 Jahren über 3 Stunden täglich (etwa $3\frac{1}{2}$ Stunden in der Gruppe der Familien mit 2 und mehr Kindern unter 3 Jahren) und sinkt in den Familien mit einem Kind im Alter von 15-18 Jahren auf fast $\frac{1}{2}$ Stunde (ähnlich in der Gruppe mit 2 und mehr Kindern im Alter von 15-18 Jahren). Weiterhin fällt auf, daß Kinder offensichtlich der Mutter einen besonders hohen Zeitaufwand für Arbeiten, die in den Block „Wohnungsreinigung“ einzuordnen sind, abverlangen. In der Gruppe der Familien mit 2 und mehr Kindern im Alter zwischen 3 und 6 Jahren geht diese zusätzliche Belastung deutlich zu Lasten der Freizeitaktivitäten der Frau.

Tabelle 4
**Durchschnittlicher täglicher Zeitaufwand der Frau für Aktivitätenblöcke
nach der Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder in Minuten**

Kinderzahl	0	1	2	3 und mehr
Berufstätigkeit	191	190	152	91
Wohnungsreinigung	103	113	121	140
Wäsche und Bekleidung	52	48	52	61
Einkäufe	33	29	31	29
Mahlzeitenzubereitung	74	80	82	104
Hausarbeiten insgesamt	290	295	312	363
Kinderbetreuung darunter:	—	41	59	81
Körperpflege, An- und Auskleiden	—	10	13	19
In den Kindergarten / die Schule bringen / abholen und ähnliches	—	2	4	5
Schulaufgaben überwachen	—	6	12	18
Beaufsichtigung bei Sport / Spiel usw.	—	13	15	16
Besuch von Veranstaltungen usw.	—	6	8	14

Fortsetzung Tabelle 4

Sonstiges (z. B. Vorlesen)	–	5	7	8
Gespräche	90	109	111	110
Freizeit darunter:	234	206	195	192
Fernsehen, Musik hören, Lesen, Hobby pflegen usw.	91	80	74	68
Weiterbildung	8	6	8	6
Kultur-, Freizeit-, Sportveranstaltungen besuchen	12	14	14	16
Verwandte, Freunde besuchen / empfangen	46	38	31	31
Spazieren gehen, Sport treiben, im Freien erholen	45	35	34	31
Mitarbeit in Verein, Kirche usw.	8	11	13	17
Sonstiges (z. B. Nichtstun)	24	23	22	23
Besetzung in der Stichprobe	279	358	274	195

Quelle: Krüsselberg, Auge, Hilzenbecher, 1986, S.158.

Neben der Kinderzahl ist die Erwerbstätigkeit der Frauen fraglos die bedeutendste Determinante ihrer Zeitverwendungsmuster. Tabelle 6 vergleicht den Zeitaufwand zwischen erwerbstätigen und nichterwerbstätigen Frauen für sämtliche Einzelaktivitäten. Sichtbar wird zunächst, daß nichterwerbstätige Frauen nahezu für alle Aktivitäten deutlich mehr Zeit aufwenden. Die Abweichungen sind besonders gravierend bei den den Blöcken „Hausarbeit“ und „Kinderbetreuung“ zuzurechnenden Aktivitäten. Die zeitliche Mehrbelastung der erwerbstätigen Frauen geht aber offensichtlich kaum zu Lasten der Freizeitaktivitäten. Lediglich bei der Aktivität „Fernsehen, Hobbypflege etc.“ ist eine signifikante Differenz von ca. 20 Minuten zu konstatieren. Dagegen wenden erwerbstätige Frauen für ihre „Weiterbildung“ sogar noch etwas mehr Zeit auf. Etwas überraschend ist, daß die Zeitverwendungsstrukturen (Zeitbudgetanteile einzelner Aktivitäten, Aktivitätsgruppen) bei erwerbstätigen und nichterwerbstätigen Frauen in hohem Maße übereinstimmen. M. a. W.: diejenigen Aktivitäten, welche das Zeitbudget nichterwerbstätiger Frauen besonders belasten, erweisen sich auch bei erwerbstätigen Frauen — wenngleich auf niedrigerem Niveau — als zeitintensive Tätigkeiten.

8*

Table 5: Durchschnittlicher täglicher Zeitaufwand der Frau für Aktivitätenblöcke nach der Anzahl und dem Alter der Kinder in Minuten

Alter der Kinder	unter 3 Jahren		3 bis 6 Jahre		6 bis 15 Jahre		15 bis 18 Jahre	
	1	2 und mehr	1	2 und mehr	1	2 und mehr	1	2 und mehr
Kinderzahl	58	—	85	50	141	99	165	130
Berufstätigkeit	114	106	128	149	127	131	122	137
Wohnungsreinigung	52	55	51	47	57	53	54	63
Wäsche und Bekleidung	32	30	29	32	29	30	28	32
Einkäufe	79	69	83	83	89	96	93	96
Mahlzeitenzubereitung	294	248	290	307	300	306	297	325
Hausarbeit insgesamt	189	206	129	144	55	83	31	36
Kinderbetreuung	177	177	182	169	203	192	204	191
Freizeit	61	5	96	11	283	147	283	109
Besetzung in der Stichprobe								

Quelle: Krüsselberg, Auge, Hiltzenbecher, 1986, S. 162.

Tabelle 6
**Vergleich des durchschnittlichen täglichen Zeitaufwands für Einzelaktivitäten
zwischen erwerbstätigen und nichterwerbstätigen Frauen in Minuten**

Art der Tätigkeit	erwerbs- tätig	nicht- erwerbs- tätig	
Berufstätigkeit (einschließlich Wegzeiten)	231	—	
Grundbedürfnisse	Schlafen (vorausgegangene Nacht)	468	479
	Körperpflege	39	39
	Nahrungsaufnahme (nur zuhause)	65	72
Wohnungs- reinigung (ohne Kehrwoche)	Bettenmachen, Putzen, Aufräumen	73	102
	Geschirr spülen	23	36
	Sonstiges (z. B. Instandhalten)	9	12
Kehrwoche durchführen	2	3	
Gartenarbeit erledigen	15	27	
Fahrzeuge pflegen, warten, reparieren	1	1	
Haustiere pflegen (ohne Spaziergang)	4	4	
Wäsche und Bekleidung	Waschen, Reinigen, Trocknen, Bügeln	32	41
	Ausbessern, Stopfen, Flickern	7	10
	Sonstiges (z. B. Schneidern)	8	14
Einkäufe erledigen	28	36	
Zubereitung von Mahlzeiten	Frühstück	14	18
	Mittagessen	31	51
	Abendessen	20	23
	Zwischenmahlzeiten, Gäste bewirten	9	14
Betreuung kranker/behinderter Familienmitglieder	Arzt-, Krankenhausbesuche usw.	5	8
	Pflege	2	3
	Sonstiges (z. B. Zuspruch)	2	2
Betreuung der Kinder (ohne Gespräche)	Körperpflege, An- und Auskleiden	7	19
	In den Kindergarten / die Schule bringen / abholen u. ä.	2	4
	Schulaufgaben überwachen	6	12
	Beaufsichtigung bei Sport/Spiel usw.	7	18
	Besuch von Veranstaltungen usw.	6	7
Sonstiges (z. B. Vorlesen)	3	9	
Gespräche führen mit (auch telefonisch)	Ehegatten	41	45
	Kind(ern)	31	37
	Freunden, Verwandten	31	31
Freizeitgestaltung und Weiterbildung	Fernsehen, Musik hören, Lesen, Hobby pflegen usw.	74	92
	Weiterbildung	7	7
	Kultur-, Freizeit-, Sportveranstaltungen besuchen	14	14
	Verwandte, Freunde besuchen/ empfangen	35	40
	Spazieren gehen, Sport treiben, im Freien erholen	34	41
	Mitarbeit in Verein, Kirche usw.	11	13
	Sonstiges (z. B. Nichtstun)	22	25
Sonstiges	23	29	
Besetzung in der Stichprobe	779	327	

Quelle: Krüsselberg, Auge, Hilzenbecher, 1986, S. 165.

Tabelle 7: Vergleich des durchschnittlichen täglichen Zeitaufwands für Aktivitätsblöcke zwischen erwerbstätigen (et) und nichterwerbstätigen (net) Frauen im Wochenverlauf in Minuten

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Wochenmittel	
Wohnungsreinigung	et	98	98	107	122	133	64	104	
	net	175	156	157	169	183	138	67	149
Wäsche und Bekleidung	et	62	53	50	46	40	52	47	
	net	108	90	75	84	56	33	12	66
Einkäufe	et	27	26	27	33	43	40	—	28
	net	36	43	34	44	57	38	—	36
Mahlzeitenzubereitung	et	67	70	71	71	69	81	89	73
	net	101	108	109	111	106	103	102	106
Hausarbeit insgesamt	et	291	266	268	277	298	348	186	282
	net	466	432	420	446	444	352	189	393
Kinderbetreuung	et	32	32	33	29	27	33	34	31
	net	72	75	76	74	68	62	56	69
Gespräche	et	87	84	87	87	90	119	158	102
	net	103	109	108	105	105	119	148	113
Freizeit	et	145	154	155	144	154	262	370	197
	net	184	200	214	189	190	264	369	232

Quelle: Krüsselberg, Auge, Hilzenbecher, 1986, S. 167.

Größere Abweichungen zwischen diesen beiden Gruppen enthüllt eine Betrachtung der Verteilung des Zeitaufwandes auf die einzelnen Tätigkeiten im Wochenzyklus. Einen Überblick über die zeitliche Verteilung der einzelnen Tätigkeitsblöcke im Wochenverlauf vermittelt Tabelle 7.

Hier fällt zunächst auf, daß nichterwerbstätige Frauen mit über 7 Stunden täglich im Vergleich zu erwerbstätigen Frauen an Werktagen gut 3 Stunden zusätzlich für die Hausarbeit aufwenden. Bei beiden Gruppen sinkt der Zeitaufwand für die Hausarbeit bis zur Wochenmitte etwas ab, um danach wieder anzusteigen. Während bei erwerbstätigen Frauen der Belastungsgipfel (fast 6 Stunden) am Samstag erreicht wird, sinkt der Zeitaufwand bei nichterwerbstätigen Frauen von Freitag auf Samstag deutlich ab. Trotzdem wenden sie für Hausarbeitsaktivitäten am Samstag absolut noch etwas mehr Zeit auf als die erwerbstätigen Frauen. Für beide Gruppen ist der Sonntag im Wochenzyklus derjenige Tag mit der geringsten zeitlichen Belastung durch Hausarbeit. Dennoch ist der Sonntag kein freier Tag; beide Gruppen sind an diesem Tag immerhin mit durchschnittlich ca. 3 Stunden Hausarbeit belastet.

Mir scheint, bereits diese wenigen Auszüge aus einem weitaus reichhaltigeren Material erhellen, daß der Einsatz dieses Forschungsinstruments Familienzeitbudget nicht allein Plausibilitätsaussagen liefert (oder sie auch bestätigt). Es rückt zudem Verhaltensmuster und Dispositionskonturen ins Licht, die bezüglich der Analyse von Handlungszwängen und Handlungsspielräumen in Familienhaushalten weitere Aufmerksamkeit verdienen.

6. Ein zentrales Anwendungsbeispiel der Ökonomik der Familie: Die Wertermittlung der Haushaltsproduktion

In der aktuellen gesellschaftlichen Diskussion wird immer deutlicher die Forderung nach einer „neuen Partnerschaft zwischen Mann und Frau“ artikuliert. Zudem wird darüber reflektiert, inwieweit „Gleichwertigkeit der Arbeit im Beruf und in der Familie“ postuliert werden kann oder unter übergeordneten gesamtwirtschaftlichen Aspekten bereits existiert. Schließlich kann nicht geleugnet werden, daß das ökonomische Blickfeld Familie am ehesten unter dem Stichwort einer „Produktion im Schatten“ (*Krüsselberg, 1982*) erfaßt.

Gedankenlos sieht bis heute die traditionelle Wirtschaftswissenschaft an gesellschaftlich ganz zentralen produktiven Leistungen der Familie vorbei. Was damit dem Blickfeld der Analyse verlorengelht, ist die Tatsache, daß in jeder Familie permanent Entscheidungen gefällt werden, die ihre Mitglieder befähigen, Umwelteinflüsse aktiv umzusetzen. Solche Entscheidungen sind die Grundlage für produktive Leistungen zur Stabilisierung und Sicherung der Lebenslage der in Familien existierenden Menschen. — Und das ist bislang der weitaus größte Teil der Bevölkerung.

Damit ist bestimmt: Das familiale Handlungssystem ist stets auch ein Produktionssystem, eingebettet in Umweltsysteme wie Nachbarschaften und Gemeinden, Weltanschauungsmuster und Rechtsordnungen. Äußere, aus dem Umweltsystem stammende Anreize und Anstöße setzen einen Produktionsprozeß in Gang, der im Bereich der Familie, d. h. der dort lebenden Personen, abläuft und hier auch abgeschlossen wird — unter anderem mit der Produktion des Gutes „Gesundheit“. Gewiß werden Leistungen des Umweltsystems für die Familien bereitgestellt: z. B. Angebote des Bildungs- und Gesundheitssektors. Wie selbstverständlich wird unterstellt, Leistungen dieser Art würden ohne jede Aktivleistung der Familie angenommen und genutzt werden können. Übersehen wird Entscheidendes: die Qualität der Nutzung eines öffentlichen Angebotes ist allein das Ergebnis der Qualität der familialen Inanspruchnahme und der Qualität der familialen Aufarbeitung und Umsetzung (Krüsselberg, 1978, S. 211 ff.).

Daraus folgt, letztlich sind es die Familien, die in einem ungenügend bedachten Umfang darüber entscheiden, was an Umwelteinfluß übernommen bzw. nicht übernommen wird. Diese Aussage gilt für Bildungsangebote ebenso wie für Güterangebote, für die Berufswahl und die Partnerwahl, für konsumtive und investive Verwendung knapper Mittel wie Zeit und Einkommen, für politische Programme und für Werthaltungen.

Wenn es gilt, in diesem Zusammenhang Kriterien für die Bewertung der Tätigkeiten in Haushalt und Familie zu entwickeln, erlangt unser Forschungsweg und unser Material grundlegende Bedeutung.

Zunächst mag gemutmaßt werden, die gesellschaftliche Wertschätzung der Hausarbeit erfolge im Vergleich zur Erwerbsarbeit nicht nach Gesichtspunkten, die der personalen und gesellschaftlichen Bedeutung ihrer Funktion entsprechen. Ihr Rangplatz in der Gesellschaft werde nicht in einer rationalen Auseinandersetzung um Wert und Bewertungsmaßstäbe festgesetzt. Ihr Rangplatz ergäbe sich allenfalls aus der „Irrationalität gesellschaftlicher Gunstbezeugungen für die Frauen und diejenigen, die diese Hausarbeit leisten, sowie aufgrund der unterschiedlichen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Gruppen, durch Machtmittel für ihre Arbeit höhere Rangplätze zu erhalten.“ Unhaltbar sei die Ansicht, daß das, was privat geleistet wird, nicht der gesellschaftlichen Beachtung und Belohnung bedürfe. Nur da, wo die Familienhausfrau und ihre Versorgungsleistungen ausfallen, unterstützend eingreifen zu wollen, impliziere, den Mangel gesellschaftlich zu registrieren, „nicht aber die Leistung“ (von Schweitzer, 1981, S. 177).

Um solche gesellschaftlichen Fehlleistungen unterbinden zu können, bedarf es stetiger Bemühungen um die Wertermittlung von Leistungen des Familienhaushalts. Unser Weg war folgender (siehe hierzu jetzt im einzelnen *Hilzenbecher*, 1986 b, S. 114 ff.): Mittels einer Verknüpfung der Zeitmengenangaben und den Einstufungen nach der Leistungsanforderung wurde die Hausarbeit aufgeglie-

Tabelle 8
**Hausarbeitstätigkeiten nach ihrem Index der Leistungsanforderung
 und Einstufung in BAT-Gruppen**

	Aktivität	Index der Leistungsanforderung	BAT-Gruppe
Wohnungsreinigung (ohne Kehrwoche)	Bettenmachen, Putzen, Aufräumen	1,36	VIII
	Geschirr spülen	1,19	VIII
	Sonstiges (z. B. Instandhalten)	1,76	VII
Kehrwoche durchführen		1,13	VIII
Gartenarbeit erledigen		1,92	VII
Fahrzeuge pflegen, warten, reparieren		1,66	VII
Haustiere pflegen (ohne Spaziergang)		1,06	VIII
Wäsche und Bekleidung	Waschen, Reinigen, Trocknen, Bügeln	2,07	VI
	Ausbessern, Stopfen, Flickern	1,85	VII
	Sonstiges (z. B. Schneidern)	2,42	VI
Einkäufe erledigen		1,67	VII
Zubereitung von Mahlzeiten	Frühstück	1,64	VII
	Mittagessen	2,37	VI
	Abendessen	1,91	VII
	Zwischenmahlzeiten, Gäste bewirten	1,93	VII
Betreuung kranker/behinderter Familienmitglieder	Arzt-, Krankenhausbesuche usw.	0,86	–
	Pflege	1,98	VII
	Sonstiges (z. B. Zuspruch)	1,42	VIII
Betreuung der Kinder (ohne Gespräche)	Körperpflege, An- und Auskleiden	1,37	VIII
	In den Kindergarten / die Schule bringen / abholen u. ä.	0,65	–
	Schulaufgaben überwachen	2,08	VI
	Beaufsichtigung bei Sport/Spiel usw.	1,09	VIII
	Besuch von Veranstaltungen usw.	0,51	–
	Sonstiges (z. B. Vorlesen)	1,14	VIII

Quelle: Hilzenbecher, 1986 b, S. 118.

Tabelle 9: Bewertung des monatlichen Zeitaufwands der Frau für Hausarbeit nach BAT

Haushaltstyp	Produkt aus Zeitaufwand pro Woche und Stundenlohn												Gesamtsumme in DM
	wöchentl. Erwerbszeit der Frau in Stunden	Kinderzahl	BAT VIII			BAT VII			BAT VI				
			Stunden	DM	∑ DM	Stunden	DM	∑ DM	Stunden	DM	∑ DM		
0	0	0	16,22	57,01	924,70	17,62	60,68	1069,20	12,02	64,59	776,40	2770,30	
	1	1	23,10	57,01	1316,90	15,40	60,68	934,50	12,60	64,59	813,80	3065,20	
	2 und mehr	2 und mehr	24,20	57,01	1379,60	15,98	60,68	969,70	14,70	64,59	949,50	3298,80	
1 bis 20	0	0	12,48	57,01	711,50	15,52	60,68	941,80	10,27	64,59	663,30	2316,60	
	1	1	15,98	57,01	911,00	13,42	60,68	814,30	10,62	64,59	685,90	2411,20	
	2 und mehr	2 und mehr	18,90	57,01	1077,50	14,00	60,68	849,50	11,90	64,59	768,60	2695,60	
21 bis 39	0	0	12,25	57,01	698,40	13,30	60,68	807,00	8,40	64,59	542,60	2048,00	
	1	1	14,47	57,01	824,90	11,90	60,68	722,10	8,98	64,59	580,00	2127,00	
	2 und mehr	2 und mehr	15,75	57,01	897,90	11,55	60,68	700,90	9,45	64,59	610,40	2209,20	
40 und mehr	0	0	7,58	57,01	432,10	8,63	60,68	523,70	5,72	64,59	369,50	1325,30	
	1	1	12,25	57,01	698,40	9,57	60,68	580,70	6,53	64,59	421,80	1700,90	
	2 und mehr	2 und mehr	10,27	57,01	585,50	10,27	60,68	623,20	7,93	64,59	512,20	1720,90	

Quelle: Hiltzenbecher, 1986b, 120.

dert und den Vergütungsgruppen des Bundesangestellten-Tarifs (BAT) zugeordnet. Hierbei wurden Tätigkeiten mit einem Index von 1 bis 1,5 gemäß Vergütungsgruppe BAT VIII, von 1,6 bis 2,0 nach BAT VII und solche mit einem höheren Wert als 2,0 nach BAT VI eingestuft. Das Ergebnis zeigt Tabelle. 8.

Tätigkeiten mit einem Index von kleiner als 1 wurden nicht in die Bewertung einbezogen, da sie von den Respondenten im wesentlichen „nicht als Arbeit“ angesehen wurden. Die Einschätzungen der Haushalte ließen — dies sei ausdrücklich angemerkt — insgesamt eine bemerkenswerte Kongruenz mit den Einstufungsrichtlinien des BAT erkennen. Von Gefahr einer „Überschätzung“ des Wertes der eigenen Arbeit kann deshalb sicherlich nicht gesprochen werden.

Tabelle 10
Gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung der Hausarbeit in DM

wöchentl. Erwerbszeit der Frau in Stunden	Kinderzahl	Wertschöpfung der von allen Haushaltsmitgliedern geleisteten Hausarbeit
0	0	38 203 719 200,-
	1	10 816 929 000,-
	2 und mehr	14 620 280 300,-
1 bis 20	0	2 137 449 600,-
	1	2 054 761 700,-
	2 und mehr	1 990 893 100,-
21 bis 39	0	2 062 840 500,-
	1	1 401 118 900,-
	2 und mehr	1 029 827 000,-
40 und mehr	0	11 126 209 000,-
	1	3 123 470 900,-
	2 und mehr	2 188 465 200,-
Gesamtsumme im Monat		90 755 964 400,-
Gesamtsumme im Jahr		1 089 071 572 800,-

Quelle: Hilzenbecher, 1986 b, S. 123.

Dann wurden die Zeitangaben für Tätigkeiten in gleichen BAT-Gruppen zusammengefaßt und mit den entsprechenden Stundenlöhnen bewertet. Bei Untergliederung der an der Untersuchung beteiligten Haushalte nach der Kinderzahl und dem Umfang der wöchentlichen Erwerbszeit der Frau ergeben sich bei einer *Bewertung des monatlichen Zeitaufwands der Frau für Hausarbeit* die in Tabelle. 9 aufgelisteten Ergebnisse.

Die letzte Spalte von Tabelle 9 zeigt deutlich, wie der Wert der Hausarbeit der Frau mit steigender Kinderzahl wächst und mit zunehmender Erwerbszeit abnimmt. Werden diese Wertsummen mit der Anzahl der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Frauen (im erwerbs- und heiratsfähigen Alter) multipliziert und der Umfang der Mithilfe der übrigen Familienmitglieder bei der Hausarbeit miteinbezogen, fallen die in Tabelle 10 angegebenen Zahlen zur *gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung* an.

Für die (auf das Jahr 1982 bezogenen) Wertansätze beläuft sich die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung der von *allen Haushaltsmitgliedern* geleisteten Hausarbeit in Familien (mit Frauen im erwerbs- und heiratsfähigem Alter) auf DM 1089071572800,—.

Bezogen auf das Bruttosozialprodukt macht dies einen Anteil von
68 Prozent aus.

7. Schlußbemerkung

Über unser Ergebnis in 6. muß weiter nachgedacht werden. Schließlich mag insbesondere professionellen Ökonomen, soweit sie die außergewöhnlich hohe Bedeutung von Märkten für die Erfassung von Wertgrößen nicht eingeschränkt sehen möchten, dieses Wertvolumen an nicht-marktlich ausgewiesenen Endprodukten als überzogen erscheinen. Daß wir glaubten, bei der Entscheidung für die Wahl monetärer Multiplikatoren (im Sinne von „Schattenpreisen“ auf der Linie von „Opportunitätskosten“-Ansätzen) de facto einem Niedrigstwertprinzip zu folgen, mag sie wenig beeindrucken. Hier sollte jedoch grundsätzlicher argumentiert werden, zumal das Phänomen der gesellschaftlich relevanten Arbeit in weiten Bereichen kontrovers diskutiert wird.

So mutmaßen gegenwärtig einige Soziologen wie z.B. *H. Arendt* und *R. Dahrendorf*, der Gegenwartsgesellschaft gehe die Arbeit aus. Die große Mehrheit der Ökonomen hingegen meint, unsere demokratische, marktwirtschaftlich geordnete Wirtschaftsgesellschaft könne prinzipiell den Menschen genug Arbeit geben. Offensichtlich spielt in diesem Disput eine Rolle, daß Arbeit und Markt nicht beliebig zu definieren sind.

Nach ökonomischem Selbstverständnis ist ein Markt eine nicht notwendigerweise offizielle Institution zur Abwicklung dezentraler Tauschvorgänge, die letztlich auf Produktionsleistungen zurückzuführen sind. Allerdings gibt es auch

keinen gesellschaftlich relevanten Tausch, der stärker institutionellen Normen, Geboten und Spielregeln unterworfen ist als der von Arbeit. Daß dies besonders ausgeprägt für den Fall der Erwerbsarbeit zutrifft, bedeutet nicht, daß der Analytiker die Prozesse in den übrigen Bereichen geregelter Arbeit außer acht lassen kann. Dort findet nämlich gleichfalls Eigen- und Fremdnachfrage nach Arbeit und Eigen- und Fremdanangebot an Arbeit statt — alles steht zudem unter der zeitlichen Restriktion des 24-Stunden-Tages.

Wir können zumindest vier Arbeitsmarktebenen unterscheiden: 1. Märkte für Haus- und Familienarbeit; 2. Märkte für Schattenarbeit; 3. Märkte für Erwerbsarbeit; 4. Märkte für gesellschaftlich bedeutsame Arbeit.

Vier Austauschfelder für Arbeit — zumindest vier — begründen das „Realphänomen Arbeitsmarkt“. Sie sind sowohl in ihrer jeweiligen Eigenheit als auch bezüglich ihrer wechselseitigen Verknüpfung zu analysieren, wenn wir die Prozeßdimension des Realphänomens Arbeitsmarkt einigermaßen einfangen wollen.

Wegen der Interdependenz aller genannten Teilmärkte gibt es Substitutions- und Komplementaritätsbeziehungen zwischen ihnen. Speziell unter volkswirtschaftlichen (Effizienz- und Allokations-) Aspekten müßte deshalb immer wieder geprüft werden, welche „Wertmenge“ auf jedem dieser Teilmärkte erstellt wird.

So mag — eben vor dem Hintergrund der empirischen Ergebnisse des Abschnitts 6 — ganz kritisch gefragt werden, ob nicht die in 1. erwähnte These vom massiven Funktionsverlust der Familie bezüglich vieler Teilaufgaben gesellschaftlichen Lebens ein wissenschaftlicher Irrläufer war. Dann aber muß darüber nachgedacht werden, ob die tatsächlich bis in die Gegenwart zu beobachtende Tendenz, Teilbereiche dessen, was einst Aktivitäten des Alltagslebens darstellten, zu professionalisieren, dauerhaft sein kann. Zumindest die Möglichkeit, daß Professionalisierung — etwa im Zusammenhang mit einem steigenden Bildungs- und Qualifikationsniveau (der Mitglieder von Familienhaushalten) — in Konkurrenz zur Familientätigkeit gerät, muß reflektiert werden. Gewiß impliziert Professionalisierung gesellschaftliche Aufwertung und sichere monetäre Alimentierung (bei über den Markt und den Staat bereitgestellten Arbeitsplätzen). Unter dem Aspekt volkswirtschaftlicher Effizienz hingegen muß sich auch Professionalisierung die Frage gefallen lassen, ob nicht erhebliche Teilbereiche in das Feld sinkender Grenzerträge gelangt sind. Das aber würde ihre Substitution durch Familientätigkeit unter Allokationsaspekten ermöglichen oder gar erforderlich machen.

Literatur

- Becker, G. S.* (1960): An Economic Analysis of Fertility, in: Demographic and Economic Change in Developed Countries, National Bureau of Economic Research, Princeton, wiederabgedruckt in: Ders. (Hrsg.), The Economic Approach to Human Behavior, Chicago, London 1976, S. 171-194.
- Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.) (1975): Zweiter Familienbericht. Familie und Sozialisation, Bonn-Bad Godesberg.
- (1979): Dritter Familienbericht. Die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn-Bad Godesberg.
- Easterlin, R. A.* (1975): An Economic Framework for Fertility Analysis, in: Studies in Family Planning, Vol. 6, No. 3, S. 54-63.
- Grass, R. D., W. Stützel* (1984): Volkswirtschaftslehre, München.
- Hawrylyshyn, O.* (1977): Towards a Definition of Non-Market Activities, in: The Review of Income and Wealth, Series 23, No. 1, S. 79-96.
- Hilzenbecher, M.* (1984): Frauenerwerbstätigkeit, Familienzyklus und Zeitallokation. Zeitbudgetanalyse als Voraussetzung für eine empfänger- und phasengerechte Ausgestaltung familienpolitischer Maßnahmen, Spardorf.
- (1986a): Grundlagen einer empirischen Erfassung von Familienzeitbudgets durch die amtliche Statistik, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft, Heft 1, S. 33-39.
- (1986b): Die (schattenwirtschaftliche) Wertschöpfung der Hausarbeit — eine empirische Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Heft 2, S. 107-130.
- König, R.* (1974): Materialien zur Soziologie der Familie, 2. Aufl., Köln.
- Krüsselberg, H. G.* (1975): Der Beitrag der kollektiven Leistungen zum Versorgungsniveau der privaten Haushalte, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft, Heft 4, S. 157-165.
- (1976): Aspekte der Einkommensverteilung: Theorie und Politik, in: D. Cassel, H. J. Thieme (Hrsg.), Einkommensverteilung im Systemvergleich, Stuttgart, S. 11-29.
- (1978): Bildung und Ausbildung: Der Familienhaushalt im Spannungsfeld gesellschaftlicher Institutionen, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft, Heft 5, S. 211-217.
- (1979): Vitalvermögenspolitik und die Einheit des Sozialbudgets: Die ökonomische Perspektive der Sozialpolitik für das Kind, in: K. Lüscher (Hrsg.), Sozialpolitik für das Kind, Stuttgart, S. 143-179.
- (1982): Familie im Blickfeld: Produktion im Schatten, Vortrag im Saarländischen Rundfunk am 25. 11. 1982.
- (1984): Wohlfahrt und Institutionen: Betrachtungen zur Systemkonzeption im Werk von Adam Smith, in: F. X. Kaufmann, H. G. Krüsselberg (Hrsg.), Markt, Staat und Solidarität bei Adam Smith, Frankfurt, New York, S. 185-216.
- (1985): Familienpolitik — Aufgaben und Probleme, in: K. H. Oppenheimer, A. Wagner (Hrsg.), Ökonomische Verhaltensweisen und Wirtschaftspolitik bei schrumpfender Bevölkerung, Ifo-Studien zur Bevölkerungsökonomie 2, München, S. 429-463.

- M. Auge, M. Hilzenbecher (1986): Verhaltenshypothesen und Familienzeitbudgets — Die Ansatzpunkte der „Neuen Haushaltsökonomik“ für Familienpolitik, Band 182 der Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz.
- Leibenstein, H.* (1975): The Economic Theory of Fertility Decline, in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. 84, No. 1, S. 1-31.
- Leibowitz, A.* (1974): Home Investments in Children, in: T. W. Schultz (Hrsg.), Economics of the Family, Chicago, London, S. 9-30.
- Schweitzer, R. von* (1981): Wert und Bewertung der Arbeit im Haushalt, in: Dies. (Hrsg.), Leitbilder für die Familie und Familienpolitik, Festgabe für Helga Schmucker zum 80. Geburtstag, Berlin, S. 167-192.

Diskussion zum Referat von H. G. Krüsselberg

Einige Hypothesen der „Economics of the family“*

Der Themenkreis der ersten Hälfte der Diskussion entstammt dem Referatsabschnitt über die Wertermittlung der Haushaltproduktion. Die in der Stichprobe von 1200 Haushalten angegebenen Zeitbudgets für die verschiedenen Tätigkeiten könnten mit systematischen Meßfehlern behaftet sein, da die Aufschreibungen durch die „mutmaßlich gewünschten“ Zeitbudgets verzerrt sein könnten. In der Tendenz scheinen jedoch die Zeitaufschreibungen geringere Fehler als andere Ermittlungstechniken, zum Beispiel Interviews, zu haben. Die Bewertung der Zeitbudgets mit bestimmten BAT-Sätzen wird durchweg als sehr problematisch empfunden, da sie nicht den Marktpreisen für die jeweiligen Tätigkeiten entsprechen und in den Tarifen der öffentlichen Dienste gewisse Verzerrungen festzustellen seien.

Die im zweiten Teil der Diskussion behandelten Fragen betreffen die aus den Zeitbudgets festzustellenden Substitutionsbeziehungen verschiedener entgeltlicher und unentgeltlicher (Haushalts-) Tätigkeiten und die Folgerungen aus dem empirischen Material für die ökonomische Theorie der Familie. Die Hauptfrage zur Substitutionsbeziehung ist, wie die Erwerbstätigkeit der Mütter die Haushaltsproduktion und -konsumption verändere (Schlüsselkinderproblem). Aus den Ergebnissen, daß bei zunehmender Frauenerwerbstätigkeit die geleistete Hausarbeit und die Freizeit abnehmen, die Kinderbetreuung aber zunimmt, wird nicht allgemein geschlossen, daß die Qualität der Kinderversorgung — ein präzisierungsbedürftiger und historischen Veränderungen unterliegender Tatbestand — mit dem Einkommen positiv korreliert.

* Protokoll der Sitzung des Sozialwissenschaftlichen Ausschusses der Gesellschaft für Wirtschaft- und Sozialwissenschaften am 10. 5. 1985 in Celle.

Innerfamiliäre Folgeerscheinungen der Arbeitslosigkeit von Frauen

Von *Klaus Heinemann*, Hamburg

1. Vorbemerkungen

Arbeitslosigkeit bedeutet, daß sich das verfügbare Einkommen verringert, wichtige Möglichkeiten für soziale Kontakte verloren gehen und der soziale Status unsicher wird; Fähigkeiten können nicht mehr erprobt werden, wichtige Realitätserfahrungen bleiben verschlossen; Zeitbudget und Zeitbewußtsein ändern sich, weil die Zeit durch die Arbeit nicht mehr strukturiert wird.¹ Diese Veränderungen und Belastungen, die Arbeitsplatzverlust und Arbeitslosigkeit mit sich bringen, müssen sich auch auf die Familie auswirken:

- Arbeitslosigkeit führt zu einer Veränderung der innerfamiliären „Ressourcenstruktur“, es steht in der Regel weniger Geld, aber mehr Zeit zur Verfügung; so müssen nicht nur Ansprüche reduziert und Prioritäten neu definiert werden,² vielmehr können (bzw. müssen) Leistungen, die zuvor im Markt erworben wurden, innerhalb der Familie selbst erstellt werden.
- Hinzu können Veränderungen in der innerfamiliären Einfluß- und Autoritätsstruktur treten: Das eigene Einkommen ermöglicht es z. B. der berufstätigen Frau, größeren Einfluß auszuüben, weil sie weniger abhängig und daher in der Lage ist, sich notfalls auch allein zu ernähren. Kontrolle über Geld hat Einfluß auf die Autoritätsstrukturen, zum einen aufgrund der Verfügungsmöglichkeit über Geld; zum anderen leitet sich aus der beruflichen Tätigkeit Selbstbewußtsein ab, denn sie belegt erfolgreiche Lebensbewältigung, beruflichen Erfolg und Durchsetzungskraft — ein Tatbestand, der gerade in einer

¹ Bereits in der „Marienthalstudie“ von *Jahoda/Lazarsfeld* (1933) sind diese Effekte der Arbeitslosigkeit nachgewiesen und dokumentiert; Untersuchungen in den letzten Jahren über die Konsequenzen des Arbeitsplatzverlustes und der Arbeitslosigkeit bestätigen, daß trotz einer gegenüber den 30er Jahren besseren materiellen Absicherung dennoch weitreichende physische, psychische und soziale Folgen der Arbeitslosigkeit eintreten können. Vgl. dazu z. B. *Wacker* (1976), *Heinemann* (1978)

² Daß eine solche Anpassung sich nicht immer reibungslos vollzieht, zeigt sich etwa in der Tatsache, daß in Familien, in denen die Frau arbeitslos geworden ist, Geldstreitigkeiten zu den häufigsten Konflikten zwischen den Ehepartnern werden.

Leistungsgesellschaft, in der Status und Ansehen in erster Linie aus beruflichem Erfolg legitimiert werden, von besonderer Bedeutung ist.³

- Weiter sind Veränderungen in der Entscheidungsfindung und in der Kontrolle über innerfamiliäre Angelegenheiten in Rechnung zu stellen. Die Berufstätigkeit der Frau führt dazu, daß sie an weniger Entscheidungen über Aufgaben im Haushalt beteiligt ist, der Mann innerhalb der Familie mehr Entscheidungen übernimmt. Die berufstätige Frau ist eher bereit, ihre Entscheidungsbefugnis und die Kontrolle über die Aufgabenbewältigung zu verringern, weil sie einen eigenen, selbständigen Lebensbereich außerhalb der Familie, nämlich in ihrem Beruf besitzt.
- Schließlich können Probleme daraus entstehen, daß die Familienmitglieder länger und häufiger in der Familie zusammen sind und die Notwendigkeit entsteht, Arbeitsteilung und Zeitverwendung neu festzulegen und neue Formen des Zusammenlebens zu entwickeln.

Folgen, die die Arbeitslosigkeit mit sich bringt, sind unterschiedlich, je nachdem, ob der Mann, die Frau oder Kinder der Familie arbeitslos werden. Die folgenden Überlegungen und Untersuchungsergebnisse behandeln in erster Linie innerfamiliäre Veränderungen, die durch die Arbeitslosigkeit der Frau ausgelöst werden können. Dabei sollen zwei Problemfelder herausgegriffen werden, und zwar

1. die innerfamiliäre Arbeitsteilung als Beispiel dafür, in welcher Form sich die innerfamiliäre Organisation an neue, durch die Arbeitslosigkeit bewirkte Erfordernisse anpaßt, und
2. innerfamiliäre Konfliktstrukturen als Beispiel dafür, mit welchen Schwierigkeiten und Interessengegensätzen die Bewältigung der Probleme des innerfamiliären Zusammenlebens verbunden ist bzw. die Anpassung an die neue Lebenssituation erfolgt.

2. Empirisches Material

Die empirischen Daten zu den innerfamiliären Folgeerscheinungen der Arbeitslosigkeit von Frauen wurden in einer Paneluntersuchung gewonnen, in der nach einem Quotaverfahren ausgewählte Frauen im gesamten Bundesgebiet 60-70 Minuten interviewt wurden. An der ersten Befragungsrunde nahmen 1 500 arbeitslose Frauen und (als Kontrollgruppen) jeweils 500 erwerbstätige Frauen und Hausfrauen teil. In der zweiten Befragungswelle konnten aus diesem

³ So haben — empirisch nachgewiesen — berufstätige Frauen ausgeprägtere Erwartungen in bezug auf eine gleichgewichtigere Verteilung von Autorität und Einfluß innerhalb der Familie. Symptomatisch für diesen Zusammenhang ist auch die Tatsache, daß berufstätige Frauen häufiger über ein eigenes Konto und auch eher über das Konto ihres Mannes verfügen als Hausfrauen und auch arbeitslose Frauen.

Sample 910 arbeitslose Frauen, 323 erwerbstätige Frauen und 330 Hausfrauen erfaßt werden.

Da keine Möglichkeit bestand, aus den Adressendaten der Arbeitsämter eine Zufallsstichprobe arbeitsloser Frauen zu ziehen, wurde auf der Grundlage der Strukturanalyse der Bundesanstalt für Arbeit für alle drei Stichproben ein einheitlicher Quotenplan, in dem die Quotenmerkmale Alter, Familienstand und Berufsausbildung verknüpft wurden, gebildet.

Als Grundraster für die Analyse diente uns die Aufteilung der Befragten in fünf Gruppen mit unterschiedlichem Erwerbsstatus. Diese Gruppen setzen sich zusammen aus den Frauen, die zum Zeitpunkt der ersten oder zweiten Befragungswelle erwerbstätig (E), arbeitslos (A) oder Hausfrau (H) waren. Durch den Erhalt oder Wechsel des Erwerbsstatus zwischen den Befragungswellen ergaben sich folgende Statusgruppen:

1. EE — Frauen, die sowohl zum Zeitpunkt der ersten als auch der zweiten Befragungswelle erwerbstätig waren (N = 323),
2. AE — Frauen, die zum Zeitpunkt der ersten Befragungswelle beim Arbeitsamt als Arbeitssuchende gemeldet waren und zum Zeitpunkt der zweiten Befragungswelle erwerbstätig waren (N = 227),
3. AA — Frauen, die zu beiden Befragungszeitpunkten beim Arbeitsamt als Arbeitssuchende gemeldet waren (N = 528),
4. AH — Frauen, die zum Zeitpunkt der ersten Befragungswelle beim Arbeitsamt als Arbeitssuchende gemeldet waren, ein halbes Jahr später jedoch nicht mehr arbeitslos gemeldet waren und angaben, zur Zeit Hausfrau zu sein (N = 155),
5. HH — Frauen, die zu beiden Befragungszeitpunkten weder erwerbstätig waren noch arbeitslos gemeldet waren und angaben, zur Zeit Hausfrau zu sein (N = 330). Die Besetzungszahlen in weiteren Statusgruppen waren so gering, daß eine eingehendere Analyse sich auf die fünf genannten Gruppen beschränken muß.

Die Untersuchungen der innerfamiliären Veränderungen in den genannten zwei Dimensionen ist nur ein kleiner Teil der vielfältigen Fragestellungen, denen die Erhebung nachging. Dieser Teil besitzt daher auch keine eigenständige theoretische Begründung, sondern ist Bestandteil einer arbeitssoziologischen Konzeption der Belastungen der Arbeitslosigkeit.

3. Arbeitslosigkeit und innerfamiliäre Arbeitsteilung

Formen innerfamiliärer Arbeitsteilung sind bereits in einer Vielzahl empirischer Arbeiten untersucht worden.⁴ Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind —

und zwar für alle Länder, in denen sie durchgeführt wurden — eindeutig: Traditionale, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung innerhalb der Familie verliert an Verbindlichkeit, Familienrollen werden zunehmend offen definiert und damit in besonderem Maße durch individuelle und persönliche Entscheidungen und Gewohnheiten vor allem dann gestaltet, wenn die Frau erwerbstätig ist; die Rollendefinitionen werden stärker von individuellen Arrangements, von Präsenz und der zur Verfügung stehenden Zeit abhängig. Damit ist strikte Arbeitsteilung zwischen den Partnern nicht ausgeschlossen, macht sie jedoch nicht mehr von traditionellen Rollenbindungen, sondern von individuellen Gegebenheiten und Möglichkeiten abhängig. Sie kann bestimmt sein durch die zeitliche Verfügbarkeit, sie kann Ausdruck des Bemühens sein, eigenständige Aufgabenzonen und Funktionsbereiche aufzubauen, in denen man „zu Hause“ ist; so stellt Arbeitsteilung nicht nur ein Organisationsprinzip dar, das normativ fixiert ist oder größere Effizienz aufgrund von Spezialisierung verspricht. Sie ist vielmehr zugleich eine Strategie der Abrenzung, durch die Zuständigkeitsbereiche bestimmt und durch die eindeutige Zuordnungen der Aufgaben möglich werden. Sie kann aber auch von Arbeitsorientierung bzw. von der Bindung an die Hausfrauenrolle abhängig sein und damit zugleich von motivationalen Gegebenheiten und von der Geschlechtsidentität geprägt werden.

Die Untersuchung der durch die Arbeitslosigkeit der Frau bewirkten Veränderungen der innerfamiliären Arbeitsteilung gibt dabei die Möglichkeit zu überprüfen, in welchem Umfang die jeweilige Aufgabenverteilung normgebunden traditional oder habituell festgelegt ist bzw. sich situativen Veränderungen und Zwängen beugt und in welchem Umfang eine Veränderung in der Ressourcenstruktur einen Wechsel in der innerfamiliären Leistungserstellung zur Folge hat.

Um ein Bild darüber zu erhalten, nach welchen Mustern innerfamiliäre Arbeitsteilung vorgenommen und durch die Arbeitslosigkeit beeinflusst wird, wurde den befragten Frauen eine Liste mit 15 Tätigkeiten mit der Bitte vorgelegt, anzugeben, welche der genannten Tätigkeiten im allgemeinen von ihr selbst,

⁴ Aus der Fülle der Literatur sei genannt: *Blood, R. O., Hamblin, R., The Effects of the Wife's Employment and the Family Power Structure*, in: *Bell, N. W., Vogel, E. F., A Modern Introduction to the Family*, New York, 1972, vor allem S. 442f.

Mowner, E. R., The Differentiation of Husband and Wife — Roles, in: *Journal of Marriage and the Family*, Vol. 31, No. 3.

Hoffmann, L. W., Effects of the Employment of Mothers on Parental Power Relations and the Division of Household Tasks, in: *Marriage and the Family Living*, 1973, 22.

Powell, K. S., Maternal Employment in Relation to Family Life, in: *Marriage and the Family Living*, 1961, 10.

Oppenheimer, V. K., The Sociology of Women's Economic Role in the Family, in: *American Sociological Review*, 1977, Vol. 42.

Rosenblatt, M., Rosenblatt, B., Berufstätigkeit, Gleichberechtigung und partnerschaftliche Familie, in: *Kölnische Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 24, 1972.

Zelditch, M., Role Differentiation in the Nuclear Family, in: *Bell, N. W., Vogel, E. F., A Modern Introduction to the Family*, New York 1972.

welche vom Mann und welche gemeinsam ausgeübt werden. Zwar konnten mit den vorgegebenen Tätigkeiten nicht sämtliche innerhalb der Familie zu bewältigende Aufgaben erfaßt werden; außerdem sind die gewählten Beispiele konventionell zusammengestellt. Mit dieser Auswahl sollte jedoch erreicht werden, daß möglichst viele und typische Tätigkeitskomplexe angesprochen werden, die nach traditionellem Verständnis entweder reine Hausfrauentätigkeiten bzw. Männertätigkeiten sind oder in einen Zwischenbereich gehören.

Die insgesamt 15 Tätigkeiten lassen sich fünf Funktionsbereichen innerhalb der Familie zuordnen, und zwar:

1. Ernährung (mit den Tätigkeiten: Frühstück zubereiten, Mittagessen zubereiten und Abendessen zubereiten,
2. Haushaltstätigkeiten (mit den Aufgaben: Wäsche waschen, Säubern, Geschirr spülen),
3. Versorgungsaufgaben (mit den Tätigkeiten: Haushaltseinkäufe, Urlaubsorganisation, Haushaltsreparaturen),
4. Verwaltung (mit den Tätigkeiten: Versicherung, Bankangelegenheiten, Behördengänge) und
5. Erziehung (mit den Tätigkeiten: Versorgung der Kinder, Überwachung der Schulaufgaben, Bestrafung der Kinder).

Eine Übersicht über die Häufigkeiten der Arbeitsübernahme durch die Frau bzw. den Mann deutet zwar auf eine Auflockerung der Arbeitsrollen vor allem bei den Erwerbstätigen ebenso wie auf deutliche Einflüsse der Arbeitslosigkeit auf die innerfamiliäre Arbeitsteilung hin (vgl. Tabelle 1). Insgesamt zeigt sich jedoch, daß die Frau stets die Hauptlast in der Bewältigung der Arbeitsaufgaben innerhalb der Familie trägt, unabhängig davon, ob sie berufstätig, Hausfrau oder arbeitslos ist.

Im Funktionsbereich Ernährung ist der kontinuierliche Anstieg der Belastungen von der Gruppe der Erwerbstätigen (EE) mit 200% (Summe der Tätigkeiten in diesem Bereich) über die drei arbeitslosen Gruppen bis hin zu den Hausfrauen (HH) mit 260% deutlich. Umgekehrt fällt die Mitarbeit des Partners aus. Während bei den Erwerbstätigen noch jeder fünfte zumindest eine der in diesem Funktionsbereich zusammengefaßten Tätigkeiten allein übernimmt, sind es in der Gruppe AH nur noch 8%. Immer aber sind die Fluktuationsraten⁵ dann, wenn die Frau diese Tätigkeit übernommen hat, relativ gering, eine feste Arbeitsrollenteilung ist also auch längerfristig gültig, die Arbeitsteilung in diesem Funktionsbereich ein relativ festes Verhaltensmuster. Eine gemeinsame Erfüllung der Aufgaben bzw. die Übernahme durch den Partner ist demgegenüber stärker situationsspezifisch wechselnd, ohne Regelmäßigkeit und Konstanz. Daher sind die Fluktuationsraten in diesem Fall deutlich höher.

⁵ Die Fluktuationsraten geben an, wieviel % der Befragten gegenüber der ersten Befragungswelle eine andere Antwort auf die betreffenden Fragen gaben bzw. ihre Antwort unverändert blieb.

Wenn auch ein relativ festes Verhaltensmuster in der Aufgabenteilung entsteht, bleibt dennoch eine situationsspezifische Flexibilität in der Aufgabenteilung vorhanden. Darauf verweist zum einen die Abnahme der Belastungen in der Gruppe AE nach der Übernahme der Erwerbstätigkeit — Aufgaben werden in zunehmendem Maße vom Mann übernommen, zum Teil auch gemeinsam durchgeführt — zum anderen die Zunahme der Belastung mit der Dauer der Arbeitslosigkeit in der Gruppe AA, noch deutlicher in der Gruppe AH, in der vor allem auf eine gemeinsame Bewältigung der Aufgaben nach der Übernahme der Hausfrauenrolle verzichtet wird. Der Mann zieht sich Schritt für Schritt von den familiären Aufgaben in diesem Funktionsbereich zurück, wenn die Frau arbeitslos ist und die Hausfrauenrolle übernimmt.

Auch im Funktionsbereich „Haushaltstätigkeit“ kann die Frau wenig Mithilfe von ihrem Mann erwarten. Dieser Funktionsbereich ist offensichtlich noch stark an traditionelle Rollenmuster gebunden. Auf Arbeitslosigkeit und Statuswechsel wird nur begrenzt reagiert, die Fluktuationsraten weisen auf feste Verhaltensmuster hin.

Ein etwas anderes Bild ergibt sich in dem Funktionsbereich „Versorgung“, der auch nach traditionellem Selbstverständnis in einen Zwischenbereich bzw. stärker in die Zuständigkeit des Mannes gehören. So sind die Unterschiede in der Arbeitsaufteilung zwischen den einzelnen Statusgruppen nicht mehr gravierend, wenn auch nach wie vor in der Tendenz die Hausfrauen (HH) stärker mit Aufgaben in diesem Bereich belastet sind als die Erwerbstätigen (EE). Grundsätzlich jedoch werden diese Aufgaben sehr viel häufiger gemeinsam oder vom Mann allein bewältigt; auch wird eine Form der Arbeitsteilung keineswegs rigide eingehalten, sondern — wie die hohen Fluktuationsraten andeuten — häufiger geändert. Auch ein Statuswechsel, also der Übergang in die Erwerbstätigkeit bzw. in die Hausfrauenrolle hat kaum eine Veränderung in der Belastung in diesen Aufgabenbereichen zur Folge.

Im Funktionsbereich „Verwaltung“ zeigt sich besonders in der Gruppe HH ein anderes Muster der Arbeitsteilung. Behördengänge, Versicherungs- und Bankangelegenheiten, also Tätigkeiten, die in besonderem Maße Außenkontakte erfordern und Kommunikationsmöglichkeiten eröffnen, werden vom Mann in der Regel alleine ausgeübt. Arbeitslose Frauen jedoch übernehmen häufiger diese Aufgaben alleine bzw. führen sie mit ihrem Mann gemeinsam aus. Das bedeutet, daß arbeitslose Frauen die ihnen zur Verfügung stehende Zeit auch dazu nutzen, Tätigkeiten mit sozialen Kontaktchancen und Umweltbeziehungen mit zu übernehmen. Wechselt jedoch die arbeitslose Frau in die Hausfrauenrolle (Statusgruppe AH), verliert sie (mit dem Statuswechsel) auch diese Aufgaben. Verwaltungsangelegenheiten, die während der Arbeitslosigkeit noch gemeinsam geregelt wurden, übernimmt nach dem Statuswechsel der Mann alleine. Diese Umschichtung der Aufgabenverteilung ist besonders auffällig bei den Bankangelegenheiten. Wenn die Frau nicht mehr über ihr eigenes Einkommen verfügt, regelt der Mann die Bankangelegenheiten alleine und das bedeutet

in der Regel, daß der Mann Verfügungs- und Kontrollmöglichkeiten über die Verwendung des Einkommens besitzt.

Wird die Frau wieder erwerbstätig (Gruppe AE), so werden auch Bankangelegenheiten wieder häufiger zusammen mit dem Mann oder von ihr alleine wahrgenommen.

Für die Beurteilung der Wirkungen der Arbeitslosigkeit ist die Art, wie die Aufgabenverteilung mit der Dauer der Arbeitslosigkeit umgeschichtet wird, ebenfalls von Bedeutung. Diese Umschichtung erfolgt meist nach folgendem Muster: Was vom Mann erledigt wurde, solange die Frau berufstätig war, macht man bei nur kurzfristiger Arbeitslosigkeit gemeinsam. Schließlich gehen bei länger anhaltender Arbeitslosigkeit die Aufgaben in die alleinige Verantwortung der Frau über. Typische Beispiele für solche Umschichtungen sind die kleineren Reparaturen am Haus und in der Wohnung, — diese werden bei jenen, die erst einen Monat arbeitslos sind, zu 80% vom Partner, bei jenen, die 1-3 Monate arbeitslos sind, noch zu 65% vom Partner erledigt. Bei länger anhaltender Arbeitslosigkeit sinkt die Gemeinsamkeit in diesem Aufgabenbereich auf 15%, entsprechend übernimmt die Frau zunehmend auch diese Aufgaben.

Dort, wo die Aufgaben bei Erwerbstätigen und kurzfristig Arbeitslosen gemeinsam erledigt werden, muß die Frau mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit allein damit fertig werden. Ein typisches Beispiel für diese Entwicklung ist „Geschirr spülen“ — 39% der unter einem Monat Arbeitslosen können für diese Aufgaben noch ihren Partner — zumindest gelegentlich — hinzugewinnen, bei den langfristig Arbeitslosen sind es lediglich noch 13%.

4. Typen der Arbeitsteilung

Um eine übersichtliche Darstellung der verschiedenen Formen der innerfamiliären Arbeitsteilung zu erhalten, werden die verschiedenen Aufgabenbereiche in drei Gruppen nach dem Kriterium zusammengefaßt, inwieweit sie nach einem tradierten Verständnis in besonderem Maße geschlechtsrollengebunden sind. Dabei erhalten wir erstens Aufgabenbereiche, die traditionell als Hausfrauentätigkeit angesehen werden, zweitens Aufgaben, die als typische Tätigkeiten des Mannes gelten, und drittens Tätigkeiten, die in einem Zwischenbereich liegen, d.h. von beiden Partnern gemeinsam oder wechselnd erfüllt werden können.

Danach lassen sich folgende Typen der innerfamiliären Arbeitsteilung unterscheiden:

Typ 1: Traditionelle Rollendifferenzierung. Die Aufgaben der traditionell der Frau zugeschriebenen Tätigkeit werden auch von der Frau, die Aufgaben, die traditionell dem Mann zugeordnet sind, werden vom Mann, die im Zwischenbereich liegenden Tätigkeiten werden gemeinsam erfüllt,

- Typ 2: vorwiegend traditionelle Rollendifferenzierung, d. h. es erfolgt eine geringe Auflockerung des Typ 1 dadurch, daß der Mann einzelne Aufgaben, die traditionell der Frau zugeordnet sind, übernimmt,
- Typ 3: ehfrau-konzentrierte Arbeitsaufteilung, d. h. Aufgaben in allen drei Tätigkeitsbereichen, also auch in jenen, die traditionell dem Mann zugeordnet sind, als auch die gemeinsam zu erfüllenden Aufgaben, werden vornehmlich von der Frau ohne Mithilfe des Mannes übernommen,
- Typ 4: partnerschaftlich orientierte Arbeitsverteilung, d. h. die Mehrzahl der Aufgaben wird unabhängig von der traditionellen Arbeitsrollentrennung von den Partnern gemeinsam übernommen.

Der Vergleich dieser vier Typen der Arbeitsteilung zeigt, daß keiner dominant ist (vgl. Tabelle 2). Es besteht weder eine eindeutige Tendenz zur partnerschaftlichen Aufgabenbewältigung, noch zu einer traditionellen Verteilung der Arbeitsrollen. Dabei werden jedoch deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Statusgruppen sichtbar, die vermuten lassen, daß die Arbeitsverteilung innerhalb der Familie sowohl von traditionellen Formen und Rollenmustern abhängt, als auch von der persönlichen Verfügbarkeit. Dies zeigt sich in dem unterschiedlich häufigen Auftreten des Typs 4, also der partnerschaftlich orientierten Arbeitsgliederung. Er besitzt bei den Hausfrauen (HH) aber auch in den Gruppen AH, AA und AE — solange die Frau arbeitslos ist — nur eine geringe Bedeutung. Er ist lediglich bei den Erwerbstätigen (EE) mit 25% vertreten. Nur in dieser Gruppe sind die Männer stärker an ausgesprochenen Hausfrauentätigkeiten beteiligt, umgekehrt übernimmt die Frau Aufgaben, die traditionsgemäß dem Mann zufallen. Dies ist sicherlich Folge der Belastungen durch den Beruf, denn in dem Moment, in dem die Frau nach der Arbeitslosigkeit wieder berufstätig wird (Gruppe AE) nimmt der Typ 4 deutlich zu und zwar vor allem zu Lasten des Typs 3. Umgekehrt nehmen die Typen 1 und 3 vor allem zu Lasten des Typs 2 zu, wenn die arbeitslose Frau die Hausfrauenrolle übernimmt.

Diese durch den Wechsel zur Berufstätigkeit bzw. in die Hausfrauenrolle bewirkten Veränderungen lassen vermuten, daß latent ein traditionelles Verständnis über Arbeitsrollen und Arbeitsteilung vorhanden ist, das jedoch vor allem bei Erwerbstätigen durch die Zwänge von Beruf und Arbeit teilweise außer Kraft gesetzt wird. Aber selbst eine Berufstätigkeit der Frau reicht nicht aus, um in jedem Fall eine partnerschaftliche Aufgabenbewältigung voll durchzusetzen, denn: Auch bei den erwerbstätigen Frauen findet sich (mit 28%) ein hoher Anteil einer auf die Hausfrau konzentrierte (Typ 3) und (mit 23%) eine traditionelle Aufgabenverteilung (Typ 1). Umgekehrt finden wir unter den Hausfrauen zu 38% den Typ 1, also die traditionell orientierte Arbeitsteilung und mit 33% den Typ 3, in dem alle Arbeitsaufgaben auf die Hausfrau konzentriert sind, überdurchschnittlich stark vertreten.

Welche Arbeitsteilung sich auch immer in den einzelnen Statusgruppen eingependelt hat, die Zufriedenheit mit der jeweiligen Arbeitsorganisation ist stets groß und auch stabil. Zwar besitzt die Zufriedenheit mit 90% in der Gruppe AH ein besonders hohes Niveau, ist aber auch bei den Erwerbstätigen (EE) mit 79% beachtlich ausgeprägt. Wenn auch solche Zufriedenheitsbekundungen nicht ohne weiteres Rückschlüsse darauf zulassen, daß Änderungen in der Arbeitsaufteilung nicht mehr gewünscht werden, so zeigen sie doch ein hohes Maß an Identifikation mit dem Erreichten und der von den Befragungspersonen ja auch mitgestalteten Form der innerfamiliären Organisation. Dafür sprechen auch die geringen Fluktuationsraten, also die Tatsache, daß die Zufriedenheitsäußerungen stabil und von Dauer sind.

5. Innerfamiliäre Konflikte und Arbeitslosigkeit

Innerfamiliäre Konflikte werden umso wahrscheinlicher, je weniger feste Normen die Rollen- und Aufgabenverteilung innerhalb der Familie bestimmen. Solche Konflikte können als Symptom und Indikator für Versuche z. B. von arbeitslosen Frauen gewertet und untersucht werden, den Lebensstil im Sinne eigener Vorstellungen, Erwartungen und Fähigkeiten und gegen den Widerstand anderer durchzusetzen; sie sind Hinweise auf eine erwünschte und angestrebte, jedoch (noch) nicht realisierte Lebensform. Wenn also bei Befragungen von Schwierigkeiten, Auseinandersetzungen und Streitereien zwischen den Ehepartnern und mit den Kindern berichtet wird, so ist dies zugleich ein Hinweis darauf, daß der Entwurf eigener Lebensformen zwar vorhanden ist, aber noch nicht realisiert werden konnte.

Dabei können folgende Gründe Anlaß für innerfamiliäre Konflikte sein:

1. Kognitive Diskrepanzen — sie treten auf, wenn ein Partner nicht ausreichend mit den Problemen des anderen vertraut ist — etwa weil der Mann die spezifischen Belastungen, Anpassungsschwierigkeiten und veränderten Erwartungen seiner arbeitslosen Frau nicht korrekt rezipiert, oder weil eine Diskrepanz zwischen der personalen Identität der Frau und der Fremdeinschätzung dieser Identität durch den Mann entsteht.
2. Diskrepanzen in der Wertorientierung — sie treten auf, wenn eine nicht komplementäre Definition vom Inhalt der Rolle z. B. als Hausfrau und Mann, als Mutter oder Vater vorhanden ist. Arbeitslosigkeit und Statuswechsel können mit einer Neudefinition der Rolle verbunden sein, die von den Partnern und auch von den Kindern nicht synchron vorgenommen wird. So können die Berufspläne der Frau selbst z. B. dann zum Konflikt werden, wenn die Frau eine starke Bindung an den Beruf besitzt, der Mann jedoch eine Berufstätigkeit seiner Frau ablehnt.
3. Zieldiskrepanzen — sie treten auf, wenn die Partner in ihren Rollen unterschiedliche Ziele verfolgen, unterschiedliche Präferenzstrukturen besit-

zen bzw. mit ihrem Verhalten Unterschiedliches erreichen wollen. Solche Zieldiskrepanzen können z.B. aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen über die Erziehung der Kinder, über die Gestaltung der Freizeit und über die Ausübung von Hobbies auftreten. Sie ergeben sich aus den durch die Arbeitslosigkeit bedingten unterschiedlichen Chancen, eigene Ziele zu verfolgen und zu verwirklichen, weil z. B. Arbeitslosigkeit die innerfamiliäre Machtstruktur verschieben kann.

4. Allokative Diskrepanzen — sie treten auf, wenn sich unterschiedliche Vorstellungen über die Verwendung der zur Verfügung stehenden Ressourcen entwickeln. Dies gilt zum einen für die Verwendung des Geldes, zum anderen für die Verwendung der Zeit — eine Konfliktzone, die aus der Notwendigkeit entsteht, die zur Verfügung stehende (durch die Arbeitslosigkeit in der Regel umfangreichere) freie Zeit neu zu gestalten, mit dem Zeitbudget und dem Zeitrhythmus des (berufstätigen) Mannes und gegebenenfalls der Kinder zu synchronisieren und die unterschiedlichen Freizeitinteressen einander anzugleichen.
5. Funktionelle Diskrepanzen — sie treten auf, wenn unterschiedliche Vorstellungen über die Erfüllung der Aufgaben und über Entscheidungskompetenzen im innerfamiliären Bereich entstehen, beziehen sich also vor allem auf die Regelung der innerfamiliären Aufgabenverteilung.

Um ein Bild über die innerfamiliären Konfliktstrukturen zu erhalten, haben wir die Befragungspersonen zunächst anhand einer Liste mit 12 Konfliktzonen gebeten mitzuteilen, in welchen Bereichen es in letzter Zeit zu Auseinandersetzungen mit dem Partner gekommen ist. Dabei ergibt sich folgendes Bild (vgl. Tabelle 3):

1. Die „Konfliktträchtigkeit“ der Partnerbeziehung ist in den einzelnen Statusgruppen unterschiedlich: Während in der Gruppe der Hausfrauen (HH) der Durchschnitt der insgesamt genannten Konflikte bei 2,1 liegt, steigt sie in der Statusgruppe AH auf 2,9 während sie in den Gruppen AA, AE und EE auf über 4,2 anwächst. Die Zahlen belegen zum einen die geringe Konfliktträchtigkeit in der Gruppe der Hausfrauen und in der Statusgruppe AH, weisen aber zum anderen deutliche Unterschiede in der Konflikthäufigkeit zwischen den einzelnen arbeitslosen Gruppen auf.

Mehrere Erklärungen bieten sich für diese Unterschiede an: So kann aufgrund der (im ersten Abschnitt dieses Beitrags nachgewiesenen) Tatsache, daß die innerfamiliäre Arbeitsteilung (als Indikator für das Arrangement des innerfamiliären Zusammenlebens) bei den Hausfrauen (AH) eindeutiger, stabiler und dauerhafter abgegrenzt ist und daher nicht mehr von Fall zu Fall neu ausgehandelt und vereinbart werden muß, das Konfliktpotential verringert sein. Konflikthanfälle gehen zurück, wenn das innerfamiliäre Zusammenleben dauerhaft vereinbart und routinisiert ist. Hinzu können Unterschiede in den Einflußchancen kommen. So hatten wir bereits darauf

hingewiesen, daß eigenes Einkommen eine Basis für innerfamiliären Einfluß ist. Diese Basis fehlt den Hausfrauen; sie geht auch den zunächst arbeitslosen Hausfrauen (Gruppe AH) verloren. Fehlen aber diese Einflußchancen, so sinkt die Wahrscheinlichkeit, Konflikte für sich erfolgreich entscheiden zu können. Dies aber senkt die Bereitschaft, Konflikte einzugehen, erhöht die Neigung zur Anpassung.

2. Bei einem Vergleich der einzelnen Konflikthanlässe fällt zunächst die hohe Konfliktrichtigkeit der Kindererziehung in der Gruppe AE auf. Vor allem die Konflikte, die sich aus der Zeiteinteilung ergeben, hängen von dem jeweiligen Status ab, haben also eine unterschiedliche Ausprägung entsprechend der verschiedenen beruflichen zeitlichen Beanspruchung der untersuchten Frauen. Ebenso spiegelt sich die unterschiedliche Situation der Frauen in der Häufigkeit der Konflikte wider, die sich aus dem Haushaltsgeld ergeben. Hier liegen deutlich die Arbeitslosengruppen über der Gruppe der Erwerbstätigen und über der Gruppe Hausfrauen. Diese Ergebnisse belegen u. a., daß die Berufstätigkeit der Frau vor allem eine ökonomische Bedeutung besitzt und Konflikte in erster Linie aus ökonomischen Schwierigkeiten erwachsen, wenn das Einkommen der Frau fortfällt und man sich an neue ökonomische Gegebenheiten anpassen muß.

Bei allen Konflikthanlässen und in allen Gruppen sind die Fluktuationsraten hoch. Die Konflikte sind nicht von Dauer; der gleiche Anlaß führt nur selten immer wieder zu Streitereien und Auseinandersetzungen. Nur in wenigen Ausnahmen liegen die Fluktuationsraten über 50%, so bei der Kindererziehung, die damit offensichtlich unter den Konflikthanlässen eine besondere Stellung besitzt.

6. Zusammenfassung

Familie ist zum einen eine soziale Institution, durch die ihre einzelnen Mitglieder in überindividuelle Strukturen eingebunden sind. „So unermeßlich verschieden der Charakter und Wert der Familie auch sei ..., so hat doch schließlich kein Paar sich die Eheform erfunden, sondern diese gilt innerhalb jedes Kulturkreises als eine relativ feste, der Willkür entrückte, durch individuelle Färbung und Schicksale in ihrem formalen Wesen nicht berührte ... Die allerpersönlichste Beziehung ist sowohl nach der Seite des inhaltlichen Interesses, wie der formalen Gestaltung hin von schlechthin unpersönlichen geschichtlichen sozialen Instanzen aufgenommen und gelenkt.“ (*Simmel*, 1968, 64). Es ist dies dieser überindividuelle Charakter von Familie, auf den *Simmel* hinweist, und der strukturelle und kulturelle Kontext, in den Ehe und Familie eingebunden sind, der zunächst Ehe und Familie als sozialen Verband in seiner Binnenorganisation und in seinen Außenbeziehungen konstituieren.

Zugleich aber sind Ehe und Familie auch soziale Situation. Die Institution bildet einen Teil jener Daten, in denen der einzelne agiert, nicht reagiert. So

interessieren nicht nur die sozialen Strukturen innerhalb von Ehe und Familie, sondern zugleich die vielfältigen Reaktionen ihrer Mitglieder auf diese Gegebenheiten. Soziale Normen, z. B. geschlechtsspezifische Typisierungen, müssen situationsspezifisch vom einzelnen interpretiert und angewendet werden. Der Blick richtet sich also zugleich auf die individuelle Interpretation einer objektiv vorgegebenen Situation, und auf die Partner, die mit unterschiedlichen Intentionen, Erwartungen und Zielvorstellungen die Situation prägen. So werden die einzelnen Mitglieder vorhandene Werte und Normen nicht ohne Modifikation übernehmen; sie werden sie vielmehr ihrem persönlichen Lebensstil anpassen, Präferenzen für bestimmte Verhaltensnormen entwickeln, die mit den eigenen Fähigkeiten, Erwartungen und dem individuellen Temperament in Einklang stehen. Es wird sich eine Privatkultur entwickeln, die gerade in modernen Gesellschaften eine Vielzahl individueller Züge tragen kann.

Arbeitslosigkeit bedeutet oft einen krisenhaften Einbruch in die individuelle Biographie, der mit vielfältigen Formen der Entstrukturierung verbunden sein kann. Die sich daraus ergebenden Veränderungen und Probleme wirken in die Familie; sie müssen innerhalb sozialer Vorgegebenheiten situativ verarbeitet werden.

Die vorliegende Studie erlaubte es, Formen der Verarbeitung auf zwei Ebenen zu untersuchen. Zum einen gleichsam komperativ-statisch, indem gezeigt wurde, welche neuen Formen der Arbeitsteilung sich bei Arbeitslosen, Beschäftigten und Hausfrauen einpendelt haben. Entgegengesetzt zu vielen anderen Untersuchungsergebnissen konnte gezeigt werden, daß institutionelle Gegebenheiten, etwa also tradierte Vorstellungen geschlechtsspezifischer innerfamiliärer Arbeitsteilung noch eine starke Wirksamkeit besitzen und nur unter situationsspezifischem Druck aufgelockert werden, gleichsam wie ein Pendel, das durch situative Gegebenheiten aus seiner Ruhelage herausgestoßen wird, aber schnell wieder in diese Lage zurückkehrt.

Zum anderen konnten die Konflikte untersucht werden, die mit der Anpassung an neue Situationen verbunden sind. Daß dabei finanzielle Probleme eine wichtige Rolle spielen, überrascht nicht weiter. Weniger einsichtig sind demgegenüber die Probleme mit der Erziehung der Kinder. Sie sind möglicherweise ein Indikator dafür, welche eigenen Wünsche, Vorstellungen und Interessen die Frau in die Erziehung der Kinder projiziert, welche Probleme, Schwierigkeiten und Fehlentwicklungen die Frau ihren Kindern ersparen will, so daß diese Konflikte u. U. Spiegelbild der Interpretation der eigenen Lebenssituation und inneren Verfassung der Frau sind.

Literatur

- Blood, R. O., R. Hamblin*: The Effects of the Wife's Employment and the Family Power Structure, in: N. W. Bell, E. F. Vogel, A Modern Introduction to the Family, New York, 1972, vor allem S. 442f.
- Heinemann, K.*: Arbeitslose Jugendliche. Ursachen und individuelle Bewältigung eines sozialen Problems. Neuwied 1978.
- Hoffmann, L. W.*: Effects of the Employment of Mothers on Parental Power Relations and the Division of Household Tasks, in: Marriage and the Family Living, 1973, 22.
- Jahoda, M., P. F. Lazarsfeld, H. Zeisel*: Die Arbeitslosen von Marienthal, 1933.
- Mowner, E. R.*: The Differentiation of Husband and Wife-Roles, in: Journal of Marriage and the Family, Vol. 31, No. 3.
- Oppenheimer, V. K.*: The Sociology of Women's Economic Role in the Family, in: American Sociological Review, 1977, Vol. 42.
- Rosenblatt, M., B. Rosenblatt*: Berufstätigkeit, Gleichberechtigung und partnerschaftliche Familie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 24, 1972, M. Zelditch: Role Differentiation in the Nuclear Family, New York 1972.
- Simmel, G.*: Soziologie, Berlin, 6. Auflage 1968.
- Wacker, A.*: Arbeitslosigkeit, Frankfurt 1976.

Tabelle I
Innerfamiliäre Arbeitsteilung

Tätigkeit wird überwiegend ausgeführt von ...

	EE						AE						AA						AH						HH																				
	Frau		Partner		gemeins.		Frau		Partner		gemeins.		Frau		Partner		gemeins.		Frau		Partner		gemeins.		Frau		Partner		gemeins.																
	Welle	1. 2. S.	Welle	1. 2. S.	Welle	1. 2. S.	Welle	1. 2. S.	Welle	1. 2. S.	Welle	1. 2. S.	Welle	1. 2. S.	Welle	1. 2. S.	Welle	1. 2. S.	Welle	1. 2. S.	Welle	1. 2. S.	Welle	1. 2. S.	Welle	1. 2. S.	Welle	1. 2. S.	Welle	1. 2. S.															
Frühstück	63	68	89	12	6	37	23	62	74	68	80	4	115	20	21	48	72	78	89	18	15	46	80	85	93	2	2	39	18	12	32	70	79	90	6	6	56	16	15	45					
Abendessen	67	69	87	7	6	52	20	19	52	76	66	74	2	5	28	76	82	90	2	1	38	79	87	91	2	1	42	19	12	28	37	88	92	2	2	46	11	9	38						
Mittagessen	70	68	85	2	3	43	9	9	39	84	71	76	2	9	6	9	37	89	91	1	0	5	6	24	90	91	1	3	0	4	23	97	96	98	-	-	2	4	68						
Summe I	200	205	21	15	52	51	234	205	6	18	45	59	237	251	12	7	44	37	249	263	5	5	41	28	260	263	8	8	29	28	260	263	8	8	29	28	260	263							
Wäsche waschen	89	88	92	-	1	16	6	8	40	94	91	94	-	1	15	5	6	49	95	96	98	1	39	3	4	62	99	99	99	1	100	98	95	97	-	-	12	2	4	64					
Spülen	49	45	70	5	5	11	36	38	63	60	56	67	1	2	0	34	34	53	70	73	83	1	19	25	22	45	72	77	88	-	1	0	26	22	53	75	77	84	1	1	0	19	18	38	
Saubermachen	62	61	76	1	3	59	33	31	55	83	78	86	-	1	1	16	18	61	84	87	92	-	1	0	14	12	43	82	89	95	-	1	0	17	11	40	80	91	94	1	1	100	9	8	35
Summe II	200	194	6	9	75	77	237	225	2	4	55	58	249	256	2	2	22	38	253	265	0	1	44	33	261	263	1	2	30	30	261	263	1	2	30	30	261	263	1	2	30	30			
Haushaltstätigk.	4	5	43	77	73	86	15	16	47	7	9	27	69	71	82	23	21	38	9	9	49	73	69	81	17	20	44	6	5	0	74	80	89	17	10	33	7	10	61	74	75	83	15	13	31
Hausreparatur	46	42	66	6	6	30	49	48	72	49	48	70	3	5	79	48	46	72	52	56	75	5	12	42	42	62	55	66	79	1	3	0	45	31	45	67	56	73	2	3	22	41	40	61	
Einkaufen	12	8	31	10	9	26	70	76	86	8	11	55	15	7	25	73	77	86	8	13	41	8	6	20	74	72	78	8	9	36	10	10	27	73	72	84	8	11	41	9	10	35	74	69	78
Urlabsorganisation	62	45	93	88	132	140	64	68	87	83	144	144	69	78	86	76	133	134	69	80	85	93	135	103	72	77	85	88	130	122	72	77	85	88	130	122	72	77	85	88	130	122			
Summe III	23	20	58	50	46	76	26	34	73	19	20	82	46	42	74	34	38	67	19	18	45	17	39	60	33	59	59	20	23	62	46	52	79	34	25	44	17	19	68	59	61	70	24	30	54
Versicherung	29	25	62	30	33	74	40	42	71	25	32	79	32	33	46	43	46	61	32	28	52	30	25	50	37	46	62	26	29	67	31	43	67	42	28	57	30	31	73	39	38	72	31	31	52
Bankangelegenh.	33	30	62	32	35	67	35	34	55	34	29	57	33	31	58	33	38	54	35	35	71	31	26	53	34	39	56	35	34	67	32	30	58	34	35	55	32	36	72	44	40	69	24	24	46
Behördengänge	85	75	112	114	101	110	78	81	111	95	110	122	86	81	108	90	104	127	81	86	109	125	110	88	79	86	142	139	79	85	79	86	142	139	79	85	79	86	142	139	79	85			
Summe IV	27	25	63	1	2	0	27	30	67	34	24	49	1	-	100	29	38	71	27	37	68	-	1	0	35	31	59	34	36	53	-	1	3	37	39	44	18	53	76	1	1	0	37	33	56
Kinderversorgung	15	16	69	2	5	67	17	15	52	4	6	100	14	18	67	17	21	75	1	38	8	11	49	22	19	55	1	3	100	11	10	44	32	34	75	2	1	23	15	17	51				
Schulaufgaben	13	14	56	2	2	0	27	28	66	14	8	41	5	1	18	29	41	79	10	14	47	2	20	28	30	62	9	14	54	1	2	100	26	30	63	24	22	54	3	2	16	43	48	67	
Kinderbestrafung	55	55	5	9	71	73	71	49	10	7	72	97	54	72	3	4	71	72	65	69	2	6	74	79	104	109	6	4	95	98	6	4	95	98	6	4	95	98	6	4	95	98			
Summe V	55	55	5	9	71	73	71	49	10	7	72	97	54	72	3	4	71	72	65	69	2	6	74	79	104	109	6	4	95	98	6	4	95	98	6	4	95	98	6	4	95	98			

Tabelle 2
Typen innerfamiliärer Arbeitsteilung

	EE		AE		AA		AH		HH	
	1. W.	2. W.	1. W.	2. W.	1. W.	2. W.	1. W.	2. W.	1. W.	2. W.
Typ 1	23	23	25	24	24	23	24	30	38	36
Typ 2	24	27	31	31	35	35	35	27	23	22
Typ 3	28	25	31	25	30	32	33	37	33	34
Typ 4	25	24	13	21	12	10	9	7	6	8

Tabelle 3
Partnerkonflikte

	EE		AE		AA		AH		HH						
	% ja	Stabi- lität	% ja	Stabi- lität	% ja	Stabi- lität	% ja	Stabi- lität	% ja	Stabi- lität					
	1. W.	2. W.	1. W.	2. W.	1. W.	2. W.	1. W.	2. W.	1. W.	2. W.					
Hobby der Frau	11	6	13	9	10	17	10	6	24	7	6	32	6	6	0
Hobby des Partners	24	15	27	22	17	54	19	11	33	15	16	41	18	15	29
Politik	19	13	35	17	12	45	12	9	50	14	13	24	7	8	35
Berufstätigkeit des Partners	11	9	35	9	8	28	10	6	16	10	9	42	8	10	38
Berufstätigkeit der Frau	11	11	33	16	13	46	22	21	40	27	14	36	12	11	35
Arbeitszeitregelung	13	15	29	11	10	30	16	9	31	13	4	16	10	8	48
Speiseplan	8	13	49	10	15	37	13	9	29	7	12	48	12	9	40
Urlaubsgestaltung	15	12	41	15	10	23	13	8	22	16	13	45	17	11	15
Sexuelle Dinge	10	6	31	4	4	50	7	4	31	2	6	0	9	7	43
Kindererziehung	38	38	47	51	38	54	37	32	49	22	26	58	37	39	63
Freizeitgestaltung	25	19	34	20	18	23	19	15	35	23	25	45	23	15	26

Diskussion zum Referat von K. Heinemann

Innerfamiliäre Folgeerscheinungen der Arbeitslosigkeit*

Der Ausschuß wertet die vorgetragenen Daten als eine auch für die Ökonomik der Familie sehr bedeutsame Materialunterlage, deren familienökonomische Auswertung noch zu leisten sei. Positiv wird auch die sich aus dem Untersuchungsziel, nämlich der Entwicklung innerfamiliärer Organisation durch Arbeitslosigkeit, ergebende Hypothese entgegengenommen, daß die auftretenden Konflikte unter Umständen als Anpassungskosten der Arbeitslosigkeit gedeutet werden können. Die Diskussion befaßt sich anschließend vorwiegend mit der Herausarbeitung der „Kosten“-einflußgrößen, die nicht nur in den aus der Arbeitslosigkeit resultierenden Konflikten bestehen, sondern in ihrem Ausmaß auch von anderen fremd- oder selbstbestimmten Elementen abhängen. So dürften die durch Arbeitslosigkeit entstehenden Belastungen unterschiedlich ausfallen, je nachdem ob die Kündigung selbst oder vom Arbeitgeber ausgesprochen wurde, wie sie entsprechend der Persönlichkeitsstruktur verarbeitet werden, wie sie sich auf die Leistungsmotivation und das Suchverhalten nach einem neuen Arbeitsplatz auswirken etc.

* Protokoll der Sitzung des Sozialwissenschaftlichen Ausschusses der Gesellschaft für Wirtschaft- und Sozialwissenschaften am 11. 5. 1985 in Celle.

Rücksichtnahme und Betroffenheit von Ehepartnern in Konfliktsituationen

Von *Hermann Brandstätter, Erich Kirchler, Wolfgang Wagner*, Linz

Wann immer Menschen sich zu entscheiden haben, zählt für sie nicht nur, was sie sich persönlich von der einen oder anderen Handlungsalternative versprechen; sie berücksichtigen auch, ob andere Menschen, die ihnen nahestehen oder von denen sie abhängig sind, ihre Wahl billigen. Ganz besonders gilt dies für Ehepartner: sie nehmen im allgemeinen in ihren individuellen Entscheidungen aufeinander Rücksicht, erwarten Rücksichtnahme und sind betroffen, wenn der Partner nicht auf sie hört. In welchem Maße jemand die Wünsche des Ehepartners berücksichtigt und wie sehr jemand davon betroffen ist, wenn sich der Ehepartner über seine Wünsche hinwegsetzt, richtet sich u. a. nach der jeweiligen Einschätzung von Stärke und Berechtigung dieser Wünsche, vor allem aber nach der Qualität der Beziehung. Diese läßt sich in zwei Grunddimensionen hinsichtlich der Harmonie- und der Dominanzrelation als unglücklich vs. glücklich und als matriarchalisch — egalitär — patriarchalisch charakterisieren.

Die Harmonie (das gute Einverständnis) einer Beziehung wird wesentlich davon abhängen, ob die Ehepartner in der Vergangenheit gute Erfahrungen miteinander gemacht haben, das heißt auch, ob sie in der Vergangenheit in der Lage waren, auf die Erwartungen und Wünsche des Partners einzugehen. Die auf diese Weise geformte Zuneigung oder Abneigung (vgl. *Clore & Itkin, 1977*) fördert oder behindert gegenseitige Rücksichtnahme bei Entscheidungen. Wer sich etwa aus dem Familienbudget etwas anschaffen möchte, das nur ihm selbst nützt oder Freude macht, wird sich nur dann dabei so richtig wohlfühlen, wenn der Ehepartner damit einverstanden ist, dies um so mehr, je harmonischer die Beziehung ist und je größer die Abhängigkeit vom Partner ist.

Die ersten beiden Hypothesen lauten demnach

1. Ehepartner fühlen sich bei eigennützigen Kaufentscheidungen gegen den Willen des Partners umso unbehaglicher, je harmonischer die Beziehung ist.
2. Ehepartner fühlen sich bei eigennützigen Kaufentscheidungen gegen den Willen des Partners umso unbehaglicher, je mehr der Partner in der Ehe dominiert.

Diese Hypothesen entsprechen so sehr unserer Alltagserfahrung, daß eine experimentelle Bestätigung allenfalls in diagnostischer Hinsicht aufschlußreich ist: man kann aus der gegenseitigen Rücksichtnahme bei der Verwendung des

Haushaltseinkommens für individuelle Bedürfnisse auf die Qualität der Ehe schließen.

Die Ehequalität wird sich auch darauf auswirken, wie sehr sich ein Ehepartner betroffen (gekränkt) fühlt, wenn der andere gegen seinen Willen etwas kauft. Die Zusammenhänge zwischen Ehequalität und Betroffenheit sind aber nicht von vornherein so klar wie die zwischen Ehequalität und Rücksichtnahme.

(a) Eine starke Zuneigung, durch positive Erfahrungen in der Vergangenheit gefestigt, könnte ein unerwartet rücksichtsloses Partnerverhalten besonders schmerzlich empfinden lassen. (b) Nicht weniger plausibel wäre aber, daß Zuneigung tolerant gegenüber einer ausnahmsweise eigennützigen Handlungsweise des Partners macht. Auf der anderen Seite könnte Abneigung (c) besonders empfindlich oder, wiederum nicht weniger plausibel, (d) eher gleichgültig gegenüber einem rücksichtslosen Partnerverhalten machen. Die Reaktionen \underline{a} und \underline{d} entsprechen dem Adaptionmodell (Helson, 1964): die ungewohnt rücksichtslose Verhaltensweise des positiv bewerteten Partners wird besonders schmerzlich erlebt, die Rücksichtslosigkeit des negativ bewerteten Partners läßt, weil nicht anders erwartet, eher gleichgültig.

Die Reaktionen \underline{b} und \underline{c} lassen sich einer Art von Kredit-Modell zuordnen: dem positiv bewerteten Partner sieht man nach, wenn er sich einmal in unerwünschter Weise verhält, der negativ bewertete Partner hat all seinen Kredit verbraucht; die neue Rücksichtslosigkeit ist analog dem Tropfen, der das Faß zum Überlaufen bringt.¹

Legt man Vorhersagen des Adaptionmodell zugrunde, müßte die Betroffenheit mit der Ehezufriedenheit zunehmen. Gemäß dem Kredit-Modell müßte die Betroffenheit mit der Ehezufriedenheit abnehmen. Das zu berichtende Experiment soll eine Entscheidung zwischen den beiden konkurrierenden Modellen nahelegen.

Die Beziehung zwischen Dominanz des Partners und Betroffenheit durch eine den Einspruch mißachtende eigennützige Kaufentscheidung des Partners müßte aller Voraussicht nach negativ sein: der dominierende Partner dürfte nämlich gewohnt sein, daß ihm der andere nicht zuwiderhandelt. Tut er es doch, müßte das besonders großes Unbehagen auslösen.

Eine weitere Hypothese lautet demnach:

3. Ehepartner fühlen sich von einer gegen ihren Willen realisierten eigennützigen Kaufentscheidung des Partners um so mehr betroffen, je mehr sie gewohnt sind zu dominieren.

Wir haben bisher überlegt, wie sich die Qualität der Ehe, charakterisiert nach Zufriedenheit und Partnerdominanz, in der Rücksichtnahme auf die Wünsche

¹ Anstelle des Kredit-Modells lassen sich auch, mit im Effekt gleichen Vorhersagen, Attritutions- oder Konsistenzkonzepte einsetzen: der eigennützige Wunsch des positiv bewerteten Partners erscheint besser legitimiert als der des negativ bewerteten Partners.

des Partners bei eigenen (eigennütigen) Kaufentscheidungen und in der Betroffenheit durch unerwünschte (eigennützige) Kaufentscheidungen des Partners manifestieren könnte. Zu diskutieren ist jetzt die Beziehung zwischen Rücksichtnahme und Betroffenheit der Ehepartner. Können wir annehmen, daß Rücksichtnahme und Betroffenheit ein und desselben Ehepartners positiv korrelieren? Nicht ohne weiteres, denn hier bieten sich wieder zwei konkurrierende Modelle an, die zu gegensätzlichen Vorhersagen führen. Nach dem „Gerechtigkeitsprinzip“ wäre eine positive Korrelation zu erwarten: wer auf den anderen Rücksicht nimmt, erwartet auch, daß der andere auf ihn Rücksicht nimmt. Nach dem „Liebesprinzip“ müßte dagegen die Korrelation negativ sein: wer (aus Liebe) auf den anderen Rücksicht nimmt, müßte (aus Liebe) dem anderen nachsehen, wenn er es an Rücksichtnahme fehlen läßt, bzw. wer sich aus Abneigung rücksichtslos verhält, müßte besonders empfindlich reagieren, wenn sich der andere gleichermaßen rücksichtslos verhält. Dies schließt selbstverständlich nicht aus, daß auf die Dauer die Liebe darunter leidet, wenn sich der Partner immer wieder rücksichtslos verhält, bzw. daß aus Abneigung Zuneigung werden kann, wenn sich der Partner zur Rücksichtnahme bekehrt.

Um von vornherein zu einer Entscheidung zwischen den beiden Prinzipien zu kommen, könnte man auf die theoretischen Überlegungen zum Einfluß von Ehezufriedenheit und Partnerdominanz auf Rücksichtnahme und Betroffenheit zurückgreifen. Nun können wir zwar theoretisch begründet vorhersagen, daß Ehezufriedenheit positiv und Dominanz negativ mit Rücksichtnahme und daß Betroffenheit positiv mit Dominanz korrelieren wird; wir waren aber ratlos in der Frage, wie sich die Ehezufriedenheit auf die Betroffenheit auswirken wird. So ist also auch von daher keine Entscheidung für das Gerechtigkeits- oder für das Liebesprinzip möglich.

Offen muß auch bleiben, ob sich der Zusammenhang zwischen Rücksichtnahme und Betroffenheit anders bei Frauen als bei Männern, anders in egalitären als in patriarchalischen Ehen gestaltet.

Ob die Rücksichtnahme des Mannes positiv mit der Rücksichtnahme der Frau korreliert, läßt sich gleichfalls beim gegenwärtigen Wissensstand nicht vorhersagen. Da wir weiter oben die Hypothese formuliert haben, nach der Rücksichtnahme eines Partners positiv mit der Ehezufriedenheit und negativ mit seiner Dominanz korreliert, müßte, von weiteren möglichen Einflüssen abgesehen, die Korrelation zwischen der Rücksichtnahme des Mannes und der Rücksichtnahme der Frau davon abhängen, welches Gewicht die beiden Einflußfaktoren (Zufriedenheit und Dominanz) haben. Gleichsinnig bei Mann und Frau wirkt nämlich der Theorie nach nur die Ehezufriedenheit. Dagegen müßte mit zunehmender Dominanz des Mannes die Rücksichtnahme des Mannes abnehmen, die der Frau zunehmen.

Methode

95 Haushalte der Stadt Linz (Österreich), mehr oder weniger zufällig ausgewählt², wurden von Studenten aufgesucht und um Beteiligung an einem Forschungsprojekt („Haushaltsentscheidungen“) gebeten. 71 Ehepaare waren zur Mitarbeit bereit. Die Interviewer vermerkten a) die Anzahl der Wohnräume (ohne Küche, Bad, Abstellraum etc.), b) Anzahl der zum Haushalt gehörenden Kinder, c) Ehejahre, d) Alter des Mannes und der Frau, e) höchsten erreichten Schulabschluß des Mannes und der Frau, f) berufliche Position des Mannes und der Frau, g) relativen Beitrag zum Familienbudget.

Den zweiteiligen Fragebogen „Kaufentscheidungen“ füllten die beiden Ehepartner gesondert, stillschweigend und ohne Blickkontakt aus. Im ersten Teil stellten sich die Befragten vor, ein Produkt zu begehren, das für sie allein nützlich, für den Partner aber uninteressant war. Die Hälfte der Befragten dachten dabei an ein teures (S 5.000,—), die andere Hälfte an ein billiges Produkt (S 500,—). Anschließend wurden vier Situationen wie folgt beschrieben:

1. Stellen Sie sich vor, Sie möchten das teure (billige) Produkt sehr gerne haben. Ihr(e) Mann (Frau) ist sehr dagegen. Nach kurzer Diskussion sagt er (sie) aber, daß er (sie) mit dem Kauf einverstanden ist. Sie gehen in das Geschäft und kaufen das teure (billige) Produkt dann auch.

2. Stellen Sie sich vor, Sie möchten das teure (billige) Produkt sehr gerne haben. Ihr(e) Mann (Frau) ist sehr dagegen. Nach kurzer Diskussion sagt er (sie) aber, daß er (sie) mit dem Kauf einverstanden ist. Sie überlegen und kaufen das teure (billige) Produkt dann doch nicht.

3. Stellen Sie sich vor, Sie möchten das teure (billige) Produkt sehr gerne haben. Ihr(e) Mann (Frau) ist sehr dagegen. Auch nach kurzer Diskussion ist er (sie) immer noch nicht einverstanden. Trotzdem gehen Sie in das Geschäft und kaufen sich das teure (billige)Produkt.

4. Stellen Sie sich vor, Sie möchten das teure (billige) Produkt sehr gerne haben. Ihr(e) Mann (Frau) ist sehr dagegen. Auch nach kurzer Diskussion ist er (sie) immer noch nicht einverstanden. Sie überlegen und kaufen das teure (billige) Produkt dann doch nicht.

Im zweiten Teil des Fragebogens stellten sich die Befragten vor, Ihr Partner wollte ein billiges bzw. teures Produkt kaufen, das nur ihm selbst nützt. Folgende vier Entscheidungssituationen wurden beschrieben:

1. Stellen Sie sich vor, Ihr(e) Mann (Frau) möchte das teure (billige) Produkt sehr gerne haben. Sie sind sehr dagegen. Nach kurzer Diskussion sagen Sie aber, daß Sie mit dem Kauf einverstanden sind. Ihr(e) Mann (Frau) geht in das Geschäft und kauft das teure (billige) Produkt dann auch.

² Für die Analyse der interessierenden Zusammenhänge erschien strikte Repräsentativität der Stichprobe nicht wesentlich und wäre auch mit den zur Verfügung stehenden Mitteln (die Untersuchung wurde im Rahmen eines Forschungsseminars durchgeführt) nicht realisierbar gewesen.

2. Stellen Sie sich vor, Ihr(e) Mann (Frau) möchte das teure (billige) Produkt sehr gerne haben. Sie sind sehr dagegen. Nach kurzer Diskussion sagen Sie aber, daß Sie mit dem Kauf einverstanden sind. Ihr(e) Mann (Frau) überlegt und kauft das teure (billige) Produkt dann doch nicht.

3. Stellen Sie sich vor, Ihr(e) Mann (Frau) möchte das teure (billige) Produkt sehr gerne haben. Sie sind sehr dagegen. Auch nach kurzer Diskussion sind sie immer noch nicht einverstanden. Trotzdem geht Ihr(e) Mann (Frau) in das Geschäft und kauft sich das teure (billige) Produkt.

4. Stellen Sie sich vor, Ihr(e) Mann (Frau) möchte das teure (billige) Produkt sehr gerne haben. Sie sind sehr dagegen. Auch nach kurzer Diskussion sind Sie immer noch nicht einverstanden. Ihr(e) Mann (Frau) überlegt und kauft das teure (billige) Produkt dann doch nicht.

Dazu hatten die Befragten jeweils auf einer Skala anzugeben, wie sie sich in einer solchen Situation fühlten (-10 sehr schlecht, +10 sehr gut).

Zu dieser Versuchsanordnung wurden wir durch die Matrixdarstellung gegenseitiger Abhängigkeit in Paarbeziehungen (Kelley & Thibaut, 1978; Kelley, 1979) angeregt. Die dort zu findene Selbstbestimmung (Abhängigkeit des Befindens von der eigenen Entscheidung; „reflexive control“), Fremdbestimmung (Abhängigkeit des Befindens von der Entscheidung des Partners; „fate control“) und „Mitbestimmung“ (Abhängigkeit des Befindens von der Koordination der beiden Entscheidungen; „behavior control“) haben wir im Unterschied zu einer früheren Veröffentlichung zu einem Teil der Daten dieser Untersuchung (Wagner, Kirchner & Brandstätter, 1983) jedoch nicht übernommen, da sie unserer Differenzierung in eine aktive und eine passive Rolle der Interaktion

Ergebnisse

Von den 71 untersuchten Ehepaaren konnten nur 48 in die Analyse einbezogen werden. Die übrigen 23 hatten die Anweisung so offensichtlich mißverstanden oder den Fragebogen unvollständig ausgefüllt, so daß es ratsam schien, die Daten nicht weiter zu berücksichtigen. Tabelle 1 zeigt die Verteilung der verschiedenen demographischen Merkmale in der untersuchten Stichprobe.

Einteilung der Ehepaare nach Eheharmonie und Partnerdominanz

Die Beurteilung der Eheharmonie (1 = sehr zufrieden, 7 = sehr unzufrieden) und der Partnerdominanz (1 = Frau dominiert, 5 = Mann dominiert) durch die beiden Ehepartner korrelieren mit $r(48) = .60$ beziehungsweise $r(48) = .49$. Die Einteilung der Ehepaare in „harmonische“ — „disharmonische“ erfolgte möglichst nah am Median des Durchschnittes (\bar{X}) der vom Mann und von der Frau abgegebenen Zufriedenheitsurteile („harmonisch“ $\bar{X} \leq 2$, $n = 27$, „disharmonisch“ $\bar{X} \geq 3$, $n = 21$). Analog dazu erfolgte die Einteilung in „egalitäre“ und

„patriarchalische“ Ehepaare möglichst nah am Median des Durchschnittes (\bar{Y}) der von den beiden Ehepartnern hinsichtlich Partnerdominanz abgegebenen Urteile („egalitär“) $\bar{Y} \leq 3$, $n = 26$; „patriarchalisch“ $\bar{Y} \geq 4$, $n = 22$). In der Stichprobe gab es keine „matriarchalischen“ Ehepaare, d.h. keine Ehepaare, bei denen die Frau eindeutig dominierte. Die Korrelation zwischen Eheharmonie und Partnerdominanz ist in der Stichprobe nahezu Null ($r(48) = -0.01$; $n.s.$).

Tabelle 1
Verteilung demographischer Merkmale in der analysierten Stichprobe

Anzahl der Wohnräume (ohne Küche, Bad etc.)		
1	1	(2)
2	2	(4)
3	10	(19)
4	15	(18)
5 und mehr	19	(27)
keine Angaben	1	(1)
Anzahl der dazugehörigen Kinder		
0	10	(14)
1	8	(16)
2	21	(27)
3	7	(19)
4 und mehr	2	(4)
Schulabschluß		
	des Mannes	der Frau
Pflichtschule	25 (38)	28 (41)
Mittelschule (Matura)	14 (21)	18 (25)
Universitätsstudium	9 (12)	2 (5)
Beitrag zum Familienbudget		
Mann als Alleinverdiener		21 (33)
Mann verdient mehr als Frau		22 (30)
Frau verdient mehr als Mann		4 (6)
keine Angaben		1 (1)
Anzahl der Ehejahre	$\bar{X} = 12.2$ (13.1)	$s = 9.73$ (9.21)
Alter des Mannes	$\bar{X} = 37.4$ (38.6)	$s = 11.42$ (10.92)
Alter der Frau	$\bar{X} = 34.3$ (35.5)	$s = 10.68$ (10.44)

Anmerkung: Die Werte in Klammern beziehen sich auf alle 71 Haushalte.

Tabelle 2
Verteilung demographischer Merkmale in den nach Eheharmonie und Partnerdominanz gebildeten Untergruppen

	<i>harmonisch</i>		<i>disharmonisch</i>	
	patriarchalisch	egalitär	patriarchalisch	egalitär
Anzahl der Wohnräume				
1	1	0	0	0
2	1	1	0	0
3	1	5	2	2
4	3	5	2	5
5 und mehr	6	3	6	4
keine Angaben	0	1	0	0
	<u>12</u>	<u>15</u>	<u>10</u>	<u>11</u>
Anzahl der Kinder				
0	4	5	0	1
1	1	2	2	3
2	5	7	5	4
3	1	1	2	3
4 und mehr	1	0	1	0
	<u>12</u>	<u>15</u>	<u>10</u>	<u>11</u>
Schulabschluß des Mannes / der Frau				
* Pflichtschule	4/5	7/8	5/6	9/9
* Mittelschule	5/6	6/7	1/3	2/2
* Universitätsstudium	3/1	2/0	4/1	0/0
	<u>12/12</u>	<u>15/15</u>	<u>10/10</u>	<u>11/11</u>
Beitrag zum Familienbudget				
* Mann Alleinverdiener	3	7	7	4
* Mann verdient mehr als Frau	9	4	3	6
* Frau verdient mehr als Mann	0	3	0	1
* keine Angaben	—	1	—	—
	<u>12</u>	<u>15</u>	<u>10</u>	<u>11</u>
Anzahl der Ehejahre \bar{X}/s				
Anzahl der Ehejahre \bar{X} /s	8.92 / 7.91	9.53 / 10.10	16.5 / 9.40	15.5 / 9.95
Alter des Mannes \bar{X} /s	35. 3 / 10.53	34. 1 / 12.61	41.7 / 12.05	40.2 / 9.44
Alter der Frau \bar{X} /s	31. 2 / 7.97	32. 0 / 11.71	39.3 / 11.50	36.3 / 10.26

Korrelation von demographischen Merkmalen mit Eheharmonie und Partnerdominanz

Der Zusammenhang zwischen demographischen Merkmalen auf der einen und Ehequalität (Harmonie und Partnerdominanz) auf der anderen Seite ist nur schwach ausgeprägt (vgl. dazu auch Tabelle 2). Je größer die Anzahl der Kinder, desto ausgeprägter ist die Dominanz des Mannes ($r = .26$). Für die Eheharmonie scheinen kürzerer Bestand der Ehe ($r = -.34$) und geringere Zahl der Kinder ($r = -.35$) förderlich zu sein. Erwähnt sei hier noch, daß die Korrelation zwischen Ehedauer und Anzahl der Kinder ($r = .60$) beträchtlich ist.

Definition der Meßwerte für „Rücksichtnahme“ und „Betroffenheit“

Für jede Person wurde das arithmetische Mittel der 8 Befindensurteile (je 4 in der aktiven und in der passiven Rolle) berechnet. Dieses personenspezifische Mittel wurde dann jeweils von der Beurteilung des Befindens in den Konfliktsituationen (in der aktiven Rolle: ich kaufe gegen den Willen meines Partners; in der passiven Rolle; der Partner kauft gegen meinen Willen) abgezogen. Der so entstandene (meist negative) Wert besagt, wie schlecht sich jemand in der Konfliktsituation fühlt, bezogen auf die von dieser Person für alle 8 Situationen abgegebenen Urteile. Durch Umpolung entsteht dann die Skala für Rücksichtnahme bzw. Betroffenheit (Abb. 1).

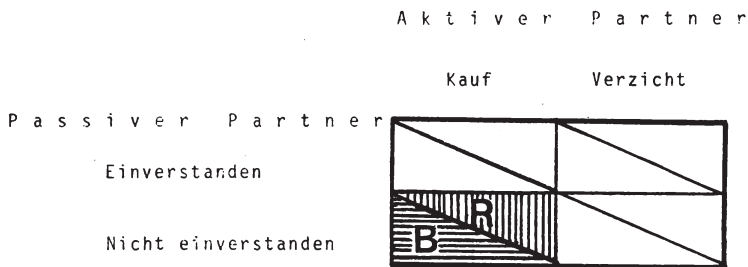


Abb. 1: Skizze der Situationen, die sich die befragten Ehepartner in der aktiven und passiven Rolle vorzustellen und hinsichtlich Rücksichtnahme (R) und Betroffenheit (B) zu beurteilen hatten.

Hypothesenprüfung

Die Hypothese 1 lautete: Ehepartner fühlen sich bei einer eigennützigen, vom Partner nicht akzeptierten Kaufentscheidung um so unbehaglicher, je harmonischer die Ehe ist. Wie Abb. 2 zeigt, gilt dies nur in patriarchalischen, nicht in egalitären Ehen ($F(1,44) = 10.45$; $p = .002$, berechnet für die statistische Wechselwirkung zwischen Eheharmonie und Partnerdominanz).

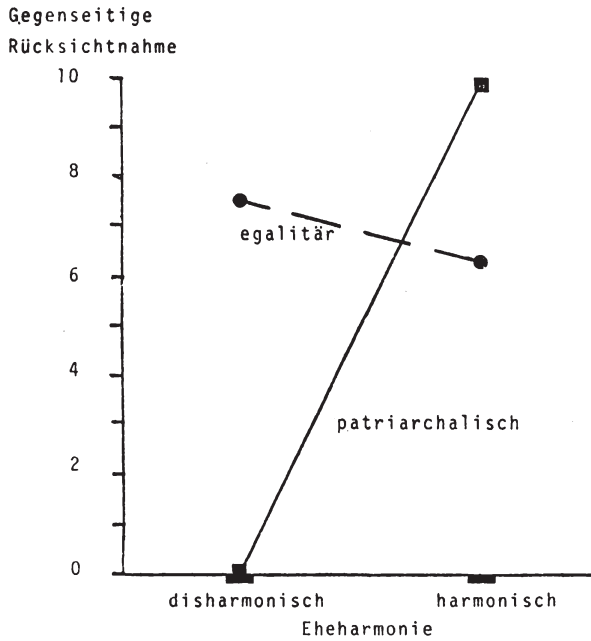


Abb. 2: Gegenseitige Rücksichtnahme in Abhängigkeit von Eheharmonie und Partnerdominanz.

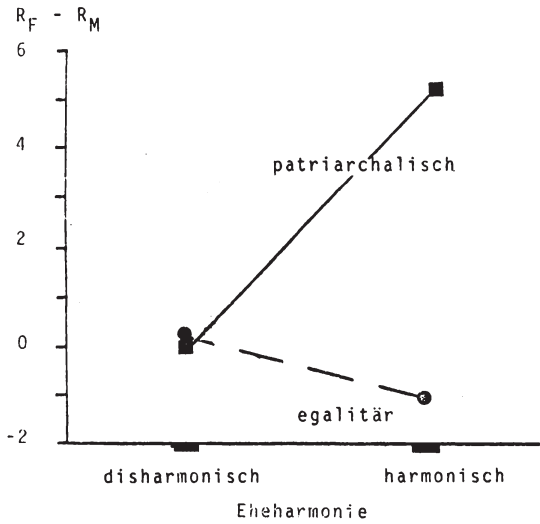


Abb. 3: Unterschiede in der Rücksichtnahme (R) zwischen Frau und Mann ($R_F - R_M$) in Abhängigkeit von Eheharmonie und Partnerdominanz.

Es findet sich hier im übrigen noch ein bemerkenswerter Unterschied zwischen Mann und Frau (Abb. 3): in harmonisch-egalitären Ehen nimmt der Mann mehr Rücksicht als die Frau, in harmonisch-patriarchalischen Ehen dagegen die Frau mehr als der Mann. In disharmonischen Ehen gibt es keinen derartigen Unterschied ($F(1,44) = 5.25$; $p = .03$). Damit ist bereits auch die Hypothese 2 falsifiziert, die lautete: Ehepartner fühlen sich bei eigennützigem, vom Partner nicht akzeptierten Kaufentscheidungen um so unbehaglicher, je mehr der Partner in der Ehe dominiert. Tatsächlich gilt dies nur für harmonische, nicht für disharmonische Ehen, wie ebenfalls Abb. 3 zu entnehmen ist.

Zur Abhängigkeit der Betroffenheit von Eheharmonie waren keine Hypothesen formuliert worden, da Adaptionmodell und Kreditmodell theoretisch gleichermaßen plausibel schienen, jedoch zu gegensätzlichen Vorhersagen führten. Die Betroffenheit der Ehepartner von einer nicht gebilligten eigennützigem Kaufentscheidung des anderen ist tatsächlich nicht von der Eheharmonie abhängig, wie Abb. 4 zeigt.

Zu prüfen ist noch die Hypothese 3, den Zusammenhang zwischen Betroffenheit und Ehedominanz betreffend. Sie lautete: Ehepartner fühlen sich von einer gegen ihren Willen realisierten eigennützigem Kaufentscheidung des Partners um so mehr betroffen, je mehr sie gewohnt sind zu dominieren. Diese Hypothese

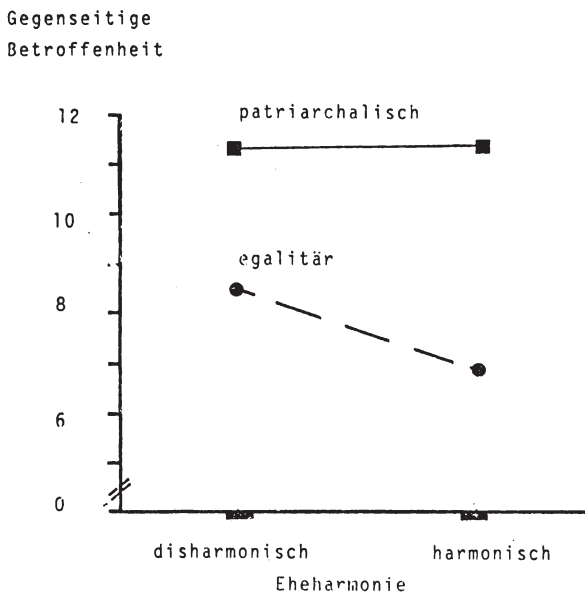


Abb. 4: Gegenseitige Betroffenheit in Abhängigkeit von Eheharmonie und Partnerdominanz.

ist durch einen Vergleich der Differenz zwischen Betroffenheit der Frau und Betroffenheit des Mannes zu testen, da in patriarchalischen Ehen der Mann von der Konfliktsituation stärker betroffen sein sollte. Dem ist jedoch nicht so.³ Es fällt vielmehr auf, daß sich beide, Männer und Frauen, in patriarchalischen Ehen stärker betroffen fühlen als in egalitären (Abb. 4).

Faßt man die Differenz „Betroffenheit minus Rücksichtnahme“ als Indikator von Egoismus auf (wer sich grämt, wenn ihm der Partner zuwiderhandelt, selbst sich aber leichten Herzens über die Einwände des Partners hinwegsetzt, soll egoistisch heißen), so findet man beim Mann egoistische Gefühle generell in patriarchalischen Ehen, bei der Frau vor allem in disharmonisch-patriarchalischen Ehen ($F(1,44) = 7.15; p = .01$ berechnet für die Wechselwirkung zwischen Eheharmonie, Partnerdominanz und Geschlecht). Am größten ist der beiderseitige Egoismus in patriarchalisch- disharmonischen Ehen (Abb. 5 und Abb. 6).

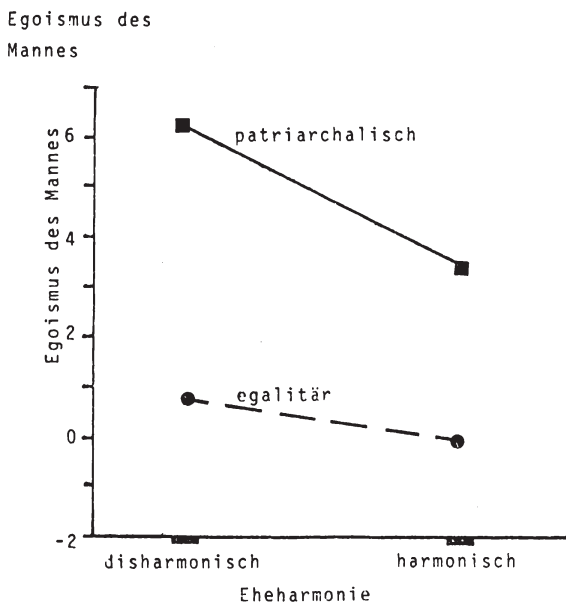


Abb 5: Egoismus des Mannes (Betroffenheit minus Rücksichtnahme) in Abhängigkeit von Eheharmonie und Partnerdominanz.

³ Da die Differenzen zwischen Mann und Frau hinsichtlich Betroffenheit in keiner Beziehung zur Eheharmonie und Partnerdominanz stehen, wurde keine Abbildung dazu aufgenommen.

Egoismus der
Frau

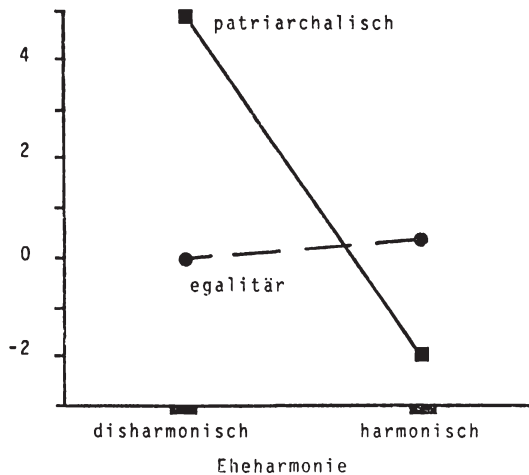


Abb. 6: Egoismus der Frau (Betroffenheit minus Rücksichtnahme) in Abhängigkeit von Eheharmonie und Partnerdominanz.

Weitere Ergebnisse

Zur Beziehung zwischen Rücksichtnahme und Betroffenheit wurde keine Hypothese formuliert. Die Korrelation zwischen den beiden Variablen beträgt bei Männern $r(48) = -.12$, bei Frauen $r(48) = .31$. Der Unterschied ist nicht signifikant. Es fällt jedoch auf, daß bei Männern in egalitären Ehen die Korrelation $r(26) = .52$, in patriarchalischen Ehen dagegen $r(22) = -.44$ beträgt. Dieser Unterschied ist signifikant ($z = 3.38$; $p = .001$).

In harmonischen Ehen korrelieren Rücksichtnahme des Mannes und Rücksichtnahme der Frau mit $r(27) = .42$ positiv, in disharmonischen Ehen ist die Korrelation $r(21) = -.08$; der Unterschied ist jedoch mit $z = 1.69$ und $p = .09$ nicht signifikant. Betroffenheit des Mannes und Betroffenheit der Frau korrelieren insgesamt mit $r(48) = .33$ ($p < .05$); die Korrelationen in den nach Eheharmonie und Partnerdominanz gebildeten Gruppen sind homogen.

Diskussion

Vor einer Interpretation der einzelnen Ergebnisse ist zu klären, ob wir überhaupt berechtigt sind, Eheharmonie und Partnerdominanz als Bedingungen von Rücksichtnahme und Betroffenheit aufzufassen, wo doch beide Arten

von Informationen zur gleichen Zeit durch Befragung derselben Personen erhoben wurden.

Ist die Antwort auf die konkrete Frage der Rücksichtnahme und Betroffenheit in einer bestimmten Konfliktsituation nicht einfach eine quasi logische Ableitung aus der Antwort auf die allgemeine Frage nach der Eheharmonie und Partnerdominanz?

Man könnte sogar argwöhnen, daß weder die Auskünfte über die Qualität der Ehe noch die über Gefühle der Rücksichtnahme und Betroffenheit den Tatsachen entsprechen, aber gleichwohl in sich konsistent sind. Wir hätten dann keine Tatsachenbeziehungen, sondern nur sprachlogische Folgerungen erfaßt.

Nun, für den Tatsachengehalt der Aussagen über die Ehequalität spricht immerhin, daß die unabhängig voneinander abgegebenen Urteile der Ehepartner einigermaßen übereinstimmen. Wir können annehmen, daß die Antworten zur Frage nach der Ehezufriedenheit und Partnerdominanz ein Resümee gemeinsamer Erfahrungen darstellen. Die Validität von Selbstbeurteilungen der Ehezufriedenheit belegen im übrigen auch Vergleiche derartiger globaler Beurteilungen mit differenzierteren Skalen zur Messung der Ehezufriedenheit und mit Einschätzungen durch Freunde und Bekannte (Literatur dazu siehe *Lanyon*, 1984, S. 685).

Bleibt die Frage, ob die Urteile über Rücksichtnahme und Betroffenheit bei Kaufentscheidungen nur eine Art von logischer Ableitung aus den allgemeineren Aussagen über die Ehezufriedenheit und nicht einen wahrheitsgemäßen Erfahrungsbericht darstellen bzw. eine treffende Vorhersage der Reaktionsweise für den Fall, daß man mit einer derartigen Situation konfrontiert würde. Zwei Gründe sprechen für die Validität dieser Urteile. Zum einen dürften alle Befragten wiederholt derartige Erfahrungen gemacht haben (etwas zu tun oder zu lassen, obwohl bzw. weil der Partner dagegen ist), so daß sie, um die Frage zu beantworten, wie sie sich in derartigen Situationen fühlen würden, nicht auf logische Konstruktionen ausweichen müssen. Zum anderen sind die Zusammenhänge zwischen Ehequalität und Befinden in den konkret vorgestellten Konfliktsituationen keineswegs so einfach und selbstverständlich, daß sie sich ohne weiteres als schlichte Folgerungen des Speziellen aus dem Allgemeinen interpretieren ließen.

Diese Überlegungen lassen es als gerechtfertigt erscheinen, (a) in den Urteilen über Ehezufriedenheit und Partnerdominanz einen im wesentlichen zutreffenden Bericht über die zurückliegenden Erfahrungen mit dem Partner zu sehen und anzunehmen, (b) daß die Auskünfte über die in den vorgestellten Situationen erlebten Gefühle in etwa dem entsprechen, was sie in realen Situationen dieser Art erlebt haben, und (c) daß die vorausgegangenen Erfahrungen mit dem Partner eine Ursache für die Reaktionen in der spezifischen Konfliktsituation darstellen. Damit können wir uns der Interpretation der teilweise nicht mit den Hypothesen übereinstimmenden Ergebnisse unseres Versuches zuwenden.

Wenn die Eheharmonie nur in den patriarchalisch gestalteten Ehen für die gegenseitige Rücksichtnahme ausschlaggebend ist, könnte dies bedeuten, daß sich die Partner in egalitären Ehen gegenseitig mehr individuellen Handlungsspielraum zugestehen und daß es weniger nötig ist, bei eigennützigem Entscheidungen auf die Gefühle des anderen Rücksicht zu nehmen, weil er sich ja gar nicht so sehr betroffen fühlt. Ob man sich bei derartigen individuellen Kaufentscheidungen mit dem Partner einig ist oder nicht, berührt dann nur wenig die emotionalen Beziehungen zwischen den Partnern.

So betrachtet, leuchtet auch ein, daß die Betroffenheit von einem nicht gebilligten Kauf des Partners in der egalitären Ehe gering, in der patriarchalischen Ehe dagegen groß ist (Abb. 3). Die Qualität dieser Betroffenheit in patriarchalischen Ehen dürfte aber bei Mann und Frau verschieden sein. Ist es beim Mann vermutlich Unwillen über die Unbotmäßigkeit der Frau, so bei der Frau Enttäuschung und Hilflosigkeit. In einer weiteren Untersuchung sollten die Versuchspersonen nicht nur angeben, ob sie sich in der betreffenden Situation gut oder schlecht fühlen, sondern auch, welcher Art diese Gefühle sind.

Eine Entscheidung zwischen dem Adaptionsmodell und dem Kreditmodell emotionaler Betroffenheit ist entgegen unserer Erwartung aufgrund der vorliegenden Daten nicht möglich, da kein deutlich positiver oder deutlich negativer Zusammenhang zwischen Eheharmonie und Betroffenheit erscheint. Es ist daher zu vermuten, daß weder dem einen noch dem anderen Modell generelle Gültigkeit zukommt, sondern daß je nach persönlicher Eigenart die Reaktionen eher dem einen oder dem anderen Modell entsprechen, ähnlich den individuellen Unterschieden, die *Brandstätter, Kirchler, Sananes & Shedler* (1986) in den Reaktionen auf einen aggressiven Gesprächspartner gefunden haben.

Nicht weiter erklärungsbedürftig ist der Befund, daß Männer in patriarchalischen Ehen „egoistischer“ reagieren als in egalitären Ehen: es macht ihnen weniger aus, wenn die Frauen Einwände haben, zugleich aber fühlen sie sich stärker betroffen, wenn sich die Frauen über ihre Einwände hinwegsetzen (Abb. 4). Frauen reagieren vor allem in harmonisch-patriarchalischen Ehen altruistisch und auffällig egoistisch in disharmonisch-patriarchalischen Ehen. Das gute Einverständnis der Ehepartner in harmonisch-patriarchalischen Ehen dürfte demnach wesentlich von der Anpassungsbereitschaft der Frauen abhängen.

Zusammenfassung

Es geht bei dieser empirischen Untersuchung an 48 Ehepaaren um die Frage, wie sich Ehepartner fühlen, wenn sie gegen den Willen ihres Partners aus dem Familienbudget etwas kaufen, was nur ihnen selbst nützt, und wie sie sich fühlen, wenn der Partner sich so verhält. Diese Gefühle der Rücksichtnahme (auf den anderen) und der Betroffenheit (durch den anderen) werden als Wirkungen der

Ehequalität in den beiden grundlegenden Aspekten der Eheharmonie (disharmonisch-harmonisch) und der Partnerdominanz (patriarchalisch-egalitär) aufgefaßt. Die Annahme, Gefühle der Rücksichtnahme seien vor allem in harmonischen Ehen ausgeprägt, bestätigte sich nur für Ehen, in denen der Mann dominiert. Anders als erwartet nimmt die Rücksichtnahme auch nicht generell, sondern nur in harmonischen Ehen mit der Partnerdominanz zu. Die Hypothese, daß in patriarchalischen Ehen der Mann stärker als die Frau von einem nicht gebilligten Kauf des Partners betroffen sein sollte, wird durch die Daten nicht gestützt; vielmehr fühlen sich in einer patriarchalischen Ehe beide Partner stark betroffen, auffällig mehr als in egalitären Ehen.

Literatur

- Brandstätter, H., E. Kirchler, C. Sananes & J. Shedler*: Yielding to a hostile adversary: personality and arousal as predictors of attitude change. *International Journal of Small Group Research*. (1986; 2, 1-17).
- Clore, G. L. & S. M. Itkin*: Verstärkungsmodelle der zwischenmenschlichen Anziehung. In G. Mikula & W. Stroebe (Hgb.) *Sympathie, Freundschaft und Ehe*. Bern: Huber 1977, S. 41-76.
- Helson, H.*: *Adaptation-Level Theory*. New York: Harper & Row, 1964.
- Kelley, H. H.*: *Personal relationships. Their structures and processes*. Hillsdale, N.J.: Lawrence Erlbaum, 1979.
- *H. H. & J. W. Thibaut*: *Interpersonal relations: A theory of interdependence*. New York: Wiley, 1978.
- Layon, R. I.*: Personality assessments. *Annual Review of Psychology*, 1984, 35, 667-701.
- Wagner, W., E. Kirchler & H. Brandstätter*: Marital relationships and purchasing decisions — To buy or not to buy, that is the question. *Journal of Economic Psychology*, 1984, 5, 139-157.

Diskussion zum Referat von H. Brandstätter

Die sozialen Kosten der Wunscherfüllung: Partnerbeziehung und Kaufentscheidung*

Zunächst kreist die Diskussion die im Referat verwendeten Begriffe „Dominanz“ und „Harmonie“ in der Partnerbeziehung ein, deren Ausprägung die „sozialen“ Kosten konfliktträchtiger Kaufentscheidungen determinieren. Die Kompliziertheit des Begriffsgeflechts wird daran deutlich, daß auch Dominanz und Harmonie als miteinander korreliert festgestellt wurden. Auch die Art des gekauften Gutes muß genau spezifiziert werden, da die Auswirkungen anders sein werden, je nachdem ob das Gut „privaten“ Charakter hat oder „externe“ Effekte auf den Ehepartner ausübt. Dem Bedürfnis, weniger hypothetische als vielmehr konkrete Kaufentscheidungen zu untersuchen, kann nach dieser explorativen Studie mit vielfältigen Methoden wie Laborexperimenten und kaufbegleitenden Untersuchungen von Anfang an Rechnung getragen werden. Dabei müßte das in der Studie noch fehlende dynamische Element in der Partnerbeziehung Berücksichtigung finden, da die „sozialen“ Kosten der Konfliktsituation von der Vorgeschichte (Anzahl früherer Konflikte etc.) durch Lernprozesse verändert werden. Als Momentaufnahme des Forschungsinteresses der Disziplinen Nationalökonomie und Soziologie wird zum gegensätzlichen Forschungsgegenstand bemerkt, daß die neoklassische Volkswirtschaftslehre an gemeinsamen Nutzenfunktionen und Kooperationsformen interessiert sei, während die Soziologie sich eher auf Konfliktsituationen zu konzentrieren scheint.

* Protokoll der Sitzung des Sozialwissenschaftlichen Ausschusses der Gesellschaft- und Sozialwissenschaften am 10. 5. 1985 in Celle.

Stichwortverzeichnis

- Abneigung 148
Adaptionsmodell 148
Aktivitätenliste 111
Anomalie 40, 42
Anspruchsbildung, Dynamik der 43
Anspruchsniveau 32
Arbeitsmarktebenen 125
Arbeitsteilung 67, 69, 70, 76, 133, 137
Arbeitsteilung, eheliche 15,16
Arbeitsteilung, innerfamiliäre 130, 131, 135, 138
Attitude Similarity 52
Ausbildung der Frauen 24
Autoritätsstruktur, innerfamiliäre 129
- Betroffenheit 148, 154
Bevölkerungspolitik 37, 38, 41
Bevölkerungsweise 33
Beziehungen, emotionale 159
- Compatibility 52
Completion 55
Consensus, Value 48
- Demographischer Übergang 31, 32, 34, 64
Diskrepanzen in der Wertorientierung 137
Diskrepanzen, allokativen 138
Diskrepanzen, funktionelle 138
Diskrepanzen, kognitive 137
Dynamik der Anspruchsbildung 43
- Economies of the Family 101
Egoismus 157
Eheehinkommen 16, 17
Eheharmonie 151
Eheliche Arbeitsteilung 15, 16
Ehepartner 147
Ehequalität 25
Ehestabilität 25
- Ehezufriedenheit 148
Einflußstruktur, innerfamiliäre 130
Einkommen 31
Einkommen, relatives 34
Elterlicher Güterraum 29
Emotionale Beziehungen 159
Entscheidungsfindung 129
Erklärungskraft 13, 14, 26, 31, 36, 43
Ernährung 133
Erwerbstätigkeit der Frauen 27
Evolutionstabile Strategie 67, 68, 69, 70
- Familie als Intimgruppe 102
Familie als gesellschaftliche Institution 101
Familienbudget 147
Familienfunktion 109
Familienhilfe 38
Familienzeitbudget 109, 119
Fertilität 49, 73, 81
Fruchtbarkeit 38, 39
Funktionsverlust der Familie 102, 125
- Geburtenwelle 34
Gefühle 159
Gehalt 15
Generatives Verhalten 28, 32, 42
Gerechtigkeitsprinzip 149
Gesellschaftliche Institution, Familie als 101
Gütereigenschaft von Kindern 40
Güterraum, elterlicher 29
- Handlungspotential 103, 105
Handlungstheorie 11, 13
Hausarbeit 124
Hausfrauentätigkeiten 133
Haushaltsentscheidungen 150
Haushaltsproduktion, Wertermittlung der 119
Haushaltsproduktionsfunktion 105, 109

- Haushaltstätigkeit 134
 Heiratsmarkt 49, 77
 Homogamy 48, 50, 51
 Humankapitaltheorie 49
 Humanvermögen 103, 105, 107
- Information 22, 23
 Informationskosten 23
 Innerfamiliäre Arbeitsteilung 130, 131, 135, 138
 Institut für Sozial- und Familienpolitik 111
 Insurance 94
 Intimgruppe, Familie als 102
 Investition, häusliche 104
- Kartographie, soziale 13
 Kaufentscheidung 147, 150
 Kinder als Güter 29
 Kindererziehung 139
 Kinderpreis, relativer 29
 Kinderqualität 50
 Kindersubvention 29, 38
 Kollektive Leistung 105, 107
 Konflikte, innerfamiliäre 137
 Konfliktsituationen 148
 Konfliktstrukturen, innerfamiliäre 130
 Kontrafaktischer Satz 15
 Kredit-Modell 148
- Leistung, kollektive 105, 107
 Leistungscharakter von Familie 109
 Liebesprinzip 149
 Love 88
- Marriage Market 81
 Matrilineares Verwandtschaftssystem 73
 Maximization 48
 Monogamie 19, 20, 70
 Natürliche Auslese 49, 65, 69, 75, 80
 Need Complementarity 48
 Neoklassisches Verhaltensmodell 50, 63
 Norm, soziale 22
- Ökonometrische Zeitreihenuntersuchung 42
 Ökonomische Handlungstheorie 20
 Ökonomische Verhaltenstheorie 14
- Partnerdominanz 148, 151
 Pille 42
 Polygamie 18, 19, 20, 70, 71, 72
 Populationsumfang, Regulierung des 73
 Professionalisierung 125
 Promiskuität 70, 71, 72
 Präferenzwandel 50, 81
- Rate of Substitution 51
 Regulierung des Populationsumfanges 73
 Relative Einkommenshypothese 43
 Relativer Kinderpreis 30
 Rollendifferenzierung 136
 Rotten Kid Theorem 91
 Rücksichtnahme 148, 154
- Satisficing 48
 Scheidung 22, 23
 Scheidungshäufigkeit 23
 Scheidungsrate 23, 25
 Scheidungsrecht 24, 25
 Scheidungsrisiko 23
 Similarity, Attitude 52
 Soziale Kartographie 13
 Soziale Norm 22
 Sozialisation 105
 Soziobiologie 49, 64, 65, 67, 75, 79, 81, 82
 Statusunterschied 27
 Strategie, evolutionsstabile 67, 68, 69, 70
 Substitution 51
 Suchkosten 23, 27
- Tagebuch-Methode 111
 Test 15
 Theory of Marriage 87
 Trennungsgewinn 24
 Trennungsverlust 24
- Übelhypothese der Kindernachfrage 41
 Überprüfung 17
 Überschußgehalt 14
 Utility, interdependent 88
- Value Consensus 48
 Vergleichsprozesse, sozialer 34
 Verhalten, generatives 32
 Verhaltenslehre, ökonomische 12

- Verhaltensmodell, neoklassisches 63, 79
Verhaltenstheorie, ökonomische 14
Versorgung 134
Verwaltung 134
Verwandtschaftssystem, matrilineares 73
Wertermittlung der Haushaltsproduktion
119
Wertorientierung, Diskrepanzen in der
137
Wertschöpfung 124
Wertschöpfung der Hausarbeit 124
Zeitallokation 105
Zeitbudget 109, 119
Zeitreihenuntersuchung, ökonomische
42
Zeitverwendungsstrukturen 115
Zieldiskrepanzen 137
Zuneigung 148